

Stenographischer Bericht

11. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 8. Mai 2001

Inhalt:

Aktuelle Stunde:

Thema: Zukunft des Tourismus in der Steiermark – Möglichkeiten und Vorhaben.

Begründung: Abg. Dr. Lopatka).

Redner: Landesrat Dr. Hirschmann, Abg. Gennaro, Abg. List, Abg. Hagenauer, Abg. Pußwald, Abg. Stöhrman, Abg. Dietrich, Abg. Tasch, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Majcen, Abg. Schrittwieser, Abg. Mag. Drexler, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Mag. Dr. Rauch.

1. Mitteilungen.

2. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 298/1, der Abgeordneten Riebenbauer und Rieser, betreffend Imagekampagne für steirisches Rindfleisch.

Berichterstatter: Abg. Riebenbauer.

Redner: Abg. Riebenbauer, Abg. Kaufmann, Abg. Riebenbauer, Abg. Mag. Zitz, Abg. Dietrich, Abg. Böhmer, Abg. Rieser, Landesrat Pörtl.

Beschlussfassung.

3. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 87/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Mag. Zitz, Halper und Margarethe Gruber, betreffend die Ausweitung des Gebietes „Grüner See am Fuße des Hochschwabs“ als Naturschutzgebiet.

Berichterstatterin: Abg. Kaufmann.

Redner: Abg. Kaufmann, Abg. Hagenauer, Abg. Dipl.-Ing. Wöhry, Abg. Hagenauer, Landesrat Pörtl.

Beschlussfassung.

4. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 287/1, betreffend den Abverkauf des Objektes Anton-Hafner-Gasse 96, bestehend aus den Grundstücken Nr. 70/6, 70/8 und 135, EZ. 84, KG. 63336 Lankowitz im Gesamtausmaß von 422 Quadratmeter mit einem darauf befindlichen dreigeschoßigen Wohnhaus an Frau Theresia Schriegl, 8591 Maria Lankowitz, Kirchberg 60 zum Kaufpreis von 1,005.000 Schilling.

Berichterstatter: Abg. Dimberger.

Beschlussfassung.

5. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 307/1, Beilage Nr. 24, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Landeslehrer-Dienstrechts-Ausführungsgesetz 1998 geändert wird.

Berichterstatterin: Abg. Beutl.

Redner: Siehe auch Tagesordnungspunkt 7: Abg. Beutl.

Beschlussfassung.

6. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 250/1, der Abgeordneten Beutl und Majcen, betreffend Leiterbestellung in den Pflichtschulen.

Berichterstatterin: Abg. Beutl.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 7.

Beschlussfassung.

7. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 295/1, der Abgeordneten Wiedner und Dr. Bleckmann, betreffend Führung von IT-Klassen an AHS.

Berichterstatterin: Abg. Graf.

Redner zu den Tagesordnungspunkten 5 bis 7: Abg. Beutl, Abg. Kröpfl, Abg. Dietrich, Abg. Mag. Zitz, Abg. Böhmer.

Beschlussfassung.

8. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 248/1, der Abgeordneten Mag. Drexler, Mag. Koller, Gödl, Halper und Graf, betreffend Nachbussystem für Jugendliche.

Berichterstatter: Abg. Mag. Drexler.

Redner: Abg. Mag. Drexler, Abg. Halper, Abg. Graf, Abg. Mag. Zitz, Abg. Schleich, Landesrat Schützenhöfer.

Beschlussfassung.

9. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 288/1, eine Vereinbarung gemäß 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über Regelungen zur partnerschaftlichen Durchführung der Regionalprogramme im Rahmen der EU-Strukturfonds in der Periode 2000 bis 2006.

Berichterstatter: Abg. Mag. Drexler.

Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 10.

Beschlussfassung.

10. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über den Antrag, Einl.-Zahl 252/1, der Abgeordneten Majcen, Straßberger, Dipl.-Ing. Grabner, Gennaro, Lafer, Dietrich und Lechner-Sonnek, betreffend den zweiten Kohäsionsbericht der Kommission.
Berichterstatter: Abg. Majcen).
Redner zu den Tagesordnungspunkten 9 und 10: Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Ing. Ober.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 297/1, der Abgeordneten Hamedl, Wicher, Majcen, Mag. Drexler und Mag. Koller, betreffend kostenloser Rechtsbeistand für Verbrechenopfer.
Berichterstatter: Abg. Mag. Drexler.
Redner: Abg. Hamedl).
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 191/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Änderung des Bundesgesetzes betreffend das Bundesgesetzblatt.
Berichterstatterin: Abg. Dr. Reinprecht.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 310/1, betreffend „Steirertakt“, Beitrag des Landes im Bereich der STLB in der Höhe von 2.980.000 Schilling (216.565,05 Euro) und Abwicklung des Bundesbeitrages in der Höhe von 2.131.250 Schilling (154.883,98 Euro).
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 306/1, betreffend Grund- und Objekteinlösung für das Bauvorhaben „Umfahrung Gratkorn“ der L 302, Judendorfer Straße.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Beschlussfassung).
15. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 269/1, der Abgeordneten Lafer, Dietrich und Graf, betreffend Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen.
Berichterstatterin: Abg. Dietrich).
Redner: Abg. Beutl, Abg. Graf.
Beschlussfassung).
16. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 271/1, der Abgeordneten Lafer, List, Rieser und Hammerl, betreffend Kriegsgefangenenentschädigung.
Berichterstatterin: Abg. Graf.
Redner: Abg. Reinprecht, Abg. Wiedner, Abg. Rieser, Abg. Hagenauer, Abg. Dr. Reinprecht.
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 85/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa und Stöhrmann, betreffend den Ausbau der Schiregion Aflenz.
Berichterstatter: Abg. Schrittwieser.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 18.
Beschlussfassung.
18. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 86/1, der Abgeordneten Stöhrmann und Schrittwieser, betreffend Sicherung der Schiregion Brunnalm-Hohe Veitsch.
Berichterstatterin: Abg. Margarethe Gruber.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 17 und 18: Abg. Schrittwieser), Abg. Graf, Abg. Stöhrmann, Abg. Dr. Bleckmann, Abg. Straßberger), Abg. Schrittwieser, Landesrat Dr. Hirschmann.
Beschlussfassung.
19. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 296/1, der Abgeordneten Mag. Dr. Rauch, Wicher, Kröpfl, Mag. Zitz und Lafer, betreffend Erhaltung des Hauses Lind.
Berichterstatter: Abg. Mag. Dr. Rauch.
Redner: Abg. Mag. Dr. Rauch, Abg. Mag. Zitz.
Beschlussfassung.
20. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 308/1, betreffend die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2001 (dritter Bericht für das Rechnungsjahr 2001).
Berichterstatter: Abg. Straßberger.
Beschlussfassung).
21. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 312/1, betreffend den Verkauf der Grundstücke Nr. 501, 502, 503 und 514/3 der EZ. 584, KG. 63101 Innere Stadt (Pfauengarten) sowie Teilflächen des Grundstückes Nr. 504 und Grundstück Nr. 514/2 der EZ. 567, KG. 63101 Innere Stadt im Ausmaß von zirka 10.418 Quadratmeter um den Betrag von 36,5 Millionen Schilling an die Steiermärkische Bank und Sparkassen AG. und den Abschluss einer Vereinbarung mit der Stadt Graz.
Berichterstatter: Abg. Bittmann).
Redner: Abg. Gross, Abg. Bittmann, Abg. Hagenauer), Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.
Beschlussfassung.

22. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 317/1, betreffend Standortgarantie für die steirischen Landeskrankenanstalten.
Berichterstatter: Abg. Mag. Erlitz.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 23.
Beschlussfassung.
23. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 318/1, betreffend den Vollzug der Finanzierung der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. für die Jahre 2001 und 2002.
Berichterstatter: Abg. Mag. Erlitz.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 22 und 23: Abg. Lafer, Landesrat Dörflinger.
Beschlussfassung.
24. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Wohnbau, Einl.-Zahl 333/1, Beilage Nr. 25, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird (Wohnbauförderungsgesetznovelle 2001).
Berichterstatter: Abg. Majcen.
Redner: Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Ferstl, Abg. Majcen, Abg. Schleich.
Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 10.03 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die elfte Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Ich begrüße 15 Schülerinnen und Schüler der 4. Klasse der Volksschule Zwaring-Pöls unter der Leitung von Frau Lehrerin Gabriele Wango. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße 14 Schülerinnen und Schüler der Hauptschule Wies unter der Leitung von HSO-Lehrerin Heidemarie Lackner (Allgemeiner Beifall.) und 14 Schülerinnen und Schüler der Regelschule Triebes in Thüringen unter der Leitung von Elvira Michel und Wolfgang Lips. (Allgemeiner Beifall.)

Aktuelle Stunde

Vom Landtagsklub der ÖVP wurde ein Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Zukunft des Tourismus in der Steiermark – Möglichkeiten und Vorhaben“ eingebracht.

Gemäß Paragraf 71 GeoLT wird die heutige Landtagssitzung mit dieser Aktuellen Stunde eingeleitet.

Zur Begründung erteile ich dem Erstunterzeichner Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Reinhold Lopatka das Wort.

Die Redezeit beträgt zehn Minuten.

Abg. Dr. Lopatka (10.05 Uhr): Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuhörer im Zuschauerraum und auch liebe Zuhörer, die via Internet unsere Debatten verfolgen!

Am 13. Mai – kommenden Sonntag – wird das bedeutendste Sport- und Tourismusereignis Österreichs zum fünften Mal auf dem neuen A1-Ring stattfinden: Die Formel 1 macht in der Steiermark wieder Station.

Bereits jetzt sind alle 4000 Betten der Region ausgebucht und hunderttausende Besucher werden wieder für eine entsprechende Stimmung und auch für den daraus folgenden Umsatz sorgen. Die Steiermark steht in der Werbeauslage des Fernsehens, nicht nur hier bei uns, sondern weltweit. Es werden hunderte Millionen Zuseher sein, die diesen Grand Prix mitverfolgen werden. Ein Megaevent für die Steiermark.

Und die Formel 1 bringt allen Beteiligten etwas. Das sage nicht ich, sondern das können Sie in der Ausgabe dieser Woche von „Profil“ nachlesen, wo es heißt: „Längst ist das Wochenende zum Großen Preis von Österreich die Cashcow einer gesamten Region.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Die Rückkehr der Formel 1 auf den A1-Ring ist auch untrennbar mit dem Einsatz und dem Kampf von Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann für dieses Projekt verbunden. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Wiedner: „Vesko nicht zu vergessen!“)

Und den German Vesko wollen wir nicht vergessen, wie Kollege Wiedner richtigerweise sagt. Leider ist er nicht mehr im Landtag.

Aber die Frage ist ja, wie es weitergeht. Wir wollen ja nicht bei dem stehen bleiben, worüber wir uns freuen, was in der Vergangenheit war, sondern es geht ja darum, wie es in Zukunft weitergeht.

Der Vertrag mit Bernie Ecclestone läuft ja aus. Uns interessiert, wie es bei den Vertragsverhandlungen für weitere Formel-1-Rennen auf dem A1-Ring steht. Und das ist der erste Grund, warum wir diese Aktuelle Stunde unsererseits beantragt haben.

Ein weiterer betrifft den Steiermark-Tourismus im Allgemeinen. Dieser befindet sich ja seit einigen Jahren auf der Überholspur. Wir verzeichnen mit 9,5 Millionen Nächtigungen pro Jahr – 60 Prozent davon im Sommer, 40 Prozent im Winter – hier eine beachtliche Zahl. Für Sommer 2001 wird prognostiziert, dass wir erstmals die

Schallmauer von einer Million Gästen aus Österreich hier bei uns in der Steiermark erwarten können. Die neuesten Statistiken im Wintertourismus geben mir berechtigt Anlass zur Hoffnung, dass das auch tatsächlich eintritt.

Zahlreiche Großveranstaltungen, wie das Schispringen in Bad Mitterndorf, die Schiweltcuprennen in Schladming und Haus im Ennstal, die Nordische Ski-WM in der Ramsau, haben hier die Obersteiermark in den letzten Jahren zum Sport- und Tourismusland werden lassen. Aber auch in den anderen Regionen der Steiermark rührt sich etwas. Das „Steirische Thermenland“ in der Süd- und Oststeiermark ist ja mittlerweile bereits eine Marke, die man österreichweit schätzt.

Das alles in der Gesamtheit hat ja dazu geführt, dass seit 1997 die Steiermark das einzige Bundesland mit ständig steigenden Tourismuszahlen ist! Das bedeutet, dass die von uns aufgestellte Behauptung, dass wir das Tourismusland Nummer eins sind, kein billiger Slogan ist, sondern durch diese Fakten ja belegt wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Aus einer Gallup-Umfrage geht hervor, das 20 Prozent der Österreicher einen Urlaub in Österreich planen und die meisten davon wollen zu uns in die Steiermark kommen. Wir liegen hier vorm Bundesland Kärnten. Und wir sind nach Salzburg auch bei den Kurzurlauben an zweiter Stelle.

Unsere Frage hier ist: Diese Aufwärtsentwicklung, die es in den letzten Jahren gegeben hat, diese Erfolgsgeschichte, nämlich mit ständig steigenden Tourismuszahlen, wie gedenkt man diese Geschichte fortzusetzen?

Auf diese Form von Tourismus sind wir ja stolz, im Gegensatz zum Sozialtourismus, der von Landesrat Kurt Flecker zu verantworten ist, nämlich so lange Günstlinge der SPÖ durch das Land zu schicken, bis sie es schaffen, eine Million Schilling an anfallenden Kosten und Spesen zu erreichen. Diese Form des Tourismus ist nicht jene, die wir wollen, weil sie bereitet uns und auch den Sozialhilfeverbänden Kopfzerbrechen.

Es gibt aber auch andere Verbände im Tourismusbereich – den Tourismus, den wir wollen –, wo wir uns auch fragen müssen, ob diese Form zeitgemäß ist. Hier geht es um die Struktur der Tourismusverbände.

Und da knüpft unsere dritte Frage an: Herr Landesrat, was wird in der nächsten Zeit mit einem neuen Tourismusgesetz sein? Was ist hier beabsichtigt? Was soll sich hier von der Struktur her landauf, landab tun im Bereich des Tourismus?

Eine vierte Frage, die hier anschließt – oft belächelt worden –, weil Landesrat Hirschmann hier der Erste war und somit seiner Zeit voraus, wenn es um Großevents gegangen ist und um solche Tourismusstrategien, was ist hier in Zukunft geplant?

Einen Großevent kennen wir. Im Jahr 2003 wird Graz die Kulturhauptstadt sein.

Letzte Woche konnte ich mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic in Thüringen auch Weimar besuchen. Weimar war Kulturhauptstadt. Dort ist eines gelungen, was für uns Vorbild sein sollte, nämlich jene Tourismuszahlen, die durch die Kulturhauptstadt enorm hinaufgegangen sind, dann auf einem sehr hohen Niveau in den Folgejahren nach der Kulturhauptstadt zu halten. Also, die haben das genützt, als Weimar ein Jahr im Rampenlicht, im europäischen Fenster gestanden ist.

Das, glaube ich, ist auch ganz wichtig bei den Vorbereitungen für die Kulturhauptstadt 2003, auch danach zu trachten und mit in die Überlegungen einzubeziehen, was man aus diesem Bonus der Kulturhauptstadt machen kann, wie man hier zu einer nachhaltigen Nutzung und zu nachhaltigen Projekten kommen kann.

Das heißt, wenn wir heute diese Aktuelle Stunde dafür verwenden, um über Tourismus zu reden, dass es beim Tourismus im Allgemeinen, aber beim A1-Ring im Besonderen schon um ganz, ganz wichtige Fragen für die Zukunft und für die künftige Entwicklung der Steiermark geht, denn der Tourismus ist ein Thema Nummer eins, wenn es darum geht Arbeit zu schaffen, wenn es darum geht die Steiermark hier im Aufholprozess auf die Überholspur zu bringen. Was die Arbeitsmarktdaten betrifft, da hat der Tourismus einen ganz, ganz hohen Stellenwert und eine ganz, ganz große Bedeutung. Daher haben wir uns ganz bewusst dazu entschlossen, heute diese Anfrage diesem Zukunftsthema, nämlich der Zukunft des Tourismus in der Steiermark, den Möglichkeiten und Vorhaben, diese Aktuelle Stunde zu widmen.

Herr Landesrat, ich darf dich um die Antwort bitten und ersuche alle Fraktionen, unsere Bemühungen hier und diese Bemühungen waren in den letzten Jahren, auch wenn es massive Widerstände gegeben hat – Stichwort Formel 1 –, sehr erfolgreich, parteiübergreifend zu unterstützen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 10.14 Uhr.)

Präsident: Zur Abgabe einer Stellungnahme erteile ich dem als zuständig bezeichneten Regierungsmitglied, Herrn Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann, das Wort und verweise darauf, dass die Redezeit auch zehn Minuten beträgt.

Landesrat Dr. Hirschmann (10.14 Uhr): Liebe Frau Landeshauptmann, verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren und liebe Kinder im Zuschauerraum!

Wie der Herr Klubobmann schon gesagt hat, es ist ein schönes Thema, über das wir reden dürfen. Die Steiermark, meine verehrten Damen und Herren, ist ein Bundesland, das die Österreicher selbst sehr lieben, wir sind das Urlaubsziel aller Österreicherinnen und Österreicher Nummer eins. Die Österreicher machen am liebsten in der Steiermark Urlaub und das ist doch eine große Auszeichnung für dieses Land, für die Schönheit dieses Landes, vor allem für die Gastfreundschaft dieses Landes und vor allem aber für die vielen, vielen tausend Menschen, die im Tourismus dieses Landes arbeiten, meine verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Lassen Sie mich zweitens sagen, meine verehrten Damen und Herren, es ist durch viele Beschlüsse, gemeinsame einstimmige Beschlüsse dieses Hauses, durch sehr viele Aktivitäten der letzten Jahre, die wir auch gemeinsam mit dem Kollegen Ressel hier durchgeführt haben, gelungen und vor allem durch eine exzellente Arbeit unserer Frau Landeshauptmann, die dieses Ressort ja vor mir gehabt hat, dass wir in den letzten zehn Jahren im Tourismus in Österreich zur absoluten Nummer eins geworden sind. Meine verehrten Damen und Herren, das heißt etwas, weil wir Gott sei Dank in einem wunderschönen Land leben und wenn wir an die Länder Tirol, Salzburg, Kärnten oder was immer auch denken, dann sind das ja erfreulicherweise im Sinne der Republik Österreich starke Konkurrenten. Wenn ich denke an die Länder Oberösterreich und Niederösterreich, mit denen wir uns sonst von der Wirtschaftsstruktur her oft und gerne auch vergleichen, dann sind wir meilenweit vor den beiden letztgenannten Ländern entfernt und das spricht, wie gesagt, für dieses Land, aber auch für die Rahmenbedingungen, die im Tourismus von uns allen in den letzten Jahren erfreulicherweise gesetzt wurden. Aber, meine verehrten Damen und Herren, es ist vor allem das Verdienst und ich habe es vorhin schon angedeutet von hunderten und tausenden Betrieben in diesem Lande, beginnend bei der Landwirtschaft, die immer mehr ein ganz starker Partner der Tourismuswirtschaft wird, bis hin zur Wirtschaftsentwicklung dieses Landes, weil zum Beispiel der Autocluster unseres Freundes Paierl für die Stadt Graz einen enormen Wirtschaftstourismus Gott sei Dank tätigt, den wir nicht nur nicht missen wollen, sondern von dem wir überzeugt sind, dass er in den nächsten Jahren noch ausbaufähig ist, meine verehrten Damen und Herren.

Lassen Sie mich zur Eingangsfrage des Herrn Klubobmannes Formel 1 Folgendes in Kürze sagen. Erstens, meine verehrten Damen und Herren, die Steiermark und vor allem die Obersteiermark steht in diesen Tagen, wie Reinhold Lopatka das gesagt hat, am Freitag, Samstag und Sonntag für eine Milliarde Menschen weltweit sozusagen in der Auslage und wir sind zu Gast in 196 Ländern der Welt, in die dieses Formel-1-Rennen übertragen wird, und zwar, meine verehrten Damen und Herren, das Wirtschaftsland, das Autoland Steiermark, aber vor allem auch die Tourismusregion der Grünen Mark weltweit, meine verehrten Damen und Herren, in einer Massivität, die wir mit dem gesamten Tourismusbudget der ÖW, der Österreich-Werbung und das macht 600 Millionen Schilling aus per anno, das würde nicht reichen, um dieses Landesmarketing, das wir durch diese Veranstaltung erfahren dürfen, finanzieren zu können und das ist doch eine tolle Sache, über die wir uns freuen sollen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine verehrten Damen und Herren, das ist nicht das Wichtigste in dieser Welt und, wie auch wir alle wissen, das ist auch in dieser Region nicht das Wichtigste, aber es ist ein starkes Symbol für eine Steiermark, die in den letzten 50 Jahren vom Armenhaus der Republik voranmarschiert ist zu einem Zukunftsland, zu einem Land, das in allen wirtschaftlichen Kenndaten auf der Überholspur ist, in vielen Kenndaten an der Spitze ist. Meine verehrten Damen und Herren, wenn uns solche Veranstaltungen dann unter dem Titel Landesmarketing diese nationale und internationale Präsenz erweisen können, dann ist das eine tolle Abrundung, über die wir uns freuen müssen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Das Zweite und ganz konkret und ich möchte das mit einem wirklich großen Dank an diese Bundesregierung verbinden, an den Herrn Bundeskanzler, vor allem auch an die Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer, an den Herrn Finanzminister. Wir haben im Vorjahr beim letzten Formel-1-Lauf, gemeinsam mit der Frau Landeshauptmann, intensive Gespräche geführt und wir waren uns alle einig, dass es sich bei dieser Veranstaltung um ein Aushängeschild für die Republik Österreich handelt, das noch vor dem Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker, vor einer Veranstaltung wie den Salzburger Festspiele steht und dass niemand diese Veranstaltung missen möchte. Ich möchte, wie gesagt, meinen großen Dank an die Bundesregierung, die hier geschlossen hinter dieser Veranstaltung steht, richten und auch insofern richten, als den guten Worten, den guten Gesprächen, die in diesem Jahr geführt worden sind, auch Taten folgen werden, weil wir auch ganz klar vereinbart haben einen finanziellen Geldtransfer von der Bundesregierung an die Landesregierung zur Vertragsverlängerung, meine verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Der Finanzminister tut das aus gutem Grund, weil er in den ersten vier Betriebsjahren – und das möchte ich noch einmal sagen und alle, die aus der Region kommen, wissen das, ohne Formel-1-Rennen würde es die Strecke insgesamt nicht geben, weil die Formel 1 eben die Lokomotive für den Ganzjahresbetrieb ist – immerhin mehr als eine Milliarde Schilling an Steuereinnahmen erzielen konnte, aus einer Region, meine verehrten Damen und Herren, wo ansonsten einige Schafe weiden würden oder sonstige kleinräumige landwirtschaftliche Tätigkeiten zu denken wären und sonst eben nichts. In diesem Zusammenhang darf ich ganz konkret zu den Vertragsverhandlungen sagen, ich war letzte Woche in Genf und habe mit der Firma Allsports, mit Patrick McNelly, dem Promotor der hiesigen Veranstaltung, im Auftrage von Bernie Ecclestone Gespräche geführt und ich bin mir sicher, dass wir am kommenden Sonntag in einem gemeinsamen Gespräch mit Bernie Ecclestone, mit Patrick McNelly, mit der Frau Landeshauptmann und mit den Spitzen der Bundesregierung zu einem guten Finale dieser Verhandlungen kommen werden, obwohl es, meine verehrten Damen und Herren, wahrlich nicht leicht ist, denn es gibt 19 Länder auf der Welt, die eine Formel-1-Strecke jederzeit gerne bauen würden, weil diese Veranstaltung eben von einer ungeheuren, vorhin schon angesprochenen Werbewirksamkeit ist. Ich möchte da schon offen dazu sagen, natürlich gibt es hier mehrere Partner, die ein gutes Geschäft mit dieser Veranstaltung machen, der eine Partner sind eben wir und ich möchte das in aller Deutlichkeit sagen zu den Kritikern, wobei ich immer wieder Verständnis geäußert habe auch selbstverständlich für die kritische Haltung zum Beispiel der Grünen, aber, meine verehrten Damen und Herren, es gibt für Bernie Ecclestone keinen ökonomischen Grund, hier in Österreich zu fahren, denn Österreich ist im Kreise der Mitbewerber und da sind unter anderem Russland und China dabei, von der ökonomischen Ausstrahlungskraft für dieses Unternehmen sind wir da eine Mickymaus, die hier nicht sehr viel ins Gewicht legen kann und umso mehr freut es mich, dass offenbar die soft-facts, nämlich die

perfekte Organisation, die Gastfreundschaft und wunder-schöne Landschaft in diesem Lande diesem internationalen Großunternehmen so sympathisch sind, dass wir hier gute Karten haben, diesen Vertrag zu verlängern.

Und, meine verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich ein Kostenbeispiel als Tourismusreferent noch einmal sagen. Wir werden für diese Vertragsverlängerung einiges zu berappen haben, weil es uns das wert sein soll. Es wird aber weniger sein, als die Kosten der Landesausstellung des Jahres 2000 insgesamt bei den bekannten Zuschauerzahlen ausgemacht haben oder es wird auch weniger sein, als das Marketingbudget für das Jahr 2003 ausmacht.

Meine verehrten Damen und Herren, Sie kennen meine Position zu diesen Dingen. Ich möchte nichts gegeneinander ausspielen, möchte aber doch auf einige Fakten in diesem Zusammenhang hinweisen dürfen. Ganz klare Priorität für uns, das ist eine Sache für dieses Landesmarketing. Meine verehrten Damen und Herren, die Suppe ist noch lange nicht gegessen, das wird noch eine harte Verhandlungsrunde, aber wir sind sehr zuversichtlich, dass wir zu einem sehr guten Vertragsergebnis kommen werden.

Meine verehrten Damen und Herren, darf ich abschließend, weil dies für uns doch von großer Bedeutung ist, zu den anderen angesprochenen Fragen in Kürze drei Sätze anfügen.

Erstens, meine verehrten Damen und Herren, in der Infrastrukturpolitik dieses Landes für den Tourismus mit einer neuen Form der Landesholding werden wir auch dafür sorgen, dass in allen Regionen des Landes auch zukunftssträchtige Tourismusprojekte unter den Rahmenbedingungen der EU und mit großem privatem Engagement selbstverständlich für die Zukunft stattfinden werden. Und das gilt für den ganzen Bogen der Thermen, der Schiregionen bis hin zu all jenem, was wir unter sanftem Tourismus in einer ganz großen Offensive vorhaben. Ich nenne nur die Stichworte Reiten, Radfahren, Laufen, Wanderwege et cetera.

Ein Zweites, meine verehrten Damen und Herren, wir werden selbstverständlich schauen, dass wir weiter auch Initiativen setzen können, um die Beherbergungsbetriebe dieses Landes auf jene Topqualität zu bringen, die wir heute brauchen. Wir wissen, dass wir im Hochpreissegment der Vier- und Fünfsternbetriebe zweistellige Zuwachsraten von Jahr zu Jahr haben. Und das ist der Weg, den die Steiermark hier als Qualitätsland in den nächsten Jahren gehen wird.

Zum Tourismusgesetz, meine verehrten Damen und Herren, zwei Sätze. Wir haben hier einen großen Schritt im Jahr 1992 gemacht. Ich hoffe, dass wir in guten Verhandlungen mit allen Fraktionen einen weiteren Schritt setzen werden in diesem Jahr zu einer weiteren Verringerung der Regionalverbände und zu einer kleinen Straffung und Effizienzsteigerung bei den örtlichen Verbänden und mit einer klaren Strukturierung, meine verehrten Damen und Herren, im Zusammenhang mit der gesamten Notwendigkeit einer Qualitätssteigerung in allen Bereichen.

Letzter Punkt, meine verehrten Damen und Herren, zur Kulturhauptstadt und zu den angesprochenen Fragen in diesem Zusammenhang. Das wird ein großes Ereignis für die Landeshauptstadt, für das Land Steiermark. Meine verehrten Damen und Herren, wir werden hier in einem ganz wesentlichen Bereich der Politik, in einem wesentlichen Bereich der gesellschaftlichen Entwicklung, der geistigen Entwicklung eines Landes zum Zentrum Europas werden. Darauf dürfen wir uns freuen. Es ist mit vielen, vielen Projekten dafür Sorge getragen – vom Kunsthaus beginnend bis zum Neubau, Ausbau vieler Bereiche des Joanneums –, dass wir auch eine nachhaltige Nutzung über dieses Ereignis hinaus zum Wohle der Steiermark, meine verehrten Damen und Herren, betreiben können und dass wir eine nachhaltige Nutzung zur Entwicklung des gesamten Landes damit erreichen und dass wir auch im Jahre 2010 eine Bilanz ziehen können, die Steiermark ist und bleibt das Tourismusland Nummer eins von Österreich. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 10.28 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich verweise darauf, dass die Redezeit der weiteren Teilnehmer an der Aktuellen Stunde fünf Minuten beträgt.

Am Wort ist der Herr Abgeordnete Gennaro.

Abg. Gennaro (10.28 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Schon im alten Rom galt das Motto „Brot und Spiele“. Das heißt, für Brot haben wir kein Geld, da ist Sparen angesagt, aber für die Spiele ist genug Geld da.

Die heutige Aktuelle Stunde der ÖVP hat ja bereits Klubobmann Lopatka öffentlich angekündigt, es soll ein Geburtstagsgeschenk für den Herrn Landesrat Hirschmann sein, dass er hier über den Tourismus sprechen kann. (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist eine Unterstellung!“) Das ist bekannt.

Meine Damen und Herren, für uns ist der Tourismus auch sehr wichtig. Das ist keine Frage. Wir bekennen uns auch zur positiven Entwicklung. Wenn ich nur denke, was der Landesrat Ressel seinerzeit für die Thermenregion gemacht hat. Wir nehmen aber auch die Probleme, die nach wie vor vorhanden sind, nicht auf die leichte Schulter.

Wenn die ÖVP, meine Damen und Herren – durch die Geschäftsordnung gibt es die Möglichkeit, einmal im Jahr eine Aktuelle Stunde zu beantragen –, dieses Thema wählt, dann möchte ich darauf verweisen, dass auf Grund der massiven Probleme, die wir in der Steiermark haben, eigentlich die Interessen und die Probleme der ÖVP überhaupt keine Bedeutung haben. Ich halte diese Aktuelle Stunde als Ablenkungsmanöver von den eigentlichen Problemen, die ich bereits angekündigt habe, die den Leuten massiv unter den Nägel brennen, wo Betroffene sind. Ich glaube, dass wir und da sind wir sicherlich drauf (Abg. Dr. Lopatka: „Arbeitsplatzthema ist

kein Thema für euch!"), nicht in diese Falle hineintappen werden. Unter dem Motto „Geburtstagsfeste der Feudalherren gegen Herabsetzung der Sozialhilfe“, meine Damen und Herren, 3,5 Milliarden Schilling nach Wien – auch wenn Sie es nicht hören wollen – werden abgeliefert. Ihr könnt am besten zuhören. Schließung von Gendarmerieposten, meine Damen und Herren, in der Steiermark. Schließung von Kasernen, Schließung der Finanzämter. 15.000 Unterschriften im Bezirk Hartberg und der zuständige Finanzminister sagt, diese Unterschriften sind mir eigentlich Wurst, wo kommen wir da hin, wenn jedes Finanzamt Unterschriften vorlegt. Das sind die eigentlichen Dinge, wo man betroffen ist. Schließung der Postämter, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Schließung der Bezirksgerichte. Da hat es ja gestern im Land schon eine Diskussion gegeben. Die Frau Landeshauptmann hat zwar gesagt, „mit uns nicht“. Wir werden ja sehen, was unterm Strich dann herauskommt, wie sie sich dann wieder durchsetzen wird. (Abg. Schrittwieser: „Das ist eine gefährliche Drohung!“)

Die Probleme der Unfallrentenbesteuerung. Ich sage es nur, weil jetzt der zweite Pfuscher von der ÖVP akzeptiert wird. Bereits 665 Millionen Schilling wurden von den Unfallrentnern selber eingebracht.

Einsparung von 700 Lehrerverhalten in der Steiermark – in der gestrigen Regierungssitzung zwar noch nicht beschlossen –, weil der Bund wieder an 1,5 Milliarden Schilling Einsparungen denkt, dass die Länder das zahlen werden. Mit dieser 15a-Vereinbarung machen wir schon wieder einen Kniefall und einen Bauchfleck, meine Damen und Herren.

Die Problematik der Lehrwerkstätten, dass die Finanzierung nicht gesichert ist, Telekom. ÖBB nur für ein Jahr, keiner weiß, wie es weitergeht. Im Sozialbereich, wo die ÖVP offiziell gesagt hat, wir müssen die Gesetze ändern, damit Einsparungen greifen können, wo die ÖVP die Sozialhilferichtsätze gesenkt haben will (Abg. Bittmann: „Zur Sache, Herr Gennaro, reden Sie zum Thema!“ – Abg. Gross: „Das ist das Thema!“), wo der Gesundheitsbereich Einsparungen mit sich bringt. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist das Thema. Wollen Sie uns das Thema auch noch vorgeben?“) Das ist das Thema, meine Damen und Herren. Über das sollt ihr einmal eine Aktuelle Stunde machen. (Beifall bei der SPÖ.)

Im Klartext gesagt, meine Damen und Herren, geht es hier um das Aushungern der Regionen. Tausende Arbeitsplätze sind in Gefahr. Und wenn der Herr Wirtschaftslandesrat Paierl immer sagt, die positive Entwicklung. Wir sind teilweise in einer positiven Entwicklung. Aber durch all diese Maßnahmen werden wir wieder zurückfallen. Wenn euch das Wurst ist, dass von 20.000 männlichen Arbeitnehmern 10.000 Bauarbeiter sind, die in ihrer Existenz betroffen sind, für uns hat die Dimension sicher eine andere und auch die Regionen.

Frau Landeshauptmann, was sagen Sie denn zur Grazer Messe? Und Herr Landesrat Hirschmann, wenn du bei der Modenschau in Graz so als Beitrag für den Tourismus offiziell mit der Vera Russwurm plauderst. Ich weiß nicht, ob du es noch ganz mitgekriegt hast, was du gesagt hast, aber nur gegen Wien schimpfst (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist eine Frechheit, was du redest. Das ist eine Frechheit, wie du redest!“), dann kann ich auf das verzichten, was in der Form gesagt wurde.

Wenn man den Herrn Gebell anschaut. (Unverständliche Zwischenrufe.) Ihr könnt schreien, wie ihr wollt. Herr Präsident, da werde ich eine Minute länger brauchen.

Frau Landeshauptmann, was sagen Sie denn dazu, wie Sie den Herrn Gebell von der Wirtschaftskammer weggejubelt haben? Er war Ihr Wunschkandidat. Und Sie haben seinerzeit gesagt, zum Herrn Gebell, auch für ihn wird die Sonne scheinen. Schauen wir hinaus, heute regnet es, der Himmel weint über die Situation. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Stadtrat Nagl hält die Versprechen nicht ein. Wir wissen um die Problematik bei der Stadthalle. Mit 300 Millionen haben wir angefangen – 200 Bund, 100 die Stadt. In der Zwischenzeit sind es 570 geworden. Jetzt sind wir bei 527. Die Experten sagen, unter 800 Millionen wird es nicht gehen. Das sind Probleme. Frau Landeshauptmann, Sie schweigen zu all den Dingen.

Bei der Budgetdebatte hätten Sie, meine Damen und Herren, schon genügend Möglichkeiten gehabt über diese Dinge zu diskutieren, denn der Herr Landesrat Paierl hat gesagt: „Das Budget ist in Ziffern gegossen die Politik für die nächsten zwei Jahre!“

Mir graut vor der Zukunft! Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 10.33 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete List. Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

Abg. List (10.34 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Herren Landeshauptmannstellvertreter, wertere Regierungsmitglieder, meine Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Die Steiermark, der Tourismus, braucht die Formel 1 wie das tägliche Brot und eine Vertragsverlängerung ist deshalb unbedingt notwendig. Wir werden diese Vertragsverlängerung wie auf Bundesebene so auch auf Landesebene unbedingt unterstützen und hoffentlich sticht deine Karte am kommenden Sonntag. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Jetzt zwei Sätze zum steirischen Tourismus allgemein, der in seiner gegenwärtigen Organisationsform nicht mehr zeitgemäß ist. Eine Reduzierung der Regionalverbände mit entsprechenden Kompetenzzentren für hochwertige marktfähige Produkte ist sinnvoll und steigert die Effizienz und Wirtschaftlichkeit des steirischen Tourismus. Das wird aber ein sehr dorniger und schwieriger Weg. Konflikte und Schwierigkeiten bei den versuchten Zusammenlegungen sind bereits vorprogrammiert. Trotzdem aber hätte diese Konzentration von Kräften und

eine gezielte neue Vermarktung des steirischen Tourismus schon längst bei gutem Willen und guten Absichten umgesetzt werden können, um hier international wettbewerbsfähiger zu werden und zu sein. Ich glaube, hier ist es wirklich allerhöchste Zeit, Herr Landesrat, dass du diese Ankündigungen auch umsetzt.

Nun zum Hauptthema meines Beitrages, der sich mit dem Städtetourismus beschäftigt. Wie Sie wissen boomt der Städtetourismus und bedient sich verschiedenster Interessen. Die Rahmenbedingungen dafür in der Landeshauptstadt Graz aber scheinen künftig zur schwarzen Tourismusfalle zu werden. Hier gibt es nämlich massive Probleme, auf die ich kurz eingehen möchte. Etwa auf den Kulturtourismus, den der Herr Landesrat angekündigt hat. Das Kunsthaus wird für die Kulturhauptstadt 2003 nicht rechtzeitig fertig. Damit, geschätzte Damen und Herren, ist die volle Nutzung nicht gegeben und eine verspätete Eröffnung nach Beendigung aller Veranstaltungen europaweit lächerlich. Ist das vielleicht das große Ereignis im Rahmen der Kulturhauptstadt, wenn das Kunsthaus nicht rechtzeitig fertig wird? Die Folgekosten, geschätzte Damen und Herren, werden jährlich 80 Millionen Schilling betragen und sind nicht gesichert.

Der zweite Bereich in der Landeshauptstadt Graz ist der Veranstaltungstourismus. Die Fertigstellungskosten der Stadthalle werden gegenüber den Planungskosten explodieren. Der jährliche Betrieb soll rund 60 Millionen Schilling fressen. Für beide Objekte muss die öffentliche Hand daher im Jahr den prognostizierten Abgang von rund 150 Millionen Schilling aufbringen. Langfristig werden hier Steuergelder durch, ich behaupte, stümperhafte Planung und Konzeptlosigkeit verpulvert. Es sind Fässer ohne Boden, die bereits vor der Eröffnung zu Sanierungsfällen werden. Hier hätten wir Freiheitlichen in deinem Beitrag kompetente Lösungsansätze erwartet. Diese werden leider vermisst, weil es lästige Projekte sind. Lästige Projekte, die ausnahmslos in den Verantwortungsbereich der ÖVP fallen. Uns fehlt hier die Nachhaltigkeit.

Zum Messtourismus, der Kollege Kurtl Gennaro hat es ja bereits gesagt, hier gibt es nämlich einen Messepräsidenten, der sich mit geschönten Besucherzahlen brüstet. Diese Besucherzahlen hat er durch den Verzicht auf Eintrittskartenerlöse logischerweise erreicht. Damit, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages, verliert die Grazer Messe Einnahmen von 10 bis 12 Millionen Schilling. Gleichzeitig aber zu erklären, den Konkurs anmelden zu müssen, weil die Gehälter für die Mitarbeiter der Grazer Messe nicht mehr ausbezahlt werden können, ist für mich schlicht und einfach ein Skandal. Dieser Messepräsident handelt verantwortungslos und gehört in die Wüste geschickt, mit ihm aber der gesamte ÖVP-dominierte Vorstand und der Aufsichtsrat der Grazer Messe. Sie alle schaden der Grazer Messe schwer.

Wie Sie sehen, gibt es hier verschiedene Probleme in dieser Sparte des Tourismus. Vor allem im Städtetourismus sind die Verantwortlichen aufgefordert, Lösungen oder Lösungsansätze anzubieten. Verständlich, dass wir Freiheitlichen auf Grund dieser Fakten in der Landeshauptstadt hier nicht unbedingt applaudieren können. Und den politisch Verantwortlichen werden wir hier peinlichst genau auf die Finger schauen und wenn notwendig auch auf die Finger klopfen.

Aber, Herr Landesrat, abschließend noch eines: Mit dem Stadtrat Siegfried Nagl hast du einen kongenialen kulturkompetenten Partner erhalten. Er wird sicherlich tatkräftig bei der Umsetzung der vom Defizit gezeichneten Projekte mitwirken und dich kräftigst unterstützen. Wir Freiheitlichen werden hier massivst kontrollieren im Sinne der Steuerzahler. (Beifall bei der FPÖ. – 10.39 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (10.39 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen und Besucher!

Ich wünsche Ihnen zum Geburtstag alles Gute, Herr Landesrat! (Landesrat Dr. Hirschmann: „Danke. Ich weiß, das kommt vom Herzen!“)

Das wäre es im Wesentlichen auch schon gewesen. Herr Kollege Lopatka, jetzt unter Abgeordneten, wenn ich Ihnen etwas sagen darf. Sie haben verdächtig oft das Wort verwendet, dass Sie ganz bewusst diese Frage stellen an den Herrn Landesrat.

Ja, und das ist für mich verräterisch.

Sie sind sich offenbar bewusst, wenn wir das Wort bewusst verwenden, dass Sie hier ein Problem mit der Verwendung eines parlamentarischen Instrumentes haben. (Abg. Dr. Lopatka: „Sind Sie ein Tiefenpsychologe?“) Ich wollte mir ja – aber die ÖVP ist da offensichtlich inzwischen schon weiter als die Grünen – wieder so ein Fähnchen mitnehmen und das hier aufhängen. In diesem Sinne muss ich Sie bitten, das jetzt nicht körperlich zu akzeptieren, sondern nur geistig. Ich sage Ihnen, was ich draufschreiben wollte, nämlich: „Frohlocket!“ (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist aber schön!“) Wissen Sie, ein Landtag ist nicht dazu da, um einem Landesrat zum Geburtstag Geschenke zu überreichen. Ich vergönne dem Herrn Landesrat gerne jegliche Feier und jegliches Geschenk, aber eine Landtagssitzung und ein Instrument eines Landtages ist eine Sache und eine Geburtstagsfeier ist in Gottes Namen eine andere. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Lopatka: „Aber Sie machen ja das zum Thema, das ist Ihnen schon bewusst, oder?“)

Ja, das mache ich zum Thema. (Abg. Dr. Lopatka: „Gehört das zum Thema?“)

Sie sagen es, Herr Klubobmann, das gehört zum Thema gemacht. Es ist kein Zufall, dass in der Steiermark sehr oft und von prominenter Stelle immer wieder Vorschläge kommen, den Landtag nicht nur zu verkürzen, sondern überhaupt aufzulösen. Ich sage es Ihnen ganz offen, wir haben in dem Land genug Probleme, auch jene Problembereiche, die wir auf parlamentarischer, das heißt auf Landtagebene lösen sollten. (Abg. Dr. Lopatka:

„Und Tourismus ist kein Thema?“) Da gibt es Materien von der Raumordnung, auch auf der gesetzgeberischen Ebene, bis zum Energiesektor, von der Bauordnung bis zum ganzen Sozialbereich. Wenn Sie hier ein aktuelles Problem im Tourismus angesprochen hätten, wie das Wort schon heißt „Aktuelle Stunde“, dann hätte ich dagegen ja nichts gehabt, aber wie der Vertrag mit dem Bernie Ecclestone ausgehen wird, das hätte ich Ihnen auch sagen können, da hätten Sie nicht den Herrn Landesrat – (Abg. Dr. Lopatka: „Wie geht es denn aus?“) Das geht so aus, dass der Bernie Ecclestone die Steiermark als Cashcow betrachtet, so einfach ist das. Wenn wir genug zahlen, dann wird er unterschreiben und sonst nicht. Und wenn Sie die Tourismuszahlen wissen wollen, dann fragen Sie bei der Landesstatistik nach, da brauchen wir hier nicht eine aktuelle Stunde verbraten.

Zum Abschluss noch eine Anmerkung. Ich kann es mir nicht verkneifen, nachdem das mehrfach angesprochen wurde, Herr Landesrat, es gibt einen Unterschied zwischen den Wiener Philharmonikern und den Salzburger Festspielen und dem Grand Prix in Zeltweg und Sie haben ihn selbst angesprochen. Nämlich für den Grand Prix in Zeltweg gibt es 19 Mitbewerber, für die Wiener Philharmoniker und für die Salzburger Festspiele und wie ich hoffe auch für das Grazer Kunsthhaus wird es nicht 19 gleichartige Veranstaltungen geben. Das ist der Unterschied zwischen Quantität und Qualität, übrigens. Profil und Image heißt immer Unverwechselbarkeit, Profil und Image heißt nicht vorkommen in den Medien, sondern heißt unverwechselbar sein.

Ich würde mir wünschen – damit komme ich zum Abschluss –, dass man in der steirischen Landespolitik im Allgemeinen und im Tourismus im Besonderen ein Profil entwickelt, ein Image entwickelt und dafür als Vorstufe so etwas hat wie ein Leitbild. Ohne dass ich jetzt ein ausgewiesener Tourismusexperte wäre, aber eine Behauptung riskiere ich schon. Der Grand Prix ist für mich kein taugliches Mittel, um den sanften Tourismus, wie das Radfahren, zu transportieren, Herr Landesrat, wie Sie das heute schon hier angesprochen haben. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 10.44 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Pußwald (10.44 Uhr): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Als regionale Abgeordnete habe ich mich immer zum A1-Ring gemeldet und ich möchte mich auch heute melden, denn wir stehen sozusagen am Vorabend zum 13. Mai, der wieder das Tor und die Tür aufmacht zum wichtigsten Ereignis am A1-Ring, nämlich zur Formel 1, zur Austragung des Austria-Grand-Prix in Spielberg am A1-Ring. Die Steiermark wird damit auch zum Mittelpunkt der Motorsportwelt.

Dass sich eine ganz bestimmte Klientel von Fans einklinkt ist bekannt, aber die umspannt praktisch die Erdkugel. Nicht umsonst beweiben sich 19 Austragungsorte, weil jede Nation weiß, dass diese Veranstaltung auch ein Transportmittel ersten Ranges ist.

Ich möchte kurz zum Vorjahr zurückblenden. Im Vorjahr waren rund 600.000 Besucher in diesen drei Tagen am A1-Ring. Man kann sagen, dass etwa 150.000 Zuschauer tatsächlich den Sieg von Häkkinen mitbekommen haben. Das ist der eine Punkt, das ist der eine Teil dieses A1-Ringes.

Eine halbe Milliarde Steueraufkommen in diesen drei Tagen und eine weitere halbe Milliarde Steueraufkommen durch die permanente Nutzung während des gesamten Jahres. Das wird hier angesprochen. Woche für Woche laufen diverse Aktionen, diverse Kurse am Fahrtechnik- und Sicherheitszentrum und auf dieser Formel-1-Strecke. Das ist eigentlich die Wertschöpfung für die Region, die dahinter steht.

Wir haben voriges Jahr in der Region und auch in der Steiermark ein bisschen geschaut, als wir den 13. Mai als Austragungstermin bekommen haben. Nicht nur, weil er der Muttertag ist, aber auch weil er in eine für uns ungewöhnliche Zeit fällt. Und siehe da, es stellt sich heraus, das ist sehr interessant, die Gastronomiebetriebe, die Beherbergungsbetriebe sagen heute schon, die etwas stillere Saisonzeit wird damit gefüllt. Es sind immerhin 15.000 Nächtigungen fix verbucht, nicht nur in der Region, das streut weit im gesamten Land aus bis in andere Bundesländer. Und es sind 10.000 Camper, die erwartet werden. Wenn das Wetter besser ist, ist es sicher noch eine größere Anzahl.

Das sagt im Prinzip nicht sehr viel. Aber überlegen Sie sich, das sind, wenn man hernimmt, dass jeder ein Semmel zum Frühstück isst, 25.000 Semmeln, die während dieser Zeit zusätzlich für die Wirtschaft eine Einnahme bringen. Das könnte man auch bei anderen Dingen aufrechnen. Es mag schon sein, dass 25.000 Semmeln nicht der große Coup sind, aber die können unsere Betriebe in der Region ohne diese Formel-1-Veranstaltung nicht an den Kunden bringen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf aber auch noch etwas erwähnen. Ich möchte dem Diplomkaufmann Zoidl ein wirkliches Danke sagen, der als Wirtschaftsmann der Region die Therme Gabelhofen sozusagen aus der Taufe heben hilft. Das wird eine starke und interessante Ergänzung zu diesem ländlichen, zu diesem sanften Tourismus, der in der Region sich langsam entwickelt. Da gibt es noch viele Dinge zu tun. Danke herzlich!

Wenn vorher von Geburtstagsfest und auch von der schlechten Situation der Steiermark die Rede war, ich bin eigentlich stolz darauf, dass wir in unserer Gruppierung Geburtstagsfeste gemeinsam feiern und dass wir mit unseren Leuten die Verantwortung tragen, das eigentlich auch in einer sehr schönen Weise tun.

Danke allen, die mitgeholfen haben, den A1-Ring ins Leben zu rufen! (Beifall bei der ÖVP. – 10.49 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordnetem Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöhrmann (10.49 Uhr): Werter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus!

Gehe ich recht in der Annahme, dass heute wesentlich weniger Laptops hier aufgeklappt sind? Wenn das so ist, dann hat das sicherlich nichts damit zu tun, dass es vielleicht für den einen oder anderen schwierig ist diesen Laptop zu bedienen. Wahrscheinlich wurden sie vergessen.

Aber auch ich möchte mich den Worten des Kollegen Hagenauer anschließen – (Abg. Dr. Lopatka: „Zur Sache bitte!“) sofort – und dir, Herr Landesrat, nachträglich wirklich (Abg. Dr. Lopatka: „Bemüh dich zumindest, zur Sache zu sprechen!“) sehr herzlich zum Geburtstag gratulieren, denn darum geht es ja heute in dieser Aktuellen Stunde. Es geht ja um Geburtstagswünsche, wie wir es in der Zeitung gelesen haben. (Abg. Dr. Lopatka: „Glaubst du alles, was in der Zeitung steht?“) Man kann darüber geteilter Meinung sein. Der eine oder andere wird sich vielleicht unter einer Aktuellen Stunde etwas anderes vorstellen. Aber, lieber Kollege Lopatka, du bist ja zitiert worden (Abg. Dr. Lopatka: „Nein, das stimmt nicht, zitiert bin ich nicht worden!“), dass es um Geburtstagswünsche geht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Geburtstagswünsche hier zu überbringen mag ja in Ordnung sein. Nur glaube ich, und ich habe es in der Budgetdebatte schon kurz angezogen, Frau Landeshauptmann, ich habe Sie gefragt, wie lange können oder wie lange wollen Sie sich so einen Klubobmann noch leisten, der von einem Fettnäpfchen ins andere hüpfet?

Ich muss mich revidieren, Frau Landeshauptmann, ich glaube, ich muss das zurücknehmen (Landeshauptmann Klasnic: „Ja, bravo!“), denn wenn er so weitertut, Frau Landeshauptmann, dann habe ich das Gefühl, dass es ja gewollt ist, dass er so spricht. (Beifall bei der SPÖ.)

Denn ich kann mir nicht vorstellen, Frau Landeshauptmann, dass die Aussagen dieses Herrn Klubobmannes dienlich waren für den Herrn Landesrat Hirschmann. Er hat sich das auch wirklich nicht verdient. Wenn er schon heute seinen großen Auftritt hier hat, dann soll man ihn auch gebührend diesbezüglich würdigen.

Herr Landesrat, Sie haben von der schönen Steiermark gesprochen und da gebe ich Ihnen vollkommen Recht. Unser Land ist schön. Die Vielfalt der Natur, die Vielfalt der Landschaft, es ist alles gegeben, was dieses Land liebens-, lebenswert macht, so dass man gerne hier in dieser Steiermark wohnt. Es kommt aber auch noch dazu, dass es hier Menschen gibt in diesem Lande, die wissen, was Gastfreundschaft heißt, die ein gastfreundschaftliches Völkchen sind, wie man so landläufig sagt. Und es gibt Menschen hier in diesem Lande, die etwas tun, dass diese Steiermark schön ist und schön bleibt. Wenn es die nicht geben würde, dann würden wir nicht einmal in die Nähe eines Tourismuslandes kommen. Es gibt Menschen, die – ich will es nicht mit Zynismus sagen – bereit sind, auch den Unrat, der nach Großveranstaltungen liegen bleibt, wegzuräumen. Und es gibt viele Menschen in diesem Land, die für diese Steiermark etwas tun, ohne von diesen Events geldlich profitieren zu können.

Herr Landesrat Hirschmann, Sie haben die Steiermark dargestellt als Tourismusland Nummer eins, als Wirtschaftsland Nummer eins, als Sportland Nummer eins. Es wäre schön, wenn es so wäre. Es wäre schön, wenn wir in die Nähe dieser Nummer eins kommen würden. (Abg. Dr. Lopatka: „Musst du schon wieder alles schlecht machen?“) Nein, ich will es nicht schlecht machen, Kollege Lopatka. Es wäre nämlich leicht möglich, diese Ziele zu erreichen (Abg. Dr. Lopatka: „Sag einmal etwas Positives!“), denn wir sind auch dort fast Nummer eins, genauso fast wie im Sport, im Tourismus und in der Wirtschaft. Nämlich beim Geldabliefern da sind wir auch fast Nummer eins. 3500 Millionen Schilling nach Wien. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Gelder hier bei uns sinngemäß einsetzen würden, Gelder, die die Steirerinnen und Steirer verdient haben, dann würden wir diesen Zielen näher kommen, sogar sehr nahe kommen und wir würden sie auch erreichen. Aber so liefern wir das Geld nach Wien – (Unverständlicher Zwischenruf.) Ich weiß, Kollege Paierl, du redest nur vom Darstellen, es wird ja nichts abgeliefert, es wird nur dargestellt. Bitte, nimm die Seifenblasen, blas hinein, dann weißt du, was das Darstellen bedeutet.

Mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei allem Respekt vor diesen Dingen, wäre es aber genauso recht, ja es wäre mir sogar lieber, wenn die Steiermark Gesundheitsland Nummer eins werden würde, wenn sie Sozialland Nummer eins werden würde. Das wären Ziele, die den Menschen in diesem Land etwas bringen würden. (Beifall bei der SPÖ.) Auch diese Ziele würden wir erreichen, wenn wir nicht 3,5 Milliarden Schilling abliefern müssten auf Grund eines sehr unseligen Stabilitätspaktes. (Abg. Dr. Lopatka: „Kollege Stöhrmann!“)

Und, lieber Herr Kollege Lopatka, weil du schon so laut dazwischenrufst, es ist schon sehr schizophran, sich für hunderte Millionen Schilling für Events stark zu machen und gleichzeitig im gleichen Atemzug zu verlangen, dass die Sozialhilfe für die bedürftigen Menschen dieses Landes gekürzt wird. So weit kann es nicht kommen und das werden wir auch nicht zulassen, Kollege Lopatka. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Geburtstagskränzchen wird sich ja spätestens in eineinhalb Stunden seinem Ende zuneigen. Ich will es nicht unnötig verzögern, nur nehmen Sie diese Mahnung ernst, die wir hier von diesem Pult aus geben. Es gibt so viele Aufgaben in diesem Land am sozialen Sektor, am infrastrukturellen Sektor, nützen wir die Chance und verschleudern wir das Geld nicht sinnlos anderweitig. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 10.55 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (10.56 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Vorweg einmal zur Klarstellung, wir sind stolz darauf, dass wir das Tourismusland Nummer eins sind. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Und das haben wir nicht geschafft, weil wir als Politiker – und da möchte ich uns nicht herunterstellen, weil wir so aktiv waren und weil wir so toll waren, wir haben vielleicht die Begleitmaßnahmen mit geschaffen und das hoffe ich, dass wir etwas Positives bewirkt haben. Aber wir haben es geschafft, dank dem großartigen Einsatz vieler Touristiker, die weder hohes Risiko noch hohen Arbeitseinsatz gescheut haben und der vielen Arbeitskräfte in diesem Bereich, die aktiv mitgearbeitet haben, deshalb sind wir Tourismusland Nummer eins und darauf sind wir stolz. Und diesen Menschen müssen wir alle ein recht herzliches Dankeschön sagen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Geschätzter Herr Kollege Stöhrmann, ich finde es nicht richtig, wenn wir immer schwarz-weiß spielen, wenn wir immer auseinanderdividieren, dort die Arbeitskräfte, da der Tourismus. Auch im Tourismus sind viele Arbeitsplätze geschaffen worden, dezentrale Arbeitsplätze, die auch wichtig sind für die Regionen. Auch du als Bürgermeister einer ländlichen Region weißt das mit Sicherheit zu schätzen. Ich komme selbst aus einer PS-starken Region, PS-stark nicht nur wegen der Formel 1, PS-stark zum Beispiel auch, wie es am vergangenen Wochenende war, als der Reitclub Sachendorf ein internationales Turnier veranstaltet hat, wo Bewerber aus 17 Ländern mit insgesamt 380 Pferden in der Steiermark waren. 17 Nationen waren in der Steiermark in Knittelfeld vertreten. Das ist auch Werbung, Image für unsere Region.

Zur Formel 1 möchte ich sagen, Bachmaier hat gemeint, die Rückholung der Formel 1 war aus wirtschaftlicher Sicht absolut gerechtfertigt. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache, mehr als eine Milliarde Schilling Steueraufkommen für den Bund. Und da bin ich stolz, dass es jetzt endlich unter einer schwarz-blauen Regierung möglich ist, dass auch der Bund mitzahlt. Denn die Versprechungen von Vranitzky, die können wir uns heute noch auftapezieren, wertlos und leer! Bis heute ist kein Schilling in die Region gekommen! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Unsere Regierung hat Handschlagqualität. Wir können mit Sicherheit darauf zählen, dass das Geld für die Formel 1 kommen wird. (Abg. Gennaro: „Diese Regierung hat Handschlagqualität, weil sie manchen ins Gesicht schlägt!“)

Herr Kollege Gennaro, Herr Vranitzky hat überhaupt nichts zustande gebracht. Das Land hat das Geld vorschießen müssen, weil ihr es von Wien nicht hereingeholt habt. Und ihr seid wieder diejenigen, die jetzt schreien, um Himmels willen, der Bund hat den Nutzen und das Land muss zahlen. Das ist doch auch eine Scheinheiligkeit! (Beifall bei der FPÖ.)

Es ist ja nicht so, dass der Grand Prix unbedingt in die Steiermark kommen muss. Sind wir froh, dass er kommt, denn andere Länder stehen in der Warteschlange. Dass die Formel 1 für unsere Region viel gebracht hat, das merkt man, das Image der Region ist besser geworden. Wir sind weg von der Krisenregion, wir entwickeln uns in Richtung Hightechregion.

Wer sich das Vermarktungskonzept der künftigen Therme Gabelhofen anschaut, der sieht, dass genau dieses Vermarktungskonzept in die Schiene Hightech, gemeinsam mit Naturnutzung zielt. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Dieser Weg ist erst möglich geworden durch die Formel 1 und ich bin zuversichtlich und ich hoffe, dass der Vertrag auch für die nächsten Jahre verlängert wird zum Wohle unserer Region, zum Wohle der gesamten Steiermark und zum Wohle von ganz Österreich. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 11.00 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (11.01 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist für mich fast unwahrscheinlich, dass man sich wegen dieser Aktuellen Stunde aufregt, obwohl jeder auch von den Sozialdemokraten – ob ihr Demokraten seid, weiß ich nicht recht – (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Diese Frechheit schenke ich dir!“) wissen müsste, dass Tourismus ein Thema ist, dass er der größte Devisenbringer in unserem Land seit Jahrzehnten ist und wo tausende von Leuten beschäftigt sind. Das ist für mich schon fast unwahrscheinlich. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Ich nehme dich so wenig ernst, dass ich das gar nicht registriere!“)

Und es kommt jedes Mal, wie das Amen im Gebet, das mit den Zahlungen nach Wien. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hätten keine Zahlungen, ja wir könnten Milliarden vergeben, wenn es eure Regierung nicht so lange gegeben hätte, die Milliarden Schulden gemacht hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Stahlhelmakrobat Gennaro hat ganz deutlich gesagt, kein Brot, aber viel Geld für Spiele. Da möchte ich noch eines sagen, es gäbe kein Brot und keine sozialen Errungenschaften, wenn wir keine funktionierende Wirtschaft hätten. Nur eine funktionierende Wirtschaft gibt uns die Sicherheit, dass wir weiterhin ein soziales Land sein können, dass wir weiterhin auf unsere Armen schauen können und vor allem, dass wir alles tun können, um unsere Behinderten zu unterstützen. Und dazu trägt sehr viel der Tourismus bei. (Beifall bei der ÖVP.)

Im Jahre 1970, als Herr Bundeskanzler Kreisky die Minderheitsregierung gebildet hat, war ich Bezirksobmann von der Jungen ÖVP und da war ich am Boden zerstört, eine SPÖ-Regierung, weil ja schon immer gesagt wurde und es die Geschichte gelehrt hat, die SPÖ versteht nur dann etwas vom Geld, wenn sie es anderen

nehmen konnte und in 20 Jahren werden wir dem Konkurs nahe stehen. Auch das hat sich bewahrheitet. Dass jene Partei, die uns fast an den Rand des Konkurses gebracht hat, jetzt davon redet, dass das eine oder andere jetzt nicht möglich ist, ist für mich fast unwahrscheinlich.

Tourismus ist also – das habe ich vorher erwähnt – einer der wichtigsten Faktoren in unserem Land, er gehört dazu, um eine funktionierende Wirtschaft weiter aufrechtzuerhalten.

Ich möchte mich ganz besonders bei dir, lieber Gerhard Hirschmann, für deine Großveranstaltungen bedanken, mit denen du das Land weltweit präsent gemacht hast. Und da ist nicht nur die Formel 1, welche für mich ein wichtiger Bestandteil ist bei diesen Veranstaltungen und wie ich es gesagt habe, weltweit präsent in den ganzen Ländern wie keine andere Veranstaltung ist, wo ein Publikum ist, das so viel Geld ausgibt als sonst bei keiner anderen Großveranstaltung. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, das ist nicht nur für die Region, sondern für unser ganzes Land, für unser Bundesland und für Österreich, von größter Bedeutung.

Es ist weiter die Dachstein-Tauern-Region als Topschiregion, als eine Region, die eine Internationalisierung am Tourismussektor geschafft hat wie keine zweite, ein wichtiger Faktor. Das ist eben der Nachtslalom, der uns weltweit bekannt macht. Da sind die Weltcuprennen in Haus, die Damenweltcuprennen, wichtig. Da war die Nordische WM in der Ramsau wichtig, wo eine gute Zuwachsrate ist und die Erfolgsgeschichte des steirischen Tourismus wesentlich beeinflusst hat und fortsetzt.

Ich glaube, nur so können wir uns weiter im Erfolg sonnen und können weiter für den Tourismus Erfolge buchen.

Wenn wir von den Arbeitslosen reden, dass dort und da zu wenig Geld vorhanden ist, im Tourismus brauchen wir mehr als 1000 Arbeiterinnen und Arbeiter. Wir haben in unserem Bezirk eine Umfrage gemacht. Wir haben mehr freie Arbeitsplätze als wir Arbeitssuchende haben. Ich glaube, in diesem Sinne ist der Tourismus ein ganz, ganz wichtiges Standbein. (Beifall bei der ÖVP.)

Was sind im Tourismus wesentliche Faktoren für die steirische Tourismusstory? Ich habe es bereits erwähnt. Das sind nicht nur die Alpentour, die Hufeisentour und nicht nur die Thermen, die ganz gewaltig punkten von den Auslastungsziffern her. Ich darf nur ganz kurz erwähnen, dass unsere führenden Thermenhotels 250 Tage volle Belegstage haben und dass wir durch die Errungenschaft der Snowboard-WM 2003 im Murtalgebiet eine großartige Veranstaltung haben, die uns wieder ins Rampenlicht der Welt rücken wird.

Ich glaube, solche Sachen sind wichtig und ich bitte dich, Gerhard, deine Idee weiter fest in die Hand zu nehmen für die nächste Ski-WM in der Dachstein-Tauern-Region, um auch hier wieder von der Werbung und von dieser Großveranstaltung her weltweit punkten zu können.

In diesem Sinne möchte ich den Sozialdemokraten hinter die Ohren schreiben, nicht Schulden machen, sondern das Nulldefizit anstreben, dann wird es uns allen miteinander viel besser gehen als wir uns wünschen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 11.06 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, die Aktuelle Stunde dauert nun bereits 60 Minuten. Gemäß Paragraph 71 Absatz 4 GeoLT mache ich vom Recht, diese um 30 Minuten zu verlängern, Gebrauch.

Ich erteile nun der Frau Abgeordneten Gruber das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (11.07 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich weigere mich einfach, diese Region oberes Murtal als eine Region hinstellen zu lassen, in der nur Schafe weiden würden, gäbe es den Österreichring nicht. Ich glaube, das haben sich die Tourismusverbände der einzelnen Städte und die Freizeitarena Oberes Murtal nicht verdient. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Frau Abgeordnete, tun's einmal zuhören, wenn es leicht geht, wenn es leicht möglich ist. Sie haben ja so viel Hirn, dass Sie das verstehen!“ – Dipl.-Ing. Grabner: „Herr Landesrat, versuchen auch Sie zuzuhören!“ – Landesrat Dr. Hirschmann: „Ach du Kasperl!“ – Abg. Kaufmann: „So eine Frechheit!“ – Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Da werde ich als Kasperl bezeichnet, das ist ungebührlich!“ – Glockenzeichen des Präsidenten! – Präsident: „Meine Damen und Herren, am Wort ist die Frau Abgeordnete Gruber. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen. Frau Abgeordnete, selbstverständlich werde ich diese Minute für Sie prolongieren!“ Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Das ist ungeheuerlich!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Reg' dich nicht auf!“ – Präsident: „Meine Damen und Herren, nochmals, am Wort ist die Frau Abgeordnete Gruber. Bitte fortzusetzen, Frau Abgeordnete!“)

Es ist unbestritten, dass während der Zeit, in der die Formel 1 (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Darf ich ab sofort zu jedem in diesem Haus Kasperl sagen? Danke!“) in der Region ist, es keine Betten gibt, weit über die Region hinaus.

Wir reden aber von Nachhaltigkeit. Und hier bitte ich zu berücksichtigen, dass diese Region mehr beinhaltet als diese Formel 1, als diesen Österreichring.

Es wurde schon von der Hermi Pußwald angeschnitten, wir haben hier ein Projekt, ein Thermenprojekt, das wie kein anderes in der Steiermark ausgereift ist, ausgedacht ist – die Therme Gabelhofen. Hier hat ein privater Investor sehr viel Geld in die Hand genommen – die Planung ist fortgeschritten – und ich bitte Sie von Nachhaltigkeit zu sprechen und auch seitens des Landes nicht nur mündliche Zusagen zu geben, sondern endlich auf den Tisch zu legen, wie hoch die Förderungen des Landes für dieses Projekt sind.

Und noch eines – zur Snowboard-WM: Es ist schön, dass wir im Bezirk Murau diese Snowboard-WM haben. Aber wenn wir keine ausgebauten Straßen haben, wenn wir keine Möglichkeit haben, die Menschen, die hoffentlich in Massen zu dieser Snowboard-WM kommen, hinzubringen, dann gehört es koordiniert, dass zwischen den Eventgeschichten und dem normalen Ausbau der Straßen eine Koordination herrscht. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 11.10 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich weiters der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (11.10 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Jetzt ehrlich gesagt, ich halte es wirklich für eine bewusste Verkennung der Tatsachen, wenn man eine Aktuelle Stunde zu einem Thema wie Tourismus ansetzt und gleich die Opposition als Erstes sagt, das hat nicht mit Arbeitsplätzen zu tun. Das sind Arbeitsplätze, das sind hunderte, das sind tausende Arbeitsplätze. (Beifall bei der ÖVP.)

Damit sind wir vom Thema her ganz aktuell, deswegen, weil es in Wahrheit in manchen Bereichen heute schon nicht mehr möglich ist Arbeitskräfte zu finden. Ich frage den Kollegen Gennaro, warum das AMS oder das BFI über das AMS Ausbildungsstätten schafft, wenn ihr gleichzeitig bejammert, dass es keine Arbeitsplätze gibt? Deswegen, weil es eine hohe Arbeitsnachfrage gibt und sie in gewissen Bereichen gar nicht mehr erfüllt werden kann. Und das ist auch das Thema. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren von der sozialdemokratischen Fraktion, es würde dieser Fraktion gut anstehen, Erfolge, die dieses Land, auf das wir alle stolz sind, gemeinsam hat, auch anzuerkennen, und nicht deswegen, weil da ein Referent sitzt, den Sie durch nichts ersetzen können oder wo Sie kein Pedant dazu haben, zu diskriminieren. Landesrat Hirschmann ist wie kein anderer, wie kein anderer Landesrat in Österreich, ein Synonym für Einfälle, für Aktivität, für Agilität, für alle diese Dinge, die wir im Tourismus brauchen. (Beifall bei der ÖVP.)

Er hat die Tradition der Österreichischen Volkspartei fortgesetzt. Und ich sage es von einem Bezirk, wo ich es wirklich sagen kann. Vor 20 oder 25 Jahren hat niemand gewusst, was man bei uns tun kann. Es war damals Wegart, mit Unterstützung aller, herauf bis heute. Da gibt es heute blühenden Tourismus, das hätte sich niemand erwartet, niemand zu hoffen gewagt, was daraus geworden ist. Das ist nicht Nichts, das ist etwas Besonderes. Und auf diese Entwicklung müssen wir stolz sein. Da dürfen wir nicht sagen, Tourismus hat eigentlich nichts damit zu tun, weil es geht um die Arbeitsplätze, da ist das Thema verfehlt. Das Thema ist goldrichtig. Das ist nämlich ein Wirtschaftszweig, der für unser Land geeignet ist wie noch nie. (Beifall bei der ÖVP.)

Es waren am Wochenende zum Beispiel – ich will Namen der Nationen gar nicht aufzählen, weil ich dann zu viel Zeit verbräuche –, es waren in der Therme Blumau aus vielen Nationen der Welt Gäste. Mit keiner anderen vergleichbaren wirtschaftlichen Entwicklung waren jemals diese Umsätze zu erzielen gewesen.

Wenn Sie heute schauen, was aus Loipersdorf, aus Waltersdorf, aus Blumau geworden ist, dann ist das eine Erfolgsgeschichte des steirischen Tourismus, die durch keine andere Betriebsgründung, schon gar nicht durch die verstaatlichte Industrie in irgendeiner Form ersetzt werden kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, im Tourismus gibt es auch die nachhaltige Entwicklung, weil dort das am Arbeitsplatzsektor erfolgt, was wir so dringend brauchen, eine Verteilung über die Regionen und nicht irgendwo eine Zusammenfassung. Dort haben die Leute ihren Arbeitsplatz vor dem Haus, dort hat die Landwirtschaft etwas davon, die wir auch brauchen, nicht nur um die Landschaftspflege zu betreiben, und das sollten wir gemeinsam anerkennen und gemeinsam stolz sein und ich möchte ausdrücklich dem Land Steiermark und allen, die daran beteiligt waren, herzlich danken für die großartige Leistung der Politik, der steirischen Landespolitik allein. (Beifall bei der ÖVP. – 11.14 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (11.15 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Dass ihr Politik und die Themen unserer Zeit, die die Steirerinnen und Steirer bewegen, nicht erkennt, nicht ernst nimmt, das hat bereits die Budgetdebatte gezeigt. Und dass ihr, wenn ihr einmal im Jahr eine Aktuelle Stunde veranstalten könnt (Abg. Dr. Lopatka: „Hätte dir auch einfallen können, ärgere dich nicht!“), ein Thema wählt (Abg. Dr. Lopatka: „Ja, zu einem gescheiterten Thema. Hättest du zu einem anderen Thema etwas gemacht!“), wo ohnedies – und das gebe ich schon zu, meine Damen und Herren – der Tourismus funktioniert ja deshalb so gut – Kollege Lopatka, dass du nervös bist verstehe ich – (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Uns fällt etwas viel Wichtigeres ein!“ – Abg. Dr. Lopatka: „Hättet ihr es gemacht!“) meine Damen und Herren von der ÖVP, ihr müsst zuhören, ihr könnt immer etwas lernen, wenn ich hier etwas sage – dass ihr das Thema Tourismus (Abg. Dr. Lopatka: „Hättest ein anderes genommen!“), der durchaus ein Thema ist, der sehr gut funktioniert, vor allem deshalb (Abg. Dr. Lopatka: „Weil wir den Landesrat haben!“), nicht weil der Kollege Hirschmann auf der Regierungsbank sitzt, sondern weil im Thermenland, bei den Schibergen und weil in der vergangenen Amtsperiode gemeinsam führend mit dem Kollegen Ressel, der dafür zuständig war als Sozialdemokrat, etwas gelungen ist, was ein Beispiel sucht. Das ist richtig und dazu stehen wir. Aber den Haupterfolg, meine Damen und Herren, müssen wir schon noch den fleißigen Leuten lassen, die da vor Ort arbeiten und sich abmühen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und noch etwas, wenn der Kollege Tasch hier erklärt, wir haben weniger Arbeitskräfteangebot im Tourismusbereich als wir freie Arbeitsplätze haben, dann fragt euch einmal – und ihr seid hauptsächlich von Schwarz-Blau hier die Vertreter von vielen, die in der Tourismusbranche tätig sind –, wieso die Leute so schlecht bezahlt kriegen, dass sie nicht einmal davon leben können. Deswegen gehen sie nicht hin, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Solange sich das nicht verändert, wird sich dort auch nichts verändern.

Aber jetzt, meine Damen und Herren, ganz etwas anderes. Kollege Tasch und Kollege Lopatka, der diese Dinge zulässt, Kollege Tasch, du bist angesprochen und ich habe dir auch zugehört, genau, weil ich entsetzt bin, was du gesagt hast.

Der Kollege Lopatka soll genauso zuhören, weil ich meine, dass dir der ÖVP-Klub langsam entgleitet. (Abg. Dr. Lopatka: „Hilf mir ein bisschen!“) Meine Damen und Herren, in diesem Hohen Haus kann ein Abgeordneter hergehen und in Frage stellen, ob Sozialdemokraten demokratisch sind oder nicht. Das ist eine Ungeheuerlichkeit an Demokratieverständnis, lieber Kollege Tasch. Ihr könnt euch hier ein Beispiel nehmen. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn nämlich Jugendliche, die um eine Schiregion bangen und der Schiklub von Aflenz hergeht und sich in Graz dafür einsetzt, dass die Bürgeralm ausgebaut wird und dass sie ihre jungen Rennläuferinnen und Rennläufer dorthin mitnehmen, um der Frau Landeshauptmann zu zeigen, wie wichtig ihnen das ist, geht der Klubobmann der ÖVP her und sagt, Kinder werden für Demonstrationen missbraucht. Schämen Sie sich, meine Damen und Herren, das ist eine Vorgangsweise, die wir ablehnen! (Beifall bei der SPÖ.)

Und das Letzte, wenn ein Landesrat – und er kann nach unserer Geschäftsordnung vom Präsidenten keinen Ordnungsruf bekommen – (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist das Glück für den Flecker!“), aber wenn ein Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren, von der Regierungsbank aus hergeht und den Abgeordneten Grabner, der sich für etwas einsetzt und für etwas eintritt, einen Kasperl nennt, dann ist das eine Ungeheuerlichkeit und ich verlange eine Entschuldigung, meine Damen und Herren. Das ist doch unmöglich. (Beifall bei der SPÖ.)

Wo kommen wir denn hin, meine Damen und Herren, wenn die stärkste Partei im Land – die Steirerinnen und Steirer wissen ohnedies schon (Abg. Dr. Lopatka: „Beleidige die Steirer nicht!“), dass dies eine Entscheidung war, wo sie schwer darunter zu leiden haben – so etwas in diesem Hohen Hause zulässt, ich weiß schon, dass durch Schwarz-Blau im Bund und im Land, sich alles verschlechtert hat, dass die Leute darunter leiden, dass sie Existenzängste bekommen (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Wer schürt die Existenzängste?“), aber dass ihr auch zulässt, dass die Sprache hier so verroht wird, das lehnen wir ab. Und wenn ihr ein bisschen einen Anstand habt, dann entschuldigt ihr euch dafür! (Beifall bei der SPÖ. – 11.19 Uhr.)

Präsident: Ich habe eine weitere Wortmeldung vom Herrn Abgeordneten Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (11.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist ja schon interessant, wie eine solche Debatte abläuft. Man könnte hier künstliche Erregungen studieren, wie sonst kaum irgendwo, wenn man der sozialdemokratischen Fraktion hier zuhört. Und da ganz kurz gleich eine Anmerkung, denn das mit dem sozialdemokratisch und wie demokratisch ihr seid, das haben wir auch schon bei der Budgetdebatte oder eine vorher diskutiert, wo der Kollege Stöhrmann für die Wahlfälscher applaudiert hat und aus sonstigen demokratiepolitischen Erfahrungen der Sozialdemokratie berichtet wurde. Wann seid ihr sozialdemokratisch geworden? (Beifall bei der ÖVP.)

Als sich in den Reformländern des Ostens die letzten getreuen Kommunisten in Sozialisten unbenannt haben, ist selbst euch das zu peinlich geworden. Das ist der Hintergrund dieser Geschichte. (Abg. Gross: „Aber das Wort Demokratie und Demokrat gilt noch immer, oder?“) Ja, das gilt noch immer. (Abg. Gross: „Und ich lasse mich als Abgeordnete von einem Landesrat sicher nicht so behandeln, wie der Landesrat Hirschmann meine Kollegin Gruber behandelt hat!“ – Beifall bei der SPÖ.)

Also, es ist ja ganz besonders bemerkenswert – (Abg. Gennaro: „Hochmut kommt vor den Fall!“) also Kurt, das brauchst du mir nicht zu sagen, dass Hochmut vor dem Fall kommt. Jetzt einmal Folgendes, wir erleben hier diese künstlichen Aufregungen, diese interessanten Benotungsversuche für einzelne Mandatare unserer Fraktion und anderes mehr – (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Zuerst wird man unflätigst beflagelt und dann soll man sich nicht aufregen dürfen? Das ist fein!“) Erstens einmal unflätigst beflagelt wird überhaupt niemand. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „‚Kasperl‘, ‚Vollkoffer‘ oder ‚schleich dich‘. Darf ich das ab jetzt sofort immer sagen?“ – Abg. Dr. Lopatka: „Du darfst zu mir alles sagen!“ – Abg. Schrittwieser: „Herr Drexler, das wissen Sie nicht, das sind alles Ausdrücke, die der Herr Landesrat Hirschmann gesagt hat!“) Danke für die Erklärung, aber ich weiß das Gott sei Dank alles.

Wir brauchen diese Debatte ja nicht führen, vielleicht könnten wir sogar bei dem einen oder anderen Begriff den Wahrheitsbeweis versuchen, denn manches ist nicht so unerhört und ungeheuerlich, wie es hier diskutiert wird.

Und jetzt zu einigen Punkten, die wir in dieser Debatte gehört haben. Es ist ein Beispiel für die sozialistische Ahnungslosigkeit, was hier vorfällt. Denn das kennen wir, seit dem 4. Februar letzten Jahres ist alles grauslich und schlimm. Alles kostet mehr und wenn man Kreuzschmerzen hat, kostet es 3500 Schilling und so weiter. Gott sei Dank ist es nicht so, dass alles grauslich ist in diesem Lande. Gott sei Dank haben wir sehr gute Wirtschaftsdaten, Gott sei Dank geht eure Greuelpropaganda seit dem 4. Februar 2000 ins Leere und das ist das, was euch ärgert und dann so nervös macht. (Beifall bei der ÖVP.)

Dass man noch immer nicht begriffen hat, dass wir genau über Arbeitsplätze sprechen, und zwar über sehr viele mehr, als es jemals in diesem Land gegeben hat! Und dann immer wieder herkommt und sagt, mein Gott, ihr tut die Themen nicht ernst nehmen, ist das furchtbar, wie kann man nur über so etwas wie Tourismus und Grand Prix sprechen, wo gleichzeitig so wichtige Themen da wären.

Jawohl, das ist aber unser Weg, sich den entscheidenden Themen zu nähern, nicht in Konsummanier und nicht in Milliardensubventionen für zukunftslose Aktivitäten (Abg. Gross: „Was die ÖVP zum Tourismus berichtet, ist vor kurzer Zeit hier im Haus diskutiert worden!“), die dann im Endeffekt dazu führen.

Der Grand Prix – und weil der Kollege Hagenauer gesagt hat, er weiß nicht die Unverwechselbarkeit des Grand Prix –, ja, wer ihn nie gesehen hat, den steirischen Grand Prix, wird die Unverwechselbarkeit des steirischen Grand Prix leider nicht mitbekommen. Es gibt aber eine Reihe von Zeitschriften – es gibt nämlich auch Fachzeitschriften für Motorsport, das ist ja ganz etwas Interessantes – (Abg. Schrittwieser: „Im Unterschied zu euch habe ich den Grand Prix nicht von der VIP-Loge aus gesehen, sondern von woanders!“), wo auch das immer wieder dargestellt wird.

Da blinkt irgendwas. Aber ich habe mir noch so viele Dinge aufgeschrieben. Es wäre ja eigentlich verlockend, hier noch einiges zu sagen.

Ich sage abschließend vielleicht nur einen Satz:

Erstens: Diese Taktik, die die SPÖ in diesem Lande versucht, geht nicht auf. Punkt eins. Ein, zwei Argumente sollten jeder Fraktion zuzutrauen sein. Ich wäre jetzt wirklich langsam aber sicher auf das zweite Argument von euch gespannt, weil das mit dem DKT-Geld und mit dem Herumschicken, das haben wir schon so oft gehört, dass es in Wahrheit eine Missachtung des Publikums ist, wenn das noch drei-, viermal kommt. (Beifall bei der ÖVP.)

In diesem Sinne mache ich es wie der Kurt Tasch, zuerst Pause und dann sage ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 11.25 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (11.25 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Drexler, ganz speziell, wenn Sie von künstlichen Aufregungen sprechen, dann ist das eine Abqualifizierung und dem möchte ich ganz entschieden entgegenzutreten. Ich möchte eigentlich nur eines tun. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ.)

Wir hatten die gleiche Situation vor etwa zehn Tagen im Budgetlandtag, wo es auch immer wieder darum gegangen ist, dass Sie Behauptungen aufgestellt haben, dass Sie Äußerungen getätigt haben, die nicht nur an der Grenze, sondern über der Grenze waren und dann Antworten und Repliken nicht ausgehalten haben und die dann abqualifiziert haben als etwas, was gegen die Steiermark gerichtet sei.

Wir haben heute eine Neuauflage dieser Situation. Ich möchte ganz im Speziellen die Damen und Herren der ÖVP-Fraktion ansprechen und sagen, haben Sie sich das gedacht, Herr Kollege Rauch, haben Sie sich das gedacht, wie Sie hier in den Landtag eingezogen sind, dass Sie in einer Fraktion arbeiten werden, in der ein Landesrat eine Abgeordnete oder einen Abgeordneten als Kasperl bezeichnet, in der der Klubchef von Kindesmissbrauch spricht, wenn er sagen will (Abg. Mag. Drexler: „Das ist eine Verhöhnung der Opfer. Das ist ein Wahnsinn!“), dass er nicht damit einverstanden ist, dass es Demonstrationen gegen die schwarz-blaue Regierung gibt? Ich denke, der Herr Klubobmann Lopatka hat sich das letzte Mal für seine Äußerung entschuldigt.

Sie sollten das innerfraktionell klären, wie Sie das halten wollen. Ich halte es für absolut entbehrlich und gefährlich, in dieser Art zu agieren, wie Sie das hier tun, meine Damen und Herren. Danke! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 11.27 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Prof. Rauch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Dr. Rauch (11.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Wir haben hier eine Debatte, die sehr viel über die Bedeutung des Sports gebracht hat, für die Region, für die Außenwirkung der Steiermark. Ich finde es gut, dass darauf hingewiesen wird. Es ist einleitend sehr deutlich geworden, dass es hier um eine Leistung geht, die nicht nur von der Landespolitik, sondern die ganz entscheidend von den Damen und Herren, von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Region geleistet wird. Und das ist das Bild, das wir nach außen tragen wollen.

Das Zweite, was ich dann doch ergänzen will, auch weil ich direkt angesprochen worden bin: Dass das Thema Sport jetzt hier im Vordergrund steht ist klar, wir haben aber auch – und das ist bei der Budgetrede ja sehr deutlich geworden – das Kapitel Sport und Kultur.

Wenn der Herr Landesrat die Planungen zur Stadt 2003, zur Kulturstadt, angesprochen hat, wenn wir verfolgt haben, wie gestern in der Stadt Graz die Entscheidung getroffen worden ist, dass Kultur als Chefsache ganz im Zentrum stehen soll, dann ist das ein Signal, das wir, glaube ich, viel stärker von diesem Podium und von dieser Landtagsstube hinaustragen sollten (Beifall bei der ÖVP.) und dass wir in der Steiermark nicht einzelne Wörter jetzt herausgreifen, die, wenn ich mich an die Diskussion, die vorhin angesprochen worden ist, erinnere,

missinterpretiert worden sind und aus dieser Missinterpretation aufgeschaukelt wurden, sondern dass wir zurückkommen zu den Dingen, die uns wirklich bewegen, die uns weiterbringen und die auch die Bevölkerung von uns erwartet.

In diesem Sinn, glaube ich, sollten wir die Themen aufgreifen, die heute hier Sache sind, die Leistungen, die in der Steiermark nach außen wirken. Ich möchte sehr appellieren – wie schon mehrmals hier in Wortmeldungen vorgekommen ist: Sehen wir doch auch das Positive. Wir sind am Anfang einer gemeinsamen Arbeit für dieses Land und hier haben wir sowohl im Sport als auch in der Kultur sehr viel, was wir gemeinsam leisten und auch nach außen transportieren können. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.29 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, das war somit die letzte Wortmeldung. Wir sind in der Zeit geblieben. Ich erkläre daher die Aktuelle Stunde für beendet.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Auflagen und Zuweisungen:

Eine List der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Schriftliche Anfragen beziehungsweise Anfragebeantwortungen gemäß Paragraf 66 GeoLT:

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass acht schriftliche Anfragen und vier Anfragebeantwortungen gemäß Paragraf 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Ausschüsse vor der heutigen Landtagssitzung:

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass am heutigen Tag der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 317/1, betreffend Standortgarantie für die steirischen Landeskrankenanstalten sowie über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 318/1, betreffend den Vollzug der Finanzierung der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. für die Jahre 2001 und 2002 beraten hat.

Weiters hat die Beratung des Ausschusses für Wohnbau über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 290/1, Beilage Nr. 22, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird (Wohnbauförderungsgesetznovelle 2001) zu einem Selbstständigen Antrag, Einl.-Zahl 333/1, Beilage Nr. 25 geführt.

Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, den Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 317/1, als Tagesordnungspunkt 22, den Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 318/1, als Tagesordnungspunkt 23 und den Selbstständigen Antrag des Ausschusses für Wohnbau, Einl.-Zahl 333/1, Beilage Nr. 25 als Tagesordnungspunkt 24 zu behandeln, wobei die Behandlung der genannten Tagesordnungspunkte an folgenden Stellen stattfindet:

Tagesordnungspunkte 22 und 23 vor dem Tagesordnungspunkt 15, Tagesordnungspunkt 24 vor dem Tagesordnungspunkt 9.

Gemäß Paragraf 39 Absatz 5 GeoLT ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Wenn Sie meinen Vorschlägen zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Selbstständiger Antrag:

Auf Grund der heutigen Ausschussverhandlungen liegt ein Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Wohnbau, Einl.-Zahl 333/1, Beilage Nr. 25, betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird (Wohnbauförderungsgesetznovelle 2001) auf, welcher als Tagesordnungspunkt 24 auf die heutige Tagesordnung gesetzt wird.

Gemäß Paragraf 22 Absatz 3 GeoLT hat der Landtag zu beschließen, ob über einen Selbstständigen Antrag eines Ausschusses unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen ist oder ob dieser einem anderen Ausschuss zur neuerlichen Vorberatung zugewiesen werden sollte.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, hinsichtlich dieses Selbstständigen Antrages unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen.

Wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich gehe nun zur Tagesordnung im Sinne des Paragrafen 39 Absatz 3 GeoLT über.

2. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 298/1, der Abgeordneten Riebenbauer und Rieser, betreffend Imagekampagne für steirisches Rindfleisch.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Franz Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (11.34 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 298/1, der Abgeordneten Riebenbauer und Rieser, betreffend Imagekampagne für steirisches Rindfleisch.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seiner Sitzung am 24. April 2001 die Beratung über den obgenannten Antrag durchgeführt und nachstehenden Beschluss gefasst:

Bei der Imagekampagne für steirisches Rindfleisch soll explizit auf Biorindfleisch Bedacht genommen werden.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens eine Imagekampagne für das steirische Rindfleisch einzuleiten und dabei entsprechend dem Anteil der Biobäuerinnen und Biobauern an der Gesamtanzahl der Bäuerinnen und Bauern 10 Prozent der Mittel für die Imagewerbung von Biorindfleisch zweckzuwidmen, zweitens die entsprechenden Stellen anzuweisen, damit in landeseigenen Küchen vermehrt Rindfleischgerichte in die Menüpläne aufgenommen werden, wovon 25 Prozent des Rindfleisches aus biologischer Landwirtschaft stammen sollen und drittens die steirischen Gastwirtschaftsbetriebe zu ersuchen, sich an dieser Kampagne zu beteiligen. Ich ersuche um Zustimmung! (11.35 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (11.35 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine geschätzten Damen und Herren, liebe Zuhörer hier und zu Hause!

Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Tourismus, über den wir gerade diskutiert haben, ist eine gepflegte Kulturlandschaft. Und diese gepflegte Kulturlandschaft, meine geschätzten Damen und Herren, wird von unseren steirischen Bäuerinnen und Bauern gesichert, und von niemand anderem. Diesen Gedanken als Erstes.

Mit Sicherheit Fleisch essen, diesen Wunsch haben wir eigentlich alle. Das BSE-Problem hat zu einem massiven Rückgang des Absatzes bei Rindern geführt. Viele Bauern sind in unserem Lande unverschuldet in eine schwere existenzielle Krise geraten, obwohl in Österreich bisher Gott sein Dank kein einziger Fall dieser Erkrankung aufgetreten ist.

Der größtmögliche Schutz der Konsumenten ist für uns Bauern eine Selbstverständlichkeit. Um die Sicherheit für die Verbraucher zu erhöhen, wurden in Österreich in den letzten Jahren folgende Schritte gesetzt. Ich möchte das einmal in Erinnerung rufen. Seit 1990 ist es in Österreich verboten, Tiermehl an Rinder zu verfüttern. Seit 1. Jänner 2001 gilt das allgemeine Tiermehlverbot in der EU. Österreich hat seit 1998 eine funktionsfähige Rinderdatenbank, die es ermöglicht, den Weg des Tieres von der Geburt im Stall bis zum Verbraucher lückenlos zu dokumentieren.

Österreich, und das wissen wir, ist seit langer Zeit Nettoexporteur von Rindfleisch, weil wir einen hohen Selbstversorgungsgrad haben, der bei 140 Prozent liegt. Also das Risiko des Importes ist bei uns dadurch verringert, ich sage bewusst verringert. Verschärfte Hygienebestimmungen, Risikomaterialentsorgung und BSE-Tests bringen zusätzliche Sicherheit. Ich sage hier klar und deutlich, noch nie war der Konsum von heimischem Rindfleisch sicherer als jetzt. Durch die nachhaltige Bewirtschaftung der Kulturlandschaft werden selbstverständlich gesunde Böden und sauberes Wasser erhalten. Wir wissen, dass wir durch unsere kleinbäuerlichen Strukturen und den hohen Bergbauernanteil in der Steiermark unter erschwerten Bedingungen produzieren und wir sind dadurch im Wettbewerb mit anderen Ländern im Nachteil.

Meine geschätzten Damen und Herren, mit diesem unserem Antrag wollen wir einfach Imagewerbung für unser Rindfleisch betreiben. Laut einer Umfrage glauben 81 Prozent der Konsumenten, dass das Vertrauen zum Rindfleisch wieder hergestellt werden kann und dass die Menschen darauf wieder vertrauen. Wir wollen aber auch, dass die Landesregierung die entsprechenden Stellen anweist, vermehrt Rindfleischgerichte in die Menüpläne der landeseigenen Küchen aufzunehmen, einfach zu verkochen und uns damit zu unterstützen.

Und zusätzlich – da geht meine Bitte an die Gastronomie des Landes – ersuchen wir unsere Wirte, unsere Partner, dass sie sich an dieser Aktion beteiligen und verstärkt unser gutes steirisches Rindfleisch anbieten.

Meine geschätzten Damen und Herren, unsere Rinderbauern sind verunsichert, zum Teil verzweifelt und wenn man mit ihnen diskutiert, fragen sehr viele, sollen wir weitermachen oder sollen wir aufhören? Wir haben bis jetzt in unserer Steiermark im heurigen Jahr 80 Millionen Schilling Einkommensverlust und hier ist die Solidarität von uns allen gefordert und gefragt, wenn wir unseren steirischen Bäuerinnen und Bauern in unserem Lande helfen wollen. (Beifall bei der ÖVP.)

Mit dem Beschluss dieses Antrages und ich sage das auch ganz klar und deutlich, werden wir die Rinderbauern nicht retten, sondern wir geben eine Hilfe und eine moralische Unterstützung. Wir zeigen ihnen aber damit, dass wir ihre Arbeit schätzen und dass uns allen gemeinsam die Erhaltung unserer schönen Kulturland-

schaft ein echtes Anliegen ist. Wir wollen für unser bestes, streng kontrolliertes Rindfleisch werben, für das Bio-rindfleisch, aber auch für das herkömmliche, wir wollen für das steirische Rindfleisch insgesamt werben. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine geschätzten Damen und Herren, ich wiederhole mich nochmals. 81 Prozent der Konsumentinnen und Konsumenten glauben, dass wir das Vertrauen wieder erhalten können. Wenn dieser Antrag, dieser Beschluss, seinen Beitrag dazu leistet, sind unsere Rinderbauern uns allen dankbar. Meine geschätzten Damen und Herren, ich persönlich werde für mich selbst nicht müde werden für unsere steirischen Produkte zu werben und wenn ich es nur mit der Krawatte mache, ich werde dafür werben, weil sie sind gut, sie sind gesund und sie sind herrlich. (Beifall bei der ÖVP.)

Abschließend appellieren die steirischen Rinderbauern an die steirische Bevölkerung, auf heimisches Rindfleisch zu vertrauen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 11.41 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (11.41 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist eigentlich fast immer das Gleiche, was der Herr Kollege Riebenbauer heraußen sagt, die Steiermark ist sehr klein strukturiert, die Steiermark hat die kleinsten Betriebe, hat die meisten Bergbauernhöfe. Ich stimme ihm da überall zu, nur, es ändert sich nichts. Es ändert sich an der Förderung nichts und ich werde nicht müde werden, das da immer wieder zu sagen. Es ändert sich an der Förderung nichts und da fehlt mir die Unterstützung von dir, Kollege Riebenbauer, vom Bauernbund und vom Herrn Landesrat Pörtl, dass man für die Steiermark in der Förderung etwas ändert, und zwar nicht nur für die Steiermark, sondern für die kleinen Bauern und für die Bergbauern. (Beifall bei der SPÖ.) Und ich sage das mit gutem Grund. Die Steiermark ist das Schlusslicht bei den Förderungen in ganz Österreich. In die Steiermark gehen die wenigsten Förderungen, eben aus dem Grund, weil die Betriebe sehr klein sind. Einmal, Kollege Riebenbauer, hätte ich da gerne deine Unterstützung, weil dann würdest du für die steirischen Bauern reden, wenn du sagst, es soll sich da in der Förderung etwas ändern, so dass auch die kleinen Betriebe mehr bekommen.

Wir haben vor einiger Zeit Ausschüsse gehabt und haben im Landwirtschafts-Ausschuss über diesen Antrag der ÖVP diskutiert und wir sind damals bei der Ausschusssitzung so verblieben – es ist ziemlich hoch gegangen und es ist ziemlich viel diskutiert worden –, dass wir einen gemeinsamen Antrag formulieren werden. Das ist leider nicht passiert. Wir haben mehrmals im ÖVP-Klub angerufen, es ist überhaupt nicht darauf reagiert worden. Es ist Ihnen egal gewesen, was wir dazu sagen. Es ist der ÖVP egal, was andere für eine Meinung haben. Ich bin darüber ein bisschen erschüttert, weil wenn man im Ausschuss etwas ausmacht und sagt, man formuliert einen gemeinsamen Antrag und dann einfach gar nicht mehr darüber redet und sagt, das ist uns egal, was ihr wollt, wir machen, was wir wollen, dann werde ich da schon nachdenklich, wenn da vorher jemand gesagt hat, wir haben Handschlagqualität. Mir fehlt da schon etwas, wenn man nicht einmal redet mit anderen, da fehlt mir sehr viel. Wir stimmen dem zu, was die Grünen in ihrem Antrag gefordert haben. Ich muss aber dazusagen, dass das die Minimalvariante ist. Wir haben die Vorstellung dazu gehabt, dass wir einmal eine Kampagne für Biorindfleisch machen, und zwar aus gutem Grund. Über die AMA – das ist die Agrarmarketing Austria – läuft zurzeit eine Rindfleischkampagne, wo für Rindfleisch geworben wird, um den Konsumenten dazu zu bringen, dass er wieder mehr Vertrauen hat. Das heißt, es läuft bereits etwas, was jetzt da mit einem Antrag gefordert wird. Daher war unser Antrag in diese Richtung, dass die Steiermark da zusätzlich was machen sollte und für Biofleisch werben sollte, wenn ja sowieso von der AMA schon eine Kampagne läuft. Nur, das ist nicht erwünscht, das ist für euch einfach unmöglich oder undenkbar, dass ihr wirklich einmal eine Initiative ergreift, die dem Kleinen nützen soll, die dem Biobauern nützen könnte.

1,2 Millionen, hat Landesrat Pörtl gesagt, werden für die Rindfleischwerbung durch die AMA verwendet. Nur, wie gesagt, die AMA hat noch niemals für Biorindfleisch geworben. Sie wirbt für Rindfleisch, sie benutzt die Biobauern für ihre Werbelinie, aber sie wirbt nicht für Biorindfleisch. Ich habe noch niemals ein Wort von der AMA gehört, indem sie wirklich gesagt hat Biorindfleisch. Das hat sie noch nie gemacht. Sie kassiert aber von den Biobauern, weil man muss wissen, für jedes Rind, für jedes Schaf oder was immer geschlachtet wird, wird AMA-Beitrag bezahlt. Nur, die AMA wirbt nie für die Biobauern und das ist das Ungerechte und daher haben wir den Antrag gestellt, dass einmal eine Kampagne für die Biobauern gestartet werden soll. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn jetzt die ÖVP praktisch auf den fahrenden Zug aufspringt und eine Werbelinie fordert, die sowieso schon läuft, dann habe ich halt immer ein bisschen das Gefühl, dass das Marketing nicht für die Bauern ist, sondern das Marketing, das derzeit hier laufen soll, für den Landesrat Pörtl, und nicht für die Bauern sein soll. Der Konsument will Bioprodukte und wir haben unseren Antrag, den wir beim Budget gestellt haben und der ja von FPÖ und ÖVP abgelehnt worden ist, wo wir sagen, die Steiermark soll ein Musterbioland werden. Wir werden den Antrag wieder stellen, er wird heute eingebracht werden. Wir werden von dieser Linie nicht abrücken und wir haben die Unterstützung. Und zwar habe ich ein Schreiben bekommen von „Ernte für das Leben“, das ist der Bioverein, unter welchem Dach der Großteil der steirischen Biobauern produziert und auch die sind der Meinung, dass der biologische Landbau das Zukunftskonzept für die Landwirtschaft darstellt, und nicht die Globalisierung und nicht die Industrialisierung. Das heißt, wir haben dort Unterstützung und wir werden mit denen ganz sicher Kontakt aufnehmen, dass dort etwas weitergeht. Ich muss natürlich auch dazusagen, vom Bund her sind die Mittel für die Biobauern, für die Vermarktung und alles das, was jetzt so dringend notwendig wäre, um 20 Prozent gekürzt worden.

Das ist auch mit ein Grund meiner Aufregung, weil wenn ich sage, wenn mir das ernst ist, wenn wir die Zukunft der Landwirtschaft ernst nehmen, dann kann man doch nicht die Mittel kürzen und das gleich um 20 Prozent. Da kann ich nur sagen, von euch wird das immer nur halbherzig betrieben und immer nur als Alibi.

Natürlich bin ich mit all dem einverstanden, was dem Bauern in der derzeitigen Situation helfen kann. Ich bezweifle aber, dass es eine Kampagne allein ist, weil ihr seid da ein bisschen hinten nach, denn derzeit ist es nicht der Absatz, an dem es scheitert, sondern es ist der Preis. Der Preis ist bei den Rinderbauern um 30 Prozent zurückgegangen. Der Absatz floriert wieder so halbwegs, nur der Preis ist zurückgegangen – 30 Prozent minus für die Rinderbauern. Ich meine, da müssten wir etwas machen. Da müsste man sich einmal mit dem Handel zusammensetzen, Herr Landesrat. Es ist darüber geredet worden, da werden wir einen runden Tisch einführen und da werden wir das, und das, und das machen. Nur, es passiert nichts. Es passiert dort nichts, wo es dringend notwendig wäre. (Abg. Tasch: „Kollegin Kaufmann, Monika!“) Kurtl, du kannst dich nach mir melden. Mit dem Handel muss jetzt dringend gesprochen werden. Der Handel ist mit dem Preis überhaupt nicht zurückgegangen, um gar nichts zurückgegangen, im Gegenteil. (Abg. Tasch: „Im Parlament habt ihr für 6 Milliarden Schilling Agrarkürzungen gestimmt!“) Kurtl, ich höre dir nicht einmal zu, merkst du das nicht? Du kannst dich nach mir melden.

Um 30 Prozent ist der Preis beim Bauern zurückgegangen, der Konsument zahlt aber jetzt mehr. Also da ist eine Spanne dazwischen und da muss man einmal etwas machen und da muss man sich einmal auf die Füße stellen. Da gehört ein Druck her, damit das für die Bauern anders wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Mir fehlen noch eine Reihe von Antworten, Herr Landesrat, auf die Fragen, die sich die Bauern draußen stellen. Zurzeit keine Viehmärkte. Das heißt, die Bauern haben große Probleme, ihr Vieh jetzt überhaupt loszuwerden. Man hat noch die Unsicherheit, gibt es überhaupt einen Almauftrieb, können überhaupt die Bauern auf Gemeinschaftsalmen auftreiben? Das Problem ist noch nicht gelöst.

Wie schaut es aus mit den Förderungen, bei den Förderungen, bei denen es nach Großvieheinheiten geht? Das heißt, gerade im ÖPUL-Programm, wo es eine Grenze gibt. Förderungen gibt es nur, wenn soundso viel Großvieheinheiten gehalten werden.

Da fehlt mir auch noch immer die Antwort, Herr Landesrat, und das ist das, was die Bauern draußen wirklich bedrückt. Das ist das, von dem der Kollege Riebenbauer gesagt hat, dass immer mehr resignieren und immer mehr Bauern – gerade Rinderbauern – aufhören. Aber dann bitte, Herr Landesrat, dann soll man die Probleme anpacken, die Probleme, die wir kennen und wo wir wissen, dass es die Bauern wirklich drückt, und nicht wieder irgendeine Alibimaßnahme setzen, die keinem einzigen Bauern hilft. Darum möchte ich dich ersuchen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 11.50 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster ad hoc zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Riebenbauer (11.50 Uhr): Frau Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Eine tatsächliche Berichtigung. Erstens: Ich verwehre mich dagegen, dass wir diesen Antrag als Alibimaßnahme nennen, wo wir keinem einzigen Bauern helfen. Ich bin überzeugt davon, dass wir mit der Imagewerbung für steirisches Rindfleisch unseren Bäuerinnen und Bauern in der Steiermark helfen. Machen wir nicht alles schlecht. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein Zweites: Es wird gesagt, wir tun nichts für die Kleinen. Nur zwei Zahlen bitte. In der Steiermark haben im Jahre 1999 beim Kulturpflanzenausgleich 24.500 Betriebe teilgenommen. Eine Milliarde Schilling wurde ausgezahlt. (Abg. Kaufmann: „Die Steiermark ist das Schlusslicht bei den Förderungen!“ – Landesrat Pöttl: „Das ist eine kühne Behauptung!“) 94 Prozent der Mittel gehen zu Klein- und Mittelbetrieben.

Bergbauernförderung: Teilnahme in der Steiermark 1999 33.300 Betriebe. Fazit: Mehr als 98 Prozent der Mittel gehen zu Klein- und Mittelbetrieben.

Damit will ich klarstellen, dass wir sehr wohl auch für die kleinen Bäuerinnen und Bauern in der Steiermark etwas tun. (Abg. Kaufmann: „Warum ist die Steiermark dann das Schlusslicht bei den Förderungen?“) Ich werde es niemals zulassen, dass wir uns auseinanderdividieren. Für mich ist jeder eine Bäuerin und ein Bauer! Danke! (Abg. Kaufmann: „Die Steiermark ist trotzdem Schlusslicht!“ – Beifall bei der ÖVP. – 11.52 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Mag. Zitz (11.52 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Zuerst einmal, Frau Präsidentin, ich war jetzt ganz überrascht, dass es offenbar einen neuen Geschäftsordnungsparagrafen gibt, nämlich den der Ad-hoc-Wortmeldung. (Abg. Riebenbauer: „Ich habe so gesagt!“)

Ich habe mich dann gewundert, dass auf einmal der Herr Kollege Riebenbauer am Rednerpult gestanden ist. Ich habe den Verdacht, es ist da um eine tatsächliche Berichtigung gegangen, die sich dann aber ziemlich weit entwickelt hat, was ich mitgekriegt habe.

Ich möchte jetzt auf den Antrag zurückkommen, der inhaltlich gespeist worden ist vom Ernteverband beziehungsweise von anderen Verbänden in der Steiermark, die genau das kritisieren, was die Frau Kollegin Kaufmann zu Recht angesprochen hat. Jeder landwirtschaftliche Betrieb zahlt in die AMA ein, beworben werden aber tatsächlich nur im Konventionellen hergestellte Betriebe von genau dieser AMA. Das ist unglaublich ungerecht und keine Chancengleichheit für den Biolandbau. Da möchte ich Ihnen einfach volle inhaltliche Unterstützung geben.

Um auf den Antrag zurückzukommen. Ich finde es sehr schade, dass bei diesem Tagesordnungspunkt jetzt, bei aller Wertschätzung, Herr Landesrat Pöttl, nur Sie auf der Regierungsbank sitzen, weil die Umsetzung dieses Tagesordnungspunktes, nämlich Bioprodukte in den Bereich des Landes zu bringen, wo Leute mit Essen versorgt werden – jüngere Leute, ältere Leute, kranke Leute –, ist ein so genanntes Querschnittsthema. Und da würde auf dieser Regierungsbank zu diesem Tagesordnungspunkt der Herr Flecker als Soziallandesrat toll heraufpassen, der Herr Dörflinger als der Zuständige für die KAGES, der Herr Landesrat Schützenhöfer und auch der Herr Landesrat Paiarl. (Beifall bei den Grünen.)

Es ist sehr schade, dass zwar Sie jetzt da sind, der für diesen Bereich zuständig ist, aber nicht Ihre Ressortkollegen.

Ein Element noch. Es gibt vom besagten Ernteverband einen Aktionsplan „Biolandbau“ und da beweist der Ernteverband, dass er sich sehr wohl seit vielen Jahren mit dem Thema „biologische Lebensmittel im steirischen Beschaffungsbereich“ auseinandersetzt. Er bezieht sich auch auf einen ÖVP-Antrag im Landtag, nämlich dass 25 Prozent der Biobiolebensmittel in landeseigenen Einrichtungen verwendet werden sollen. Das ist eine Vorgabe, die bei weitem noch nicht erfüllt worden ist.

Der Antragstext, wie er jetzt vorliegt, ist von der ÖVP eingebracht und auf Grund eines Antrages, den die Grünen dann im Ausschuss gestellt haben, entsprechend modifiziert worden. Es ist für mich der erste Schritt in Richtung Chancengerechtigkeit in der Steiermark für den Biolandbau.

Ich würde mir einfach sehr wünschen, wenn wir wieder so eine Debatte im Landtag haben, dass auch andere Ressortkollegen, die nämlich die Beschaffungsmacht haben – bei den Krankenanstalten, bei den Altersheimen, bei den Lehrlingsheimen und so weiter –, auch auf der Regierungsbank sitzen und sich da auch zuständig fühlen. Danke schön! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 11.55 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Dietrich (11.55 Uhr): Geschätzte Frau Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Ich finde es in der jetzigen Situation absolut richtig, eine Rindfleischwerbekampagne zu starten und zu machen, weil wir damit konkret den Bauern helfen können. Ich glaube, dazu stehen wir alle. Das ist einmal ein Konsens, der von allen getragen wird. (Abg. Kaufmann: „Die Kampagne läuft!“) Ja, aber verstärkt.

Scheiden tun sich die Geister dabei, ob wir jetzt rein biologisches Rindfleisch bewerben sollten oder entsprechend dem Anteil der Biobauern, nämlich die 10 Prozent, Biofleisch bewerben. Meiner Meinung nach – vom Gerechtigkeits Sinn – ist es richtig, den Anteil dementsprechend anzupassen. Ich glaube auch, dass es nicht gerade die Biobetriebe sind, die jetzt Absatzprobleme haben, sondern es sind eher die konventionellen Betriebe, die das Rindfleisch oder die Rinder – (Abg. Kaufmann: „Für die Biobauern läuft eine Werbung!“) Trotzdem, Monika, ich bin der Meinung, dass eine Bewerbung, eine verstärkte Bewerbung stattfinden sollte, weil mir jegliches Verständnis fehlt, wenn Straußenfleisch von irgendwo importiert wird und die heimischen Bauern am Rindfleisch sitzen bleiben. Und jede Initiative in diese Richtung ist meiner Meinung nach begrüßenswert. (Beifall bei der FPÖ.)

Das hauptsächliche Problem in dem Bereich ist wahrscheinlich jenes, dass die Globalisierung auch vor der Landwirtschaft nicht Halt macht. Das geht hin bis zur Globalisierung der Krankheitskeime, wo plötzlich ganz Europa von einer Seuche betroffen ist, wo wir als Österreicher, als steirische Bauern, unter BSE-Folgen zu leiden haben, obwohl es zum Glück keinen einzigen BSE-Fall gibt.

Aber das Vertrauen der Konsumenten ist auf Grund der aktuellen Berichterstattungen – die Bilder wurden ja täglich in jedes Wohnzimmer gebracht, brennende Rinderherden, furchtbare Bilder – geschwunden. Und schon ist der nächste Schritt da. Kaum haben wir noch nicht einmal die BSE-Folgen durchgestanden, steht schon die Maul- und Klauenseuche vor der Tür. Da kommt mir schon der Gedanke und ich bin kein Verfechter von Verschwörungstheorie und ich war das noch nie, aber wenn man schaut, dass in Chicago 3 Millionen argentinische Rinder auf der Börse notiert sind, die alle schon gegen Maul- und Klauenseuche geimpft wurden, lange bevor diese Seuche in Europa so akut wurde, da denke ich mir schon, wer profitiert denn eigentlich davon, wenn die heimischen Bauern aufhören, wenn die heimischen Bauern mit der Rinderhaltung aufhören? Großkonzerne wie Unilever, Nestle, viele andere mehr. Umso wichtiger ist es, dass wir uns nicht auseinanderdividieren lassen, dass wir nicht unserem kleinen Blickfeld zwischen biologisch und konventionell und was weiß ich was alles die Karte ausspielen, sondern dass wir gemeinsam eine Basis für alle Bauern, für alle Rinder haltenden Betriebe schaffen.

Ich erwähne es wieder und ich werde nicht müde es zu erwähnen, der Weg muss sein, eine steirische Dachmarke, wo beide Platz haben, konventionelle Landwirtschaft und Biolandwirtschaft und es muss zu einem Stopp der Globalisierung im Vieh- und Fleischtransport kommen. Und da bin ich mit dem Bundeskanzler Schröder, der auch unlängst davon gesprochen hat, es muss zu einer Renationalisierung im Bereich der Agrar Kompetenzen kommen, auch das würde ich mir wünschen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 11.59 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Böhmer. Ich erteile es dir.

Abg. Böhmer (12.00 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

William Shakespeare hat vor zirka 500 Jahren gesagt, was gut schmeckt, wird oft bitter beim Verdauen. Ich glaube nicht, dass er so visionär war und bereits die in England grassierende BSE-Seuche damit gemeint hat. Ich möchte diesen Spruch aber trotzdem für mich hernehmen. Ich habe mir die „Grünen Berichte“ der letzten Jahre sehr gut durchgelesen und ich habe entnommen, wie zahlreich in der Steiermark die Bauernhöfe von Kontrollorganen besucht werden, nämlich im Schnitt ein Anwesen zirka elfmal, das ergibt an die 50.000 Besuche von ungefähr 124 Beamten oder Betriebsprüfern. Ich bin auch überzeugt, Herr Abgeordneter Riebenbauer, dass unsere Bauern die beste Qualität produzieren. Wenn ich aber dann einen Blick in die Kühlvitrinen unserer Geschäfte, zum Beispiel bei uns in der Oststeiermark, werfe und wenn ich dann die verschiedensten Bioprodukte und andere Produkte aus der Landwirtschaft hernehme, dann „krankt“ es ein bisschen bei dem, was du in deiner Budgetrede gesagt hast. Ich weiß, wie aufrichtig und emotional du gesagt hast, wir müssen auch wieder das Vertrauen unserer Konsumenten gewinnen. Hier hast du unsere 100-prozentige Unterstützung. Lassen Sie mich ganz kurz eine Biostunde, was die Produktbezeichnung betrifft, abhalten. Da stand: „aus biologischem Landbau“, „aus biologischem Anbau“, „aus biologischer Landwirtschaft“, „biologisch dynamisch“, „biologisch wertvoll“, „biologisch“, „organisch biologisch“, „kontrolliert naturnah“, „bionatürlich alternativ“, „chemiefrei“, „ökologisch gespritzt“. Ja, ich fand sogar einige Irrläufer, wie meine Recherchen dann ergaben, „aus kontrolliertem Anbau“, „aus naturnahem Anbau“, „aus umweltgerechter Landwirtschaft“ und „aus umweltgeprüfter Qualität“. Kollege Riebenbauer, wenn man diese Begriffe als Konsument hört beziehungsweise in der Vitrine anfindet und wenn ich denke, dass die Konsumenten Kinder, ältere Leute und Berufstätige, die manchmal in einem Zeitstress einfach in die Vitrine greifen, sind, dann ist es höchst an der Zeit, dass wir uns zu einer Vereinheitlichung in der Sprache für den Konsumenten durchringen. Zu einer Vereinheitlichung in der Sprache, wo zum Beispiel draufsteht „steirisches Rindfleisch“, dafür bin ich. Ich bin aber auch dafür, Kollege Riebenbauer, dass wir verstärkt, und da denke ich an unsere Unselbstständigen Entschließungsanträge, zu Produkten aus dem biologischen Landbau greifen. Derzeit haben unsere Biobauern nur 10 Prozent Anteil an der ganzen Landwirtschaft und es gibt Ziele, einen 20-prozentigen Anteil, das wäre eine Wertschöpfung von zirka 6 Milliarden Schilling zu erreichen und diese Biobauern auch zu erhalten. (Abg. Riebenbauer: „Wir haben trotzdem den größten Bioanteil in Europa!“) Ich weiß, Franz, ich habe vieles gelesen und habe da auch immer zugehört und höre dir auch gerne zu. Das, meine Herrschaften, heißt aber auch, für uns ein neues Leitbild der biologischen Landwirtschaft zu entwickeln. Das heißt, ein Bild, wo auch die Kollegin Kaufmann gesagt hat, vielleicht einen Ausbau der Biodirektzahlungen im Sinne des ÖPUL oder eine Verankerung und Förderung des Biolandbaues in Regional- und Naturschutzprogrammen. Ich glaube, es ist höchst an der Zeit und auch die Frau Abgeordnete Dietrich mit ihrer Dachmarke hat es gesagt, dass wir zu einer Vereinheitlichung, aber dass wir auch zu einem Biosiegel kommen. Zu einem Biosiegel, so dass auch unsere Steiermark Bioland Nummer eins wird. Wir haben heute schon viele Nummern eins vergeben, aber ich glaube, die stolzeste Nummer dürfte bald „Steiermark Bioland Nummer eins“ sein, da wird mir auch der Tasch Kurtl zustimmen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Tasch: „Tu nur immer die Wahrheit sagen!“)

Kurtl, ich bin ein alter Ennstaler und ich weiß, welche Probleme dich noch vor 30 Jahren geplagt haben, bevor es die Sozialdemokraten gegeben hat, wie du noch über die Klachau hinaufgefahren bist. (Beifall bei der SPÖ.)

Ja, ich kenne mich aus. Ich möchte dazusagen, dazu bedarf es einer großen Umkämpfung. Diese Umkämpfung in der Landwirtschaft kann darauf basieren, dass wir eine Sicherheit der Klein- und Mittelbetriebe gewähren und dass wir auch unseren Konsumentinnen und Konsumenten Sicherheit gewähren. In diesem Sinne: Strengen wir uns an, dass die Steiermark auch Bioland Nummer eins wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.05 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rieser. Ich erteile es ihm.

Abg. Rieser (12.05 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen!

Herr Kollege Böhmer, ich glaube, dass die Steiermark sicherlich Bioland Nummer eins ist und man muss in diesem Zusammenhang und in dieser Diskussion wissen, dass wir sechs verschiedene Bioorganisationen haben. Wenn jetzt der „Ernteverband“ angesprochen ist, gegenwärtig mit 2500 Mitgliedern, dann haben wir die „Biolandwirtschaft Ennstal“ mit 666 Mitgliedern, „Dinatur“ mit 50 Betrieben, „Freiland“, auch eine eigene Gruppe mit zehn Betrieben und dann gibt es noch die „Codex“-Betriebe. Ich verstehe vollkommen, dass man aus der Sicht des Konsumenten sehr gerne eine einheitliche Marke hätte. Als praktizierender Biobauer wünsche ich es mir auch. Wir werden hier sicherlich eine Lösung finden und wir gehen auch diesen Weg dorthin und ich glaube, dass es nicht gescheit wäre, dass sich hier die Politik einmischt und die Politik zwingt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man über das Rindfleisch und über die Werbung diskutiert, muss man auch sagen, dass es ein Wirtschaftsfaktor geworden ist. Es ist in der Öffentlichkeit drübergekommen, dass zwei große Firmen, zwei große Betriebe, die Fleisch verarbeiten, arg in Schwierigkeiten gekommen sind.

Wir sprechen aber nicht darüber, wie viele kleine und Mittelbetriebe in Schwierigkeiten sind. Daher ist es notwendig, dass diese Imagekampagne stattfindet, dass der Konsument wieder das Vertrauen bekommt, das er vorher gehabt hat.

Zur Frau Kollegin Kaufmann, eines schon dazu, ich bitte dich, sprich mit deinen Landesräten Dörflinger und Flecker. Wir haben eine Anfrage eingebracht, zum Beispiel Pflegekosten in den Altersheimen. Und das ist sehr interessant, 44 Schilling für Frühstück, für Mittagessen und für Abendessen. Wir haben eine Anfrage eingebracht beim Herrn Landesrat Dörflinger im Bereich des Krankenhauswesens. Auch gefragt, bitte, wie wird der Landtagsbeschluss aus dem Jahr 1999 umgesetzt? Werden die Bioprodukte von 25 Prozent, die wir in diesem Landtag gefordert haben, auch eingesetzt? Und in dieser Anfragebeantwortung kam natürlich ein klares Nein heraus. Man bemüht sich, aber auch hier haben wir einen Verpflegungskostentagesatz in den Spitälern von 49 Schilling. Also man soll hier bei der Wahrheit bleiben. Ich möchte dich nur bitten, liebe Frau Kollegin Kaufmann, sprich einmal mit deinen Regierungsmitgliedern darüber, wie wir diesen Beschluss gemeinsam umsetzen können. (Beifall bei der ÖVP. – 12.09 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Pörtl. Ich erteile es dir.

Landesrat Pörtl (12.09 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es war eine sehr intensive und fast leidenschaftliche Diskussion im Grunde doch, dass jeder am Rednerpult gerungen hat, den besten Weg anzusprechen, wie wir es schaffen, dass wir in der Steiermark unsere Landwirtschaft auf die Sehnsüchte und Wünsche der eigenen Bevölkerung einstellen. Ich möchte schon ein paar Dinge direkt ansprechen.

Alle, die sich direkt mit dem Markt beschäftigen, mit dem Konsumverhalten, mit den Werbestrategien, da dürfen wir uns selbst nicht anlügen. Wir haben ein Dreieck, wo wir wissen, dass zwei Drittel von unten herauf Billigprodukte suchen. Jetzt billig mit höchster Qualität. Im Verkaufsempfinden geht ein Drittel der Konsumenten sehr sensibel gesundheitsorientiert, markenorientiert auf solche Produkte zu. Ich möchte unterstreichen, dass ganz speziell die Biobauern, ich möchte fast sagen, einen heroischen Befreiungskampf seit 20 Jahren erfolgreich gegangen sind. Wir haben vor gar nicht allzu langer Zeit in Sankt Michael diese Feierstunde miterlebt, in allen Varianten. Ich habe bereits mit den Vertretern der Biolandwirtschaft, die allen Fraktionen ein Schreiben zugesandt haben, über ihre Ziele, Vorstellungen und Gesamtschau der Biolandwirtschaft in einem Gespräch die Dinge sehr offen und vor allem pragmatisch angesprochen. Ich habe dort nicht empfunden, dass das derzeitige Problem ist, eine Werbekampagne loszutreten. Sie haben das Problem, dass sie leider nicht lieferfähig sind für die Bedürfnisse derzeit, auf Grund dieser Umstände, dass ein Gesamtfleischverzehrverlust von 10 Prozent selbstverständlich Auswirkungen auf die gesamte Fleischwirtschaft hat. Die Frau Kollegin Kaufmann hat sehr Recht, dass wir einen 30-prozentigen Preisverlust in einigen Bereichen haben. Aber wir haben ein Plus von 12 Schilling pro Kilo im Marken- und Biofleischbereich.

Daher hat die Frau Kollegin Dietrich vollkommen Recht, dort, wo wir es mit dem Produzieren nicht schaffen, wo der Preis in Ordnung ist, noch einen zusätzlichen Werbeschub schaffen, dann ist der nicht versorgte Konsument von Importprodukten, ich will nicht sagen, bedroht, aber mit dem konfrontiert. Daher geht es da wirklich um das Gefühl, die richtigen Schritte zu setzen. Daher haben wir einen Kampf zur Erhaltung der steirischen 20.000 Rinder haltenden Betriebe zu führen. Wir haben bereits in der Süd-, Ost- und Weststeiermark, wo landschaftskulturelle Bedrohungsbilder – der Kollege Gruber könnte ein Lied singen, dort in diesen Hügel- und Grabenlandschaften unten in dem südsteirischen Weinland, wo wir derzeit Naturparke schaffen, um eben diesen Rinderverlust wettzumachen mit Biotoperhaltungsprogrammen, wo nicht Wald und Wein die einzige Landschaftsphilosophie sein kann, dass vor allem die Wiese, das Rind, das Schaf und vor allem die Pferde an und für sich diese Landschaftserhalter im Grunde sind.

Daher glaube ich vor allem, dass wir momentan wissen, dass ganz speziell die Schubkraft in der Direktvermarktung im Zentrum steht. Wir haben Konzepte und Maßnahmen, die derzeit im Laufen sind, auf Landesebene, auf Bundesebene, mit Werbekampagnen, die im Grunde erfolgreich laufen, seit dem Zeitpunkt, wo die mediale Keule – das muss man ganz offen sagen, nach der Methode, nichts ist logisch, alles ist psychologisch – die Rinderhaltung im wahrsten Sinne des Worte bedroht hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Daher glaube ich, dass bereits die ersten Anzeichen auch innerhalb Europas und vieler Regionen kommen. Ein interessanter Artikel im „Standard“, wo dargelegt wird, dass die Frage der Ernährungssouveränität, die Frage der Selbstversorgung, die Frage von Eigenleistung für Nahrung und Futtermittel durch diese Katastrophenzustände ein neues Thema bekommt. Daher ist diese Diskussion mit der Renationalisierung selbstverständlich ein Thema. Nur, das Problem in der Rinderwirtschaft löst es nicht. Wenn wir die Renationalisierung haben, dann haben wir um 30, 40 Prozent zu viel Rinder in der Steiermark beziehungsweise in Österreich. Und in Wahrheit ersticken wir im Rindfleisch. (Abg. Kaufmann: „Warum importieren wir dann? Wenn wir rund 140 Prozent Selbstversorgung haben, warum importieren wir dann?“) Wir haben ja schon einige Versuche gehabt, wo wir die Importe untersagt haben, aus Frankreich, aus Italien. Und die haben natürlich gesagt, wenn ihr die Importe zumacht, dann sind eure Exporte natürlich selbstverständlich dran.

Wir haben 80 Prozent unserer Exporte nach Italien. Wir sind ja nicht in der Position, wo wir keine Eigenversorgung haben, sondern wir haben zum Glück eine Überversorgung, speziell im Rindfleisch. Im Schweinefleisch hat sich das bereits verändert. Ich glaube daher, dass wir in dieser ganz konkreten Frage, wenn es um das Vertrauen der Konsumenten geht, ist es auch meine persönliche Meinung, ich lasse nicht im Raum stehen, dass

die Steiermark Schlusslicht in der Förderung ist, ich werde mich da aufrufen und mich noch einmal bemühen das darzustellen. Der Herr Kollege Riebenbauer hat das sehr klar und eindeutig gesagt, wie wir unsere Förderschiene fahren. Wir haben nachweislich, gesamtösterreichisch vergleichbar, speziell im Grünland und Rinderbereich 100 Prozent aller Fördermöglichkeiten im Rahmen der EU-Richtlinien ausgeschöpft. Andere Bundesländer haben das nicht in diesem Ausmaß gemacht und haben geglaubt, mit eigenen Programmen können sie es fahren. Wir haben da die kombinierte Form angesagt. Nur, sehr klar ist, dass wir auch in der vernetzten Form zu fahren haben. Die Biobauern sind bereits in Kooperation mit den großen Märkten, ob Spar oder Billa, aber auch mit den Erzeugergemeinschaften, was Logistik und die Abwicklung des Handels betrifft. Aber sie brauchen auch einen Direktvermarkterstandort, den Hautkontakt mit den Konsumenten. Das ist ein ganz entscheidender Ansatz. Nur das Vertrauen des Konsumenten, und wir haben das praktiziert – ich möchte nicht ein neues Thema beginnen –, wo wir in der Eigenversorgung von Genetik, Fütterung, von den Tierbeständen höchster Qualität über die Tierhaltung, Tiertransport zum Schlachthof und dann von der Zerlegung, Verarbeitung, Distribution und Verkauf eine durchgehende nachvollziehbare Abwicklung haben, das ist ein entscheidender Punkt, wo wir vor allem auch aufgemacht haben, damit alle Betroffenen in einem Arbeitsbereich das schaffen.

Ich könnte jetzt noch dezidiert darlegen, welche Schwerpunkte wir in der letzten Zeit gesetzt haben. In der gesamten Kampagne haben wir aus der Landwirtschaft selbst eine Rindfleischpaketaktion mit den Fleischerfachgeschäften gemacht, wir haben eine Sonderausstellung in der Grazer Messe „Tierarzt zwischen Mensch, Tier und Umwelt“ veranstaltet und auch parallel die Produkte, die in der Steiermark betreut werden. Wir haben die Steirer-Fleischwochen mit der Gastronomie mit 500 Gastronomiebetrieben entwickelt mit unseren Markenprodukten und auch vor allem der Vertreter der Fleischerzeuger im umfassenden Sinn mit einer Medienkampagne. Wir haben eine Rindfleischgala organisiert in jedem Bezirk, die jetzt voll anläuft. Wir haben einen „Tag der offenen Stalltüre“ organisiert und haben das durch die Maul- und Klauenseuchebedrohung unterbinden müssen. Der nächste Termin ist voraussichtlich der 16. Dezember. Der Rinderpass ist praktisch jedem bekannt. Da ist ja ein Mitglied aus unserem Landtag bei einem Ausflug nach Italien mit dem Pass sogar über die Grenze gekommen. Ich darf das nicht sagen, ich weiß nicht, ob der Pass bekannt ist, da ist ein Rind drauf. Ich will jetzt nicht sagen, dass das eine Artumwandlung geworden ist, aber der Pass ist so gut, dass nicht einmal die Italiener das überrissen haben, dass das ein anderes Lebewesen ist. Es war aber eine geglückte Fälschung.

Meine Damen und Herren, wir haben Grüne Börsen in allen Regionen des Landes. Es hat vor Jahren einen Prototyp in Knittelfeld gegeben in dieser Connection mit Spitzenhotellerie, Gastronomiebetrieben und wir haben dieses Netz ausgebreitet, vielfach auch mit dem Verein für Gesundheitsschutz.

Ich möchte abschließend festhalten, dass wir in Zukunft sehr konsequent, vor allem nicht in der Polarisierung zwischen Landwirtschaft und der Biolandwirtschaft uns zu bewegen haben, sondern dass wir selbstverständlich viele Dinge aus der Biolandwirtschaft vor allem für die normale Landwirtschaft abnehmen und annehmen können. Das wissen wir längst und wir haben in weiten Bereichen und das ist nachvollziehbar in Wahrheit die Globalisierung in unseren Handelsstrukturen. Das ist der eigentliche Knackpunkt. Der EU-Beitritt war es im Grunde ja gar nicht, sondern es war ein Faktum, dass wir mit zwei großen Unternehmungen 80 Prozent des Lebensmittelhandels haben und daher haben wir auch versucht, mit diesem Lebensmittelhandel, mit den Partnern eine Offensivstrategie – ich kann das aussprechen – mit Spar steirische Produkte, mit der Kraft der Frische und der Nähe und in gleicher Weise mit Billa vor allem versucht, mit dem gesamten Konzern der Hornig-Gruppe mit Adeg, wo wir jetzt auch medial diese Kraft der Nähe wahrnehmen, aber dahinter sein müssen, dass das nicht ein Feigenblatt für Werbekampagnen ist, sondern dass tatsächlich auch unmittelbar die Möglichkeit besteht – es besteht sogar derzeit, ich habe es vor kurzem besucht, eine Direktanlieferung in der Spar-Zentrale in Graz von Gemüse und anderen Produkten ohne Listungskosten, weil man auch vom Konsumenten her bereits voll bewusst weiß, welche umfassenden Nachhaltigkeitsprobleme diese Frage des Transportes von Lebensmitteln umwelt-, regionalwirtschaftlich und gesamtwirtschaftlich darstellt. Das heißt, es scheint, dass nach dieser euphorischen Globalisierung jetzt wieder ganz interessanterweise auch diese Kraft der Regionalisierung kommt – und da sehe ich persönlich eine Chance das zu schaffen.

Ich bedanke mich für diese Beiträge und wir werden mit voller Phantasie, vor allem auch mit voller Leidenschaft versuchen, diese 100.000 kleinen Schritte systematisch fortsetzen. Es ist also das die einzige Möglichkeit und wir erleben das bereits in einem Viertel der Gemeinden mit der lokalen Agenda, dass die Frage gesunde Ernährung, gesunder Lebensraum, regionale Wirtschaftskraft die zentrale Frage für viele Gemeinden ist. Und für mich sind noch immer die Gemeinden der Wurzelpunkt von politischen Veränderungen und ich glaube daher, dass unsere Strategie, weil wir die großen Flächen und den Wettbewerb mit internationalen großbäuerlichen Strukturen nicht aufnehmen können, haben wir die innere Betriebsaufstockung in Veredelung, in Qualität und auch mit der Strategie der Dienstleistung und des Nebenerwerbes versucht, kleine Betriebe dynamisch am Leben zu erhalten. (Beifall bei der ÖVP. – 12.22 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich darf die einstimmige Annahme feststellen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 87/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Mag. Zitz, Halper und Margarethe Gruber, betreffend die Ausweitung des Gebietes „Grüner See am Fuße des Hochschwabs“ als Naturschutzgebiet.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Monika Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (12.23 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seinen Sitzungen am 6. März und 24. April 2001 über den obgenannten Antrag Beratungen durchgeführt und nachstehenden Beschluss gefasst:

Zum Gegenstand „Grüner See“ wurde im Petitions-Ausschuss am 24. April 2001 eine Stellungnahme der Landesregierung behandelt. Darin wird berichtet, dass die Ausweisung des Grünen Sees als Naturschutzgebiet aus fachlicher Sicht lediglich eine Prädikatisierung darstellen würde. Eine Unterschutzstellung mit den in den übrigen Naturschutzgebieten der Steiermark verankerten Verboten ist für den beantragten Gesamttraum nicht zielführend, weil ihm die Schutzwürdigkeit, aber auch die Schutzbedürftigkeit fehlt. Nach Ansicht des Amtssachverständigen sind somit im ausreichenden Maße rechtliche Bestimmungen vorhanden, um Tendenzen, die zu einer nachhaltigen Verschlechterung des derzeitigen Zustandes des Gebietes führen könnten, hintanzuhalten.

Der private Ziviltechniker Dr. Hugo Kofler wurde beauftragt, eine fachliche Begutachtung durchzuführen. Er empfiehlt, einen kleinen Teil des beantragten Naturschutzgebietes, nämlich das so genannte Hochmoor, als Naturschutzgebiet auszuweisen.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das Hochmoor (Regenmoor) im Naherholungsgebiet „Grüner See am Fuße des Hochschwabs“ gemäß Paragraf 5 Steiermärkisches Naturschutzgesetz als Naturschutzgebiet auszuweisen. (12.25 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Die Frau Berichterstatterin hat sich auch zu Wort gemeldet. Ich erteile es dir.

Abg. Kaufmann (12.25 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als ich dieses Gutachten gelesen habe, habe ich mir gedacht, das kann nicht sein, dass jene, die diesen Bericht verfasst haben, jemals selbst dort waren am Fuße des Hochschwabs beim Grünen See und sich vor Ort darüber klug gemacht haben, ob dieses Gebiet unter Schutz gestellt werden soll oder nicht. Ich bin erschüttert, dass dieses einzigartige Juwel in der Steiermark nicht schutzwürdig sei. Man hat sich mit diesem Bericht auch über 30.000 Unterschriften von Menschen hinweggesetzt, die, ich möchte sagen, begründete Angst um dieses Kleinod der Natur haben. Wir brauchen nur an den Verkauf der Bundesforste, Verkauf von Wald und Wasser, möglicher Verkauf von Familiensilber auch in der Steiermark zu denken. Das heißt, diese Angst der Menschen ist nicht unbegründet und ich finde es erschreckend, dass man sich über diese 30.000 Menschen einfach hinwegsetzt.

Außerdem sind noch Gutachten ausständig und es liegen meiner Meinung nach keine ausreichenden Gründe vor, um diesen Antrag abzulehnen. Ich stelle daher namens meiner Fraktion den Unselbstständigen Entschließungsantrag:

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens dem Landtag alle Gutachten zur Verfügung zu stellen, die zu dieser negativen Stellungnahme geführt haben, zweitens als ersten Schritt das so genannte Hochmoor (Regenmoor) umgehend gemäß Paragraf 5 des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes unter Schutz zu stellen sowie drittens nach neuerlicher Prüfung weitere schützenswerte Teile des Gebietes „Grüner See am Fuße des Hochschwabs“ gemäß Paragraf 5 des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes durch Verordnung zum Naturschutzgebiet zu erklären und dem Landtag binnen sechs Monaten darüber Bericht zu erstatten. Ich ersuche Sie um Unterstützung dieses Antrages! (Beifall bei der SPÖ. – 12.28 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Hagenauer (12.28 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Landesrat, ich glaube, und du kennst ja das Problem noch aus deiner Zeit, als du für den Wasserbereich beziehungsweise Siedlungswasserbereich im Lande zuständig warst. Du kennst, darf ich einmal voraussetzen, auch den Grünen See und die Örtlichkeiten dort sehr gut. Also ich wüsste in der Steiermark keinen anderen Ort, wo sich ein neuer Naturschutzlandesrat so einfach und so leicht profilieren könnte, indem er hingeht und sagt, ja, in diesem Land, den Grünen See, den kennt wirklich jedes Kind, das Gebiet dort ist wirklich jeder und jedem ein Begriff und das ist selbstverständlich und das ist mir eine Ehre, dieses Gebiet unter Schutz zu stellen. Stell dich einmal hin irgendwo in der Steiermark, egal ob da in der Herrengasse oder oben in der Mur-Mürz-Furche (Abg. Straßberger: „Das ist das Mürztal, und nicht die Furche!“) und frage dich einmal und frage, wenn du dir selber nicht im Klaren bist, einmal irgendjemanden auf der Straße, auch in der Gemeinde des Herrn Straßberger, wenn du willst, stell dich einmal hin und frage die Leute, was sie davon halten, dass man dieses Gebiet um den Grünen See unter Naturschutz stellen solle. Die Antwort wird wie selten in einem politischen Bereich eindeutig sein.

Im Grunde genommen haben ich dazu eigentlich dann zum Thema nicht mehr zu sagen.

Dass es eben die zitierten 30.000 Unterschriften gibt, ist schon gesagt worden, unterstreicht das Ganze noch. Dass diese Begründung hier, wie sie in der Stellungnahme drinnen ist, reichlich zynisch ist, indem man sagt, es gibt eh das Wasserrecht und es gibt eh das Forstrecht und das ist ein ausreichender Schutz, das muss ich, glaube ich, da hier nicht näher ausführen. Selbstverständlich geht es den Leuten da oben, und die Debatte haben wir eigentlich schon geführt, ob wir jetzt den Grünen See anzapfen oder nicht, es geht ja hier gewissermaßen nur um den Nachschlag und um das, ob man das jetzt eine Prädikatisierung oder wie immer nennt, ist im Grunde genommen egal. Es geht hier nur mehr darum, dass man dem Kind gewissermaßen den ihm zustehenden Namen gibt, um das auf Steirisch zu formulieren. Es geht hier nur mehr darum, dass man sagt, okay, wir anerkennen das, wir bringen das zu einem guten Ende und fertig aus.

Ich würde mich in der Öffentlichkeit nicht trauen und ich halte es nicht für klug, sich hinzustellen und zu sagen, ja, das Wasserrecht fordert ein öffentliches Interesse, wie es da drinnen steht. Und im Naturschutzrecht gibt es auch die Möglichkeit, eine Ausnahme zu genehmigen, wenn ein öffentliches Interesse da ist. Herr Landesrat, deswegen habe ich das ja eingangs gesagt, du hast dieses Match ja schon hinter dich gebracht. Wie weit man beim Grünen See mit dem öffentlichen Interesse kommt, das ist ja schon entschieden. Also braucht man sich da nicht mehr ausbreiten und sagen, der Naturschutz verhindert das Anzapfen des Grünen Sees nicht. Die Naturschutzunterschutzstellung ist eigentlich im Grunde genommen nichts, was zusätzlich etwas wert wäre.

Ich halte das für einen Bereich, wo man – und damit komme ich zum Ende – der Politik im Allgemeinen und dem Naturschutz im Besonderen in der Steiermark überhaupt keinen guten Dienst erweist. Wie gesagt, umgekehrt formuliert, ein Gratistipp vom grünen Hagenauer: Herr Landesrat, das ist das, was man in der Fußballersprache einen aufgelegten Elfer bezeichnet. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 12.33 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wöhry. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (12.33 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landesrat, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer!

Man hat oft den Eindruck, dass es den Naturschutz erst gibt, seit dieser durch Normen institutionalisiert ist. Faktum ist, dass er bei uns in der Steiermark immer einen besonderen Stellenwert gehabt hat und noch hat und vor allem, dass bei uns nicht nur vom Naturschutz gesprochen wird. Die Nutzung unseres Naturraums mit großem Respekt vor der Natur hat es uns in der Gegenwart erst ermöglicht, dass wir bestimmte Gebiete als Naturschutzgebiete ausweisen. Das ist nur deshalb möglich gewesen, weil wir in der Vergangenheit sehr verantwortungsbewusst mit unserem Lebensraum umgegangen sind. So können wir heute eine intakte Kulturlandschaft, aber auch eine Vielzahl von schutzwürdigen Gebieten vorweisen.

Es gilt hier auch klarzustellen, dass nicht die Unterschutzstellung von einzelnen Gebieten eine besondere Leistung darstellt, sondern die Tatsache, dass derartige Gebiete in so großer Zahl vorhanden sind. Es ist hier jenen zu danken, die den Naturraum als solchen erhalten haben und da betrifft es vor allem die Grundeigentümer. In der Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung kommt es in zunehmendem Maße zu sich überlagernden Nutzungen der Kulturlandschaft, aber auch des Naturraumes.

Aus der Eigenverantwortlichkeit heraus unserer Generation, aber vor allem der kommenden Generationen gegenüber sind wir aufgerufen, schutzwürdige Landschaftsteile als solche zu erhalten. Wenn man die Steiermark insgesamt betrachtet, so muss man sagen, dass wir hier auf einem sehr guten Weg sind, weil doch insgesamt 50 Prozent der Landesfläche mehr oder weniger unter Schutz stehen.

Wenn man sich jetzt konkret das Beispiel „Grüner See“ vor Augen führt, so muss man einmal den Ist-Zustand sehen. Der Grüne See – und da gebe ich allen Vorrednern Recht – ist ein Juwel, das seinesgleichen sucht. Dieses Juwel hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem Naherholungsgebiet entwickelt und es stellt für die Gemeinde, aber auch für die Region eine große touristische Chance dar.

Wenn wir uns den Schutzcharakter vor Augen führen – und der Herr Kollege Hagenauer hat sich darauf schon bezogen –, so muss man sagen, dass der Grüne See einerseits als Wasserschon- und Widmungsgebiet ausgewiesen ist und andererseits als Landschaftsschutzgebiet. Und wer die Bestimmungen in derartigen Verordnungen kennt, weiß, dass hier sehr rigoros gegen bestimmte Maßnahmen vorgegangen wird, die dieses Schutzgebiet in Frage stellen würden, sowohl was die Wasserwirtschaft betrifft als auch was den Naturschutz betrifft.

Es ist für uns von der ÖVP natürlich auch maßgeblich, neben den 30.000 Unterschriften, die Sie zitiert haben, wie ist die Position der Gemeinde und wie ist die Position des Grundeigentümers? Die Gemeinde hat da eine sehr klare Haltung zu diesem Gebiet und stellt fest, dass sie die touristische Entwicklungschance nutzen will, dass sie jedoch im Prinzip gegen die Ausweisung des Regenmoores als Schutzgebiet nichts hat. Die Position des Grundeigentümers habe ich beleuchtet. Der sagt, im Prinzip ist das ein traditioneller Naherholungsraum und als solcher wurde er bewirtschaftet und erhalten und soll auch in der Zukunft als solcher gestaltet werden.

Wenn wir uns jetzt die möglichen Gefährdungen dieses Naturraumes vor Augen führen, so gibt es ein paar Dinge, die man taxativ aufzählen könnte. Das eine ist die Errichtung von Bauten. Diese sind auf Grund der Schutzbestimmungen, die bereits gelten, bewilligungspflichtig. Wenn wir die Forstwirtschaft hernehmen, die zuerst angeführt worden ist. Durch die Bewirtschaftung in der Vergangenheit war es erst möglich, dass man dieses Schutzgebiet in der Form erhalten hat, wie es sich heute darstellt.

Und da ist es auch, glaube ich, Wille des Grundeigentümers, dass man die Bewirtschaftung keinesfalls intensiviert, sondern sie weiterhin so naturnah gestaltet wie bisher und dann ist eigentlich eine Gefährdung in diesem Bereich nicht gegeben.

Wenn ich die Wasserentnahme zitieren darf, dann ist das in der Stellungnahme der Regierung, in der Vorlage, ausreichend dokumentiert, wie das da ist. Ich glaube, dass die örtlichen Verantwortungsträger ein hohes Maß an Interesse haben, diesen Landschaftsteil so zu erhalten, wie er sich darstellt und ich meine, dass aus dieser Sicht und aus der Sicht dieser Dinge eine Gefährdung des Gebietes Grüner See auch ohne weitere Unterschutzstellung nicht gegeben ist.

Was ändert sich, wenn man das Ganze als Naturschutzgebiet ausweist und da sind wir eigentlich bei einem Punkt, den wir in dem Landtag auch einmal diskutieren müssten. Wie viele Schutzfunktionen überlagern wir mit nachgeordneten Verordnungen immer wieder und wenn man sich anschaut, wie das zum Teil in unserer Landschaft, in unserem Bundesland aussieht, dann wäre das durchaus einmal ein Punkt, den man diskutieren müsste, ob man da nicht eine gewisse Entflechtung in den Bestimmungen schaffen könnte.

Wenn wir sagen, wir stimmen dem Antrag des Ausschusses zu, dann ist das insofern begründet, als auch die Fachleute das Regenmoor noch um eine Spur schützenswerter erachten, als das der andere Landschaftsteil ist. Wir reden – und das muss auch einmal gesagt werden – beim gesamten Gebiet Grüner See von rund 60 Hektar und beim Regenmoor von rund 0,5 Hektar und das Regenmoor ist einfach ein besonders sensibles Biotop. Wir als ÖVP schließen uns der differenzierten Betrachtungsweise der Sachverständigen an und werden den Antrag, der von der Berichterstatterin eingebracht worden ist, unterstützen. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 12.39 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Hagenauer (12.39 Uhr): Noch einmal ganz kurz, Herr Kollege Wöhry, erstens wenn sich ohnehin nichts ändert, dann frage ich mich, warum die ÖVP dagegen ist, dass dieses Gebiet unter Naturschutz gestellt wird. Und im Speziellen haben Sie es angesprochen, der Grundeigentümer und die Gemeinde, die Gemeinde zuerst. Wenn die Gemeinde der Meinung ist, sie will dort das Gebiet touristisch erschließen, dann bin ich tatsächlich der Meinung, dass man hier dieses Areal unter Naturschutz stellt und zwar ganz bewusst, um hier einen Rahmen zu setzen, lassen Sie mich das so formulieren, der die Gemeinde bei Ihrer Interessensabwägung zwischen einer touristischen Erschließung und den Naturschutzinteressen unterstützt. Ich möchte das eben nicht so ohne weiteres der Gemeinde überlassen und schon gar nicht der betroffenen, sage ich Ihnen übrigens und das ist die Sache des Landes und nicht zuletzt Sache des Landtages, hier ein Gebiet, das in seiner Bedeutung über die kommunalen Grenzen und über die kommunalen Interessen eindeutig hinausgeht, entsprechend zu schützen. Und nicht zu sagen, ihr macht dort oben damit, was ihr wollt. Das gilt für die Gemeinde und das gilt auch für den Grundeigentümer, bitte schön. Also abgesehen davon, dass Sie sagen, der Grundeigentümer hat das bis jetzt überhaupt erst ermöglicht, dass dieses Gebiet sich so präsentiert, dann gilt für mich nach allen Gesetzen der Logik – nicht der Logistik, Herr Kollege Majcen – nach allen Gesetzen der Logik – er hört mir nicht zu, aber macht nichts, wir haben uns gestern Abend über den Unterschied zwischen Logistik und Logik unterhalten, stimmt es? –, dass auch der Grundeigentümer, wie Sie sagen, nichts dagegen haben müsste. Trotzdem, sage ich, ist das ein Grund mehr für mich zu sagen, bitte schön, wir stellen das Gebiet unter Naturschutz. Weil, anders formuliert, wo kommen wir denn da hin, wenn das jetzt Gesetz wird, wie Sie sagen? Mir ist das neu, dass man die Zustimmung des Grundeigentümers einholen muss, wenn ich ein, noch dazu ein derart anerkanntes Juwel – das Wort ist schon gefallen – und derartig überörtlich bedeutsames Gebiet unter Naturschutz stellen will. Dass ich dazu die Unterschrift des Grundeigentümers brauche, das ist mir neu. (Abg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Habe ich ja nicht gesagt!“) Sie haben es indirekt hier zum Ausdruck gebracht.

In diesem Sinne möchte ich dem Herrn Naturschutzlandesrat nur einmal mehr nahe legen und ihn dabei bestärken, dieses Gebiet unter Schutz zu stellen, die nötigen Schritte zu veranlassen und sich bewusst zu sein, dass man das der Öffentlichkeit wird nicht erklären können, dass man ausgerechnet den Grünen See nicht schützen muss! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 12.43 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Pörtl. Ich erteile es dir.

Landesrat Pörtl (12.43 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben ja Spielregeln, wo wir vor allem auf Grund der Gesetze, die im Landtag beschlossen werden, unsere Regierungstätigkeit auszuüben haben. Da gibt es also sehr klare Spielregeln, wo ich natürlich, wenn ich ein bisschen provozieren wollte, sagen könnte, Naturschutzausweisung ist mehr als Etikettierung. Ich stelle nur fest, dass wir in dem konkreten Fall dieses Gebiet als geschützten Landschaftsteil ausgewiesen haben. Das ist im Rahmen des Naturschutzgesetzes sehr klar, dass gesonderte Bewilligungsvorgänge für bauliche Maßnahmen, für forstliche Maßnahmen selbstverständlich sind, aber die normale Bewirtschaftung dieses Wirtschaftswaldes damit läuft und im Grunde nach dem derzeitigen Stand sehr klar dieser Wald ökologisch, naturnah, wie alle Wälder der Steiermark bewirtschaftet wird, mit Ausnahme der exotischen Reize, wo manche glauben, sie müssen da mit Monokultur oder mit irgendwelchen exotischen Baumarten irgend etwas verändern. Aber ich stelle nur fest, dass die Gutachten – und ich bitte um ein anderes Gutachten – mich bestärken, es ist ja, glaube ich, irgend etwas angekündigt, das ist aber nicht eingetroffen. Nach den Gutachten, die uns vorliegen, auf Grund der Amtssach-

verständigen, auf Grund der Meinung des Umweltschützers, der sicherlich unverdächtig ist, ist der Schutz ausreichend gegeben. Ich möchte da auch ganz offen sagen, wenn wir das unter Schutz stellen, sind natürlich private Grund- und Waldbesitzer blitzartig wie eine Rakete bei uns, sprich auch bei der Landeskasse und wollen für die Beschränkungen des Bewirtschaftens auch eine Entschädigung selbstverständlich erlangen. Wenn aber diese konkreten so genannten Gefährdungen, die hypothetisch in den Raum gestellt werden, die nie stattgefunden haben, wo ich vom Wasserrecht gar nicht rede, dort ist ganz klar, dass es keine Wasserentnahme gibt, ich möchte nur das Bedrohungsbild kennen, das damit vorhanden ist. Ich ersuche um ein Gutachten, das wegfeigt und untermauert, was Herr Dr. Kofler, was die Fachstelle für Naturschutz, was der Umweltschützer im Grunde für richtig hält und das ist im Grunde der derzeitige Stand. Ich glaube, ich bin da nicht auf Ruhm und Ehre aus, für mich ist das überhaupt kein Problem, wenn das unter Schutz gestellt ist, ist das erledigt, nur, ich muss dann langsam meine Abteilung auflösen, weil ich brauche dann keine Fachgutachter mehr, dann mache ich eine Unterschriftensammlung und nachher sage ich, machen wir es so oder so, wir stellen es unter Schutz und ich habe meine Ruhe. Das wäre eine relativ einfache Geschichte. Ich habe aber dort auch Eigentums- und Anrainer- und kommunale Fragen selbstverständlich mit einzubringen.

Das Regenmoor ist selbstverständlich klar und ich möchte auch bei dem Beschlussantrag, wo wir im letzten Teil von unserer Fraktion nicht mitgehen können, wo selbstverständlich die Gutachten dem Landtag zur Verfügung gestellt werden, wir werden sie den Klubs zur Verfügung stellen und der Schritt das Hochmoor zu schützen ist passiert. Wir haben nur auf Grund mehrfacher Prüfungen immer wieder dieses fachliche Gutachten, dass ein so ausprägender Schutz nicht notwendig ist. Daher bitte ich da um Verständnis, das ist keine Willkür oder Machthaberei des jetzigen Naturschutzlandesrates, dass er gerade das nicht will, was die Leute wollen, sondern ich habe die Grundlage nicht in diesem breiten Fundament, auch diese Entscheidung in der Form zu treffen. Sollten Gutachten vorhanden sein, können wir das jederzeit – die Welt fängt ja jeden Morgen wieder neu an – klarstellen. (Beifall bei der ÖVP. – 12.48 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich komme nun zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 87/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ und der Grünen, betreffend Ausweisung des Gebietes „Grüner See am Fuße des Hochschwabs“ als Naturschutzgebiet ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

4. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 287/1, betreffend den Abverkauf des Objektes Anton-Hafner-Gasse 96, bestehend aus den Grundstücken Nr. 70/6, 70/8 und 135, EZ. 84, KG. 63336 Lankowitz im Gesamtausmaß von 422 Quadratmeter mit einem darauf befindlichen dreigeschoßigen Wohnhaus an Frau Theresia Schriebl, 8591 Maria Lankowitz, Kirchberg 60 zum Kaufpreis von 1,005.000 Schilling.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Erwin Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (12.50 Uhr): Frau Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Das so genannte „Stölzlehaus“, Anton-Hafner-Gasse 96, ist ein dreigeschoßiges Wohnhaus, das sich abseits der Land- und forstwirtschaftlichen Fachschule Maria Lankowitz mitten im Ortsgebiet Maria Lankowitz befindet.

Dieses Haus hat lange Zeit als Personalwohnhaus für die Schule Maria Lankowitz gedient und steht nunmehr seit einiger Zeit leer. Da auch keine anderweitige Verwendung dieses Hauses gegeben ist und kein Ertrag erzielt werden kann, sondern nur mehr Erhaltungskosten erwachsen, wurde der Abverkauf dieses Hauses von hier aus ins Auge gefasst.

Es wurde daher ein Gutachten der Fachabteilung 4 c hinsichtlich des Verkehrswertes des Hauses eingeholt. Der Verkehrswert wurde in diesem Gutachten vom 21. Dezember 1999 auf 1,200.000 Schilling geschätzt.

Im Frühsommer des Jahres 2000 wurde das Objekt erstmals öffentlich ausgeschrieben. Bei der Anbot-eröffnung, die am 6. Juli 2000 stattfand, haben zwei Bieter Anbote abgegeben, wobei das Bestbieteranbot 800.000 Schilling betragen hat. Diese Ausschreibung wurde aufgehoben, da sie in keiner Weise ein Ergebnis erbrachte, das im Rahmen des Schätzwertes liegt.

Im Dezember 2000 wurde das Objekt neuerlich ausgeschrieben. Die öffentliche Anbot-eröffnung am 21. Dezember 2000 erbrachte vier Bieter, wobei als Bestbieter Frau Theresia Schriebl, Kirchberg 60, 8591 Maria Lankowitz den Betrag von 1,005.000 Schilling für dieses Objekt geboten hat.

Da auch durch dieses Anbot der Schätzwert von 1,200.000 Schilling nicht erreicht wird, wurde von der Fachabteilung 4 c, die das Gutachten erstellt hat, eine Stellungnahme eingeholt. Aus dieser Stellungnahme geht hervor, dass Abweichungen bis zu 25 Prozent vom Schätzwert anerkannt werden können.

Da das Anbot von Frau Schriebl nur 16 Prozent unter dem Schätzwert liegt, wird daher beantragt, das Objekt Anton-Hafner-Gasse 96 an Frau Theresia Schriebl, 8591 Maria Lankowitz, Kirchberg 60 zum Preis von 1,005.000 Schilling abzuverkaufen.

Infolge des Ausschussbeschlusses vom 12. März 2001 wird somit der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Abverkauf des Objektes Anton-Hafner-Gasse 96, bestehend aus den Grundstücken Nr. 70/6, 70/8 und 135, EZ. 84, KG. 63336 Lankowitz im Gesamtausmaß von 422 Quadratmetern mit einem darauf befindlichen dreigeschoßigen Wohnhaus an Frau Theresia Schriebl, 8591 Maria Lankowitz, Kirchberg 60 zum Kaufpreis von 1,005.000 Schilling wird zur Kenntnis genommen und genehmigt. Ich ersuche um Annahme. (12.53 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten 5 bis 7 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

5. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 307/1, Beilage Nr. 24, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Landeslehrer-Dienstrechts-Ausführungsgesetz 1998 geändert wird.

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Walburga Beutl. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Beutl (12.54 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich berichte über diese Regierungsvorlage.

Das bisherige Landeslehrer-Dienstrechts-Ausführungsgesetz regelt Teile des Bestellungsverfahrens von Schulleitern an Pflichtschulen.

Mit der Bestimmung im Paragraph 3 a soll auch die Leitervertretung in diesem Gesetz geändert werden. Demnach soll den Schulleitern von allgemein bildenden Pflichtschulen die Möglichkeit gegeben werden, einen anderen als den dienstältesten Landeslehrer mit der Leitervertretung zu beauftragen. Ich bitte um Annahme. (12.54 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Beutl (12.55 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Mit der vorliegenden Novelle, so wie Sie das schon aus dem Bericht gehört haben, des Landeslehrer-Dienstrechts-Ausführungsgesetzes soll zusätzlich zur Regelung des Bestellungsverfahrens an Pflichtschulen auch die Leitervertretung neu geregelt werden, und zwar soll es nun möglich sein, auch einen anderen als den dienstältesten Landeslehrer mit der Leitervertretung zu beauftragen.

Das ist ein Abgehen vom Altersprinzip und ist in diesem Falle als Fortschritt zu begrüßen, denn wir haben in der Praxis immer wieder die Situation gehabt, dass die betroffenen dienstältesten Lehrer aus verschiedensten Gründen ersucht haben, von dieser Dienstpflicht entbunden zu werden, so dass es nicht immer leicht war, einen Leitervertreter im Falle einer längeren Erkrankung des Leiters zu finden. Wahrscheinlich hängt es auch damit zusammen, dass die Aufgaben und Verantwortlichkeiten eines Schulleiters überaus umfangreich und komplex sind, so dass sich immer weniger Lehrer auch in der Lage sehen, selbst für die Zeit der Vertretung eines Leiters diese Aufgabe oder diese Belastung zu übernehmen.

Ich möchte heute die Gelegenheit wahrnehmen und ein wenig diesen Aufgabenbereich eines Schulleiters darstellen, damit man auch einen Einblick bekommt, warum eine solche Novellierung notwendig geworden ist.

Es sind drei umfangreiche Handlungsbereiche, die ein Schulleiter zu erfüllen hat. Jeder Bereich für sich ist schon sehr umfassend und wenn man so will auch sehr anstrengend. Das ist zum einen die pädagogische Führung, zum anderen die immer umfangreicher werdende Schulverwaltung und letztlich auch das Wahrnehmen des Schulrechts.

Allein bezüglich der pädagogischen Führung werden Sie selber miterleben oder miterlebt haben, dass auf Grund der aktuellen Veränderungen, die sich um uns abspielen, dass es daraus ableitend auch natürlich immer wieder neue Herausforderungen und Veränderungen und Reformen im Schulbereich gibt, bis hin, dass es bis zur Profilbildung von Schulen kommt, bis hin zur Entwicklung von eigenen Schulprogrammen, die Umsetzung des neuen Lehrplanes und die vielen anderen Dinge im pädagogischen Bereich, je nach Schulgröße und vor allem auch der Schwerpunktsetzung von Schulen.

Wir haben, wie Sie wissen, Schulen, die sich den musisch-kreativen Bereich als Schwerpunkt gewählt haben, wir haben aber auch Schwerpunkte im turnerischen, im leibeserzieherischen Bereich, wir haben, oder alle Schulen eigentlich jetzt auch inklusive des Polytechnikums, die Integration der Behinderten umzusetzen. Das heißt, hier ist ein ganz besonderes Engagement speziell des Leiters notwendig. Darüber hinaus muss natür-

lich ein Leiter spezielle kommunikative und soziale Kompetenzen aufweisen, um die laufende Beratung und Begleitung im pädagogisch-fachlichen Bereich von Lehrern, aber auch Schülern und letztlich auch von Eltern zu bewältigen. Dass er klarerweise in der Mitarbeiterführung, Konferenzgestaltung, Konfliktbearbeitung und Konsensbildung ebenfalls bewandert sein muss und vor allem die Kollegen motivieren muss, ununterbrochen motivieren muss, sich auch an der innovativen Schulentwicklung zu beteiligen, das ist eine Grundvoraussetzung seiner Arbeit.

Immer umfangreicher wird allerdings der Arbeits- und Zeitaufwand zur Bewältigung der Schulverwaltung und normalerweise haben Lehrer mit diesen Dingen relativ wenig zu tun, sie sind auch nicht immer mit den neuen EDV-Programmen zur Schulverwaltung befasst, so dass dienstältere Lehrer auch eine Scheu haben, die Aufgaben für eine Leitervertretung zu übernehmen. Und zusätzlich ist es natürlich die zunehmende Verrechtlichung des Schulsystems, die für Leiter eine besondere Herausforderung darstellt. Sie sollen über Schulrecht, über Dienstrecht, Besoldungsrecht, Personalvertretungsrecht bis hin zum Jugendstrafrecht und letztlich auch über die Gemeindeordnung Bescheid wissen, denn nahezu täglich muss er rasche und rechtlich korrekte Entscheidungen fällen. Wenn man mit Leitern spricht, so sind sie schon unter einem enormen Druck, auch unter psychischen Belastungen, weil sie eigentlich im Dauereinsatz sind als Vermittler und Moderator zwischen den Schülern, den Lehrern, den Eltern, der Öffentlichkeit, dem Schulerhalter und sie fühlen sich oft in einer Puffersituation. Ich habe hier ein Zitat eines Schulleiters einer Schule mit über 400 Schülern und 48 Lehrern, der – ganz kurz möchte ich das zitieren – beschreibt, wie es ihm an einem Vormittag geht. „Ich nehme die Post entgegen, bearbeite sie, führe Statistiken, bin für die Aktenverwaltung zuständig und zu dem noch Telefonfräulein, denn an einem Vormittag wird etwa 40-mal angerufen.“ Gleichzeitig muss er sich natürlich um nicht funktionierende Computeranschlüsse und Ähnliches mehr kümmern und für die eigentliche pädagogische Betreuung bleibt an einem solchen Vormittag kaum Zeit. Das heißt, Schulleiter haben sehr viel zusätzlich an den Wochenenden und in den Abendstunden zu leisten und sie beklagen manchmal, dass die große Verantwortung, die sie tragen, umgekehrt eigentlich nicht in einem entsprechenden Verhältnis zum öffentlichen Ansehen und auch zu ihren Einkommen steht.

Gott sei Dank sind in den letzten Jahren verpflichtende Fortbildungskurse für künftige Leiter eingeführt worden, so dass sie sehr professionell auf diese Tätigkeit vorbereitet werden. Aber es gibt Überlegungen und Wünsche, die verständlich sind, dass auch Schulleiter von größeren Pflichtschulen, ähnlich wie an Bundes- und auch an Berufsschulen und an hauswirtschaftlichen Fachschulen so etwas wie eine Schreibkraft zur Verfügung bekommen, um wenigstens davon entlastet zu werden. Das ist ein Ansinnen und ein Anliegen, das wir uns sicherlich noch näher anschauen müssen, denn noch einmal, die eigentliche Arbeit eines Leiters liegt nicht nur im Briefe schreiben und im Briefmarken draufkleben. Aber vielleicht haben Sie Verständnis dafür, dass sich manche Kollegen einfach außer-stande sehen, selbst für eine kurze Zeit von nur wenigen Wochen die Schulleitung zu übernehmen, weil es so komplex und umfangreich ist, was Schulleiter zu leisten haben. Ich bitte um Zustimmung zu dieser Regierungsvorlage. (Beifall bei der ÖVP. – 13.03 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder:

6. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 250/1, der Abgeordneten Beutl und Majcen, betreffend Leiterbestellung in den Pflichtschulen.

Berichterstatlerin ist die Frau Landtagsabgeordnete Walburga Beutl. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Beutl (13.03 Uhr): Ich berichte über den Antrag der Abgeordneten Beutl und Majcen, betreffend die Leiterbestellung in den Pflichtschulen.

Das LDG 1984 sieht in Paragraph 26 Absatz 1 vor, dass Leiterstellen in Pflichtschulen nur an Landeslehrer/innen im definitiven Dienstverhältnis verliehen werden dürfen. Gemäß dieser Bestimmung dürfen sich Vertragslehrer nicht um Leiterstellen bewerben. Auf Grund dieser gesetzlichen Vorgabe und der Tatsache, dass derzeit kaum noch Lehrer/innen pragmatisiert werden, wird es immer schwieriger Leiterstellen zu besetzen.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz dahin gehend zu ändern, dass Leiterstellen in Pflichtschulen auch an bewährte Vertragslehrer verliehen werden können.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages und ich hoffe, dass meine Wortmeldung auch zu diesem Punkt vorgemerkt ist.

Ich habe mich auch zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort gemeldet. Ich hoffe, der Präsident hat es eingetragen. (13.05 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Es kommt noch der Bericht zum Tagesordnungspunkt 7 und dann lade ich Sie ein.

7. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 295/1, der Abgeordneten Wiedner und Dr. Bleckmann, betreffend Führung von IT-Klassen an AHS.

Berichterstatlerin ist die Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (13.05 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf berichten über den Antrag der Abgeordneten Wiedner und Dr. Bleckmann, betreffend die Führung von IT-Klassen an den allgemeinbildenden höheren Schulen.

Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund mit der Bitte heranzutreten, die Lehrpläne von AHS dahin gehend zu ändern, dass zumindest ein Drittel der Klassen an jedem Standort mit dem Schwergewicht IT zu führen sind, um zukünftigen Maturanten bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Ich bitte um Annahme. (13.05 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Beutl (13.06 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren!

Zu diesem Antrag haben wir in diesem Haus schon mehrmals Vorstöße und Versuche unternommen, etwas vor allem auf Bundesebene an Gesetzesänderungen zu erreichen, bisher mit wenig Erfolg. Und deswegen noch einmal die Bitte und das Ersuchen an die Landesregierung, hier vorstellig zu werden. Wie im Antrag ausgeführt, können sich auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen nur pragmatisierte definitive Lehrer um eine solche Leiterstelle bewerben beziehungsweise auf eine solche Leiterstelle ernannt werden. Es wird nun in der Steiermark, aber nicht nur in der Steiermark und interessanterweise auch nicht nur bei Kleinschulen, sondern zunehmend auch im städtischen Bereich, zunehmend auch in Niederösterreich und Oberösterreich immer schwerer, pragmatisierte Kollegen zu finden, die sich um offene, frei gewordene Leiterstellen bewerben. Die Situation in der Steiermark ist vor allem dadurch begründet, dass es zwei Faktoren sind, die hier maßgeblich dazu beitragen. Eine schulfeste Stelle für einen Dienstposten, für eine Pragmatisierung hängt maßgeblich mit der Schülerzahl zusammen. Wir haben leider in den letzten Jahren einen sehr starken Rückgang an Schülern zu verzeichnen. Im heurigen Herbst, ich konnte das während der Budgetdebatte schon ausführen, fehlen uns im Volksschulbereich allein 1300 Schüler.

Das heißt, das ist ein ganz gewichtiger und gravierender Grund, warum weniger Pragmatisierungen ausgesprochen werden können. Zum anderen ist die Altersstruktur der Lehrer in der Steiermark auch so gelagert, dass sehr wenige in den nächsten Jahren in Pension gehen werden. Das heißt, es wird noch einige Jahre dauern, bis ein stärkerer Schwung von Kolleginnen und Kollegen in das Alter der Pensionierung kommt und Dienstposten frei werden, so dass tatsächlich die Problematik gegeben ist, weniger Pragmatisierungen zu haben. Die Vertragslehrer werden immer älter und wir hätten genug erfahrene, geeignete Vertragslehrer für die Leiterpositionen zur Verfügung.

Ich möchte aber doch dazufügen, dass in den letzten Jahren, auch auf unser Drängen hin, auf unser gemeinsames Drängen hin – ich möchte die Kollegen aller Fraktionen mit einschließen – es gelungen ist, seit dem 1. Jänner 1999 325 Lehrer zu pragmatisieren. Das heißt, wir haben versucht hier aufzuholen.

Dennoch ist die Regelung, die Vereinbarung, die zwischen der Rechtsabteilung 13 und dem Landesschulrat getroffen worden ist, um auch Vertragslehrer in Leiterpositionen zu bringen, nicht wirklich zufrieden stellend. Es muss eine zweimalige Ausschreibung erfolgen und es darf sich nur ein Vertragslehrer bewerben, dann ist es möglich, diesen einen Bewerber zu pragmatisieren und dann praktisch gleichzeitig auf die Leiterstelle zu ernennen beziehungsweise ihn überhaupt in diesen Dreivorschlag eines Bezirksschulratskollegiums zu bringen.

Das ist eine sehr unbefriedigende Situation. Deshalb möchten wir noch einmal eine bundesweite Regelung und Änderung dieses Gesetzes erreichen, vor allem auch deshalb, weil das letzte Bemühen, so habe ich den Eindruck, ein wenig stecken geblieben ist. Wir haben da eine Nachricht bekommen vom Bundesministerium, damals noch, das war am 19. Mai 2000, für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten, dass eine Gesetzesänderung auch damit zusammenhängt, dass das Finanzministerium hier zustimmt, weil es um die zentrale Personalverwaltung geht. Hier ist das Finanzministerium befasst und eine solche ist noch nicht eingelangt. Das heißt, das ist anscheinend ein schwebendes Verfahren. Deswegen wäre es so wichtig, dass noch einmal von unserem Land aus, von der Landesregierung aus an die Bundesregierung herangetreten wird, diese Neuregelung zu erreichen.

Wir hören immer wieder von Änderungen, auch von Reformen, von Anpassungen an EU-Gesetze, wonach es im Schulbereich künftig keine Pragmatisierungen mehr geben soll. Das heißt, man muss sich mit dieser Thematik ohnehin auseinandersetzen. Deswegen noch einmal die Bitte um Zustimmung und die Bitte an die Landesregierung hier mitzuhelfen, dass auf Bundesebene diese gesetzlichen Regelungen geändert werden, letztendlich auch um geeignete, erfahrene, ob nun Vertragslehrer oder pragmatisierte Lehrer, aber auch Vertragslehrer als Schulleiter haben zu können.

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag. (Beifall bei der ÖVP. – 13.11 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Kröpfl. Ich erteile dir das Wort.

Abg. Kröpfl (13.11 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Herr Landesrat!

Zu diesen beiden Anträgen – Antrag der ÖVP zur Leiterbestellung in den Pflichtschulen und zum Antrag der Freiheitlichen über die IT-Klassen – ein paar Anmerkungen nur.

Der Antrag der ÖVP – Leiterbestellung. Das Problem haben Sie, Frau Kollegin Beutl, sehr breit dargestellt. Was uns bei diesem Antrag ein bisschen stört sind zwei Geschichten. Erstens einmal der Schlusssatz in der Begründung, bewährte Vertragslehrerin, Vertragslehrer. Da stellt sich bei mir immer wieder die Frage, ja, wer bewertet denn, wer da hier bewährt ist und wer nicht bewährt ist? Bis jetzt werden die Vertragslehrerinnen und -lehrer immer bewertet nach ihrer Unterrichtstätigkeit, aber nicht danach, ob sie als Leiterin oder Leiter geeignet sind. Also da hätten wir gerne mit Ihnen darüber gesprochen und eine Diskussion geführt, aber Sie haben ja leider unseren Antrag auf Einrichtung eines Unterausschusses abgelehnt. Das tut uns sehr Leid. Wir hätten da wirklich gerne darüber diskutiert. Und es wären uns auch noch ein paar andere Dinge dazu eingefallen.

Sie haben schon ganz richtig angesprochen, dass derzeit die Pragmatisierungen sehr, sehr restriktiv von der Bundesregierung und vor allem von Ihrem Koalitionspartner im Bund, von der FPÖ, gehandhabt werden, die von den Pragmatisierungen nichts wissen wollen. Also in der Richtung sind Sie gefordert, dass Sie bei Ihren Freunden in Wien dementsprechend Druck machen, damit das umgesetzt wird.

Zu einem weiteren Punkt, Sie haben auch das in Ihrer ersten Wortmeldung bereits ausgeführt. Wir haben in den meisten schulischen Bereichen schon das Problem, dass wir überhaupt Leute finden, die sich um den Schulleiter bewerben, nicht nur um die Vertretung, sondern überhaupt um den Schulleiter. Sie haben einige Gründe aufgeführt. Dazu noch ein paar Ergänzungen.

Wenn man natürlich als Lehrer und als Schulleiter ständig von den Medien, aber auch von bestimmten Politikern – und jetzt kommen wir wieder zu dir, Kollege List – immer wieder geprügelt wird, „Lehrer sind Parasiten, Lehrer leisten nichts, Lehrer sind nur da, um Urlaub zu machen, nehmen keine Rücksicht auf die Kinder und so weiter“, dann geht natürlich langsam die Motivation aus. (Abg. List: „Stimmt nicht!“) Dann schau in den Pressemeldungen nach, was euer einfaches Parteimitglied gesagt hat, dann weißt du, woher das kommt. (Abg. List: „Du hast sie nicht genau gelesen!“) Ich lese sie sehr genau. Das ist das, was dir nicht passt. Lies es genau, dann weißt du es, was er gesagt hat, das einfache Parteimitglied.

Dass wir dann natürlich kaum noch Leute finden, die engagiert in so ein Amt gehen oder die engagiert sich bewerben für diese Dinge, so weit haben wir es leider gebracht. Und das können wir mit dieser Geschichte nicht machen.

Wenn ich jetzt noch etwas dazu sagen darf, was erst jetzt beschlossen wurde, dass wir einen so genannten Codex in der Schule festlegen sollen zwischen den Eltern, zwischen den Schülern und den Lehrern, wie man sich in der Schule verhalten soll. Na, das wird genauso dazu beitragen, dass sich sehr, sehr viele Lehrerinnen und Lehrer in Zukunft um eine Leiterstelle bewerben werden. Denn das ist alles so eine Geschichte, die sehr nebulos ist, wo nichts Konkretes vorhanden ist. Und da sollen sich jetzt die LeiterInnen einmal als Versuchskaninchen hinstellen. Also, da finde ich, diese Geschichte verhindert die Bewerbung von engagierten LehrerInnen für eine Leitungsfunktion.

Deswegen bringen wir zu diesem Tagesordnungspunkt einen Entschließungsantrag ein, der Folgendes zum Inhalt hat:

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, von der derzeit gültigen und geübten restriktiven Pragmatisierungspraxis bei den Landeslehrerinnen und Landeslehrern Abstand zu nehmen. Punkt 1.

Zum zweiten Punkt, zum Antrag der FPÖ über die IT-Klassen. Auch da wäre es sehr, sehr gut gewesen, wenn wir eine Stellungnahme der Landesregierung über den derzeitigen Stand bekommen hätten, wie viele solche IT-Klassen gibt es und, was uns ganz besonders interessiert hätte natürlich, wie sind die ausgestattet. Wir hören zwar immer von dieser Milliarde, die da irgendwo herumgeistert, nur, gesehen haben wir eigentlich davon noch nichts.

Wenn wir mit unseren Schulleitern Kontakt haben, dann merken wir immer, dass es gerade im AHS- und BHS-Bereich bei den notwendigen Ausstattungen schon fehlt. Und wenn ich jetzt sage, ein Drittel aller Klassen soll zu IT-Klassen werden, dann frage ich mich wirklich, wo nehmen wir das Geld her, damit wir diese Klassen auch dementsprechend ausstatten?

Ein weiterer Punkt, der mir dabei nicht besonders passt. Man glaubt, weil es an diesen Fachkräften fehlt, jetzt muss wieder die Schule einspringen und wir sollen innerhalb von wenigen Monaten vielleicht diese Experten, die dringend gebraucht werden, herauszaubern. Das kann es nicht sein. Man braucht dazu wirklich eine längerfristige Planung. Und dazu wäre eine Stellungnahme gut gewesen.

Ein Satz ist mir da in der Antragsbegründung aufgefallen, dass es angeblich durch die falsche Politik in der Schulausbildung zu diesem Notstand gekommen ist. Ich glaube, zum Notstand bei den Facharbeitern, da gibt es viele, viele andere Gründe, als dass im Schulbereich die Fehler liegen.

Wir stellen auch zu diesem Tagesordnungspunkt einen Entschließungsantrag und der lautet:

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund mit dem Ersuchen heranzutreten, die Lehrpläne von allgemein bildenden höheren Schulen hinsichtlich des immer größer werdenden Bedarfs an IT-Kenntnissen angemessen anzupassen.

Ich ersuche um Annahme dieser beiden Entschließungsanträge. (Beifall bei der SPÖ. – 13.18 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es ihr.

Abg. Dietrich (13.18 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Kollege Kröpfl, wenn du den Antrag genau durchliest, dann wirst du sehen oder lesen können, dass mit diesem Antrag die Landesregierung aufgefordert wird zu prüfen und dem Landtag darüber Bericht zu erstatten. (Abg. Mag. Erlitz: „Genau das hat er ja gemeint, aber ihr habt dagegen gestimmt!“) Genau das steht drinnen. (Abg. Mag. Erlitz: „Ja, ihr habt es abgelehnt, das war ja unser Antrag und jetzt bringt ihr ihn selber ein. Das hat er ja gemeint!“) Genau das, was du wolltest ist in diesem Antrag. (Abg. Mag. Erlitz: „Das war unser Antrag, den ihr abgelehnt habt!“) Ja, warum kritisiert er es dann jetzt, wenn es genau so passiert wie er es sich vorstellt? (Abg. Mag. Erlitz: „Zuerst habt ihr es abgelehnt und jetzt bringt ihr es ein. Wir könnten das schon längst haben!“ – Abg. Kröpfl: „Im Antrag steht was anderes drinnen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund mit der Bitte heranzutreten – und da haben wir gesagt, wir hätten gerne eine Stellungnahme der steirischen Landesregierung!“) Ach so, ich spreche jetzt von dem Beschlussantrag, den ich einbringe. (Abg. Kröpfl: „Ja, und ich habe von eurem ursprünglichen Antrag gesprochen!“) In Ordnung.

Gut, dann hast du gesagt, wer wird das bezahlen? Das ist die generelle Frage im Staat Österreich, wer wird das bezahlen? Gott sei Dank hat die jetzige Bundesregierung in weiser Voraussicht eine Computermilliarde beschossen (Abg. Mag. Erlitz: „Wo ist die?“) und da sind wir sehr zuversichtlich, dass ein Geld von dieser Computermilliarde in die Steiermark kommen wird. (Abg. Mag. Erlitz: „Das ist jenseits des Semmerings hängen geblieben!“)

Man kann nicht nur immer alles negativ sehen, man muss auch das zweite Auge aufmachen und mit beiden Augen schauen, auch wenn es einem als Opposition nicht gefällt. (Abg. Mag. Erlitz: „Darf ich dich einladen in meine Schule? Sie ist nicht zu sehen, die Milliarde!“)

Der EU-Gipfel in Schweden hat das österreichische Schulsystem kritisiert, nämlich dahin gehend, dass es nicht zeitgerecht ist und dass zu wenig neue Technologien angewendet werden. Die Jugendlichen wachsen zwar mit dem Umgang mit Computern auf, beginnend von Lerncomputern, Computerspielen und vieles andere mehr, mailen und chatten gehören zum Alltäglichen und die Jugendlichen haben ein großes Interesse an der Ausbildung im IT-Bereich. Wir glauben deshalb, dass es sinnvoll und notwendig ist, diesen Bereich an den Schulen zu forcieren.

Ich erlaube mir, den Beschlussantrag der Abgeordneten Dietrich und Wiedner, betreffend IT-Klassen in der Steiermark einzubringen, der lautet:

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen und dem Landtag darüber Bericht zu erstatten, erstens an welchen steirischen Schulen derzeit die Möglichkeit besteht, den europäischen Computerführerschein abzulegen, zweitens wie viele IT-Klassen derzeit in der Steiermark geführt werden, an welchen Schultypen und Schulstandorten und drittens ob es vor allem in ländlichen Regionen, in denen bisher keine IT-Klassen geführt werden, die Möglichkeit gibt, vorhandene Strukturen wie zum Beispiel das BFI oder WIFI für den Schulunterricht zu nutzen. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der FPÖ. – 13.21 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (13.21 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Mir ist vorher aufgefallen, dass bei der ÖVP die Laptops fast alle abgeschaltet sind und das ist für mich ein sehr schönes Signal, wie stark man einfach symbolische, virtuelle Politik mit genau diesem wichtigen wirtschaftspolitischen Thema machen kann, Punkt eins.

Punkt zwei, die Freiheitlichen haben ursprünglich einen Antrag gestellt, den die Grünen in dieser Form nicht annehmen werden, weil ich es einfach für nicht korrekt finde Schulen vorzuschreiben, egal an welchem Schulstandort, dass gezwungenermaßen ein Drittel der Klassen einen Schwerpunkt im Bereich Informationstechnologie haben sollen. (Abg. Wiedner: „Die Ausbildung soll bedarfsgerecht, und nicht nebulos sein!“) Ich spreche mich dezidiert für diesen Bereich aus, aber ich bin strikt dagegen, dass man Schulstandorten zwingend vorschreibt, in welche Richtung sie Unterricht gestalten. (Abg. Mag. Drexler: „Man schreibt ihnen zwingend vor, dass Deutsch gelernt werden muss!“)

Aber ich halte es für absolut problematisch (Abg. Wiedner: „Dass das problematisch ist, ist Ihr Problem!“), da mit mengenmäßigen Vorgaben zu agieren und zu sagen, es muss ein Drittel in jedem Klassenzimmer sein. Das ist eine Zwangsvorgabe, die ich nicht nachvollziehen kann.

Ein weiterer Punkt noch, es ist sehr typisch, im letzten Landtag waren die Grünen nämlich die einzige Fraktion, die bereits im Jahr 1996 Anfragen zum Bereich Informations- und Telekommunikationsanliegen an den Landesrat Paierl gestellt haben und einfach deswegen, weil wir den Bereich neue Medien, Medienkompetenz und Informationstechnologien sehr wichtig finden. Aber wir glauben, das ist ein Themenbereich, den man aus mehrerlei Gründen sehr seriös bearbeiten muss.

Dritter Punkt, ich finde es sehr positiv und da bin ich froh, dass es einen Herrn Sallmutter in Österreich gibt und dass der auch in der Position ist, von der ihn die ÖVP und die Freiheitlichen bekanntlich weghaben wollen, dass es inzwischen von Seiten der GPA, der Gewerkschaft der Privatangestellten, ein Verhandlungsergebnis mit der Wirtschaftskammer gibt, wo ein Kollektivvertrag für Leute, die im IT-Bereich arbeiten, endlich auf die Reihe gebracht wurde. Der gilt seit 1. Jänner 2001. Sie wissen, im informationstechnologischen Bereich gibt es eine sehr hohe Selbstausbeute von Leuten, es gibt etwa bei der Telearbeit größte Schwierigkeiten, gerade auch für Frauen, zwischen der Tätigkeit für die Firma und dem, was man einfach privat, im Haus, im Haushalt machen muss, zu unterscheiden. Das geht eigentlich immer zuungunsten der Arbeitnehmerinnen aus.

Ein vierter Punkt, den ich noch einbringen möchte: Ich glaube, dass es innerhalb von Leuten, die längere Zeit in diesem Bereich arbeiten, auch das Gefühl gibt, dass sie teilweise gnadenlos flexibel sein müssen und sich in einer Form an neue Anforderungen anpassen müssen, dass das teilweise sehr, sehr gegen ihre Arbeitsqualität geht. Auch wenn sie hoch motiviert sind und teilweise in Österreich auch gut ausgebildet sind.

Es gibt innerhalb der GPA deswegen einen neuen Wirtschaftsbereich Kommunikation. Und wie gesagt, der Herr Sallmutter kritisiert sehr wohl, dass es Ausbildungsdefizite im schulischen Bereich gibt und – diesen Aspekt finde ich sehr interessant – dass es natürlich auch Qualifikationsdefizite innerhalb der Unternehmen gibt, weil Unternehmen sehr oft nicht hergehen und für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im IT-Bereich zum Beispiel eine Bildungsfreistellung zulassen, ihnen also die Möglichkeit geben, sich in der Dienstzeit zu qualifizieren und das nicht nur am Abend und am Wochenende, komplett ehrenamtlich und zu Hause zu machen.

Da möchte ich auch noch dazusagen, dass das etwas ist, was bei größeren Unternehmen teilweise auch nicht zufrieden stellend läuft und dass man da älteren IT-Arbeitnehmern und -Arbeitnehmerinnen und Frauen bestimmte Qualifikationen einfach zukommen lässt. Deswegen glaube ich, dass man da im Bereich der Weiterbildung und der Qualifikation jedenfalls auch schauen müsste, dass ältere Leute, die vielleicht sonst nicht mehr so „marktfähig“ sind und dass Frauen da einfach auch Chancengleichheit in der Qualifikation haben.

Das waren die Punkte, die ich einbringen möchte. Leider Gottes ist von den Freiheitlichen diese Frage IT-Qualifikation eine Zeit lang wild vermischt worden mit einer ausländer-/ausländerinnenfeindlichen Debatte, wo man sich dagegen ausgesprochen hat, dass man mit einer so genannten Green-Card, Vorschlag Landesrat Paierl, für einen bestimmten Zeitraum ausländische Experten und Expertinnen nach Österreich holt. Das ist eine inhaltliche Vermischung, die ich für absolut problematisch gehalten habe.

Um jetzt auf das Abstimmungsverhalten der Grünen einzugehen. Dem ursprünglichen Antrag der Freiheitlichen werden wir nicht zustimmen, weil ich strikt dagegen bin, dass der Landtag einzelnen Schulstandorten, AHS-Standorten in der Steiermark beinharte Vorschriften macht, was und wie viel dort unterrichtet wird. Und diese Drittelvorgabe ist für mich eine klare Grenzüberschreitung in Richtung pädagogische Autonomie und Schulautonomie, Punkt eins.

Der zweite Punkt, wo wir aber mitgehen werden, das ist der Antrag von der SPÖ zu diesem Themenbereich (Abg. Wiedner: „Das habe ich mir gedacht!“), weil wir es einfach für wichtig finden, dass man sehr wohl vom Bund her einfordert, dass der Bereich Informationstechnologien und neue Medien in den Schulen besser verankert wird.

Ich möchte jetzt noch einen kleinen Schwenk zum Bereich Kulturpolitik hin machen. Es gibt in Wien ein Institut, das international sehr erfolgreich arbeitet, das heißt Public Netbase, ein Institut, vor einigen Jahren gegründet, das im Bereich neue Medien und Kulturtechnologien hohe Qualität anbietet. Und genau dieses Institut ist vom Kunst- und Kulturstaatssekretär Morak massiv finanziell beschnitten worden, und zwar deswegen, weil dieses Institut bis zu einem gewissen Grad auch oppositionell sich gegen Teile der Bundesregierung ausgesprochen hat.

Ich halte das für ein Riesenproblem, wenn man inhaltlich auf dieser Ebene interveniert und genau den Leuten, die in diesem Bereich aktiv sind und die kreativ sind beziehungsweise auch einfach andere Haltungen in die Kunst und in die Wissenschaft und in die Kommunikation einbringen, einfach das Geld abgräbt.

Zum freiheitlichen Antrag bezüglich Rottenmann, dem werden wir zustimmen – Außenstelle des Forschungszentrums Joanneum in Rottenmann –, weil wir einfach auch eine Regionalisierung von Forschung und von Wissenschaft für wichtig halten.

Aber, wie gesagt, der ursprünglich von Ihnen eingebrachten Antrag, das ist für mich eine Überregelung und da werden wir sicher nicht mitgehen. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 13.29 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Böhmer. Ich erteile es ihm.

Abg. Böhmer (13.29 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, werte Zuseher!

Zum Tagesordnungspunkt 5, dem Steiermärkischen Landeslehrer-Dienstrechts-Ausführungsgesetz 1998 und dessen Änderung, Frau Kollegin Beutl, eine kleine Fußnote hätte ich gerne angebracht und vielleicht könnten wir hier einmal eine gemeinsame Korrektur durchführen.

Sie haben von verpflichtenden Fortbildungskursen gesprochen und Sie haben dabei wahrscheinlich an die Schulmanagementkurse gedacht. Ich habe auch einen derartigen besucht. Ich möchte Sie aber hier in unserem Landtag ersuchen, dass wirklich allen Lehrerinnen und Lehrern, egal welcher Couleur – ich betone das –, dass diesen Leuten die Möglichkeit gegeben wird, einen derartigen Schulmanagementkurs zu besuchen. Es kann

nicht sein, dass eine Vorselektion, sage ich so, im Vorfeld einige Jahre, bevor es zu Schulausschreibungen kommt, stattfindet. (Abg. Beutl: „Das ist eine Frage der Finanzierung vielfach!“) Das ist keine Frage der Finanzierung. Das ist auch eine Frage der Sympathie und des Parteibuches. (Abg. Beutl: „Das ist eine Unterstellung!“) Das ist keine Unterstellung. Ich kann Ihnen einen Beweis antreten.

Das Zweite, Frau Kollegin, ist, im Entwurf des Gesetzes steht „vom Schulleiter nach Anhörung der Schulkonferenz“. Sie wissen ganz genau und Sie haben ja auch Kompetenz in Bezirken und auch höheren Landes. Ich würde wirklich dem „nach“ die Bedeutung beimessen. Also „nach“ Anhörung, und nicht, dass der Schulleiter zuerst bestimmt und dann das Lehrerkollegium nur informiert wird.

Den dritten Wunsch hätte ich schon im Sinne aller Lehrer und im Sinne der Autonomie, dass diese Personen, die mit der Leitung höchstens für zwei Monate oder kürzer betraut werden oder die diese provisorische Leitung annehmen, dass diese nicht irgendeinen Bonus mit sich tragen, wenn es um ein Assessment Center für zukünftige Leiterführungen geht. Auch das höre ich mancherorts, zumal ich schon seit 1985 bei Hearings und jetzt bei den Assessments dabei bin. Ansonsten kann ich diesem nur zustimmen.

Ich komme zum zweiten Punkt, der Leiterbestellung in Pflichtschulen. Ich habe mir hier diese, sage ich, Geschichte von bewährten Vertragslehrern sehr gut angeschaut. Ich habe mir auch die Ursachen angeschaut, warum es immer weniger Lehrerinnen und Lehrer gibt, die nicht sehr erpicht sind Leiter oder Leiterin zu werden. Die Ursachen liegen ganz einfach darin – und Sie haben vieles gesagt und ich möchte einiges noch hinzufügen –, dass es noch immer zwischen der APS, der allgemeinen Pflichtschule, und den AHS und BHS gerade für einen Leiter große und gravierende Differenzen gibt. Ich erinnere an ein Schreiben von Präsident Lattinger, der voriges Jahr, etwa im März, an alle Gemeinden ein Schreiben gesandt hat. Dabei schlug er vor, eine Kanzleikraft für die Hauptschulen je nach Anzahl der Klassen den Direktorinnen/Direktoren zur Verfügung zu stellen, damit die Pflichtschulleiter gerade an Hauptschulen, aber auch an sehr großen Volksschulen unterstützt werden. Ich vergleiche nur, meine Hauptschule hat 18 Klassen, die daneben liegende AHS hat 23 Klassen. Mein Leiter ist allein, die AHS-Unterstufe hat zwei Sekretärinnen und einen Administrator. Dass unser Leiter oder dass derartige Leiter, wie es im LDG steht, für pädagogische Maßnahmen wenig oder fast keine Zeit haben, steht wohl hier nicht außer Frage.

Sie haben dann auch von der Pragmatisierung gesprochen. Wir sind im Hauptschulbereich gar nicht so schlecht – ich glaube 82 Prozent bestellt, was die Pragmatisierung betrifft. Ich sage, noch immer zu wenig, denn damit eine Schullandschaft funktionieren kann, damit Lehrer wirklich in einem Raum arbeiten können, mit dem wertvollsten Gut, eben mit den Kindern zu arbeiten, brauchen sie einen großen Schutz. Ich sehe die Pragmatisierung als Schutz. Ich sehe die Pragmatisierung, auch für mich und viele Lehrer sehen es auch als Verpflichtung, mehr zu tun. Nur, irgendwann geht uns die Luft aus. Daher würde ich aber trotzdem sagen, schauen wir, dass wir nicht 82, sondern 90 und 100 Prozent unserer Pflichtschullehrerinnen und -lehrer eben bald, in den nächsten Jahren einer Pragmatisierung zuführen können. (Abg. Beutl: „Da brauchen wir aber mehr Schüler dazu!“)

Zu den Schülerzahlen. Diese Zahl, Frau Kollegin, bitte einmal nur vielleicht für Sie bezirksbezogen oder für Sie standortbezogen zu nehmen, für den Bezirk Hartberg kann ich das nicht in Anspruch nehmen. Das heißt, wir haben nur sehr kleine Schülerrückgänge. Im Großen und Ganzen wird im Bezirk Hartberg – (Abg. Dr. Lopatka: „Weil der Riebenbauer vier Kinder hat, der Pöttl hat vier und ich habe drei!“)

Da ist das erste Mal, Herr Klubobmann, wo ich dir zustimme. Es kann auch ein Klubobmann etwas Nützliches tun. (Landesrat Schützenhöfer: „Was haben Sie gegen den Schrittwieser?“) Nein, nein, er versteht es schon.

Was den Punkt 7 anlangt, und zwar die höheren Schulen ein Drittel zu Informationstechnologieklassen auszustatten oder diese überhaupt mit einem kleinen Schwerpunkt der Informationstechnologie zu versehen, so kann ich mich sehr wohl dem Antrag oder den Ausführungen von der Kollegin Zitz anschließen. Ich kann sagen, hier wird schon Schindluder getrieben, Schindluder unter dem Namen verdecktes, verstecktes Schulgeld. Ich erwähne die HTL Kaindorf, wo auch in eine Schulklasse jemand gehen kann, der ungefähr 30.000 bis 32.000 Schilling für einen Laptop berappen kann. Und ich nenne das BORG Birkfeld, wo auch ein Kind oder dessen Eltern 35.000 Schilling berappen müssen, um in diese Klasse zu gehen. Ich weiß nicht, ob der Abgeordnete Riebenbauer oder andere dafür wären, wenn wir so etwas in Hartberg einführen würden, für deine Kinder je Kind 35.000 Schilling für einen Laptop.

Ich glaube, das sind Fehlentwicklungen in unserer Schullandschaft und diesen Fehlentwicklungen ist ein Ende zu setzen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 13.36 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich komme nun zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 307/1, Beilage Nr. 24, Tagesordnungspunkt 5 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 250/1, Tagesordnungspunkt 6 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend die Leiterbestellung in den Pflichtschulen zum Tagesordnungspunkt 6 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 295/1, Tagesordnungspunkt 7 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Führung von IT-Klassen an AHS ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ betreffend IT-Klassen in der Steiermark zum Tagesordnungspunkt 7 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nunmehr zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 248/1, der Abgeordneten Mag. Drexler, Mag. Koller, Gödl, Halper und Graf, betreffend Nachtbusssystem für Jugendliche.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Christopher Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (13.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich berichte Ihnen über den Antrag mit der Einl.-Zahl 248/1 der Abgeordneten Mag. Drexler, Mag. Koller, Gödl, Halper und Graf, betreffend Nachtbusssystem für Jugendliche.

Das Problem ist das, dass insbesondere am Wochenende die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs nicht den Lebensgewohnheiten junger Menschen angepasst ist und es daher zu sehr vielen Unfällen, Verkehrstoten und dergleichen mehr kommt.

Daher wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Zusammenwirken mit den steirischen Gemeinden, dem Verkehrsverbund und den Lokalbetreibern vor allem in den steirischen Ballungszentren ein Nachtbusssystem für steirische Jugendliche zu initiieren, das Jugendlichen ermöglicht, ohne Benützung eigener Verkehrsmittel mittels Nachtbussen freitags und samstags und zusätzlich an Vorabenden zu Feiertagen von ihren Treffpunkten in den Zentren nach Hause gebracht zu werden. Ich bitte um Annahme. (13.40 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Erster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Berichterstatter Abg. Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (13.40 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wie bereits berichtet, das Thema ist so weit klar. Es sind ziemlich erschreckende Zahlen, die wir aus den Statistiken entnehmen, was Unfälle von Jugendlichen, insbesondere an Wochenenden und vor Feiertagen, betrifft. Während es im Jahre 1996 auf steirischen Straßen 1651 Jugendliche zwischen 18 und 24 Jahren waren, die bei einem Verkehrsunfall verunglückt sind, davon wurden 31 getötet, waren es im Jahre 2000 bereits 1864 und glücklicherweise zwar nur 22 Getötete, aber wahrscheinlich oder nicht wahrscheinlich, sondern sicherlich ist da hier wohl jeder einer zu viel. Jedenfalls hat es eine Steigerung von 212 Verunglückten oder eine prozentuelle Erhöhung von 11,4 Prozent gegeben. Ich glaube, dass diese Zahlen, wenn man es mit Jugendpolitik ernst nimmt und wenn man dafür sorgen will, dass die Verkehrssicherheit erhöht wird, vor allem aber auch dass junge Menschen in allen Teilen unseres Landes auch ihren Lebensbedürfnissen so nachkommen können – und dazu gehört nun einmal auch am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, insbesondere auch an Wochenenden am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Ich glaube daher, dass uns diese dramatischen Zahlen jedenfalls dazu veranlassen sollten, ein System zu entwickeln, das hier Abhilfe schafft.

Es ist daher sehr erfreulich, dass der neue Jugendlandesrat Hermann Schützenhöfer bereits in den ersten Wochen und Monaten seiner Amtszeit sich dieses Themas angenommen hat. Ich glaube, wir begleiten ihn beim Weg der Umsetzung einer Nachtbusförderung alle hier sehr gerne. Es soll ein System geschaffen werden, das eine Kooperation schafft zwischen einerseits Verkehrsverbund, den Gemeinden, den betroffenen Lokalbetreibern und Veranstaltern und eben nicht zuletzt auch dem Land Steiermark. Das heißt, es sollen jene regionalen Initiativen vom Land in Hinkunft gefördert werden, die aus so einem Netzwerk sozusagen entstehen. Und hier soll es jetzt eine Förderung unseres Erachtens vom Land geben, die zwischen 10 und 20 Prozent der Gesamtkosten des jeweiligen Projekts betragen soll.

Es gibt ein sehr positives Beispiel im Bezirk Liezen, wo ein solches System bereits eingeführt worden ist, ohne Förderung vom Land sage ich gleich dazu – doppelt bemerkenswert – und wo man dort auch messbar gesehen hat, dass die Unfallzahlen und die Verunglückten zurückgegangen sind. Allein das ist, glaube ich, Beweis genug dafür, dass wir nun darangehen sollten, flächendeckend im ganzen Land in allen Regionen die Möglichkeit zu schaffen, hier solche Nachtbusssysteme zu etablieren. Und genau weil wir nicht ein zentral verordnetes

System in dem Zusammenhang vorschlagen wollen, sondern weil es auch genau darum gehen soll, den regionalen spezifischen Unterschiedlichkeiten entgegenkommende Varianten zu machen, gerade daher soll meines Erachtens eben auch nicht ein Einzelsystem vorgeschrieben werden, sondern es sollen die regionalen Initiativen, wo sich unterschiedlich Betroffene und Akteure zusammenfinden, vom Land gefördert werden.

Ich glaube aber schon, dass das gewissen Kriterien entsprechen sollte. Wir müssen, wenn wir das als ein Projekt für die Jugend sehen, natürlich das auf Jugendliche beschränken, das ist klar, was zumindest sozusagen die gestützten Tarife betrifft. Ich hoffe, obwohl sich das wahrscheinlich ungefähr an 30 Jahren orientieren soll, dass ich im Zweifel, sollte ich irgendwann von Krieglach nach Mürzzuschlag fahren wollen oder sonst wohin, in der Nacht am Freitag dann auch in diesen Bus einsteigen dürfte, aber vielleicht halt einen höheren Preis zahle. Sei es wie es sei, jedenfalls soll so ein Nachtbusssystem, wenn es gefördert wird, freitags und samstags sowie an Tagen vor Feiertagen auch tatsächlich funktionieren. Es gehört eine ordentliche Streckenführung, sinnvoll durchdacht, wo sind eben die Zentren in den einzelnen Regionen, die man erreichen sollte. Ich habe schon gesagt, dass wir uns jedenfalls vorstellen, dass die Gemeinden freiwillig klarerweise, um sie nicht zwangsmäßig zusätzlich zu belasten, hier dabei sein sollten, dass der Verkehrsverbund dabei sein sollte und dass auch die Lokalbetreiber und die Veranstalter nicht aus der Pflicht genommen werden sollten. Nicht zuletzt glaube ich, dass das Ausmaß der Förderung des Landes sozusagen 10 bis 20 Prozent ausmachen sollte.

Ein derartiges Netz von Nachtbussen, wenn es dereinst flächendeckend verwirklicht wäre, wäre ein wirklicher Beitrag zur Verkehrssicherheit und wäre auch ein wichtiger Beitrag für alle, egal, wo sie zufällig oder nicht zufällig wohnen, sozusagen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können, ohne sich selbst Risiken auszusetzen. Es geht damit auch um eine Stärkung des kulturellen Lebens gerade in Regionen etwa außerhalb von Graz. Denn keine kulturelle Veranstaltung, keine gesellschaftliche Veranstaltung wäre wünschenswert, wo die Besucher nicht hinkommen können und daher gilt es eben auch, hier entsprechend vorzusorgen.

Die Sicherheit und nicht zuletzt auch ein besserer Schlaf für die betroffenen Elternteile ist, glaube ich, ein entsprechend eindringliches Argument, hier jetzt diesem Nachtbusssystem näherzutreten. Ich freue mich auch besonders, dass wir im Grunde genommen schon bevor wir, wie ich hoffe, heute ziemlich einstimmig, einhellig oder wie immer, diesem Antrag die Zustimmung geben, schon etwas bewirkt haben. Es ist nämlich, seitdem es die Signale gibt, vom Jugendlandesrat ausgesandt, dass eine solche Förderung in Angriff genommen wird, gibt es bereits neue regionale Initiativen, die sich mit der konkreten Umsetzung solcher Systeme beschäftigen. Etwa im Bezirk Leibnitz, wie mir die Frau Kollegin Koller erst heute wieder bestätigt hat, ist das schon auf sehr guter Schiene, sozusagen als Pilotprojekt.

Es gibt Gespräche im Bezirk Feldbach, es gibt Gespräche im Bezirk Murau, wo bereits solche Initiativen im Entstehen sind. Ich glaube, damit haben wir jetzt schon etwas im Interesse der Verkehrssicherheit und insbesondere im Interesse der Jugend in der Steiermark erreicht.

Es ist damit überflüssig zu sagen, dass ich Sie um Zustimmung zu diesem Antrag bitte. Ich darf aber noch ganz kurz auf einen dazu eingebrachten Entschließungsantrag der Grünen eingehen, der sich mit der Finanzierung der ganzen Geschichte beschäftigt. Natürlich ist es so, dass jeder Weitere, der hier teilnimmt an der Finanzierung dieser Systeme, gerne gesehen ist. Wenn der Verkehrsreferent sich entschließen kann, da auch mitzutun oder das im Rahmen der Regierung irgendwie vereinbart wird, sind wir gerne dafür, das ist ja gar keine Frage. Aber es ist uns auch das Anliegen zu wichtig, als dass wir jetzt auf die bloße Herumschieberei besonders eingehen wollen, wer das jetzt im Endeffekt zahlt.

Wir werden dem Entschließungsantrag nicht zustimmen, aber es hat selbstverständlich auch bei uns darüber Gespräche gegeben. Ich glaube, dass der Jugendreferent sicher nichts dagegen haben wird, wenn er in den nächsten Tagen und Wochen mit dem Verkehrsreferenten allenfalls Gespräche führt, damit das, was der Geist hinter dem Entschließungsantrag der Grünen ist, dann vielleicht doch sozusagen auch in Zukunft noch in die Realität umgesetzt wird.

Ich glaube aber, dass das Thema der Einführung einer solchen Förderung für Nachtbusse so wichtig ist, dass wir uns nicht bei der Kleinigkeit, wo das jetzt im Detail oder sonst irgendwie gerade innerhalb der Landesregierung geregelt wird, aufhalten sollen.

Daher bitte ich auch in dem Zusammenhang um Verständnis und darf abschließend noch einmal einladen, einen Beitrag zur Verkehrssicherheit, einen Beitrag zum sicheren Wegkommen und Heimkommen zu leisten und daher diesem Antrag heute die Zustimmung zu geben. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.50 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Halper. Ich erteile es ihr.

Abg. Halper (13.50 Uhr): Werter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, Hohes Haus!

Was soll ich sagen? Ich bin hoch erfreut, dass wir der Realisierung eines steiermarkweiten Jugendnachtbusses irgendwie entgegen treten. Nicht nur dadurch, dass ich mich erinnern kann, dass Sie, Herr Landesrat Schützenhöfer, ja am Anfang dieser Periode alle Jugendsprecher und -sprecherinnen der Fraktionen in Ihr Büro geladen haben. Sie werden sich sicher noch daran erinnern, dass ich Sie damals darauf angesprochen habe, na, wie schaut es denn eigentlich mit dem Jugendnachtbus aus? (Landesrat Schützenhöfer: „Ich bestätige das!“)

Damals war schon die Antwort in die Richtung, wir prüfen gerade, wir schauen. Und darum muss ich ehrlich sagen, ja, ich freue mich, dass er kommt. Wo ich mich nicht so gescheit freue, ist eigentlich die Tatsache, dass ich das aus der Zeitung erfahren habe müssen. Ich denke mir, es ist einfach eine Anstandsfrage, dass man hergeht und sagt: „Sie, Frau Kollegin, er kommt, ich mache ihn.“ Das hätte ich mir noch zusätzlich gewünscht.

Aber gut, wichtig ist, dass er kommt und vor allem wichtig ist für mich auch, es kommt das Liezener Modell. Das Liezener Modell wurde wirklich unter Mitarbeit von Leuten aus der Jungen Generation in der SPÖ Steiermark gemacht. Wir haben dieses Projekt vor Jahren geplant, unter anderem, sie waren drinnen. Es haben sich aber auch die sozialdemokratischen Gemeindevertreter und -vertreterinnen dafür eingesetzt, sonst wäre dieses Liezener Modell nicht gekommen. (Abg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Alle Gemeinden respektieren das Liezener Modell!“)

Noch ein Grund für mich, um froh und glücklich zu sein, dass wir diesen Jugendnachtbus bekommen werden. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Herr Kollege Tasch, sind Sie am Wort oder ich? (Abg. Tasch: „Ich!“) Ach so, ich habe mir gedacht, ich stehe draußen. Wenn Sie etwas sagen wollen, bitte herausgehen.

Das Einzige, was für mich fraglich ist, ist bei dieser Geschichte, wie wird man es eigentlich schaffen, die Jugendlichen davon zu überzeugen, dass sie auch wirklich in diesen Nachtbus einsteigen? Jetzt denke ich mir, man hat irgendwo das Problem, mit 18 kriege ich meinen Führerschein, das ist cool, ich kann in mein Auto, und auf einmal soll ich in den Nachtbus einsteigen. Ich weiß, wie es meinen Leuten von der JG gegangen ist in Liezen oben, diese Überzeugungsarbeit zu leisten. Ich denke mir, da wird einiges noch dahinter stecken, dass die Jugendlichen das auch wirklich annehmen werden.

Dass es um Sicherheit geht, das ist klar, das war von Anfang an klar. Deshalb wollten wir auch dieses Thema haben und auch diesen Jugendnachtbus.

Mit dem Antrag der Grünen können wir auf jeden Fall mitgehen. Ich denke mir, es wäre ganz gut, auch im Jugendbereich einiges im Budget einzusparen, weil eines wird sicherlich noch kommen, nämlich weitere gute Ideen von meinen Organisationen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.53 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Graf. Ich erteile es ihr.

Abg. Graf (13.53 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Herren Landesräte!

Auch ich finde das System mit der Kooperation zwischen allen Betroffenen wirklich gut und ich hoffe auch, dass wirklich alle Bezirke dementsprechend berücksichtigt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mit Bedauern und mit Schrecken gelesen, wie viele Unfälle und Tote es gab – 96.651 Verletzte, davon 31 Tote. Von September 1998 bis September 1999 waren 14 steirische Jugendliche tot, 164 schwer verletzt, 36 unbekanntes Grades, 800 leicht verletzt. Und auch 2000 war die Bilanz sehr erschreckend. 22 Tote und viele, viele Schwerverletzte und Leichtverletzte.

Alkohol und Autofahren, das ist wirklich eine oder kann eine tödliche Kombination sein. Jedenfalls spielt er immer eine wesentliche Rolle, wenn es zu Unfällen kommt. Und schlimm genug, dass es in manchen Fällen so kommt. Ich habe auch heute in der Zeitung lesen müssen: „Alkohol ist und bleibt die Droge Nummer eins!“ (Beifall bei der FPÖ und den Grünen.)

Auch ein Professor beim internationalen Suchtkongress in Baden hat einen Schwerpunkt gesetzt und das Thema „Jugend und Sucht sowie die verbundenen Risiken“ zum Thema gemacht.

Was ich aber noch mehr bedauere ist, dass bereits 1998 im Jugendlandtag dieses Nachtbusssystem gefordert wurde und es seither Anträge, Berichte und Vorlagen gab, aber leider noch nichts passiert ist. Deshalb ist es mir wichtig, dass es heute bei diesem gemeinsamen Antrag abzulesen ist, dass es uns allen wirklich sehr, sehr wichtig ist und hier hoffentlich rasch etwas passieren wird, denn wo wir die Möglichkeit haben, etwas zu tun, sollten wir das auch tun und nicht zögerlich. (Beifall bei der FPÖ und den Grünen. – 13.55 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (13.55 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Herren Landesräte, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren Gäste!

Ich war jetzt ganz irritiert, weil der Herr Kollege Majcen was wirklich Tolles zu mir gesagt hat, das kommt nicht so oft vor.

Und zwar hat er gesagt: „Frau Zitz, Sie sind wahrscheinlich für eine Nachtseisenbahn!“ Und das hat mich nahezu gerührt. Punkt eins.

Zweitens möchte ich der SPÖ, der Kollegin Halper und ihrer Organisation, für diese Initiative „Nachtbus-system für Jugendliche“ danken, auch wenn sie von der ÖVP jetzt umgesetzt wird.

Wir haben aber einen Antrag eingebracht, weil wir die Initiative toll finden, aber nicht verstehen, warum man aus den Jugendgeldern, speziell aus dem Bereich „Strukturförderung in Jugendarbeit“, eine dringend notwendige verkehrspolitische Maßnahme finanzieren soll.

Herr Landesrat, wenn ich mir das Geld anschau, das Sie in Ihrem Ressort haben und das der Landeshauptfraustellvertreter Schögggl in seinem Ressort hat, dann wünsche ich mir eine kleine Umverteilung. Dieses Nachtbusssystem für Jugendliche wäre eine tolle Möglichkeit, diese Umverteilung da so zu machen, dass man das Geld

dafür aus dem Verkehrsressort hernimmt. Und was die Bedeckung betrifft, denke ich mir, wäre es ein Angebot an die Gemeinden, die Gemeinden mit Bedarfszuweisungen zu unterstützen, die im Nachtbusssystem bereit sind in ihrer Region zu investieren.

Ich möchte deswegen den Antrag einbringen: Finanzierung des Nachtbusystems für Jugendliche.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das geplante Nachtbusssystem für Jugendliche aus Mitteln des Verkehrsressorts zu fördern. Das wäre, wie schon gesagt, erstens die Umsetzung von einer jugend- und umweltpolitisch wichtigen Initiative und zweitens wäre es die Entlastung des Jugendbudgets, das ohnehin sehr gering dotiert ist. Ich denke, es wird in dieser Periode viele gute Anliegen und Ansuchen von Jugendaktivisten und -aktivistinnen aus der ganzen Steiermark geben, die leider Gottes nicht bedeckt und umgesetzt werden. Mit Annahme dieses Antrages, Kollegen und Kolleginnen von der ÖVP und von den Freiheitlichen, würden Sie einen Beitrag auf mehr Budgettransparenz leisten. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 13.58 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile es ihm.

Abg. Schleich (13.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Einführung des Nachtbusses finde ich als eine hervorragende Idee. Ich darf mich für die Umsetzung auch auf das Allerherzlichste bedanken. Als ich mir die Vorredner angehört habe, habe ich mir gedacht, jetzt musst wirklich rausgehen und musst auch etwas dazu sagen, und zwar aus einem Grund, dass ich mich einmal bei allen Sozialdemokraten herzlichst bedanken möchte, die dies in Bewegung gebracht haben, in Liezen schon vor ein paar Jahren. Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei Kollegin Halper, die sich damit sehr beschäftigt hat. Das Zweite ist, dass unser Bezirk, der Bezirk Feldbach, ein bisschen bestraft wird von Studienzenen Richtung Laßnitzhöhe von der Organisation „Mostwärts“. Wenn man weiß, wie die gekämpft haben, um die Finanzierung zusammenzubringen, dann glaube ich, gehört das von dieser Stelle aus gesagt und denen allen herzlichst gedankt. Wenn Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, jetzt dann die Umsetzung, diese Verwirklichung vornehmen, so meine ich, dass die diese Hilfe wirklich brauchen werden. Die haben damals miterleben müssen mit allen Gemeinden, mit Veranstaltungen, Abendveranstaltungen, wozu sie die ganze Bevölkerung eingeladen haben, die ganze Jugend eingeladen haben und natürlich die Bürgermeister und Gemeindevertreter, dass bis heute keine Zuzahlung der Gemeinden möglich war. Trotzdem gibt es dieses System und es ist sehr wohl EU-gefördert beziehungsweise wird auch von Bund und Land gefördert, denn sonst wäre es nicht möglich gewesen. Die Gemeinden, wo wirklich die Basis ist, wo die Jugend kulturelle Veranstaltungen besucht und natürlich von der gefährlichen Verkehrssituation weg müssen, weil wir erleben ja ständig, was alles passiert, hier diese positive Einrichtung einführen zu können. Ich appelliere wirklich, vor allem an die ÖVP, mit ihren Bürgermeistern zu reden, damit es bei der Umsetzung dann keine Probleme gibt, auch wenn es eine Lehrzeit von ein paar Jahren gedauert hat, dass es in Zukunft möglich ist. Herzlichen Dank! (Beifall bei der SPÖ. – 14.00 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Schützenhöfer. Ich erteile es ihm.

Landesrat Schützenhöfer (14.01 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Sicherheit junger Menschen wird mir ganz besonders am Herzen liegen. Ich glaube, dass die Einführung dieses Nachtbusystems sehr wichtig ist und ich bestätige, dass Liezen durchaus Vorbildcharakter hatte, denn gute Ideen soll man verwirklichen und nicht schauen, wer der Erste war. Sie gehören jedenfalls dazu, Frau Abgeordnete Halper. Die Junge ÖVP hat das vor Jahren gefordert, das liste ich aber nicht auf. Wichtig ist, dass gute Ideen, und ich glaube, das ist eine gute Idee, durchgeführt werden können. Das versuchen wir jetzt. Wenn ich mir den Unfallbericht des Vorjahres anschau, es ist auch schon gesagt worden, dass im Jahr 2000 1864 Jugendliche auf steirischen Straßen verunglückt sind, dass das seit 1996 eine Steigerung von 11,5 Prozent ist und wenn ich sehe, dass im Bereich Liezen, wo es dieses System schon gibt, die Unfallzahlen erheblich zurückgegangen sind, dann glaube ich, ist das allein Grund genug, ein solches System allen Bezirken in der Form anzubieten und das, Herr Abgeordneter Schleich, hat uns im Projekt „Mostwärts“ gehindert es mitzutragen, dass die Gemeinden und dass der Verkehrsverbund mitmachen. Wir können Impulsgeber sein. Wir können auf ein paar Jahre, so hoffe ich, ein bisschen etwas dazu beitragen. Wir können aber nicht die Hauptlast tragen. Das habe ich von vornherein gesagt, indem ich festgestellt habe, mindestens 10 Prozent eines gemeinsam erarbeiteten Projektes, im Höchstfall 20 Prozent.

Einen Satz, den auch mehrere hier in unterschiedlicher Ausprägung gesagt haben, möchte ich dennoch auch meinerseits noch einmal wiederholen: Wir dürfen nicht wegschauen. Es ist das Alkoholproblem unter jungen Menschen ein sehr wesentliches Problem. Ich habe gerade vor wenigen Tagen bei einem Bezirksbesuch in der Obersteiermark, im Ennstal, eine Diskussion mit einer Runde junger Leute gehabt und alle, die sich dort zu Wort gemeldet haben, haben davon berichtet, dass es dieses Problem in den Schulen, dass es dieses Problem erst recht in der Freizeit bei diversen Veranstaltungen gibt. Ich hoffe, dass sich dieser Einwand, den es bei Bürgermeistern und Mandataren auch gegeben hat, nämlich der einzige Einwand beim Nachtbusssystem, dass man damit erst recht den Alkoholkonsum fördert, weil man jetzt in der Nacht sozusagen eine Möglichkeit hat, nicht nur auflöst, sondern dass wir a) zur Sicherheit beitragen und b) möchte ich auch von dieser Stelle es noch

einmal sagen, dass wir alles tun, was sonst zu tun ist und das ist eine Menge, mit den jungen Menschen zu reden, dass Alkohol natürlich für zu viele eine Droge, von der man abhängig geworden ist, darstellt und dagegen gilt es natürlich mit den anderen Projekten, die wir vorhaben, zu arbeiten. Noch einmal sage ich, ich freue mich, dass parteienübergreifend dieses Nachtbusssystem nunmehr angeboten wird. Ich hoffe, dass viele, insbesondere viele Bürgermeister, dabei sein werden. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 14.05 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren!

Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nunmehr zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 248/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Finanzierung des Nachtbusystems für Jugendliche, zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

24. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Wohnbau, Einl.-Zahl 333/1, Beilage Nr. 25, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert wird (Wohnbauförderungsgesetznovelle 2001).

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (14.06 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Über die vorliegende Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 290/1, Wohnbauförderungsgesetznovelle 2001, hat am 7. Mai 2001 eine Unterausschussverhandlung stattgefunden. Dabei wurden eine Reihe von Änderungen zur Regierungsvorlage beschlossen. Der Ausschuss für Wohnbau stellt daher den Antrag, die vorliegende Regierungsvorlage mit den beschlossenen Änderungen, die Ihnen vorliegen, anzunehmen. (14.07 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (14.07 Uhr): Herr Präsident, meine Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben schon in der heutigen Ausschusssitzung dargestellt, dass wir den meisten der Punkte, nämlich acht von 14, ursprünglich waren zehn Punkte Gegenstand der Regierungsvorlage, zustimmen können, aber insbesondere jenen Punkten mit Skepsis gegenüberstehen, die in den Antrag der Kollegen von der ÖVP und von der FPÖ in der letzten Ausschusssitzung ergänzend und zusätzlich eingebracht worden waren und diesen Punkten daher nicht zustimmen können. Ich werde das auch begründen.

Zuerst einmal die Darstellung, warum wir den einzelnen Punkten aus inhaltlichen, wie wir glauben, sachlichen Überlegungen nicht beitreten können und dann werde ich mir gestatten, ergänzende Vorschläge zu machen, die wir im Ausschuss und Unterausschuss kurz angedeutet haben, von denen wir glauben – ich sage, von denen wir jedenfalls überzeugt sind –, dass es Verbesserungen in der Sache wären, die noch dazu für das Landesbudget nicht wirksam werden.

Ich beginne mit den einzelnen Punkten der Vorlage. Im Punkt eins – und das ist schon der erste Punkte gewesen, der als Zusatzantrag nachträglich eingebracht worden war – die Bemühung, das neue Kinderbetreuungsgeld des Bundes auch schon hier in der steirischen Wohnbauförderungsgesetzgebung festzumachen, wobei wir folgendes Problem geortet haben. Das Kinderbetreuungsgeld des Bundes ist noch nicht in einem derzeit wirksamen, derzeit gültigen Bundesgesetz klargestellt, dargestellt und inhaltlich eindeutig außer Streit. Es gibt noch immer die Frage, wie es einkommensteuerlich behandelt wird. Und es gibt vor allem für uns den markanten Unterschied, während bisher Karenzgeld, aber auch Wochengeld und Arbeitslosenversicherung sehr wohl Einkommensbestandteile waren und damit für die Bezieher relevant bei der Berechnung zum Beispiel der Wohnbeihilfe, ist die neue Formulierung „Kinderbetreuungsgeld“ in einem Paragraphen erwähnt, der als Ausnahme gelten soll. Damit gäbe es jetzt die rechtliche Parallelität von zwei praktisch gleichen Zuwendungen, nämlich das Kinderbetreuungsgeld sollte nicht als Einkommensbestandteil gewertet werden, wogegen ich gar nichts habe, sage ich einmal, natürlich nicht. Aber ich frage mich dann, warum man nicht schon längst auf unsere Vorschläge eingegangen ist und das Karenzgeld, Wochengeld und Arbeitslosengeld außer Betracht gelassen hat. Damit würden wir einen Schritt setzen, der zur Rechtsunsicherheit führt. Ich bin der Meinung, dass wir das nicht machen können. Außerdem ist das Kinderbetreuungsgeld zwar angeführt, aber nicht, natürlich nicht, weil es ja noch keinen Gesetzestext dazu gibt, mit Hinweis auf dieses und jenes Bundesgesetz verwiesen, ist jedenfalls ein Punkt, der es außerdem noch nicht erfordert, dass wir uns jetzt übers Knie gebrochen damit auseinander setzen. Und was mit solchen Dingen auf Bundesebene passieren kann, haben wir ohnedies sattsam erfahren in den letzten Wochen, zumal es ja sowieso frühestens mit 1. Jänner des nächsten Jahres, also 1. Jänner 2002, auf Bundesebene rechtswirksam werden könnte und damit auch die steirische Gesetzgebung überhaupt nicht vorher nachjustiert werden muss. Hier ist also Eile schädlich, weil sie zu Rechtsunsicherheit führt und weil sie möglicherweise zu einer Verschlechterung führt für diejenigen, die jetzt in diesem Zwiespalt sind, also in dieser Zwischenphase Kinderbetreuungsgeld, Karenzgeld, Wochengeld, Arbeitslosenversicherung. Erster Punkt.

Zweiter Punkt: Es ist angeführt, die Schillingbeträge durch Eurobeträge zu ersetzen. Na selbstverständlich. Es sind auch angeführt eine Reihe von Summen, 400.000, 450.000, 50.000, 10.000 Schilling, die jeweils gerundet in Euro dargestellt sind, wobei die Rundungen durchaus deutlich höher angelegt sind. Jetzt ist es schon richtig, dass diese Zahlen geraume Zeit schon nicht nachjustiert worden sind und durchaus einer Nachjustierung bedürfen. Wir müssen aber darauf aufmerksam machen, dass es durchaus eine Regelung gibt, mit der insbesondere die Gemeinden befasst sind, wonach ein Verschlechterungsverbot durch die Euroumrechnung für alle Bereiche gilt. Und hier gibt es mit Sicherheit irgendwo ein Problem damit, weil das sind ziffernmäßige Verschlechterungen. Also auch wir müssten hier zumindest in zwei Schritten vorgehen, damit man dann legal richtig vorgeht.

Insbesondere aber gibt es zwei Passagen in diesem Punkt, die wirklich problematisch erscheinen, wenn es auch Detailpunkte zu sein scheinen. Aber hier geht es wirklich um Bereiche, wo man von sozialer Treffsicherheit nicht mehr reden kann. Sozusagen die Marginalgrenze der bisherigen 100 Schilling würden umgerechnet 7,27 Euro ergeben, vorgeschlagen sind 10 Euro. Auch hier gibt es deutlich eine Verschlechterung. Das ist die deutlichste Verschlechterung. Wir haben im Ausschuss natürlich nachgefragt. Wir haben auch beim Herrn Hofrat und den Mitarbeitern nachgefragt, es gibt schon Fälle, es ist nicht so etwas, dass das nur, wie es also, ich glaube, vom Herrn Landesrat Hirschmann kurz erwähnt wurde, die Besserverdienenden treffen könne. Es gibt durchaus – leider – auch Beispiele, dass das diejenigen betrifft, die ein geringes Einkommen haben und die mit hohen Wohnkosten zu tun haben, so dass also die Spanne zwischen Einkommen und Wohnungskosten sehr hoch ist, wo es dann gerade auf diese marginal erscheinenden Grenzen oft ankommt, insbesondere wenn nicht auch die Wohnnebenkosten dazugerechnet werden können, die ja derzeit noch auf der Ebene eines Regierungsbeschlusses im Verordnungswege zuerkannt werden können, aber noch nicht den Gegenstand eines Rechtsanspruches darstellen.

Es wäre also überhaupt kein Problem dem auszuweichen, indem man sagt, nehmen wir hier nicht 10 Euro, sondern 7 Euro, warum denn nicht, wenn 7,27 der entsprechende errechnete Tarif wäre. Ich glaube, das wäre eine geringe Änderung, die uns allerdings das Signal gäbe, hier hat man mit Bedacht und mit sozialer Sorgsamkeit diese notwendigen Änderungen herbeigeführt.

Nächster Punkt – Paragraph 40 Ziffer 4 – die angesprochenen 200 Millionen, die hier, als Einzige übrigens, ziffergenau umgerechnet mit 14,534.560 Euro zu Buche stünden, wobei man, wenn man sich damit beschäftigt, auf zwei Bereiche stößt, die natürlich auch betrachtet werden müssten. Lassen wir das so im Gesetz stehen, dass es die Jahreszahlen 1997 und 1998 dezidiert betrifft? Das ist ja das, was seinerzeit im Gesetz gestanden hat. Hier gibt es also keinen Änderungsvorschlag. Oder gehen wir darauf ein, dass man sagt, schauen wir einmal, was in den Budgets, die unlängst in diesem Haus beschlossen worden sind für dieses und das nächste Jahr, drinnen steht. Oder nähern wir uns dem Thema „Bauinitiative“ überhaupt – was unser Vorschlag wäre – in einem neuen Anlauf, weil ich glaube, die derzeitigen Arbeitslosenziffern bei den Bauarbeitern würden es durchaus rechtfertigen, ein drittes Mal initiativ zu werden, nachdem die ersten beiden Bauinitiativen sehr, sehr erfolgreich waren, worauf wir alle miteinander noch stolz sein können. Ich glaube, dass man bei dieser Gelegenheit, wenn man hier ohnedies nachjustieren muss, auch das Thema „Bauinitiative 3“ durchaus aktualisieren könnte.

Der Punkt vier betrifft die Grundkosten. Hier gibt es die Erklärung, dass im Raum Graz die Grundkosten so hoch sind, dass sozialer Wohnbau nur in schlechtesten Lagen, also mit billigsten Grundkosten, möglich wäre. Man würde daher anstelle der sonst im Gesetz schon festgelegten 10-prozentigen Sonderregelung und 25-prozentigen Sonderregelung für begründete Ausnahmefälle für Graz zusätzlich noch, also erweitert, eine 30-prozentige Erhöhung der Grundkosten, also des Grundkostenlimits ansprechen.

Es konnte mir niemand, und ich habe mich, weil wir gestern darüber diskutiert haben, natürlich auch mit Grazer Kolleginnen und Kollegen unterhalten, vor Augen führen, dass es wirklich notwendig wäre hier nachzujustieren. Die Grundstücksreserven sind durchaus noch ausreichend. Es gibt schlicht und einfach kein Argument, das an der Tatsache vorbeiführt, dass es sich hier um bodenpreisstärkende Tendenzen handelt und damit um preissteigernde Tendenzen für den gesamten Wohnbaubereich. Wenn wir in der Vorlage umblättern und wir kommen zum Punkt 6, dann sehen wir schon in der begründenden Einleitung, dass ich zwar nichts mit dem Inhalt am Hut habe, aber die Begründung, weil es sich hier sozusagen um die Schonung der Maastricht-Bilanzen handelt, ist mir nicht ausreichend, weil ich sage, ich bin für die Schonung der Brieftaschen der Mieterinnen und Mieter und weniger für die Schonung des besonderen Blickwinkels des Herrn Finanzministers, der uns Steirer in die Lage bringt, solche Sachen machen zu sollen, die zu Lasten und zum Nachteil unserer Mieterinnen und Mieter gehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Es gibt einige Bereiche, in denen man grundsätzlich die Diskussion stellen muss. Ich halte nichts davon, dass man so tut, als ob diese Angelegenheiten von Maastricht-Kriterien her von Brüssel, von der ECOFIN oder von EUROSTAT auferlegt wären. Das ist schlicht und einfach eine falsche Behauptung. Das stimmt nicht. Es ist freier Wille des Herrn Bundesministers und des Herrn Bundeskanzlers, diese Kriterien in dieser sklavischen Art und Weise durchzuziehen, um dann insbesondere von den Steirern etwas zu verlangen, was wir als nicht recht und nicht billig erachten. Das ist eine grundsätzliche Frage. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir kommen zum Punkt 8, und die anderen Punkte kann ich mir deshalb ersparen, weil wir denen durchaus beitreten können. Der Punkt 8 ist ein besonderes Schmankerl des parlamentarischen Umganges, wenn ich an Folgendes denke: Dieser Paragraph 19, der in diesem Punkt angesprochen ist, ist in der Vorlage der Regierung zuerst überhaupt nicht erschienen und wurde uns bei der letzten Ausschusssitzung vor einer Woche in offener

Sitzung, also eine Minute vorher, auf den Tisch gelegt mit der Bemerkung, das seien ohnedies nur sozusagen technische Ergänzungen, Notwendigkeiten, die im Zusammenhang mit der Euromstellung stehen. Macht das doch und verzögert nichts, so hat es geheißen. Ich war damals sehr froh, dass Kollege Majcen, entgegen der Empfehlung seiner Frau Landeshauptmann, doch mit uns geredet hat und nicht drübergefahren ist, wie sie es dringend verlangt hat, sondern dass er bereit war, darüber mit uns zu reden. Wir haben schlicht und einfach uns das dann angesehen, haben gestern dazu diskutiert und heute in der Früh darüber befunden. Was ist Gegenstand gewesen? In der vorigen Woche wurde in der Ausschusssitzung das so dargestellt und ich muss das jetzt im Originaltext verlesen, weil man sieht, wie unglaublich man mit uns umgeht. Lieber Freund, auch du solltest dir das anhören. Die erste Begründung, hier im Paragraphen 19 etwas zu ändern, hat gelautet: „Da Privatentnahmen bei nicht Unselbstständigen verwaltungstechnisch und so weiter nicht erfasst werden können, wäre ein pauschalierter zumutbarer Mindestaufwand vorzusehen!“ Es ging um die Einkommensdarstellung der Selbstständigen. Okay. Diese Frage hat sich im Unterausschuss gestern als so kitschig erwiesen, dass sowohl die Kollegen der ÖVP als auch die Kollegen der FPÖ die Fragen dann nicht mehr weiter behandelt haben, worauf Herr Hofrat gesagt hat, naja, wenn das allgemeiner Wille ist, dann nehmen wir das zurück. Okay. Wir sind so auseinander gegangen. Umso mehr mein Erstaunen heute morgens, als ich dann doch diesen Paragraphen 19 wiederfinde, und zwar nicht als zurückgenommen, sondern in einer neuen Version, die man uns jetzt wieder vorlegt. Diese neue Version hat noch dazu den schlitzohrigen Trick, dass eigentlich nur Folgendes drinnensteht: Punkt 8, Paragraph 19 Absatz 3: Dritter Satz entfällt. Da könnte man zuerst denken, das ist eigentlich das, was wir gestern ausgemacht haben. Die Geschichte entfällt. Dann nehme ich mir das heraus und lese und was steht da in dem Paragraphen 3 dritter Satz? „Der zumutbare Wohnungsaufwand darf 50 Prozent der Summe der Einkommen der in der Wohnung lebenden Personen nicht übersteigen!“ Da habe ich mir gedacht, mich laust doch der Affe. Das steht doch überhaupt nicht im Zusammenhang mit dem, was wir gestern verhandelt haben. Ein völlig neues Thema, mit dem man uns jetzt konfrontiert und zu dem wir natürlich auch sagen müssen, meine Damen und Herren, das geht nicht. Das ist wiederum eine Sache, die den schlecht verdienenden Großfamilien, die in teuren Wohnungen leben müssen, schlicht und einfach die Wohnungsbeihilfe vermindert – das geht nicht – und noch dazu in einer Form, wie man uns überfahren will. Liebe Freunde, so geht man miteinander nicht um. Wir können also auch diesem Punkt 8 selbstverständlich nicht zustimmen, weil das eine Verschlechterung wäre. (Beifall bei der SPÖ.)

Weil wir uns natürlich bei dieser Gelegenheit mit den einzelnen Bereichen des Wohnbauförderungsgesetzes beschäftigt haben, sind wir auf eine Reihe von Möglichkeiten gestoßen, wie man es verbessert und ich ziehe das jetzt vorderhand nur an. Wir haben heute klargestellt, dass wir eine weitere Unterausschusssrunde haben. Wir haben also die Gelegenheit uns darüber zu unterhalten und ich lade jetzt schon dazu ein. Ich nenne nur einige Punkte, von denen wir überzeugt sind, dass sie nicht zu Lasten des Landeshaushaltes gehen, aber zum Vorteil unserer Mieterinnen und Mieter sein würden. Punkt eins: Wir würden sagen, dass zur Minimierung der Kosten möglichst günstige Finanzierungsmittel einzusetzen sind, und zwar, wie ich glaube, nicht über das Sekundärmarktrendite. Wir wissen, dass wir uns durchaus zwischen 3,5 und 5 Prozent bewegen können. Das ist jedenfalls entschieden günstiger, als es jetzt die Gepflogenheit ist und würde den Landeshaushalt nicht durcheinander bringen. Ich glaube, dass die Banken, denen man ohnedies durch die Umstellung der Förderungsmodalitäten eine Menge neuer Geschäfte zukommen lässt, hier durchaus auf das eine oder andere Prozent verzichten könnten. Hier könnten wir sozial treffsicher ansetzen, ohne dass wir irgendjemanden in Verlegenheit oder in Schwierigkeiten bringen. Nächster Punkt: Wir glauben auch, dass die Wohnnebenkostenzuschläge, die derzeit als Gut-Will-Aktion der Regierung in begründeten Fällen gewährt werden, durchaus Bestandteil auch der gesetzlichen Festlegung und damit Pflichtteil sein können. Im Paragraphen 17 würden wir glauben, dass man durchaus sagen könnte, dass für Mieter mit niedrigem Einkommen die Wohnbeihilfe um einen Wohnnebenkostenzuschlag zu erhöhen ist. Auch das würde die soziale Treffsicherheit entschieden verbessern. Im Bereich der Grundkosten – eben vorhin angesprochen – explizit der Grazer Bereich – würden wir glauben, dass für alle Bereiche, und zwar für Eigentumswohnungen und Mietwohnungen, nicht so, wie es jetzt gesplittert ist, einfach in beiden die Umsatzsteuer bei der Obergrenzenberechnung entfallen könnte. Das würde also jedenfalls auch zu einer Verbesserung beitragen. Ich glaube, dass man hier einige Präzisierungen treffen sollte, wenn ich darauf stoße, dass wir derzeit bei den Förderungsvoraussetzungen im Punkt 2. auch den Begriff „in zumutbarer Entfernung öffentlicher Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen“ stehen haben, die Begrifflichkeit zumutbar ist, wie wir alle wissen, in der Praxis eine dehnbare Sache. Danke, Herr Präsident, ich sehe das Licht schon blinken. Ich erwähne nur mehr einige Punkte, von denen wir glauben, dass sie Verbesserungen sind. Hier könnte man zum Beispiel präzisieren 500 Meter vom nächsten öffentlichen Verkehrsmittel mit zehn Paar täglicher Mindestfrequenz. Ich glaube auch, dass es für die Sicherheit der Wohnungsuchenden und der ganzen Wohnungswirtschaft zweckmäßig wäre, wenn die Landesregierung Förderungsprogramme erließe für alle Bereiche, nach Art der Förderung und nach räumlicher und zeitlicher Gliederung geteilt. Ich könnte mir vorstellen, dass man bei den Förderungsvoraussetzungen für die Hausstandsgründung von Jungfamilien durchaus auch Einzelpersonen, die das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ansprechen könnte – zumindest sollte man darüber diskutieren. Weil mit der Gemeinnützigkeit in der letzten Zeit recht mutig – ich sage übermütig – umgesprungen worden ist, glaube ich auch, dass man hier in der Passage, wo es heißt, dass man, wenn die Gemeinnützigkeit entzogen wurde, dann diese Gesellschaft oder Genossenschaft von der Förderung ausgeschlossen ist, natürlich auch dazusagen müsste oder wenn eine solche Gesellschaft als nicht mehr gemeinnützig anerkannt ist. Ich glaube, das wäre auch ein legitimes und notwendiges Nachjustieren im Zusammenhang mit der Frage Gemeinnützigkeit, wie sie jetzt vom Bundesgesetzgeber gehandhabt wurde. Diese Vorschläge bitte ich Sie mit uns zu diskutieren. Ich lade jetzt schon ein darauf einzusteigen. Sie würden den Bewohnern, Mietern und Eigentümern in unserem Lande nur Gutes tun. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.28 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ferstl. Ich erteile es ihm.

Abg. Ferstl (14.28 Uhr): Herr Präsident! Meine Herren Landesräte! Meine Damen und Herren im Hohen Haus!

Als Mitglied des Beirates für Wohnbauförderung darf ich mich dazu auch zu Wort melden.

Und ich möchte mit einem Zitat beginnen, das ja der Kollege Prattes – er ist jetzt nicht da – genau kennt und weiß, woher es kommt: „Das Geld hat die besondere Eigenschaft, immer zu wenig zu sein!“ Und heute bei einigen Reden und bei der Budgetdebatte genau 18-mal wurde vorgehalten, dass wir von der Steiermark 3,5 Milliarden Schilling nach Wien oder täglich 10 Millionen nach Wien schicken müssen. Ich habe aber nie gehört, dass zum Beispiel unser Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl, Verkehrslandesrat für die Steiermark 3 Milliarden Schilling aus Wien erhalten hat. Das ist nie erwähnt worden, nirgendwo aufgeschienen und das ist anscheinend gar kein so wichtiges Thema außer das, wozu wir uns bitte verpflichtet haben, keine Mehrschulden zu verursachen. Die Österreicher haben zu 80 Prozent zugestimmt, dieses Nulldefizit zu erreichen. Ich wollte das vorausschicken, weil es ist eine schmerzhaft Geschichte und muss weh tun. Es würde sicherlich, wenn das nicht der Fall wäre, uns leichter sein. Aber die Schmerzen werden aufhören, und wenn der Schmerz nachlässt, ist es immer schön. Das haben wir schon in der Kindheit, bei unserem Zahnweh zum Beispiel, erlebt. Aber ich komme jetzt zum Thema.

Die Mittel für die Wohnbauförderung, die sozusagen ein Ableger des Finanzausgleiches sind und als solches gelten, sind eigentlich die Wirtschaftsförderung in der Steiermark schlechthin. Es ist von enormer Bedeutung und bringt unserem Land eine Wertschöpfung in ganz hohem Ausmaße. 3,3 Milliarden Schilling im Jahre 2001, auch 3,3 Milliarden Schilling im Jahre 2002. Die Verdrei- bis Vervierfachung jedes Schillings bewegt im Bausektor der Steiermark zirka 10 Milliarden Schilling und ist ebenfalls eine Arbeitsplatzsicherung, wenn sie auch nicht momentan greift, von einer wirtschaftlichen Größenordnung, die keinesfalls anderwärtig ersetzt werden kann. Diese jährlichen 3 Milliarden, die für Objektförderung bereitstehen, werden zusätzlich noch mit den Rückflüssen aus vorhergehenden Förderungen aufgestockt und auch erstmals stehen die Zinsen dieser Rückzahlungen für Förderungen von Wohnbauten aller Art zur Verfügung. Also 5,3 Milliarden Schilling, wie bei der Budgetdebatte berichtet wurde.

Die Direktzuschüsse, aber auch die Annuitätzuschüsse werden in Zukunft weitgehendst in Landeskredite umgewandelt. Auf Grund der Maastricht-Kriterien, die wirklich zu greifen haben, sind Direktdarlehen zu ersetzen oder einzuschränken und werden daher mit einem einprozentigen Landeskredit ersetzt und damit vielleicht eine kleine Verschlechterung in Kauf genommen. Aber ehrlich, ein Kredit von einem Prozent Zinsen ist allemal noch eine sehr tragbare Art und Möglichkeit, den Wohnbau zu unterstützen und zu fördern. Die Gesellschaften und Genossenschaften haben sicher längst festgestellt, dass diese Kredite eine recht gute Förderung sind. Die 25 Prozent Direktzuschüsse haben natürlich auch den Bewerbern sehr geholfen. Ein Mensch hat zum Beispiel mit seinen Ersparnissen einmal neue Fenster oder eine neue Heizung gebaut oder bauen lassen und dann nach Vorlage der bezahlten Rechnungen einen Zuschuss erhalten. Für nicht gar so gut Situierte eine große Unterstützung, aber es hat auch jenen, die die Unterstützung nicht unbedingt gebraucht hätten und große Investitionen gemacht haben, zu hohen Summen verholfen und damit auch nicht selten kritische Diskussionen ausgelöst.

Die umfassenden Sanierungsbeihilfen mit 50 Prozent Annuitätzuschuss werden aber dennoch beibehalten, obwohl sie auch kritisiert werden. Die Stadtzentren zum Beispiel würden absterben und vereinsamen, weil fast niemand anders als Gesellschaften und Genossenschaften in der Lage sind, historische Gebäude und Altbauten mit diesen Zuschüssen zu sanieren.

Zum Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Steiermärkische Wohnbauförderungsgesetz 1993 geändert werden soll, hat die Rechtsabteilung 14 einige Ergänzungen eingebracht, durchaus wünschenswert und Erfolg versprechend. Wir haben heute vom Kollegen Dipl.-Ing. Grabner schon einige gehört. Ich möchte sie noch ergänzen:

Ein Arbeitskreis wird vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasser eingesetzt, und zwar arbeitet dieser Arbeitskreis daran, bei Förderungen Zuschläge für Kyoto-relevante Maßnahmen zu gewähren. Das ist eine Erneuerung, die wirklich sehr wichtig erscheint und man müsste den amerikanischen Präsidenten Bush vielleicht zu diesem Arbeitskreis einladen. Weiters:

Bei einer Übertragung von geförderten Objekten oder von Teilen von solchen, einer Schenkung zum Beispiel, an im selben Haushalt lebende nahe stehende Personen, entfällt die Prüfung des Familieneinkommens. Bisher galt das nur bei Ehepartnern oder Lebensgefährten.

Dazu: Bei Miet- und Mietkaufwohnungen ist nun keine Umsatzsteuer mehr vorgesehen, um bei diesen Wohnungen dieselben absoluten Zahlen wie bei Eigentumswohnungen ausschöpfen zu können, so wäre das Gesetz im Sinne des Entwurfs zu ändern.

Die Festlegung der Schillingbeträge in Euro wurde schon erwähnt. Und etwas, was uns und mir sehr am Herzen liegt, ist das Kinderbetreuungsgeld. Es soll nicht zum Einkommen der Bewerber summiert werden, damit es zu keiner Schmälerung dieser familienpolitischen Maßnahme für die Betroffenen kommt.

Lassen Sie mich dazu Folgendes sagen: Das Kinderbetreuungsgeld ist ein familienpolitischer Meilenstein. Die Betreuung und Erziehung von Kindern ist eine Aufgabe, zu der die Eltern aus persönlicher Verantwortung, aber auch zivilrechtlich verpflichtet sind, neben ihrem persönlichen Interesse auch im Interesse und zum Nutzen

der gesamten Gesellschaft und der Öffentlichkeit. Durch das Kinderbetreuungsgeld wird die Betreuungsleistung der Eltern anerkannt und teilweise abgegolten, gleichzeitig die Wahlfreiheit, ob Arbeit oder Kindererziehung, vergrößert und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich verbessert. Alle Eltern erhalten unabhängig von einer vor der Geburt eines Kindes ausgeübten Erwerbstätigkeit dieses Kinderbetreuungsgeld, das bei der Bewerbung von Wohnbeihilfen wirklich nicht herangezogen werden darf. Und wenn wir das heute beschließen und damit dem steirischen Gesetz mit einem – wie heißt das – vorausseilenden Gehorsam einen Vorsprung erarbeiten, so gilt das ja, wenn das Bundesgesetz nicht zum Tragen kommt, auch nicht in der Steiermark. Durch die Möglichkeit aber, dass zu dem Kinderbetreuungsgeld noch bis zu 200.000 Schilling dazuverdient werden können, ist dies eine viel bessere Lösung von Familie und Beruf für die Mütter und auch für die Väter.

Also abschließend, Direktzuschuss von 25 Prozent und Annuitätenzuschüsse zu Darlehen werden so weit es geht umgewandelt in einprozentige Landeskredite, die damit eine sehr gute Alternative sind. Der Beirat hat über den Vorsitzenden, Kollegen Direktor Majcen, an die vier für den Wohnbau zuständigen Regierungsmitglieder ein Schreiben gerichtet, dass bei Änderungen des Ablaufes der Zuschüsse und Kredite der Beirat zu informieren sei, um auch seine Stellungnahme abgeben zu können, damit nach den gesetzlichen Bestimmungen die Handlungsfähigkeit und der Auftrag seiner Tätigkeit, nämlich der Tätigkeit des Beirates mit – wie ich sie kennen gelernt habe – motivierten und kompetenten Mitgliedern aller Parteien aufrechterhalten bleibt. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 14.37 Uhr.)

Präsident Purr: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (14.37 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich kann es eigentlich ganz kurz machen. All das, was der Herr Abgeordnete Grabner gesagt hat, ist richtig – aus seiner Sicht. All das, was der Herr Abgeordnete Ferstl gesagt hat, ist richtig – aus seiner Sicht. Es gibt eine Reihe von Punkten, wo die gemeinsame Sicht richtig ist. Das wird sich im Abstimmungsverhalten darstellen. Insgesamt möchte ich sagen, dass ich sehr zufrieden bin darüber, dass bei dieser „kleinen Novelle“, wie wir sie nennen, die wirklich in den meisten Punkten eine rein technische Begründung hat, die da oder dort durchaus auch die eine oder andere kleine Auswirkung hat, so viel Einvernehmen hergestellt werden konnte. Ich möchte mich für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken, insbesondere für die sehr präzise Information durch die zuständige Rechtsabteilung. Man kann sagen, das ist wirklich eine Abteilung, auf die das Land Steiermark stolz sein kann. Hofrat Rauchlatner mit all seinen Mitarbeitern in der Rechtsabteilung 14 arbeiten in der komplizierten Materie sehr präzise und verlässlich, dass man sagen kann, die Wohnbauförderung in der Steiermark ist wirklich in Ordnung. Trotzdem wird es immer wieder neue Dinge geben, über die wir reden müssen. (Beifall bei der ÖVP.)

Es wurde heute vom Abgeordneten Grabner betreffend Kinderbetreuungsgeld die Frage gestellt, warum jetzt schon etwas geändert wird. Wir ändern deswegen auch jetzt schon etwas, weil die Gelegenheit günstig ist und weil wir davon überzeugt sind, dass das Kinderbetreuungsgeld kommen wird, dass das Kinderbetreuungsgeld ein Fortschritt sein wird und dass wir nicht haben wollen, dass es eine Schmälerung bedeutet, indem es auf das Einkommen angerechnet wird. Das ist der Grund. Wenn er sagt, das ist drei Monate zu früh, wir sollten ein bisschen warten, dann ist das in Ordnung. Wir sind halt einmal früher dran, weil möglicherweise – Heinz, hättest du, wenn wir es nicht rechtzeitig gemacht hätten, gesagt, warum macht ihr das nicht früher. Es schadet niemandem, wenn es früher gemacht wird und wenn es – wie du glaubst – vielleicht nicht kommt, dann ist es ohnehin umsonst beschlossen. Wir sind aber überzeugt davon, dass dieses Kinderbetreuungsgeld kommt. Wir freuen uns für die, die es bekommen werden. In diesem Sinne danke ich allen, die sich im Wohnbau immer wieder einsetzen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 14.40 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordnetem Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (14.40 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Kollege Majcen hat vorher gesagt, wir sollen – indirekt – nicht böse sein, wenn man zu früh dran ist. Ich denke dabei an die Bundesregierung. Diese war schon öfters zu früh dran und dann ist wieder ein Fehler passiert. (Abg. Lafer: „Wo gearbeitet wird, passieren Fehler, wo nicht gearbeitet wird, passieren keine Fehler!“) Das könnte sich hier wiederholen. Sie alle wissen, es gibt das Wochengeld, Karenzgeld und dann natürlich, wie es jetzt neu heißt, das Kinderbetreuungsgeld. Du hast Recht. Auch mir sind schon Fehler passiert, weil ich besonders fleißig gearbeitet habe. Wenn dir mehr Fehler passieren als du arbeiten kannst, dann ist es schlecht. Das ist der Bundesregierung wirklich in jeder Hinsicht passiert. Ich muss es aber Gott sei Dank nicht verantworten und will mich auch nicht rechtfertigen. Gerade bei dem Kinderbetreuungsgeld haben wir mit Sicherheit nicht nur eine Sorge, sondern gerade hier kann es passieren, dass wir vielleicht wirklich zu schnell sind. Es wird dann Probleme in der Umsetzung geben und das befürchten wir. Wir wollten das eigentlich nur aufzeigen und haben gesagt, das ist der Grund. Wir sind natürlich dafür, keine Frage, dass es nicht zum Einkommen zählt, weil ich glaube, das soll auch nicht sein. Es wäre dann eine der Verschlechterungen mehr, weil es gibt ohnehin noch versteckte Verschlechterungen. Man muss sich das aber immer am Schluss anschauen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist entscheidend, wenn man gerade im Wohnbau-Ausschuss oder im Unterausschuss sich über die verschiedenen Punkte unterhält. Sie haben schon gehört, acht Punkten stimmen wir zu, sechs Punkten

können wir nicht zustimmen, weil Verbesserungsvorschläge oder Punkte dabei waren, wie mein Kollege Dipl.-Ing. Grabner vorher schon erklärt hat, wo wir später draufgekommen sind, hier könnten Verschlechterungen eintreten. Solche Verschlechterungen sind dabei. Ich möchte das aber nicht wiederholen, weil ich glaube, das ist schon von allen sehr klar und deutlich erklärt worden, besonders vom Abgeordneten Grabner, wo Fehler drinnen sind. Ich nehme nur einen Punkt her, den Punkt 8, Paragraph 19, betreffend die Unselbstständigen, wo man seitens der ÖVP eigentlich einen Fixsatz einführen wollte. Ich kann mir den Seitenhieb nicht verkneifen: Habt ihr gegen eure eigenen Leute oder gegen Unselbstständige ein Misstrauen, dass man sagt, da müssen wir einen Fixsatz einziehen, weil vielleicht hat er eine Nullbilanz und trotzdem etwas verdient? Der Hintergrund hat fast so ausgesehen. Wir wollten dies nicht, weil ich sage, wenn einer nichts verdient oder wenig verdient, dann soll er Hilfe haben. Leider ist dann in diesem Satz natürlich einer geblieben, das ist der Wohnungsaufwand mit 50 Prozent. Ich glaube, hier ist es auch entscheidend und ich höre immer, die Familienpartei will auch die ÖVP sein, wenn gerade Familien, die mehr Kinder haben, vielleicht benachteiligt sind und, wenn sich die Grenze von 50 auf 70 Prozent erhöht, dadurch weniger Beihilfe bekommen. Ich glaube, das wollen wir wirklich nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte einen Punkt hervorheben. Das ist von mir und von meinem Vorgänger Otto Heibl früher immer ein Steckenpferd gewesen. Man kann daher sagen, ein großes Lob dem Otto. Es war die Bauinitiative, die zweimal sehr erfolgreich war und wir brauchen die dritte. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen das genau und Sie kennen die Situation am Arbeitsmarkt. Wenn man weiß, dass 20.000 Männer arbeitslos sind und davon fast die Hälfte im Baubereich, dann müssten die Alarmglocken schon läuten. Man muss es ganz nüchtern sagen: Wenn diese Leute jetzt woanders am Arbeitsmarkt hinkommen, dann werden sie dann, wie ich hoffe, wenn es am Bau wieder weitergeht, fehlen. Dann werden wir vielleicht einen Bauarbeitermangel haben, wo jetzt die Leute zu Hause sind. Ich habe das von diesem Platz aus schon einmal gesagt, ich kenne das aus meinem eigenen Ort, dass Leute, die normalerweise um diese Zeit am Arbeitsplatz sind, noch zu Hause sind. Wenn man von den großen Baufirmen die Zahlen kennt, dann sind sie eigentlich schon sehr erschreckend: Bei der TEERAG-ASDAG sind zirka 33 Prozent der Beschäftigten vom Vorjahr noch zu Hause, bei der Firma STRABAG sind es noch immer große Zahlen, aber jedenfalls ist es jetzt schlechter als es im Jänner war. Man muss sich das einmal überlegen, weil wir haben in Wirklichkeit keinen Winter mehr, was sich in diesem Bereich abspielt. Deshalb auch die Bitte und von uns natürlich die absolute Forderung, meine sehr geehrten Damen und Herren: Die absolute Forderung wäre, mit der Bauinitiative zu beginnen und nicht erst im Jahr 2003, denn im Jahr 2003 wird es zu spät sein. Man muss hierfür die Gelder im Budget 2000 und 2001 vorsehen, damit wir gleich beginnen können und die Bauarbeiter an den Mann bringen. Sie alle wissen, für heuer wird es wahrscheinlich schon zu spät sein, weil die brauchen 28 Wochen, um überhaupt stempeln gehen zu können. Hier kommen auf uns große Probleme zu. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben einige Punkte von meinem Kollegen Grabner aufgezählt bekommen, die wir natürlich in der nächsten Unterausschussverhandlung einbringen werden, um im Wohnbau Verbesserungen herzustellen, dass jene Bürgerinnen und Bürger und jene Wohnungswerber, die in Wohnungen wohnen, sich das auch leisten können und wir uns wirklich durchsetzen können vor allem bei den Wohnnebenkosten, die sehr entscheidend und sehr gestiegen sind, nicht zuletzt natürlich auch Rückschluss auf die Bundesregierung, die dem kleinen Mann schon sehr viel weggenommen hat und jetzt das bei den Wohnungen weitergeht. Herzlichen Dank! (Beifall bei der SPÖ. – 14.46 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Eine weitere Wortmeldung liegt mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Deshalb komme ich nun zur Abstimmung.

Der Selbstständige Antrag mit der Einl.-Zahl 333/1, Beilage Nr. 25 wird punktweise abgestimmt. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Gesetzesvorschlag mit Ausnahme der Punkte 1, 2, 4, 6, 8 und 9 des Artikels I ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die den Punkten 1, 2, 4, 6, 8 und 9 des Artikels I des Gesetzesvorschlages ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Bei den Tagesordnungspunkten 9 und 10 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

9. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 288/1, eine Vereinbarung gemäß 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über Regelungen zur partnerschaftlichen Durchführung der Regionalprogramme im Rahmen der EU-Strukturfonds in der Periode 2000 bis 2006.

Berichtersteller ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Christopher Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (14.49 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich berichte Ihnen über die Regierungsvorlage mit der Einl.-Zahl 288/1, einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über Regelungen zur partnerschaftlichen Durchführung der Regionalprogramme im Rahmen der EU-Strukturfonds in der Periode 2000 bis 2006. Ich kann mich deswegen kurz fassen, weil wir das ja bereits hier im Hause hatten. Die nun vorliegende endgültige Vereinbarung weist gegenüber dem bereits im Landtag diskutierten Entwurf keinerlei Abweichungen auf. Ich stelle daher den Antrag, dies zu genehmigen. (14.49 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit gleich zu Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über den Antrag, Einl.-Zahl 252/1, der Abgeordneten Majcen, Straßberger, Dipl.-Ing. Grabner, Gennaro, Lafer, Dietrich und Lechner-Sonnek, betreffend den zweiten Kohäsionsbericht der Kommission.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (14.50 Uhr): Meine Damen und Herren!

In diesem Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über den Antrag, Einl.-Zahl 252/1, wird von allen Fraktionen gefordert, dass sich die Landesregierung dafür einsetzt, dass die zehn Fragen des Kohäsionsberichtes durch die Steiermark beantwortet werden. Ich bitte um Annahme. (14.50 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (14.50 Uhr): Herr Präsident! Meine Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir werden diesen beiden Vorlagen zustimmen können, sollten aber die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, auf einige Dinge hinzuweisen, um einfach in der Sache zu diskutieren. Und ich denke, dass man durchaus auch noch zu jenem Stück 288/1 etwas sagen sollte, in dem für die Periode 2000 und 2006 gemeinsam mit dem Bund das Prozedere um die Zuständigkeiten festgelegt worden ist. Wir haben das in diesem Haus schon diskutiert. Aber ich habe jedenfalls nicht den Eindruck, dass es irgendwelche Konsequenzen gehabt hätte, nämlich in der Richtung, dass wir uns eigentlich einig waren, dass die Kompetenzen im Lande Steiermark, die – wie in der Beilage zu diesem Stück erkennbar ist – auf zwölf verschiedene Stellen des Landes aufgeteilt sind, zersplittert sind, eigentlich zusammengefasst, gestrafft und damit für den Interessenten, für den Förderwerber, aber auch für den Europäer in uns etwas durchschaubarer machen sollten, wenn ich sehe, dass auch jetzt wieder mit Festlegung in diesem Papier nämlich genau dieser Umstand festgeschrieben wird. Und ich kann nur hoffen, dass das eintritt, was wir im Zuge der Ausschussverhandlungen und Gespräche gehört haben, dass das nicht eine Festlegung ad infinitum ist, sondern dass es durchaus in Absicht steht, hier ernsthaft darüber zu reden, dass es zu einer Verdichtung und zu einer Verbesserung dieses Dschungels an Förderungsstellen kommen möge. Wir sind – und wir waren im März alle Fraktionen gemeinsam in Brüssel und haben dort auch wieder in den Gesprächen gehört – hier ein viel bestauntes Unikum im gesamteuropäischen Konzert, einer der kleinsten Mitgliedsstaaten mit dem weitaus größten Apparat an Zuständigkeiten, das versteht niemand, der nicht die österreichische Seele kennt. Und man wird zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass das nicht dazu beitragen dürfte, um den Zugang zum gesamteuropäischen Thema der Kohäsion und zur Zusammenführung im Sinne der Grundintention des Europagedankens zu verbessern. Und womit wir beim nächsten Punkt sind, Kohäsionskonferenz.

Zum Ersten gehört noch gesagt, natürlich sollten wir uns intensiv darum bemühen und hier ist die Frau Landeshauptmann eingeladen und gebeten und ich habe das von diesem Pult aus schon mehrmals getan, es ist ihre Kompetenz, die Einteilung der Geschäfte zu treffen. Die Einteilung der Geschäfte ist genau das, worin festgelegt ist, wer denn unter anderem die europäischen Geschäfte im Lande wahrnimmt. Und ich glaube, dass man hier also Handlungsbedarf hat. Wir haben am 21. und 22. dieses Monats eine weitere Großkonferenz in Brüssel vor uns, in der nach etwa 20 Jahren Tätigkeit des Strukturfonds und der Europäischen Kommission Rückschau gehalten wird, Bilanz gezogen wird über den Erfolg der gesamteuropäischen Bemühungen und – das ist der entscheidende Punkt – es sind die Regionen, und das Land Steiermark ist Region im europäischen Sinn, dazu eingeladen, ihre Positionierungen festzuhalten und zu hinterlegen, so dass sie in den so genannten zweiten Kohäsionsbericht am 21. und 22. Mai Eingang finden könnten um dann bei den Überlegungen Berücksichtigung zu finden, wie man denn in Zukunft möglicherweise besser als bisher die Strukturfondspolitik im gesamten europäischen Kontext gehen könnte. Also eine Chance, die für die Steiermark eine vertane Chance wäre, wenn sie nicht wahrgenommen würde. Wir sehen mit bangem Interesse diesem Papier entgegen, das seitens des Landes Steiermark unsere Positionierung festschreibt und dann in Brüssel – wie ich hoffe und erwarte – unsere Interessen bestmöglich wahrzunehmen versucht. Es sind Fragen, die gestellt wurden an alle europäischen Regionen, über 260 an der Zahl, es sind insgesamt zehn Fragen, die gestellt wurden, von denen eine Reihe von Fragen in Österreich naturgemäß im Wesentlichen Bundesangelegenheiten sind, also die Nationalstaaten angehen, aber natürlich auch differenziert die einzelnen regionalen Interessen anlangen. Wenn ich nur die Frage fünf zum Beispiel anschneide, welche Prioritäten wären zu wählen, um eine nachhaltige ausgeglichene Raumentwicklung zu bewirken? Ober die Frage sechs: Wie kann

die wirtschaftliche Konvergenz der rückständigen Regionen – hier sehen wir uns in einigen Bereichen durchaus angesprochen, weil sonst würden wir nicht förderungswürdig, Förderungsregion, sein – gefördert werden?

Siebertens: Welche Arten von EU-Intervention sind für die anderen Regionen erforderlich?

Achte Frage: Welche Verfahren sollten auf die Aufteilung der Mittel auf die Mitgliedsstaaten verwendet werden? Da haben wir natürlich etwas einzubringen. Da haben wir letztens lange, lange herumgestritten und verhandelt, ob Themen wie Arbeitslosigkeit in einem höheren Maße eingebracht und eingebunden werden könnten bei der Berechnung der Notwendigkeit der Hingabe von öffentlichen Mitteln, von europäischen Mitteln. Welche Prinzipien sollten der Durchführung der Gemeinschaftsinterventionen zugrunde liegen? Selbstverständlich ist das für uns interessant – URBAN, INTERREG. Ganz, ganz wichtig, welche Bereiche brauchen wir hier? Jetzt könnte man sagen, das sind ja Dinge, die teilweise ohnedies in dem erst unlängst verabschiedeten EDPP, im Papier, das unsere Förderungsmodalitäten für die nächsten sechs Jahre festlegt, festgeschrieben sind. Diese zehn Fragen sind expressis verbis nicht beantwortet. Man kann es dort herauslesen. Aber wir alle wissen aus der Brüsseler Zentrale, dass die ein „One-page-paper“ wollen. Auf einem Blatt Papier ist das festzuhalten, was wir wollen. Sie machen sich nicht die Mühe, das heute hier ausgeteilte umfassende Elaborat zu lesen und dann vielleicht herauszufiltern, was die Steiermark will. Das müssen wir machen. Wir heißt die Landesregierung, dazu sind Sie in unserem gemeinsamen Antrag aufgefordert, wir heißt in dem Fall die Frau Landeshauptmann als die zuständige Referentin? Ich zitiere übrigens ihre Zuständigkeit. Wenn dir das peinlich ist, dann bitte das mit ihr auszumachen. Ich gehe davon aus, dass sie doch für ziemlich viel zuständig ist, wenn ich deinen permanenten Applaus höre, der hier über uns hereinbricht, wann auch immer irgendetwas positiv im Lande zu vermerken ist, ob es der Sonnenschein oder der Schneefall ist. (Abg. Straßberger: „Du fängst schon wieder so an!“) Für alles ist die Frau Landeshauptmann zuständig, nur für die Brüsseler Misere wahrscheinlich nicht. Ich sehe jedenfalls mit großem Interesse Folgendem entgegen: Auf der einen Seite erwarten wir, und da sehe ich durchaus noch hoffnungsvoll in diese Erwartung hinein, dass das Land Steiermark sich in vernünftigem Maße und ausreichend kompetent und energisch positioniert. Auf der anderen Seite, wenn das passiert, dann ist schon wieder etwas geschehen, was wir hier auch schon x-mal angesprochen haben, nämlich dann ist der Ausschuss in seiner verfassungsmäßig zugeordneten Kompetenz wieder einmal umschiff worden. Denn für Fragen dieser Art ist im Sinne der steirischen Landesverfassung eindeutig der zuständige Ausschuss unter dem nunmehrigen Vorsitz von Kollegen Franz Majcen zu hören und dort ist dieses Papier zu diskutieren. Dort sind jene zehn Fragen gemeinsam zu erörtern, deren Antwort dann gemeinsam unser Papier nach Brüssel sein sollte. Das heißt, wenn das eintritt, was wir uns wünschen, dass die Steiermark positioniert ist, dann ist jedenfalls wiederum klargestellt, dass wieder der Bruch der verfassungsmäßigen Rechte dieses Hauses explizit des in diesem Hause dazu eingerichteten Ausschusses für europäische Integration passiert. Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass man am 20. und 21. aus dem Munde von Kommissar Barnier eine gute Bilanz hören wird können, wenn auch die Erfolge der 20-jährigen Bemühungen um eine wirtschaftliche und soziale Kohäsion, um das Zusammenführen der Regionen, um den Abbau der regionalen Divergenzen noch nicht annähernd so erfolgreich ist, wie wir es wünschen. Immer noch ist es so, dass die zehn Reichsten 177 Prozent des europäischen Durchschnittes an Einkommen für sich buchen können und die zehn Ärmsten bei 31 Prozent herumgründeln. Das ist also kein Signal dafür, dass wir schon mit der Kohäsion, mit der Zusammenführung, mit der sozialen, wirtschaftlichen, vor allem sozialen Kohäsion der europäischen Regionen sehr weit gekommen sind. Umso wichtiger ist es festzuhalten, dass nach 20-jähriger Erfahrung eines klar ist: Es ist die Erfolgsstory der europäischen Förderungspolitik schlicht und ergreifend die Infrastrukturinvestition nicht das, was wir im Lande Steiermark oft und oft predigen, die Hingabe von Mitteln an Industrielle, nicht die punktuelle Industrienförderung ist es, das gibt es im ganzen europäischen Kontext nicht mehr, sondern die Infrastrukturförderung ist die Erfolgsstory der letzten 20 Jahre, Strukturpolitik in Europa. Es wäre gut, wenn auch wir im Lande Steiermark uns verstärkt dieser Erkenntnis bedienen würden. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 15.02 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Ober. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Ober (15.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, hoher Landtag!

Ich bin sehr froh, dass diese 15 a-Vereinbarung heute beschlossen wird, weil ich glaube, dass es doch für die Programmperiode 2000 bis 2006 ist und wir doch schon im Jahr 2001 uns befinden. Durch diese Förderprogramme, die ich sehr lobe, war es erstmalig im Jahr 1995 möglich, den Bürgern auch ein eigenes Budget zur Verfügung zu stellen, wo sie mit Bürgerbeteiligung auch im Sinne einer Regionalisierung sich aktiv beteiligen und auch Programme entwickeln können, die ihre Region betreffen, wo sie auch selbst das Know-how gewinnen, um für ihre Region wirken zu können. Umso notwendiger ist es, dass Bund und Land vor allem diese Formalitäten, die hier geschlossen worden sind, auch einhalten, damit der Förderfluss, das Procedere gesichert ist, damit nicht Bürger zu lange darauf warten müssen. Zu diesen Förderprogrammen insgesamt ist festzustellen, dass damit die Kreativität in den Regionen enorm gesteigert worden ist und damit auch dem Subsidiaritätsprinzip nachgekommen worden ist, wo die Region selbst ihre Aufgaben auch erarbeiten soll, sie sehen soll, vor allem aber die Chancen sehen soll, wohin sich ihre Region entwickeln sollte. Zu den angesprochenen zwölf Förderstellen, wo das Land Steiermark jetzt diese Aufteilung getroffen hat, ist es im Großen und Ganzen gut gewählt, dass die bestehenden Förderstellen und Fachstellen des Landes sich mit dieser Thematik beschäftigen, weil es unnötig wäre, für diese Mittel, die jetzt kommen, eigene Förderstellen einzurichten, da ohnedies eine Kooperation in all diesen Programmen unbedingt vorgeschrieben ist. Ich glaube, dass die Kooperation auf regio-

ner Ebene schon sehr weit gediehen ist und dass die Menschen damit auch schon umgehen können. Wie weit wir in dieser politischen Kultur hier im Hohen Haus dem Folge leisten, was die Bürger schon als selbstverständlich erachten, das will ich heute nicht ausführen und das kann ich auch nicht, denn dazu bin ich noch zu wenig lange im Landtag, aber ich zweifle in manchen Fällen daran. Den Pessimismus meines Vorredners Dipl.-Ing. Grabner kann ich nicht teilen. Die Menschen in der Europäischen Union sind sehr gut unterwegs und die Regionen haben eine Aufwertung erfahren. Wir müssen nur hier als formal Beschließende aufpassen, dass uns die Bürger in dieser Entwicklung, in dieser Eigenständigkeit nicht rechts und links vorbeifahren und sich selbst den Weg suchen, wenn sie sich entwickeln wollen. Ich glaube, dass mit diesen geringen Mitteln ein großer Erfolg erzielt worden ist. Es ist vor allem unserer Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic zu danken dafür, dass wir auch im Ausschuss der Regionen Europas sehr gut vertreten waren und auch Mitteln in diese Region fließen, die uns helfen, noch besser zu werden, denn schlecht sind wir ja nicht. Ich glaube, so wie wir über uns denken, so sind wir und nur jene Region, die sich selbst gut findet, kann sich auch gut entwickeln. Das möchte ich so manchen ins Stammbuch schreiben, die ständig jammern und meinen, dass wir uns nicht gut entwickeln. Manche jammern auf sehr hohem Niveau. (Beifall bei der ÖVP.) Ich bin trotzdem in Summe sehr optimistisch. Ich bin geübter Regionalentwickler und ich weiß, wovon ich rede. Ich bin sehr dankbar für diese Mittel, die kommen. Die Regionen werden es uns beweisen, dass auch, obwohl oben gejammert wird, unten sehr viel passiert. Ich danke herzlichst und alles Gute für die Zukunft! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Damit komme ich zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage 288/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 252/1, das ist der Tagesordnungspunkt 10, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist ebenfalls die einstimmige Annahme des Antrages.

11. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 297/1, der Abgeordneten Hamedl, Wicher, Majcen, Mag. Drexler und Mag. Koller, betreffend kostenloser Rechtsbeistand für Verbrechenopfer.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Eduard Hamedl, in Vertretung Herr Landtagsabgeordneter Mag. Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (15.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich berichte aus dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag mit der Einl.-Zahl 297/1 der Abgeordneten Hamedl, Wicher, Majcen, Mag. Drexler und Mag. Koller, betreffend kostenloser Rechtsbeistand für Verbrechenopfer. Der Antrag geht dahin die Landesregierung aufzufordern, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, im Sinne der Verbesserung der Situation von Verbrechenopfern die Möglichkeit eines kostenlosen Rechtsbeistandes für Verbrechenopfer in das Verbrechenopfergesetz aufzunehmen sowie eine möglichst schnelle und einfache Regelung bezüglich der Schmerzensgeldentschädigung gesetzlich zu verankern.

Dieser Antrag hat im Ausschuss die einstimmige Annahme gefunden. Ich stelle daher den Antrag, ihn anzunehmen. (15.08 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hamedl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hamedl (15.09 Uhr): Christopher, ich danke dir! Ich war bei der Besprechung des Rettungsschillings und entschuldige mich!

Bevor ich zum eigentlichen Thema komme, muss ich als neuer Abgeordneter sagen und als Verhandler bei der Polizei in schwierigen Situationen: Ich bin immer wieder überrascht, wie hier herinnen im Landtag die Debatten geführt werden. Ich bin wirklich überrascht. Ich verhandle schwierigste Situationen. Ich denke, wir sollten hier wirklich versuchen, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. (Abg. Stöhrmann: „Kollege Lopatka, pass auf was er sagt!“) Nein, Herr Kollege, das geht in eure Richtung, das möchte ich schon ganz bestimmt festhalten. (Abg. Gennaro: „Ihr provoziert uns ja immer!“) Darf ich wieder weiterreden? (Abg. Stöhrmann: „Wenn ihr beim Abstimmen auch so viel Rücksicht nehmen würdet, das wäre eine Geschichte!“) Ich bin eigentlich sehr froh, dass ich jetzt zum Thema komme und dass ich für einen Bereich stehe, wo wir die größte Übereinstimmung haben. Ich denke mir, im Sicherheitsbereich, da merke ich, dass es allen ein besonderes Anliegen ist und dass alle dafür stimmen. Deswegen freue ich mich ganz besonders. Ich komme aber jetzt zum Verbrechenopfergesetz und zu den Opfern. Wie geht es eigentlich jemandem, der Opfer geworden ist, vom Anfang einer Straftat an, vom Beginn der ersten Einvernahme bei der Polizei? Die Einvernahmen dauern meistens sehr lange, von den Fragen, die an das Opfer gestellt werden, die zwar wichtig, aber trotzdem unangenehm sind, von der Gegenüberstellung, das heißt die neuerliche Konfrontation mit den Tätern, bis hin zum Abschluss des Straf-

verfahrens. In Österreich werden zirka 40.000 Menschen jährlich Opfer von Gewalttaten, das heißt, wo jemand verletzt oder an der Gesundheit geschädigt wird. Und lange Zeit hat man sich eigentlich in Österreich um das Opfer zu wenig gekümmert. Der Täter stand eigentlich im Mittelpunkt und zum Teil steht er noch im Mittelpunkt des Strafverfahrens. Ich will da nicht missverstanden werden. Es geht mir nicht darum, die Rechte des Täters zu schmälern, es ist ganz, ganz wichtig, dass der Täter seine Rechte wahrnehmen kann. Aber es ist mir ebenso wichtig, dass der Schutz und die Hilfe für das Opfer im Vordergrund stehen müssen. Nach dem Verbrechenopfergesetz hat zwar das Opfer Anspruch auf Hilfe, trotzdem ist es – glaube ich – im gesamten Strafverfahren immer noch bei weitem schlechter gestellt als der Täter. Im Wesentlichen bin ich der Meinung soll es daher dazu kommen, dass die Belange des Opfers im Strafverfahren mehr wahrgenommen werden. Das heißt, Informations- und Beteiligungsrechte, Akteneinsicht, Beiziehung eines Anwaltes, Verfahrenshilfe, Schutz des Persönlichkeitsbereiches und sonstiger Maßnahmen, damit die Opfer weniger leiden müssen. Und diese Sachen – denke ich mir – müssen zum Mindeststandard eines staatlichen Opferschutzes zählen. Auch der Schutz vor medialer Vorverurteilung – das ist glaube ich gerade jetzt ein Thema – muss gegeben sein. Es ist zwar ein sehr sensibler Bereich und ich bin der Meinung, dass ein kritischer Journalismus und auch ein Journalismus, der aufzeigt, nicht verboten werden darf. Das ist auch ganz, ganz wichtig, so habe ich das gemeint mit dem sensiblen Bereich. Menschen, die Opfer von Straftaten geworden sind, das wissen wir alle, erleiden nicht nur körperlichen und finanziellen Schaden, sondern sie haben auch Angst, Scham und Schuldgefühle. Und ich glaube, jeder herinnen kennt jemanden, der schon Opfer geworden ist und weiß, wie es solchen Menschen wirklich geht. Sie verlieren auch oft das Sicherheitsgefühl und mit dem Sicherheitsgefühl auch ein Stück ihrer Lebensqualität. Und nicht nur bei den außergewöhnlichen Verbrechen, wie bei Geiselnahmen, sondern auch bei allen anderen Straftaten leiden die Opfer sehr lange an den Folgen der Gewalttaten und auch an den folgenden Auswirkungen des Strafverfahrens, bis es abgeschlossen ist. Sie erinnern sich sicher alle noch an die Geiselnahme Karlau 1996, da waren ja drei Frauen zehn Stunden lang Opfer in der Gewalt der drei Schwerverbrecher. Ich habe noch Kontakt mit den Frauen, einigen geht es noch schlecht. Und sie haben auch im Strafverfahren und zur Durchsetzung ihrer Belange den Rechtsanwalt selbst bezahlen müssen. Einen zweiten Fall möchte ich Ihnen ein bisschen ausführlicher schildern aus meiner Praxis. Eine 78-jährige Frau wird in ihrer Wohnung am Abend überfallen. Der Täter steigt ein um 2 Uhr früh, schlägt die Scheibe ein, würgt die Frau bis zur Bewusstlosigkeit, bricht ihr Ober- und Unterkiefer, versucht sie zu vergewaltigen, nimmt ihr dann Schmuck und Bargeld weg und flüchtet vorerst unerkannt. Nach der Ausforschung des Täters kommt es zum Strafverfahren. Die alte Dame war auf sich alleine gestellt. Das heißt, zur Durchsetzung ihrer Forderungen hat sie sich einen Rechtsanwalt nehmen müssen, für ihre ganzen Behördenwege, wo sie vertreten worden ist und sie hat den Rechtsanwalt selbst bezahlen müssen. Der Täter war mittellos und die Frau hat über 50.000 Schilling an Rechtsanwaltskosten bezahlt. Ich denke mir, das gehört wirklich schleunigst geändert. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Nur der Vollständigkeit halber möchte ich sagen, der Täter hat eine Freiheitsstrafe von 15 Jahren vom Gericht bekommen und ist zur Zeit noch in Haft, es war erst vor einem Jahr. Und über die Situation der Opfer nach einer Straftat gab und gibt es verschiedene Opferschutzstudien. Man hat festgestellt, wann wer wo Opfer eines Verbrechens wird. Ich glaube, das ist zu wenig, sondern man muss die Opferstudien im Detail anschauen und für die Opfer eine befriedigende Lösung suchen. Dazu zählt auch, dass man absehen kann, mit welchen gesellschaftlichen Reaktionen das Opfer rechnen kann und vor allem mit welcher Hilfe das Opfer vom Staat rechnen kann. Diese opferschutzbezogenen Studien haben 1970 begonnen, haben sich vermehrt in allen Ländern durchgesetzt und auch in Österreich ist eine Bereitschaft zu erkennen gewesen und man hat Opferschutzeinrichtungen geschaffen. Es gibt private Vereine wie den „Weißen Ring“, die dort einspringen, wo der Staat nicht alle Belange abdecken kann. Vor allem auch bei Jugendlichen und bei sexuellem Missbrauch gibt es vermehrt schon Unterstützungen. Und das österreichische Verbrechenopfergesetz aus dem Jahre 1972 verpflichtet den Staat dazu, unter bestimmten Voraussetzungen Leistung zu erbringen, sollte der Täter nicht in der Lage sein – ich weiß das aus meiner Berufserfahrung, die Täter sind meistens oder fast nie in der Lage zu bezahlen. Dieses Gesetz sieht aber nur im Falle einer Gesundheitsschädigung und bei einer Körperverletzung, die mit mehr als einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe bedroht ist, diese Hilfeleistung vor. Und das nur zum Teil, das sind einmal Verdienstentgang, ärztliche Hilfe oder Heilbehelfe, orthopädische Heilfürsorge, berufliche Ausbildung zur Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Pflegezulagen und Bestattungskosten. Auch über den Kreis der Anspruchsberechtigten sollten wir nachdenken. Zurzeit sind es nur österreichische Staatsbürger und EWR-Bürger. Seit 1. Jänner 1999 gibt es im Verbrechenopfergesetz eine neue Novelle, wo auch die psychotherapeutische Behandlung für das Opfer und auch für deren Angehörige möglich ist. Leider werden die staatlichen Leistungen nach dem Verbrechenopfergesetz nicht von Amts wegen eingeleitet, sondern das Opfer muss einen Antrag beim Bundessozialamt stellen. Das heißt, es muss einmal den Weg dorthin finden. Es gibt aber eine Informationspflicht bei der Polizei und bei den Gerichten. Trotzdem kann ich Ihnen sagen, dass sie sehr mangelhaft wahrgenommen wird und die wenigsten Leute wissen davon, dass es dieses Gesetz gibt und dass es eine Teilunterstützung für sie gibt. Es gibt eine deutliche Lücke, und das soll auch in diesem Antrag zum Ausdruck kommen, die geschlossen gehört. Nach der Strafprozessordnung hat zwar der Täter Anspruch im Strafverfahren auf eine Verfahrenshilfe, das heißt auf einen Pflichtverteidiger, das Opfer aber nicht. Dem Opfer gewährt zwar das Österreichische Strafprozessrecht einen Anschluss ans Verfahren als Privatbeteiligter, das bringt aber nicht diesen Erfolg. Oft wird dann das Opfer auf den Zivilrechtsweg verwiesen. Dort beginnt dann meistens ein wirklich langer Weg. Das Opfer bekommt dann einen Titel, der zwar 30 Jahre gilt, muss aber dann praktisch dem Täter nachrennen. Es kommt aber nie zu seinem Geld. Ich selbst bin auch ein Betroffener davon. Ich habe vor 20 Jahren auch einen Titel bekommen, dass ich eine Entschädigung kriege, obwohl ich im Zuge meines Dienstes verletzt worden bin. De facto habe ich aber das Geld schon abgeschrieben, weil es einfach nicht möglich ist es zu

bekommen. Aus diesem Beispiel sieht man, dass der prozessuale Schutz für die Opfer in Österreich noch sehr mangelhaft ist. Ich glaube, es ist nicht einzusehen, warum es für den Beschuldigten die Verfahrenshilfe im Gesetz geben soll, aber für diejenigen Personen, die unschuldig zum Handkuss gekommen sind oder die unschuldig Opfer geworden sind, es eine solche Verfahrenshilfe – die Beistellung eines Rechtsanwaltes – nicht geben soll. Das ist für mich persönlich eine ganz große Ungleichbehandlung, für die es keine Rechtfertigung gibt. Im Lichte des Opferschutzgedankens ist dieser Mangel äußerst bedenklich. Wir fordern daher, dass dem Opfer ein kostenloser Rechtsbeistand, Schadenersatz und Schmerzensgeldforderungen vom Staat zuerkannt werden. Es ist mir auch bekannt, dass es zurzeit eine Diskussion und einen Entwurf zur Strafprozessordnung gibt, wo im Paragraphen 69 dieser neuen Strafprozessordnung ein Teil jetzt im Entwurf festgeschrieben ist. Ich glaube, es ist wichtig, dass dieses längst notwendige Gesetz auch bei uns in Österreich kommt. Dieses Gesetz gibt es in anderen Ländern, wie zum Beispiel in der Schweiz und Deutschland. In diesen Ländern gibt es mehr Verfahrenshilfe als bei uns. Ich bitte Sie daher, diesem Antrag zuzustimmen. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 15.21 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

12. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 191/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Änderung des Bundesgesetzes betreffend das Bundesgesetzblatt.

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Dr. Ilse Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (15.22 Uhr): Die Regierungsvorlage über eine Änderung des Bundesgesetzes betreffend das Bundesgesetzblatt liegt zurzeit zur Stellungnahme auf. In diesem Zusammenhang stellen die oben genannten Abgeordneten folgenden Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, die derzeit zur Stellungnahme auf liegende Regierungsvorlage über eine Änderung des Bundesgesetzes betreffend das Bundesgesetzblatt vor der Übermittlung an den Nationalrat so abzuändern, dass a) auch hinkünftig durch Druckfehlerberichtigungen keine inhaltlichen Änderungen eines Gesetzes möglich sind und b) die Benützung des Rechtsinformationssystems des Bundes (RIS) weiterhin kostenlos angeboten wird. (15.23 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Dazu liegt mir keine Wortmeldung vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

13. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 310/1, betreffend „Steirertakt“, Beitrag des Landes im Bereich der STL in der Höhe von 2,980.000 Schilling (216.565,05 Euro) und Abwicklung des Bundesbeitrages in der Höhe von 2,131.250 Schilling (154.883,98 Euro).

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (15.23 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zum Geschäftsstück, Einl.-Zahl 310/1, der Steiermärkischen Landesregierung zum Regierungsbeschluss vom 2. April 2001 betreffend „Steirertakt“, Beitrag des Landes im Bereich der Steirischen Landesbahnen in der Höhe von 2,980.000 Schilling (216.565,05 Euro) und Abwicklung des Bundesbeitrages in der Höhe von 2,131.250 Schilling (154.883,98 Euro). In diesem Fall wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Der „Steirertakt“-Beitrag des Landes im Bereich der Steirischen Landesbahnen in der Höhe von 2,980.000 Schilling (216.565,05 Euro) und die Abwicklung des Bundesbeitrages in der Höhe von 2,131.250 Schilling (154.883,98 Euro) auf der außerplanmäßigen Voranschlagsstelle 1/649044-7431 mit überplanmäßiger Ausgabe unter Bedeckung durch Mehreinnahmen bei außerplanmäßiger Voranschlagsstelle 2/649041-8501 wird genehmigt. Ich ersuche um Annahme. (15.24 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Auch dazu liegt keine Wortmeldung vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

14. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 306/1, betreffend Grund- und Objekteinlösung für das Bauvorhaben „Umfahrung Gratkorn“ der L 302, Judendorfer Straße.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (15.25 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zum Geschäftsstück, Einl.-Zahl 306/1, der Steiermärkischen Landesregierung betreffend Grund- und Objekteinlösungen für das Bauvorhaben „Umfahrung Gratkorn“ der L 302, Judendorfer Straße. Im Ihnen vorliegenden Geschäftsstück sind alle Bereiche, die abgelöst werden sollen beziehungsweise die Summen dafür angeführt. Ich stelle den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Kostenbeitrag zur Grund- sowie Objekteinlösung für das Bauvorhaben „Umfahrung Gratkorn“ der L 302, Judendorfer Straße, im Betrag von 14.406.590,40 Schilling zu Lasten der oben angeführten Voranschlagsstelle wird genehmigt. (15.26 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 22 und 23 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

22. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 317/1, betreffend Standortgarantie für die steirischen Landeskrankenanstalten.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Wolfgang Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (15.27 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Am 5. Juli 1994 wurde von den Landtagsparteien eine Erklärung abgegeben, welche eine Standortgarantie für die einzelnen Landeskrankenanstalten zum Inhalt hat. Die WHO fordert für die einzelnen Staatsbürger zumutbare Strecken zur Erreichung des nächstgelegenen Krankenhauses und die dort durchzuführende ausreichende Versorgung. Und darüber hinaus ist die intramurale Versorgung der steirischen Patienten lückenlos sicherzustellen.

Ferner wurde im Zuge der Gespräche über den Bundeskrankenanstaltenplan 2001 seitens des Bundes in Hinblick auf das oben ausgeführte und insbesondere in Anlehnung der Standortgarantie die Zusicherung der Erhaltung der bestehenden Standortstruktur der steirischen Landesspitäler abgegeben.

Grundlage für die Spitalspolitik der laufenden Legislaturperiode ist der derzeit gültige, vom Bund genehmigte Krankenanstaltenplan. Dieser wird in den nächsten Jahren zu einem Leistungsangebotsplan ausgeweitet, der sämtliche Strukturen und Leistungsmerkmale für die Fondskrankenanstalten vorsehen wird. Die derzeit 20 Krankenhausstandorte der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. in Graz und in den Regionen bleiben in ihrer Funktion als Akutspital, wie im Krankenanstaltenplan des Bundes vorgesehen, bestehen.

Die Steiermärkische Landesregierung hat dazu folgenden Beschluss gefasst:

Die Erklärung der Landtagsparteien vom 5. Juli 1994, worin eine Standortgarantie für die einzelnen Landeskrankenanstalten abgegeben wurde, bleibt vollinhaltlich aufrecht.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge ihres Beschlusses vom 23. April 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Standortgarantie für die steirischen Krankenanstalten, wird zur Kenntnis genommen.

Soweit mein Antrag. (15.29 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung, Herr Abgeordneter. Damit kommen wir zu Punkt

23. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 318/1, betreffend den Vollzug der Finanzierung der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. für die Jahre 2001 und 2002.

Berichterstatter ist ebenfalls der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Wolfgang Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (15.29 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Steiermärkische Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 20. März 2001 für die Jahre 2001 und 2002 den Vollzug der Finanzierung der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. mit einem Inhalt beschlossen, der sieben Punkte umfasst und die in Ihrer Vorlage, die Sie haben, festgehalten sind. Ich erspare mir hier die Aufzählung der sieben Punkte und das Vorlesen. Ich darf daher gleich zum Antrag kommen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge ihres Beschlusses vom 23. April 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den in der Regierungssitzung vom 20. März 2001 für die Jahre 2001 und 2002 beschlossenen Vollzug der Finanzierung der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. wird genehmigt. So weit mein Bericht. (15.31 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich dazu Herr Abgeordneter Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (15.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Zu diesen beiden Anträgen möchte ich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen, und zwar muss es neben dieser Standortgarantie für die steirischen Spitäler auch darum gehen, dass zwar eine optimale Gesundheitsvorsorge für die steirische Bevölkerung gewährt werden muss, aber auch nicht ausgeschlossen werden darf, dass der KAGES auch die Möglichkeit gegeben werden muss, auch andere Geschäftsfelder zu öffnen. Und daher stelle ich auch den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Definition der Standortgarantie für die Spitäler dahin gehend zu präzisieren, dass die erbrachten Leistungen genau definiert werden sowie dass die Erschließung neuer Geschäftsfelder, zum Beispiel Pflegehotels, Altersheime, Therapiestationen, Rehabilitationszentren und Geriatriestationen, weiterhin möglich sein muss.

Dieser Entschließungsantrag wird deshalb eingebracht, weil ja nicht nur neben dieser Standortgarantie die Absicht besteht oder bestehen muss, dass man – wenn es zum Bau wie etwa in Schladming eines neuen LKHs kommt, das alte auch genutzt werden kann im Rahmen dessen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ist kein LKH!“) Aber es gibt ja auch die Tatsache von Bad Aussee, lieber Herbert. Wenn du dich erinnern kannst, sollte es ja auch im Bereich Judenburg und Knittelfeld zu neuen Überlegungen kommen. Hier muss man etwas Gemeinsames machen, indem die Möglichkeit der Nachnutzung diskutiert wird. Denn ein Spitalsverbund, wie er zur Zeit geplant ist, ist im Sinne einer medizinischen Gesamtversorgung in dieser Region nicht tragbar. Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (Beifall bei der FPÖ. – 15.33 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich das zuständige Regierungsmitglied. Herr Landesrat Dörflinger, ich darf dir das Wort erteilen.

Landesrat Dörflinger (15.33 Uhr): Meine Damen und Herren! Herr Klubobmann!

Zum Entschließungsantrag hätte ich ein paar Fragen, die – ich glaube – für die sachliche Beurteilung für mich wichtig sind.

Der erste Punkt ist, was verstehst du unter detaillierte Ausformulierung des Krankenanstaltenplanes? Ich glaube, wir haben in dieser Frage eine – muss ich sagen – nach längeren Diskussionen sehr gute Vorgangsweise gemeinsam mit dem Bund gefunden, mit deinem Gesundheitsminister, mit dem Staatssekretär, mit dem wir im Übrigen gestern zwei Stunden wegen der Frage Bad Aussee zusammengewesen sind. Detaillierter das Leistungsangebot zu beschreiben als wir das im Krankenanstaltenplan getan haben, halte ich für schwierig, weil was soll ich mehr machen als festzustellen, im Krankenhaus X gibt es eine Chirurgie mit soundso vielen Betten, gibt es eine Unfallchirurgie mit soundso vielen Betten, gibt es eine Interne mit soundso vielen Betten und gibt es das und das mit soundso vielen Betten. Wir haben das im Landtag so beschlossen, wir haben das in der Regierung so beschlossen. Es ist das akkordiert mit der Bundesebene und ich glaube, darüber hinaus sind wir – und das sage ich jetzt über jede Polemik hinweg – wirklich bemüht, für die einzelnen Häuser, das wird der Hans Bacher bestätigen können, das werden die Leute, die viele Jahre im Gesundheits-Ausschuss sitzen, der Wolfgang Erlitz und wie sie alle heißen, bestätigen können – haben wir ja genau das gemacht, genau das, was da drinnen steht im Detail gemacht, erster Punkt, Beispiel: Onkologie Schwerpunkt in Fürstenfeld. Eine riesige Diskussion darüber, was wollen wir denn mit der Onkologie in Fürstenfeld? Mittlerweile ist es so, dass österreichweit das nachgemacht wird, dass österreichweit versucht wird, solche Modelle zu finden, weil es sich ganz einfach für menschlich herausstellt, eine Frau, die mit 60, 65 Jahren einen Krebs bekommt, nicht aus ihrer Umgebung herauszuholen, sie nicht ins Rettungsauto zu legen, sie nach Graz zu führen in ein riesengroßes Haus, wo sie sich nicht auskennt, wo sie niemanden kennt, sondern sie vor Ort zu versorgen, vor Ort bestmöglich zu versorgen mit dem Standard einer Universitätsklinik. Weil wir nämlich eine sehr gute Kooperation zwischen der Onkologie in Graz an der Klinik mit den Leuten draußen zustande bringen. Schwerpunkte in Leoben, in Bruck. Schwerpunkt in Voitsberg, wo der Prof. Samonik mit seinen Leuten einmal in der Woche rausfährt, wo die Fälle besprochen werden, wo das durchgemacht wird, wo wir die Leute auch dort belassen und dort das machen können.

Zweites Beispiel, Orthopädie in Bad Radkersburg. Man hat uns gesagt, ein orthopädischer Schwerpunkt in Radkersburg geht nicht, funktioniert nicht, ist ein Blödsinn, mittlerweile nicht mehr wegzudenken. Es funktioniert großartig, weil wir für das Krankenhaus – und das sage ich in dem Landtag auch ganz klar – da sonst wahrscheinlich kurz-, mittel- und längerfristig Probleme bekommen hätten, dort eine Möglichkeit haben, das Haus auszulasten, die Chirurgie auszulasten, mit der Orthopädie zu erweitern, wir dort das Haus voll haben, nicht leere Betten haben und was Sinnvolles dort machen für die Region. Ich würde euch wirklich bitten mir zu sagen, was wollt ihr mit der detaillierten Spezifikation eines Krankenanstaltenplanes und Bestimmung der Häuser, wie soll das gehen?

Und zum zweiten Punkt, Erweiterung der Geschäftsfelder. Handibussi, danke. Super! Großartig! Vor zweieinhalb Jahren habe ich einen Antrag in die Regierung eingebracht. Bitte, gebt mir die Gelegenheit, dass wir die Geschäftsfelder erweitern. Bitte, gebt mir die Gelegenheit, etwa im Bereich der Wirtschaftsbetriebe, Küchen, Wäschereien et cetera etwas zu tun. Weißt du, wo das Problem gescheitert ist? An der Tatsache, dass ich keine Mehrheit in der Regierung bekommen habe. Jetzt, der Finanzreferent sitzt da, es sind auch seine Intentionen. Wir sind jetzt – so glaube ich – auf einem guten Weg. Nur, wie überall, wir werden auch dort wieder Probleme bekommen. Selbstverständlich, wenn ich mit der Küche auf den Markt gehe, ist das eine Konkurrenz für Private. Selbstverständlich, wenn ich mit der Wäscherei auf den Markt gehe, ist das eine Konkurrenz für Private. Bekennen wir uns politisch dazu, dass wir das dort machen können. Wir haben den Regierungsbeschluss gemacht. Ich verspreche euch von diesem Fleck aus, wir werden eine sehr ernsthafte Konkurrenz werden. Das ist aber alles im Laufen. Wir sind dabei: Kollege Schützenhöfer, der Aufsichtsratsvorsitzende Werner Heinzl, der Aufsichtsratsvorsitzendestellvertreter Bernd Schilcher und ich haben gemeinsam die Vorgangsweise beschlossen. Wir werden im Bereich der Erweiterung der Geschäftsfelder in den nächsten Wochen und Monaten ganz konkrete Vorschläge vorlegen. Ich hoffe, dass ich dann die Unterstützung von euch dafür bekomme. Ich tue mir ein bisschen schwer mit dem Antrag, weil er in einem Bereich aus meiner Sicht unerfüllbar erscheint und im anderen Bereich bereits erfüllt ist. Wenn du, Franz, mir das erklären kannst, was ihr im Detail damit wollt, dann glaube ich, dass meine Fraktion kein Problem hat da mitzugehen. In der jetzigen Form tue ich mir relativ schwer, weil ich nicht weiß, was ich da beschließen soll. Vielleicht kannst du uns da ein bisschen helfen. (Beifall bei der SPÖ. – 15.39 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich komme nun zur Abstimmung und ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 317/1, Tagesordnungspunkt 22, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich darf die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ betreffend Standortgarantie für die steirischen Spitäler, zum Tagesordnungspunkt 22, ihre Zustimmung geben, ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die mehrheitliche Annahme dieses Antrages feststellen.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 318/1, Tagesordnungspunkt 23, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich darf die Einstimmigkeit des Antrages feststellen.

15. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 269/1, der Abgeordneten Lafer, Dietrich und Graf, betreffend Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen.

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (15.40 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin!

Ich berichte zum Antrag, Einl.-Zahl 269/1, der Abgeordneten Lafer, Dietrich und Graf, betreffend Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen. Seit die vorgeschriebenen Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen nicht mehr an finanzielle Zuwendungen gebunden sind, ist die Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder regelmäßig von einem Kinderarzt untersuchen zu lassen, drastisch gesunken. Die Früherkennung von Krankheiten und Auffälligkeiten ist jedoch in vielen Fällen Voraussetzung dafür, eine Heilung oder Besserung zu ermöglichen beziehungsweise spätere – oft sehr teure – Behandlungskosten zu vermeiden. Um die Disziplin der Eltern, diese sehr wichtigen Untersuchungen zum Wohle der Kinder konsequent durchführen zu lassen, zu steigern, stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden Antrag. Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten ein Modell auszuarbeiten, um die Ausbezahlung des Kinderbetreuungsgeldes an die konsequente Durchführung der Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen zu koppeln. Ich bitte um Annahme. (15.42 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Beutl (15.42 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

An und für sich ist zu diesem Antrag nicht allzu viel zu sagen, denn die Forderung eigentlich in der Regierungsvorlage ist schon erfüllt. Grundsätzlich finde ich es eigentlich traurig, dass man Eltern extra dafür belohnen muss, dass man das koppeln muss an eine finanzielle Belohnung, dass sie sich um die Gesundheit ihrer Kinder kümmern. Aber wir haben in der Vergangenheit gesehen, wie damals die Geburtenbeihilfe ausgelaufen ist und das war die Koppelung der Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen, dass tatsächlich ein eklatanter Rückgang festzustellen war. Trotzdem, und dafür ist zu danken Bundesminister Bartenstein als auch Landesrat Dörflinger, die über das Callsystem versucht haben, Eltern und Mütter anzusprechen und sie darauf aufmerksam zu machen, dass ja weiterhin diese Untersuchungen kostenlos waren und sind, hat es diesen Rückgang gegeben. Ich glaube, uns ist allen klar, dass es notwendig ist, Kinder in den ersten Lebensjahren ärztlich zu betreuen. Es ist im Antrag angesprochen worden, dass es auch aus Gründen der Früherkennung und eventueller Spätfolgen wichtig ist, hier

rechtzeitig die ärztlichen Kontrollen durchzuführen – das ist ja gar keine Frage. Nun wird es mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes wieder diese Koppelung geben. Meines Wissens lautet der entsprechende Passus, dass analog der bisherigen Regelungen eine Verordnungsermächtigung aufgenommen wird, sofern fünf Untersuchungen während der Schwangerschaft sowie fünf Untersuchungen des Kindes ab der Geburt nicht durchgeführt werden und der Nachweis dazu vor Vollendung des 20. Lebensmonates nicht erbracht wird, gebührt das Kinderbetreuungsgeld im dritten Lebensjahr des Kindes nur mehr in halber Höhe. Wir hoffen sehr, dass das ein Ansporn ist an die Eltern, diese ärztlichen Untersuchungen wieder durchzuführen. Für mich persönlich wäre eine andere Koppelung wesentlich und wichtig. Sie haben vielleicht von den dramatischen Vorfällen in den Medien in der letzten Zeit gehört, wo Mütter Kinder alleine lassen über viele Stunden – 24 Stunden in dem einen Fall, in anderen Fällen wird von Tagen gesprochen –, wo Kinder auch im Kleinstkindesalter allein gelassen werden. Ich denke, dass es etwas Ähnliches wie einen psychosozialen Eltern-Kind-Pass geben sollte, wo man zusätzlich zu den ärztlichen Kontrollen und Untersuchungen so etwas wie Elternbegleitung, Elternbildung anbieten sollte, auch verpflichtend, wo es um Fragen der Ernährung, der Hygiene, der Erziehung, aber auch der Psychologie der Kindesentwicklung der jeweiligen Kindesphasen gehen könnte. Das wäre – so glaube ich – in vielen Fällen für manche Eltern eine ganz notwendige Verknüpfung um zu verhindern, dass aus Unwissen oder auch aus Unvermögen schwer wiegende Fehler gegenüber Kindern passieren. Inwieweit man das auch als Vorschlag in Erwägung ziehen könnte, sollten wir doch genauer ins Auge fassen. Grundsätzlich ist es positiv, dass es diese Eltern-Kind-Pass-Untersuchungen im Rahmen des neuen Kinderbetreuungsgeldes wieder geben wird. (Beifall bei der ÖVP. – 15.46 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Die nächste Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Graf.

Abg. Graf (15.46 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren Landesräte, sehr verehrte Damen und Herren!

Ich maße es mir nicht an einer Mutter vorzuschreiben, wann ein Arztbesuch notwendig ist oder nicht. Ich denke, fast alle Eltern sind in der Lage, diese Entscheidung selbst zu treffen. Ich selbst war eine junge Mutter und es war mein erstes Kind. Man ist sich manchmal nicht ganz sicher, manchmal ist eine Mutter zu vorsichtig und dann ist sie zu wenig vorsichtig. Ich für mich habe diese Untersuchungen im Rahmen des Mutter-Kind-Passes für sehr wichtig und notwendig empfunden. Zu den Ausführungen der Frau Abgeordneten Beutl, was Fragen der Ernährung, der Hygiene und Sonstiges betrifft, meine ich, kann man das durchaus mit dem Kinderarzt besprechen, der im Rahmen dieser Untersuchungen zu diesem bereit ist. Wie wir von Zeitungsmeldungen gehört haben, ist es nicht bei jeder Mutter so. Es kann manchmal auch anders kommen, sei es das mit dem Alleinlassen. Wie wichtig die regelmäßigen Untersuchungen sind, hat uns ein sehr tragischer Fall gezeigt, wo ein kleines Baby verhungert beziehungsweise ausgetrocknet ist, ohne dass die Mutter erkannt hat, was hier vor sich geht. Die Schuld kann man hier niemandem zuweisen. Es wurde gefragt, hat die Mutter das nicht erkannt oder warum hat sie ihr Kind nicht untersuchen lassen? Im Nachhinein ist das eigentlich nicht unwichtig, aber es ist einfach die Tatsache da, dass ein Baby tot ist und das geht jedem sehr nahe. Und wenn wir die Möglichkeit haben so etwas zu verhindern und Vorbeugung zu betreiben, was für mich wirklich das Wichtigste ist. Und es ist einfach so, ein Arzt ist ausgebildet, er erkennt viel mehr und wenn es auch nicht um das Schlimmste geht, kann es um Krankheiten gehen, die er früher erkennen kann, wo Medikamente gegeben werden können für eine Vorbeugung und in diesem Rahmen dieser Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen ist das möglich. Und wir haben hier die Möglichkeit etwas zu tun und darum bitte ich Sie, dem zuzustimmen. (Beifall bei der FPÖ. – 15.48 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

16. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 271/1, der Abgeordneten Lafer, List, Rieser und Hammerl, betreffend Kriegsgefangenenentschädigung.

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (15.49 Uhr): Ich darf berichten über den Antrag der Abgeordneten Lafer und List betreffend Kriegsgefangenenentschädigung.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlung mit der Bundesregierung sicherzustellen, dass durch eine Änderung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes alle österreichischen Staatsbürger, die im Verlauf des Zweiten Weltkrieges in Kriegsgefangenschaft gerieten, in den Genuss der Leistung dieses Gesetzes kommen können. Ich bitte um Annahme. (15.50 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Reinprecht. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Reinprecht (15.50 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Bei der Ausschusssitzung am 18. April 2001 wurde der Antrag der SPÖ-Fraktion im Steiermärkischen Landtag, eine Stellungnahme gemäß Paragraf 30 der Geschäftsordnung des Landtages zum Antrag der FPÖ betreffend Kriegsgefangenenentschädigung einzuholen und entgegen den bisherigen Gepflogenheiten mehrheitlich abgelehnt. Deshalb bringe ich jetzt einen Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Reinprecht und Mag. Lackner ein.

Die Ablehnung der FPÖ und ÖVP, eine Stellungnahme einzuholen, ist auch deshalb bedauerlich, weil der Begründungstext der FPÖ fakultativ im Widerspruch mit dem Antragstext steht. Wird im Begründungstext noch darauf hingewiesen, dass es einer Ungleichbehandlung gleich käme, nur Kriegsgefangene, die in ost- oder mitteleuropäischen Staaten in Gefangenschaft gerieten, zu entschädigen und nicht auch solche, welche in anderen Staaten in Gefangenschaft kamen, so fordert der Antragstext eine Entschädigung für alle Kriegsgefangenen. Der Widerspruch ergibt sich daraus, da das Bundesgesetz, mit dem eine Entschädigung für Kriegsgefangene eingeführt wird, BGBl. I Nr. 142/2000, gemäß Paragraf 2 ausdrücklich festlegt, dass Personen von der vorgesehenen Geldleistung ausgeschlossen sind, deren Verhalten in Wort oder Tat mit den Gedanken und Zielen eines freien und demokratischen Österreich unvereinbar war.

Der Antragstext der FPÖ könnte also auch dahin gehend interpretiert werden, dass diese Ausschlussbestimmung eliminiert werden soll.

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass diese Bestimmung des Paragrafen 2 des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes wenig präzise gefasst ist, weshalb Zweifel angebracht sind, ob sie dem Determinierungsgebot entspricht, das heißt ob es sich hier um eine verfassungskonforme Regelung handelt, die dem Sachlichkeitsgebot zu entsprechen vermag.

Darüber hinaus ist es nicht einsichtig, warum die Bundesregierung eine volle Besteuerung der Unfallrenten und Unfallrentnerinnen eingeführt hat, jedoch gemäß Paragraf 4 und Paragraf 10 des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes die Geldleistungen expressis verbis nicht als Einkommen qualifiziert. Damit werden Kriegsgefangene gesetzlich besser gestellt als Unfallrentner und Unfallrentnerinnen. Ob dies sachlich vertretbar ist, sei dahingestellt.

Jedenfalls wäre eine ausführliche Stellungnahme der Landesregierung zu der Forderung der FPÖ-Fraktion im Steiermärkischen Landtag dringend geboten gewesen, um diese Problemfelder zu erörtern.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund mit dem Ersuchen heranzutreten, eine Klärung folgender Fragen hinsichtlich des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes in die Wege zu leiten:

Erstens: Welche sachlichen Kriterien werden hinsichtlich der Ausschlussbestimmung des Paragrafen 2 zur Anwendung gebracht? Zweitens: Warum hat die Bundesregierung eine volle Besteuerung der Unfallrenten eingeführt und Leistungen auf Grund des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes gemäß den Bestimmungen der Paragrafen 4 und 10 als nicht einkommensteuerpflichtig festgelegt und drittens: Aus welchen Gründen hat der Bundesgesetzgeber nur für jene Kriegsgefangenen eine Entschädigung festgelegt, die in mittelost- oder osteuropäischen Staaten wie Albanien, Bulgarien, Polen, der ehemaligen Sowjetunion, Rumänien, der ehemaligen Tschechoslowakei und des ehemaligen Jugoslawiens in Gefangenschaft gerieten? Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 15.54 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile es ihm.

Abg. Wiedner (15.54 Uhr): Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mit diesem ersten Schritt eines Gesetzes für die Kriegsgefangenen, und zwar eine finanzielle Entschädigung für die Kriegsgefangenen, ist ein Meilenstein gelungen. Es ist nach der Regelung für die NS-Zwangsarbeiter beider Regierungen jahre- und jahrzehntelang keine Lösung zusammengebracht haben, nun in diesem Bereich eine kleine Entschädigung für jene gelungen, die Jahre und unter schwersten Bedingungen oft und sicherlich auch nicht freiwillig draußen im Feld waren und im Krieg waren. Es ist hier eine Entschädigung beschlossen worden für etwa 160.000, die betroffen gewesen wären und von denen leben jetzt noch 24.000. Die Kosten dafür wurden mit 86 Millionen Schilling geschätzt. Ich darf noch einmal wiederholen, das war ein Meilenstein einer Anerkennung für jene, die im Krieg draußen waren. Und jetzt geht unser Antrag dahin, dass man dieses Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz erweitert. Das jetzige Gesetz entschädigt nur jene, die in mittelost- oder osteuropäischen Staaten in Kriegsgefangenschaft waren. Das ist ganz konkret angeführt mit Albanien, Bulgarien, Polen, ehemalige Sowjetunion, Rumänien, der ehemaligen Tschechoslowakei oder des ehemaligen Jugoslawiens. Die fallen jetzt unter das Gesetz und die fallen unter diese Entschädigungssätze, die hier angeführt sind, die von 200 bis maximal 500 Schilling pro Monat reichen. Es ist nur wirklich eine ganz kleine Anerkennung, 500 Schilling im Monat zur Pension dazu, davon kann man nicht reden, dass das Unsummen sind, aber es ist zumindest eine kleine Anerkennung dafür, dass man jahrelang Entbehrungen hinnehmen musste und einen Dienst leisten musste, den die überwiegende Zahl nicht wollte.

Es geht in unserem Antrag darum, dass wir eine gewisse Gerechtigkeit setzen wollen, indem wir auch jenen, die in westlichen Staaten in Kriegsgefangenschaft waren, auch eine kleine Entschädigung geben wollen. Ich verstehe daher den Entschließungsantrag des SPÖ nicht, den früher die Frau Kollegin Reinprecht vorgetragen hat,

in dem sie mutmaßt oder so quasi unterstellt, dass der Antragstext auch so interpretiert werden kann, dass auch jene entschädigt werden, die unter diese öminösen Ausschlussbedingungen fallen. Zu den Ausschlussbedingungen vielleicht kurz etwas für diejenigen, die das Gesetz nicht so detailliert kennen: Von diesen im Bundesgesetz vorgesehenen Geldleistungen sind jene Personen ausgeschlossen, deren Verhalten in Wort oder Tat mit den Gedanken und Zielen eines freien, demokratischen Österreich unvereinbar sind. Ich glaube, auf diesen Paragraphen 2 beziehen Sie sich. Liebe Frau Kollegin Reinprecht und all jene, die diesen Antrag mit tragen: Das kann und soll nicht unser Ziel sein. Ich hoffe nicht, dass Sie das so verstehen oder uns unterstellen wollen, dass wir damit jenen Personenkreis legitimieren wollen. Es geht darum, dass all jene, die in Kriegsgefangenschaft waren, eine beziehungsweise jene eine Entschädigung im Ausgleich dafür bekommen so wie jene, die unter die NS-Zwangsarbeiterregelung gefallen sind. Das war ein Meilenstein dieser neuen Regierung, die das innerhalb von kurzer Zeit geschafft hat und 6 Milliarden Schilling für die Zwangsarbeiterentschädigung bereitgestellt und jetzt auch jene eine kleine Entschädigung bekommen, die in Kriegsgefangenschaft in den Oststaaten waren. In weiterer Folge auch jene, die in den Weststaaten in Kriegsgefangenschaft waren. Ich verstehe manchmal wirklich nicht, wo Sie überall Gründe suchen, um irgendwo dagegen zu sein oder etwas ablehnen zu können oder zumindest skeptisch zu sein. Ich bin nicht skeptisch bei Leuten, die jahrelang draußen diesen harten Dienst leisten mussten und das bei Gott nicht wollten. Ich weiß nicht, was sehen Sie hier für Gründe, wenn man denen ein paar 100 Schilling im Monat gibt? Was gibt es hier wieder an möglichen Unterstellungen, dass man jenen Leuten ein paar 100 Schilling in die Hand dafür gibt? Ich bitte, liebe Freunde der SPÖ, tun wir das ein bisschen sachlicher sehen und sehen wir die Dinge so, wie sie wirklich sind. Ich verstehe auch nicht, wenn man jetzt hergeht und auch noch fragt, ob das überhaupt noch Gleichbehandlung ist, weil diese Geldleistung gilt jetzt nicht als Einkommen. Die Unfallrentner und Unfallrentnerinnen müssen jetzt Steuern bezahlen, weil es gerade die Diskussion über die Unfallrente gibt, die ich hier aber jetzt nicht führen möchte, aber dass man diese 200 bis 500 Schilling noch zur Diskussion stellt, ob man die jetzt vielleicht auch noch besteuern könnte – so verstehe ich das, Frau Kollegin Reinprecht oder verstehe ich das falsch? Das ist eine Sache, die ich nicht nachvollziehen kann. Wenn jemand 200 oder 300 Schilling kriegt dafür, weil er in Kriegsgefangenschaft war und vieles erleiden musste und dann fragt man sich vielleicht, könnte man das vielleicht nach dem Gleichheitsgrundsatz wie die Unfallrenten auch noch besteuern? Liebe Freunde, das ist für mich nicht nachvollziehbar. Viel mehr für mich nachvollziehbar ist es, dass man jenen, die auch in westlicher Gefangenschaft waren, eine Entschädigung gibt. Ich ersuche Sie um Unterstützung dieses Antrages! (Beifall bei der FPÖ. – 16.02 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rieser. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Rieser (16.02 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, hoher Landtag!

Ganz habe ich den Antrag der SPÖ-Fraktion nicht verstanden. Es haben gerade die früheren Bundesregierungen die jahrelange Forderung der ehemaligen Kriegsgefangenen ständig ignoriert, dafür aber sonst nicht zimperlich gewesen und es haben sich dementsprechende Schulden angehäuft. So hat die jetzige Bundesregierung unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel erstmals eine positive Entscheidung in dieser Sache gebracht. Ich werde versuchen chronologisch das darzulegen, wie eigentlich in den letzten Jahren mit diesem Thema umgegangen worden ist. Wenn nun die SPÖ hergeht und einen tiefen Griff in die unterste Schublade macht und versucht, Bevölkerungsgruppen untereinander auszuspielen, dann darf ich euch nur sagen, dass wir diesem Antrag sicherlich nicht zustimmen werden. Die jüngsten ehemaligen Kriegsgefangenen sind heute an die 75 Jahre alt. Es handelt sich somit um eine Gruppe von Menschen, die es ohnehin nicht leicht hatte, die es nie leicht hatte und denen schon sehr oft Prügel vor die Füße geworfen wurden. Das hat diese Generation nicht verdient. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Paragraf 2 – Abgeordneter Wiedner hat es schon angesprochen – ist in diesem Erweiterungsantrag überhaupt nicht angesprochen. Diese Entschädigung ist eine Entschädigung, meine sehr verehrten Damen und Herren, und kann nicht als Einkommen bezeichnet werden. Ich möchte aber schon kurz in die Tiefe gehen: Insgesamt waren 494.923 Österreicher während des Zweiten Weltkrieges in Kriegsgefangenschaft und weitere rund 100.000 Österreicher kamen nach wenigen Wochen oder nach wenigen Tagen wieder zurück. Diese sind hier nicht Gegenstand der Betrachtung. 335.334 Österreicher befanden sich in Gewahrsam von westlichen Staaten und 159.589 in den östlichen Staaten. Die Rückführung der Kriegsgefangenen aus dem Westen – ich spreche hier die USA, England, Frankreich, Übersee und Belgien an – war im Großen und Ganzen 1946 wesentlich beendet, die Letzten kamen 1948 zurück. Nicht so im Osten: Der letzte Kriegsgefangenenentransport aus dem Osten – Sowjetunion, Jugoslawien, Polen und andere – traf erst am 23. Dezember 1956 in Österreich ein. Ab diesem Zeitpunkt waren noch etwa 30 ehemalige Kriegsgefangene und Zivilisten aus der Sowjetunion heimgekehrt. Die Letzte, die aus der Sowjetunion zurückgekommen ist, war im Jahre 1994 Frieda Wagner, die ich persönlich in Sibirien gefunden und wieder in die Heimat zurückgebracht habe. Von den 159.589 österreichischen Gefangenen im Osten waren in der Sowjetunion 142.815, in Jugoslawien 15.856, in Polen 679, in Rumänien 97 und in anderen Staaten 142. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 25. Juni 1958 beschloss die Bundesregierung das Gesetz über eine finanzielle Hilfeleistung der Spätheimkehrer. Anspruchsberechtigt nach dem Spätheimkehrergesetz waren alle österreichischen Staatsbürger, die nach dem 30. April 1949 nach Österreich zurückgekehrt sind und die ihren Wohnsitz in Österreich hatten. Dabei handelte es sich um insgesamt 12.500 Personen. Der damalige Innenminister der SPÖ, Oskar Helmer, war für dieses Gesetz ein Pionier. Wenn man von Spätheimkehrern spricht, muss man natürlich auch auseinanderhalten, es waren 9000 aus der Sowjetunion und 3500 aus Jugoslawien. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn man von Kriegsgefangenen spricht in der Sowjetunion und Jugoslawien, so muss man vier Kategorien von Gefangenen unterscheiden. Einmal die Kriegsgefangenen, das sind normale Kriegsgefangene, Kriegsgefangene, die Arbeitsverträge eingegangen waren, das war in der Sowjetunion nicht möglich, sehr wohl aber in Jugoslawien. Sehr häufig verurteilte Kriegsgefangene – die zweite Gruppe, kriminell beziehungsweise Lagervergehen wegen vergeblichen Menschenrechtsvergehen und verurteilte Zivilisten, die fallen auch in diese Gruppe hinein. Das waren Sozialisten, das waren Kommunisten, Facharbeiter, Auslandsösterreicher, Manager, Diplomaten und die Verschleppten. Die vierte Gruppe waren die Zivilisten ohne Verurteilung, meistens waren es Volksdeutsche. Aber auch bitte dazu zählte Frau Frieda Wagner, die einfach mitgenommen worden ist, der man in Lembach dann den Prozess gemacht hatte. Sie ist dann nach Sibirien gekommen und hat dann nicht mehr die Möglichkeit gehabt zurückzukommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin schon der Meinung, dass auch wir hier beschließen sollen, wo die Bundesregierung aufgefordert wird, dass auch jene, die im Westen gewesen sind, hier diese Entschädigung bekommen sollen. Bundeskanzler Gorbach war das ein Anliegen der Heimkehrer und ich möchte und habe den damaligen Herrn Innenminister bereits angesprochen, Bundeskanzler Gorbach hatte damals gerade bei diesen Verhandlungen mit dem Heimkehrerverband Österreich sich nicht dementsprechend durchgesetzt beim Kreuzbacher Abkommen. Und es hat damals in den siebziger Jahren das natürlich der Österreichischen Volkspartei auch dementsprechende Vorwürfe gebracht. Am 30. November 1967 – sehr interessant nachzulesen – hat der damalige SPÖ-Abgeordnete Mondl im Nationalrat kategorisch diese Entschädigung verlangt. Und am 5. Oktober 1972 ist dann ein Vorschlag beziehungsweise ein Entschädigungsgesetz in Entwurf gewesen, eingeleitet vom damaligen Finanzminister Dr. Hannes Androsch. Im Jahr 1974 gab es dann Gespräche mit dem Österreichischen Heimkehrerverband, mit dem damaligen Bundeskanzler Kreisky. Kreisky sagte, dass wir dafür im Budget kein Geld hätten. Es ist dann weitergegangen in den Jahren 1978 bis 1983, wo sehr interessant der damalige Sozialminister Dallinger sagte beziehungsweise zur Ausführung brachte, dass die Genfer Kriegsgefangenenkonvention von 1929 und 1949 Österreich nicht verpflichtet, hier eine Leistung zu tragen. Erstens muss ich sagen, dass die Genfer Kriegsgefangenenkonvention nicht im Jahr 1929 und 1949 war, sondern 1933 und vom Osten, von der Sowjetunion nie ratifiziert wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht dann weiter, ich möchte nicht zu lange werden, über das Jahr 1984, wo es dann wiederum einen Kompetenzstreit gegeben hat, daraufhin mehrere Anfragen im Parlament. Unter anderem hat der damalige Sozialminister Haupt eine Anfrage gerichtet an den Herrn Bundeskanzler Vranitzky, was ebenso nicht dementsprechend behandelt worden ist. Ich glaube, dass es höchst an der Zeit ist, dass wir dieser schwer geprüften Generation, die dieses Land aufgebaut hat, dass wir nicht diskutieren zwischen Ost und West und dass man jenen zirka 50.000 noch Lebenden auch diesen Zugang zu dieser Entschädigung ermöglicht, wo ohnehin nur 200 bis 300 Schilling monatlich auf Grund der kurzen Zeit herauskommen würden. Ich bitte daher wirklich, dass dieser Antrag heute hier einstimmig beschlossen wird. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 16.12 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hagenauer. Bitte!

Abg. Hagenauer (16.13 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte kurz zu diesem Antrag aus der Sicht der Grünen etwas sagen. Wir teilen über weite Strecken den Inhalt des Entschließungsantrages der Sozialdemokratie, der sich darauf beruft, dass in dieser sensiblen Materie nicht die notwendige klare Formulierung im Antrag der Freiheitlichen Partei gefunden wurde. Ich möchte das aus meiner Sicht auch kurz noch einmal begründen:

Ich gehe wie gesagt davon aus, der Herr Kollege Rieser hat jetzt immer wieder den Umstand allgemein der Kriegsgefangenen nach dem Zweiten Weltkrieg und den Inhalt des konkreten Antrags, über den wir hier abzustimmen haben, nämlich jener Kriegsgefangenen, die nicht in den mittelosteuropäischen Ländern gefangen waren, sondern in englische, amerikanische beziehungsweise französische Gefangenschaft gekommen sind, vermischt. Ich möchte wie gesagt betonen und gehe eigentlich davon aus, dass das Allgemeinut ist und dass es sich hier um eine sehr sensible Materie handelt, ganz allgemein formuliert. Ich bin leider stellenweise hier noch einmal bestärkt worden in meinen Bedenken, wenn Sie etwa – Herr Kollege Wiedner – gesagt haben, die ominösen Ausschlussbedingungen, nämlich jene Ausschlussbedingungen, die also – es ist das schon zitiert worden – Leute betreffen, die offenbar keinen Anspruch haben sollen im Sinne des Gesetzes, weil sie sich also für den – ich formuliere das jetzt allgemein einmal – Nationalsozialismus betätigt haben. Das als ominöse Ausschlussbedingung zu bezeichnen, finde ich ein starkes Stück. Und es bestätigt mich genau in meinen Bedenken. Oder wenn man sagt, dass die Leute, die im Krieg waren beziehungsweise in Kriegsgefangenschaft gekommen sind, das bei Gott nicht wollten beziehungsweise dass hier eine Generation betroffen sei. Letzteres war Ihre Formulierung, Herr Kollege Rieser. Wissen Sie, das ist zu allgemein formuliert. Ich weiß nicht, ob ich das soll, ich habe mir das jetzt längere Zeit überlegt, ich kenne diese Sachen natürlich wie die meisten von Ihnen aus Erzählungen der Väter beziehungsweise der Großväter. Mein Vater ist schon seit einigen Jahren verstorben. Er war auch lange Jahre im Krieg, war auch nachher gefangen, in englischer Gefangenschaft übrigens. Und ich glaube, er war nicht ganz untypisch für einen persönlichen Weg, mein Vater war Nationalsozialist, wo er im Laufe dieses Krieges erkannt hat, dass das, was er politisch durchaus mitgetragen hat, für das er mitverantwortlich war, eine Entwicklung genommen hat, die er nicht unbedingt vorausgesehen hat, was ihn aber seiner Verantwortung nicht enthebt. Jetzt steht es mir nicht zu, von dieser Stelle aus über meinen Vater und seinen politischen Weg zu reden, aber ich

bringe es nur als Beispiel dafür dass man trennen muss bei so einer Materie auch in Hinblick darauf, dass sich Derartiges in Zukunft nicht wiederholt. Man muss zwischen den Lehren, zwischen den Konsequenzen trennen, die wir zu ziehen haben, den politischen und natürlich der persönlichen Verantwortung, der niemand in so einer Situation entgeht. Das heißt, aus meiner Sicht hätte man, um das zu wiederholen, in dem Antrag diese Sachen in einer derartigen Formulierung jedenfalls einmal klarstellen müssen, was damit überhaupt gemeint ist. Diese Formulierung „für alle Kriegsgefangenen“ ist einfach unzureichend und wird dem Ernst dieser Materie nicht gerecht. Das Zweite: Wissen Sie, in aller Regel, und es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass die meisten Betroffenen schon sehr alt oder leider schon verstorben sind, war es doch so, wenn ich mich nicht irre, dass, wenn man in so genannte westliche Kriegsgefangenschaft gekommen ist, man bis zu einem gewissen Grad – ich zitiere jetzt auch wieder meine Vätergeneration – von einem Glücksfall hat reden können. Da ist einem genau das erspart geblieben, wovon Sie gesprochen haben, Herr Kollege Rieser. Ich gehe auch davon aus, dass ein derartiger Antrag missverständlich sein könnte, nämlich insofern, als man das Schicksal eines Kriegsgefangenen, der in amerikanische oder in sowjetische Kriegsgefangenschaft gekommen ist, gleichstellt. Ich halte das für politisch sensibel – um das vornehm zu formulieren. Ich lese in diesem Antrag nichts davon. Ich lese auch nichts davon, und da machen wir uns auch nichts vor, dass, wenn jemand längere Zeit etwa in alliierter, in westlicher Kriegsgefangenschaft war, dann mit einer großen Wahrscheinlichkeit sehr wohl etwas Politisches verbunden war. Das waren halt die Glasenbacher, das waren sie halt. Das waren SS-Angehörige. Das waren Leute, die man sich politisch in irgendeiner Form näher angeschaut hat, sonst wären die Leute nicht jahrelang in Kriegsgefangenschaft gehalten worden etwa von den US-Amerikanern. Das war nicht der Fall, jedenfalls nicht nach Kriegsende. (Abg. Wiedner: „Das ist eine Unterstellung!“) Das ist keine Unterstellung, sondern das ist sehr häufig der Fall gewesen. (Abg. Rieser: „Gewaltiger Untergriff!“) Ich sage nicht, dass das in jedem einzelnen Fall so war. Aber es war sehr häufig der Fall. Wenn man dieser Problematik nicht Rechnung trägt, sondern so einen kurz gefassten unsensiblen Antrag vorlegt, dann wird man dieser Materie leider nicht gerecht und wir können daher diesem FPÖ-Antrag unter keinen Umständen zustimmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 16.21 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nochmals zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Ich erteile es dir.

Abg. Dr. Reinprecht (16.21 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Nochmals zum Antrag der FPÖ: Ich würde erstens einmal davor warnen, so allgemein, wie es der Herr Abgeordnete Wiedner getan hat, die Frage der Zwangsarbeiterentschädigung, sprich die Entschädigung jener Menschen, die vor allem aus dem Osten nach Österreich, nach Deutschland verschleppt worden sind und zur Zwangsarbeit gezwungen wurden, mit der Frage der Kriegsgefangenenentschädigung so eng zu verknüpfen. Das ist etwas ganz anderes, wenn Menschen als Teil einer kämpfenden Truppe in Gefangenschaft geraten oder wenn Menschen verschleppt werden. Das ist auch völkerrechtlich etwas ganz anderes und auch juristisch gesehen etwa ganz anderes. Der zweite Punkt: Ich verstehe schon, dass es Menschen gibt, für die das Schicksal der ehemaligen Kriegsgefangenen ein großes Anliegen ist. Aber was auch dazugesagt werden muss, und Herr Kollege Hagenauer hat darüber dankenswerterweise schon sehr genau, sehr ernsthaft und eigentlich sehr beeindruckend gesprochen, wir sollen nicht immer nur von Soldaten sprechen. Wir sollen auch von den Frauen und Männern sprechen, die zum Beispiel unter diesen schrecklichen beiden Kriegen in diesem Jahrhundert gelitten haben, vor allem im Zweiten Weltkrieg, und Zivilisten, vor allem Frauen und Kinder, waren die Hauptopfer dieser Kriege. Auch das muss einmal gesagt werden. Auch heutzutage ist es besser, einer kämpfenden Truppe anzugehören, weil die Überlebenschance viel höher ist, als zum Beispiel Zivilist zu sein. Auch das muss klar und deutlich vor aller Soldatenherrlichkeit gesagt werden. Ein weiterer Punkt, weil hier so moralisierend gesprochen wurde, wir wollen diesen Leuten noch mit der Besteuerung ein Geld wegnehmen: Wir sind gegen die Besteuerung der Unfallrenten, also sind wir auch folgerichtig, weil wir für Gleichbehandlung sind, gegen die Besteuerung dieser Entschädigungen. Ein letzter Punkt, Herr Abgeordneter Wiedner, und auch darüber hat dankenswerterweise Herr Hagenauer heute schon sehr deutlich gesprochen: Der Antrags-text ist dem Ernst dieser Sache entsprechend einfach zu allgemein formuliert. Wenn Sie, ohne das genau auszuführen, was Sie meinen, davon sprechen, dass alle österreichischen Staatsbürger, die im Verlauf des Zweiten Weltkrieges in Kriegsgefangenschaft gerieten, in den Genuss der Leistung dieses Gesetzes kommen können, dann müssen wir schon annehmen, dass Sie klammheimlich den Paragraphen 2 wegbringen wollen. (Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – 16.24 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 271/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. (Abg. Stöhrmann: „Zählen bitte!“)

Ich bitte nochmals um Abstimmung. Wer dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 271/1 die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme dieses Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Kriegsgefangenenentschädigung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Bei den Tagesordnungspunkten 17 und 18 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

17. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 85/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa und Stöhrmann, betreffend den Ausbau der Schiregion Aflenz.

Berichtersteller ist der Herr Landtagsabgeordnete Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (16.26 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Antrag der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa und Stöhrmann betreffend den Ausbau der Schiregion Aflenz. Die Region Aflenz-Thörl hat seit 1990 mehrere 100 Industriearbeitsplätze verloren. Durch den Konkurs der Berglift AG. Aflenz-Bürgeralm kam es ebenfalls zu einem gravierenden wirtschaftlichen Rückschlag im Tourismus der gesamten Region. Da sich die Aufstiegshilfen wie die Abfahrt in einem nicht sehr guten Zustand befinden, kam es zu weiteren Rückgängen der Besucher in der Schiregion Aflenz-Thörl. Es ist daher notwendig, diese Schiregion völlig neu auszubauen. Da die Region selbst nicht in der Lage ist diese Mittel aufzubringen, ist eine maßgebliche Unterstützung des Landes unbedingt erforderlich. Eine negative Entscheidung des Landes würde das wirtschaftliche Aus für die ganze Region Aflenz-Thörl bedeuten.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine maßgebliche Beteiligung des Landes bei der Berglift Aflenz-Bürgeralm-Fortbildungs GesmbH. zu beschließen. Ich bitte um Annahme. (16.28 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zum Tagesordnungspunkt

18. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 86/1, der Abgeordneten Stöhrmann und Schrittwieser, betreffend Sicherung der Schiregion Brunnalm-Hohe Veitsch.

Berichterstellerin ist die Frau Landtagsabgeordnete Margarethe Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (16.28 Uhr): Ich berichte über den Antrag der Abgeordneten Stöhrmann und Schrittwieser, betreffend Sicherung der Schiregion Brunnalm-Hohe Veitsch.

Auf der Brunnalm (Schiregion Hohe Veitsch) werden vom Wintersportverein Veitsch und der Agrargemeinschaft Brunnalm-Veitsch drei Schischlepplifte betrieben. Es handelt sich zwar um ein kleines Schigebiet mit einem Umsatz von 4 Millionen Schilling, das durch den Bau einer Schneeanlage betriebssicherer gemacht worden ist. Das Ziel, die Rückzahlungen termingerecht abzuwickeln, konnte in den letzten Jahren leider nicht durchgeführt werden. Der Liftbetrieb kann derzeit nur unter Aufwendung von tausenden freiwillig geleisteten Stunden einiger weniger Vereinsmitglieder aufrechterhalten werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die Landeholding mit der Erstellung eines Konzeptes betreffend den Ausbau der Schiregion Brunnalm-Hohe Veitsch zu beauftragen und zweitens für die bestmögliche Förderung dieser Schiregion einzutreten.

Und ich berichte über den schriftlichen Bericht:

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seinen Sitzungen am 6. Feber 2001 und 24. April 2001 Beratungen über den oben genannten Antrag durchgeführt.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 86/1, der Abgeordneten Stöhrmann und Schrittwieser, betreffend Sicherung der Schiregion Brunnalm-Hohe Veitsch, wird zur Kenntnis genommen. (16.30 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Schrittwieser. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrittwieser (16.31 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben in vielen Diskussionen in diesem Hohen Haus mehrfach festgestellt, dass, was den Ausbau der Schiregionen vor allem für unsere Leitbetriebe betrifft, vieles passiert ist und dass auch heute mit Recht gesagt werden kann, dass sich diese Investitionen gerechnet haben. Das sind Investitionen, die die Regionen nach vorne gebracht haben. Und wir wissen, dass die Nächtigungszahlen in diesen Regionen, wo wir wirklich investiert haben, sich wesentlich verbessert haben. Wir haben Beschäftigung geschaffen. Wir haben aber vor allem in den Regionen, wo das Land Steiermark investiert hat, ob das im Ennstal war, am Präbichl war, ob es im Mariazeller Land war, ob es in vielen anderen oder auf der Riesneralm war, haben wir überall nachher festgestellt, wo wir auch Bedenken gehabt haben, ob sich denn diese Investition rechnet oder nicht, haben wir im Nachhinein feststellen können und der Herr Landesrat Hirschmann hat mit Recht hier gesagt, wir haben hier gute Entwicklungen, wir haben hier eine Entscheidung getroffen, die eine gute war für die Region, für die Menschen, für unser

Land und auch für die Beschäftigung. Und wir wissen, dass wir unsere Leitbetriebe und vor allem, was das Schifahren jetzt betrifft, die Thermen sind heute nicht das Thema, die Zentren voll ausgebaut haben, natürlich ständig verbessern müssen, zu dem wir uns auch bekennen. Was wir aber nicht wollen ist, meine Damen und Herren, dass die kleinen Schiregionen – und da gibt es noch mehrere – jetzt auf der Strecke bleiben und wir sagen, jetzt haben wir kein Geld dafür. Jetzt weiß ich schon, dass der Landesrat Ressel nicht einer war, der mit der Fahne vorweg gegangen ist und gesagt hat, die Aflenzer Bürgeralm müssen wir ausbauen, aber es waren viele in diesem Hohen Haus der Meinung, jawohl, wir müssen das, weil sich ansonsten die Region um Aflenz vom Tourismus her und auch von der Wirtschaft her nicht erfängt. Ich sage wirklich, wenn wir diese Region nicht ausbauen und die Studie um eine Million Schilling, die jetzt wieder ein Experte macht, von denen haben wir schon genug, die wird uns nicht weiterbringen, das ist ein Symbol, die Aflenzer Bürgeralm, und wenn wir diese nicht ausbauen, werden sie bald oben das letzte Wirtshaus zusperren, das letzte Geschäft. Jetzt tu ich nicht schwarz malen, weil es waren ja die Frau Landeshauptmann, Landesräte Hirschmann, Paieryl und viele andere und auch der Genosse Straßberger und ich wissen, wie es hier gestellt ist. (Abg. Straßberger: „Wie bitte?“) Habe ich etwas Falsches gesagt? (Abg. Straßberger: „Du hast Genosse zu mir gesagt!“) Entschuldige, das könnte dir Freude machen, aber du bist es nicht. Entschuldige, dass ich mich versprochen habe. (Abg. Straßberger: „Wir verstehen uns!“)

Aber wir wissen, meine Damen und Herren, dass jetzt, was den Ausbau dieser kleinen Regionen betrifft, nicht der richtige Weg gegangen wird. Wir gehen jetzt her und sagen, das ist eine Konkurrenz. Das ist so ein Blödsinn, wenn ich das höre. Wenn ich in Schladming zum Beispiel höre, das ist eine Konkurrenz zu Schladming, das ist unmöglich. Das kann keine Konkurrenz zu Schladming sein. Was die jetzt wollen ist, die gleichen Bedingungen wie Eisenerz, nämlich dass die Holding diesen Betrieb übernimmt, dort ihre Investitionen tätigt, weil sich die Investitionen zugegebenerweise nicht rechnen oder nicht verdienen lassen. Das haben wir in Eisenerz so gemacht, im Mariazeller Land, Riesneralm und in anderen Regionen auch, und jetzt wollen die nichts anderes als eine Gleichbehandlung. Und indem ich dort lebe und weiß, dass die Betroffenheit dort groß ist und die Leute hoffnungslos in gewissen Bereichen sind, bin ich der Meinung, so kann es nicht sein. Ich bitte noch einmal, wenn ihr heute auch diese Bürgeralm zu Grabe trägt und jetzt sagt, gut, wegen der EU dürfen wir nicht. Erstens ist noch nie ein Notifizierungsansuchen in Brüssel eingelangt. Man mutmaßt und sagt, das Bundeskanzleramt trägt das nicht weiter, weil dort bekommen wir keine Zustimmung, weil das ist Wettbewerbsverzerrung. Wettbewerbsverzerrung ist für mich, wenn jetzt das nicht so gemacht wird, weil wir haben rundherum, wo die Aflenzer Bürgeralm liegt, alle Betriebe mit 80-, 90-prozentigem Investitionszuschuss gefördert und da macht man das nicht. Wenn ich schon meine, die EU ist es, wenn ich das politisch wirklich will, kann man auch intern über die Holding oder über Kapitalaufstockungen anderer Betriebe, die sich dann dort beteiligen, auch diese Bürgeralm ausbauen und dort das machen. Das ist das, was ich euch nicht ersparen kann, meine Damen und Herren von der ÖVP und auch von der FPÖ, weil der Landesrat Schmid zum Beispiel hat Pressekonferenzen in Bruck gegeben und hat gesagt, warum bauen wir noch nicht? Die Bürgeralm gehört ausgebaut, selbstverständlich. Ich höre heute nichts mehr davon. Die Kollegin Graf wird das heute mitverantworten müssen, wenn sie gegen diesen Antrag ist, ich weiß es noch nicht, weil sie ja lebt in der Region und weiß, was dort los ist, wie ich hoffe. Aber ich muss heute – ich habe das schon einmal gesagt – schon noch einmal sagen, wenn ich mir anschau, wie oft der Kollege Straßberger in Aflenz war und erzählt hat, der Schrittwieser und der Ressel verhindern den Ausbau der Bürgeralm, die tun nichts weiter. (Abg. Straßberger: „Ich werde dir das zeigen, habe ich alles da!“) Da hat es Bürgerversammlungen gegeben und, und, und. Da hat es Presseartikel gegeben. Aber jetzt denke ich mir, den Kollegen Straßberger können wir nicht wirklich verantwortlich machen, weil für die Regierung kann er auch noch nicht sprechen so wie ich auch nicht, aber dann sind noch größere gekommen wie der Kollege Hirschmann, mit dem ich einige Gespräche geführt habe, der Herr Landesrat Paieryl ist gekommen und hat gesagt, natürlich unterstützen wir das, weil das ist eine wichtige Sache, weil sie die Ressortverantwortung noch nicht gehabt haben. Und dann sind Wahlen gekommen, ich habe das schon einmal gesagt, aber das kann man nicht oft genug sagen, weil ich meine, so soll man nicht Politik machen. Dann kommt die Frau Landeshauptmann eine Woche vor der Wahl auf den Hauptplatz in Bruck an der Mur und erklärt dort Folgendes: „Wenn wir in die Lage versetzt werden, den Beteiligungs- und Finanzreferenten zu stellen, dann wird die Aflenzer Bürgeralm gebaut!“ Der Bürgermeister, der ein sehr fleißiger, aufrichtiger und freundschaftlicher Bürgermeister war, ist leider schon verstorben, hat dann ein Schreiben ausgeschickt, in dem er anführt, dass die Frau Landeshauptmann das erklärt hat. Zehn Tage vor der Wahl ging dieses Schreiben an jeden Haushalt: „Wenn wir das alles schaffen, dann wird die Bürgeralm ausgebaut!“ Alle haben wir uns darüber gefreut und auch gehofft, dass das kommt. Nach der Wahl habe ich mir gedacht, jetzt wird es wohl bald soweit sein. Es hat auch viele andere Besuche in der Region von ÖVP-Spitzenpolitikern gegeben. Ich meine daher, wenn sie das will und wirklich ernst gemeint hat, denn ich kann mir daher nicht vorstellen, dass es nicht stattfindet, zumindest sagt sie das immer, dass dies auch passieren wird. Am 1. März hat die Frau Landeshauptmann Folgendes gesagt: „In diesem Budget muss ein Brocken Geld vorgesehen werden. Es müssen die Planungen fertiggestellt werden, weil mit dem Ausbau der Bürgeralm muss in diesem Jahr noch begonnen werden!“ Ich kann die Zitate vorlegen und vortragen, sollten diese widerlegt werden, möchte es euch aber ersparen, weil das habe ich schon gemacht. Diese Art der Politik, dass, meine Damen und Herren, man die Leute so hängen lässt, ihnen vor der Wahl etwas vormacht und ganz etwas anderes sagt, als nachher gehandelt wird, lehnen wir ab. Ich ersuche dich, Herr Landesrat, denn du bist jetzt zuständig als der Allmächtige im Tourismus, für die Bürgeralm etwas zu tun. Finanzreferent Paieryl ist derjenige, der die Finanzmittel, wenn man das will, auch über die Landesholding oder über Betriebe der Holding locker machen kann. Ich bitte nochmals Abstand zu nehmen, dass dieses wichtige Projekt zu Grabe getragen wird. Ich glaube, wenn die Bürgeralm ausgebaut ist, wenn sie moderne Lifanlagen hat, wenn die Abfahrt stimmt, wenn die Beschneiungsanlagen neu sind, dann ist es genauso ein Betrieb wie die Riesneralm oder

andere, dass sich der Betrieb dann rechnet. Es geht dort nicht nur ein Stück Region verloren. Daher bringe ich folgenden Entschließungsantrag ein und ersuche die Damen und Herren des hohen Hauses, diesem Entschließungsantrag zuzustimmen.

Unselbstständiger Entschließungsantrag der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa und Stöhrmann. Die Region Aflenz-Thörl hat seit 1990 mehrere 100 Industriearbeitsplätze verloren. Durch den Konkurs der Berglift AG. Aflenz-Bürgeralm kam es ebenfalls zu einem gravierenden wirtschaftlichen Rückschlag im Tourismus der gesamten Region. Da sich die Aufstiegshilfen wie die Abfahrt in einem nicht sehr guten Zustand befinden, kam es zu weiteren Rückgängen der BesucherInnen in der Schiregion Aflenz-Thörl. Es ist daher notwendig, diese Schiregion völlig neu auszubauen. Da die Region selbst nicht in der Lage ist diese Mittel aufzubringen, ist eine maßgebliche Unterstützung des Landes unbedingt erforderlich. Eine negative Entscheidung des Landes würde das wirtschaftliche Aus für die ganze Region Aflenz-Thörl bedeuten. Ein diesbezüglicher Antrag der steirischen Sozialdemokratie für eine Unterstützung des Landes bei den geplanten Ausbauprojekten wurde der Steiermärkischen Landesregierung zur Stellungnahme übermittelt. Diese legte, eingebracht durch Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann und mit ÖVP-FPÖ-Mehrheit in der Landesregierung beschlossen, eine negative Stellungnahme zum Ausbau dieses Schigebietes vor. ÖVP und FPÖ beschlossen dazu auch einen dieses Ausbauprojektes ablehnenden Bericht im zuständigen Ausschuss des Steiermärkischen Landtages. Die steirische Sozialdemokratie bekennt sich zur Fortführung des vom früheren Beteiligungsreferenten begonnenen Erfolgskurses der Landesholding beim Ausbau der steirischen Thermen und Schiberge und tritt vehement gegen diese von ÖVP und FPÖ provozierte Absage gegen die Region in und um Aflenz ein. Der Steiermärkische Landtag hat mit diesem vorliegenden Antrag die Chance, diese Fehlentscheidung zu korrigieren. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens sich zur Notwendigkeit einer touristischen Entwicklung der Region in und um Aflenz zu bekennen und zweitens als ersten Schritt dafür eine maßgebliche Beteiligung des Landes bei der Berglift Aflenz-Bürgeralm-GesmbH. zu beschließen. Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 16.42 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (16.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Landesräte!

Es ist für mich keine Frage, dass jeder gerne eine tolle Schiregion, einen schönen Schiberge hätte. Ich frage mich aber schon, warum Aflenz bis jetzt noch nicht ausgebaut wurde. Wir haben bei der letzten Sitzung gehört, als Landesrat Hirschmann hier erklärt hat, dass Landesrat Ressel gesagt hat: „Solange ich hier zuständig bin, wird Aflenz sicher nicht ausgebaut“, weil es eine ÖVP-Gemeinde war – der Präbichl wurde zum Beispiel ausgebaut. Ich muss daher schon sagen, es gab einen örtlichen Abgeordneten hier im Landtag, der nicht massiv Druck bei Landesrat Ressel gemacht hat. (Abg. Schrittwieser: „Entschuldige, Frau Kollegin, wer hat das gesagt?“) Sie waren der langjährige Abgeordnete im Landtag und sagen jetzt, Sie sind für die Menschen in der Region. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – Abg. Schrittwieser: „Wir sind vor der Wahl zu diesem Projekt gestanden und tun es nach der Wahl auch!“) Ich stehe auch zur Aflenzer Bürgeralm. (Abg. Schrittwieser: „Wenn wir zu wenig Druck gemacht haben, dann könnt ihr es jetzt ja korrigieren. Ihr braucht nur zuzustimmen!“) Sie werden dann sehen, ob ich dem zustimme oder nicht. Es ist jedenfalls so, dass Sie jetzt sagen, Sie sind für die Menschen, für die Region, für die Kleinen. Das war damals scheinbar nicht so, weil sonst hätten Sie Ihren eigenen Landesrat davon überzeugen müssen. Das ist meine Meinung. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Andere Probleme hat es in der Region in der Form gegeben, dass sich die diversen Gemeinden untereinander nicht einig waren und nicht alle an einem Strang gezogen haben. Jetzt ist es so, dass alle Projekte, die von Ihren zuständigen Landesräten nicht umgesetzt und durchgesetzt wurden, aus der Schublade gezogen werden. In örtlichen Aussendungen in unserer Region wird die FPÖ dafür verantwortlich gemacht, dass die Bürgeralm nicht ausgebaut wird. (Abg. Schrittwieser: „Mitverantwortlich!“) Mitverantwortlich ist verantwortlich. Wie schon gesagt, ich war immer für den Ausbau der Bürgeralm und ich bin auch für den Ausbau der Bürgeralm. Dass es zu einer negativen Stellungnahme gekommen ist, das wissen Sie. Es gibt EU-Richtlinien, die einzuhalten sind und die sind jetzt so. Der Entschließungsantrag, den Sie eingebracht haben, ist für mich ein Widerspruch eigentlich in sich. Wenn hier steht „Rückschlag im Tourismus, Aufstiegshilfen für die Abfahrt sind in einem schlechten Zustand und es gibt weitere Rückgänge und weiters steht unterhalb wir bekennen uns zur Fortführung des Erfolgskurses“, dann frage ich mich, ist das nicht irgendwie ein Widerspruch in sich? Für mich ist das ein Widerspruch. (Beifall bei der FPÖ.)

Nochmals: Ich bekenne mich zur Aflenzer Bürgeralm, auch wenn ich mit diesem Entschließungsantrag wirklich nicht einverstanden bin. Ich sage es nochmals: Die Verantwortung liegt hier bei den früheren Abgeordneten, die es nicht ermöglicht haben, dass die Aflenzer Bürgeralm zu diesem Zeitpunkt schon ausgebaut ist. (Beifall bei der FPÖ. – 16.46 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöhrmann (16.46 Uhr): Du als Tourismussprecher wirst mir sicherlich Recht geben bei dem, was ich jetzt sage.

Sehr verehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat! Eines, liebe Frau Kollegin Graf, muss ich schon sagen: typisch für diese Fraktion, typisch: Wasser predigen und Wein trinken. (Beifall bei der SPÖ.)

Auf der einen Seite zu sagen, ich bin selbstverständlich für den Ausbau der Bürgeralm, aber zustimmen tu ich nicht, denn ich bin mit dem Beistrich nicht einverstanden. (Beifall bei der SPÖ.) So verhält sich die Fraktion der Freiheitlichen, und zwar nicht nur bei diesem wichtigen Projekt, sondern auch bei vielen anderen Dingen. Sie predigen Wasser und trinken Wein. Das ist die Tatsache, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Abg. Lafer: „Das ist unehrlich und nicht die Wahrheit!“) Aber zurückkommend auf den nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich den Ausbau der Schiregion Brunnalm-Veitsch.

Lieber Herr Landesrat, du hast heute schon von der schönen Steiermark gesprochen und ich habe dir Recht gegeben. Und ein wirklich ganz schönes Stück dieser schönen Steiermark ist das Veitscher Tal und das Schigebiet Brunnalm-Veitsch. Wenn man sich das nämlich wirklich genau anschaut, dann kommt man drauf, dass es das einzige Schigebiet zwischen den Voralpenschiliften Annaberg, Josefsberg und so weiter und dem steirischen Wahrzeichen, das wir auch in unserer Hymne besingen, unserem Dachstein ist, von dem man sagen kann, dass es annähernd und in etwa hochalpinen Charakter hat. Man muss sich diese Veitsch einmal vor Augen führen, ob im Winter, im Frühling oder im Sommer, es ist eine Augenweide. Und es war natürlich ganz klar, dass sich seinerzeit heimische Sportbegeisterte – und das ist auch typisch für dieses Schigebiet, weil es typisch ist für die Menschen in der Steiermark, die mit eigener Hände Kraft etwas schaffen – drum hat sich damals dort der WSV Veitsch, eine Gruppierung von interessierten Schifahrern, zusammengeschlossen, haben unter privatem Mitteleinsatz, unter Einsatz von vielen tausenden Arbeitsstunden es geschafft, dass sich dort ein Schigebiet etabliert und entwickelt hat. Und es ist sehr gut gelaufen. Man konnte auch die aufgenommenen Kredite anfangs zurückzahlen. Und weil es so gut gelaufen ist, man stelle sich das vor, auf einmal sind heimische Grundbesitzer, Bauern aus der Veitsch, die so genannte Agrargemeinschaft Veitsch gekommen und hat einen zweiten Schilift errichtet, weil man gesehen hat – (Abg. Straßberger: „Positiv!“) Jawohl, Kollege Straßberger, weil man gesehen hat, dass sich dieses Schigebiet positiv entwickelt. Aber dann sind Umstände eingetreten, auf die diese fleißigen Menschen in der Veitsch keinen Einfluss hatten. Es wurden nämlich mit Millionen des Landes, mit viel Aufwand an finanziellen Mitteln, mit Unterstützung auch des Landes andere Schigebiete ausgebaut. Und die Veitsch, die nicht über diese Mittel verfügt hat, ist leider Gottes auf dem Stand der achtziger Jahre stehen geblieben. Und wenn man weiß, wie anspruchsvoll heute die Kundschaft ist, dann kann man sich vorstellen, dass der Zuzug in die Veitsch nicht mehr so ist wie er einmal war, trotzdem dass wir im näheren Einzugsgebiet der Großstadt Wien und der Stadt Graz liegen. Trotzdem dass wir alle wissen und die Experten sagen es, dass bei dieser bevorstehenden Ostöffnung gerade die Schigebiete Brunnalm-Veitsch, aber auch Aflenz ihre Existenzberechtigung haben. Und deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, habe ich den Antrag gestellt in diesem Haus, nicht den Antrag, dass auch hier sofort die Millionen fließen müssen wie es anderswo passiert ist. Ich habe lediglich gefragt, ob es nicht möglich wäre, dass die Landesholding beauftragt wird, ein sinnvolles Konzept für den weiteren Ausbau dieses Schigebietes zu erstellen. Es hat eine umfangreiche Stellungnahme der jetzigen Landesregierung gegeben. Sie gipfelt darin, das finde ich eigenartig, es soll deswegen kein Auftrag für die Erstellung eines Konzeptes durch die Landesholding betreffend den Ausbau der Schiregion Brunnalm-Hohe Veitsch ergehen, da daraus – man passe auf – indirekt von der Schiregion Brunnalm-Hohe Veitsch die Erwartung auf Mitfinanzierung des Landes durch Gewährung einer Beihilfe in einer Höhe geweckt werden könnte. Man stelle sich das vor, die Veitscher werden von der Landesregierung erwarten, dass sie mithelfen und deshalb treten sie heran. Ja, an wen sollen sie denn herantreten, meine Damen und Herren? (Abg. Dr. Lopatka: „Du musst nicht schreien!“) Zur Frau Maier oder zum Herrn Karl, sollen sie dort hingehen um ein Geld? Natürlich gehen sie zur Landesregierung, weil sie ja Hoffnung haben, dass diese Landesregierung für die Menschen in diesem Lande etwas tut, statt 3,5 Milliarden Schilling nach Wien zu schicken. (Beifall bei der SPÖ.) Soweit geht das nämlich hier bei uns!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesen 3500 Millionen Schilling – und Sie werden es noch öfters hören – mit diesen 3500 Millionen Schilling könnte man wichtige Projekte in der Steiermark realisieren. Sie wollen das nicht, weil Sie sich dem Diktat des kleinen Kanzlers aus Wien beugen. (Abg. Kasic: „Und ihr wollt das nicht kapieren!“) Das ist der wahre Grund, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn man sich dazu bekennt, besteht die Chance, in der Region ein modernes Schigebiet installieren zu können, das zu einer weiteren Belebung des Tourismus im Mürztal führen wird. Die Erstellung eines Konzeptes durch die Landesholding wäre für den Ausbau der Schiregion Brunnalm-Hohe Veitsch äußerst sinnvoll. Das ist nur ein Auszug aus dem Unselbstständigen Entschließungsantrag Stöhrmann und Schrittwieser, den ich hiermit einbringe.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die Landesholding mit der Erstellung eines Konzeptes betreffend den Ausbau der Schiregion Brunnalm-Hohe Veitsch zu beauftragen und zweitens für die bestmögliche Förderung dieser Schiregion einzutreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Menschen in dieser Region, die sich seit Jahrzehnten mit dem Ausbau dieses Gebietes beschäftigen und, wie gesagt, viel investiert haben, sie würden es verdienen, wenn Sie nicht Polemik auf den Köpfen der Steirerinnen und Steirer betreiben würden. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 16.53 Uhr.)

Präsident: Frau Abgeordnete Dr. Bleckmann hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Bleckmann (16.53 Uhr): Danke schön! Ich möchte nur kurz zum Herrn Bürgermeister etwas sagen. (Abg. Stöhrmann: „Danke, dass ich Beachtung finde, Frau Kollegin!“) Ich höre ja interessiert zu und habe mir diesen Antrag jetzt auch noch einmal durchgelesen. Ich finde wirklich die Art und Weise, wie sich hier SPÖ-

Kollegen hinausstellen, eine absolute Scheinheiligkeit, dass man hier sich hinstellt und sagt, wir wollen jetzt das Schönste und das Beste und wir wollen so weitermachen, wie unser Referent es gemacht hat. Wenn wir so weitermachen wie euer Finanzreferent das gemacht hat, dann Gnade uns Gott, weil dann wird hier nicht viel passieren. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen als Freiheitliche, auch wenn die ganzen Kollegen hier dann bei euch herumrennen und sagen werden, die Freiheitlichen haben diesem Antrag nicht zugestimmt. Es werden dann alle herumrennen, aber wir können diesem Antrag nicht zustimmen, weil es so scheinheilig ist von euch. (Abg. Stöhrmann: „Wasser predigen und Wein trinken! Das ist typisch für eure Fraktion, ihr versprecht vorher etwas und tut dann hier herinnen was anderes!“) Es ist absolut scheinheilig! Ihr habt Zeit gehabt, hier alles zu machen. Ihr wisst, dass es wegen der EU nicht möglich ist, die EU, wo die Freiheitlichen nicht hinein wollten. Ihr wolltet dort alle hin und habt gesagt: Hipp, hipp, hurra, wir gehen in die EU, das ist so toll! Und was ist jetzt? Jetzt können wir das nicht finanzieren und das nicht machen. (Abg. Stöhrmann: „Unverantwortlich, Frau Kollegin!“) Was? Wie? Jetzt habe ich etwas überhört. (Abg. Stöhrmann: „Ein alter Indianer würde sagen, die Squaw spricht mit gespaltener Zunge, Frau Kollegin!“) Ja, bitte, hugh ich habe gesprochen, so sagt das der Indianerhäuptling, oder – wenn ich mich richtig in der Sprache auskenne.

Aber ich weiß ja noch nicht, wie sich die Kollegin Graf verhalten wird, ob sie vielleicht doch zustimmt, weil für einen regionalen Abgeordneten ist es ja äußerst schwierig. Das ist nicht Respekt vor ihr, sondern weil ihr in der Region dann herumrennt und Falschheiten verbreitet und sagt, weil hier nicht zugestimmt wird, deshalb passiert dieses und jenes nicht. Und das ist dann für einen regionalen Abgeordneten natürlich sehr schwierig, diese infamen Unterstellungen nämlich, die von eurer Seite praktiziert wurden und scheinbar immer noch praktiziert werden, geholfen hat es euch nicht viel, außer in Wien vielleicht. Aber in der Steiermark hat es euch nicht viel geholfen. (Abg. Stöhrmann: „Das ist typisch!“) Na, wir haben wenigstens nicht infame Unterstellungen gemacht. Wir haben vielleicht andere Fehler gemacht, aber nicht solche infame Unterstellungen. (Landesrat Dörflinger: „Magda, das ist kein Argument!“) Es muss nicht alles, was du meinst, das kein Argument ist, kein Argument sein. Wir verwehren uns gegen diese Art und Weise, dass man sich dann hier hinausstellt und sagt, das ist die typische Vorgangsweise der Freiheitlichen. Denn wir gehen hier einen geraden Weg und sagen und werden auch weiterhin in der Zukunft all diesen Anträgen, die seitens der Sozialdemokraten kommen und diese netten Aussagen, die dann drinnen stehen, auch ÖVP, FPÖ-Mehrheit und was die schwarz-blaue Regierung alles macht, das steht nicht hier drinnen, das steht in anderen Anträgen drinnen, all diesen Anträgen werden wir nicht zustimmen. Und wir werden es aushalten, dass Sie dann noch herumrennen und sagen, die bösen Schwarzen und die bösen Freiheitlichen, was die alles aufführen, weil es ist zum Guten des Landes und das ist uns wichtig. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 16.57 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung und vorläufig letzte, der Herr Abgeordnete Straßberger.

Abg. Straßberger (16.57 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, verehrte Frau Landeshauptmann, meine Herren Landesräte, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Das Thema Aflenzer Bürgeralm und auch die Brunnalm, die etwas jünger ist, nehmen wir mit – du hast Recht, Herr Bürgermeister. Das ist genauso ein leidliches Problem wie der Semmeringbasistunnel. Letztendlich sind die Versäumnisse schon vor langer Zeit gewesen. Mein Kollege Stöhrmann ist noch nicht so lange da, aber dass du, Herr Klubobmann Schrittwieser, so ein Kurzzeitgedächtnis hast, das habe ich mir nicht gedacht. Ich habe es das letzte Mal hier schon gesagt: Ich unterstelle dir, dass du aus ganzem Herzen das Projekt Aflenzer Bürgeralm haben willst, genauso wie wir – darüber brauchen wir gar nicht zu reden. Du hast die Gemeinden Vordernberg, Mürzsteg, Sankt Sebastian – alles SPÖ-Gemeinden – genannt. Da gibt es überhaupt nichts zu sagen, selbstverständlich. Ich habe gesagt, weil Aflenz eine ÖVP-Gemeinde war und auch weiterhin ist, ist es so, dass dein Finanzlandesrat Ing. Ressel nicht einmal – (Abg. Schrittwieser: „Sepp, ihr habt gesagt, ihr macht das, und jetzt tut ihr dies nicht, um das geht es und sonst gar nichts!“) Moment, so leicht kann man das nicht weg-schieben: Heute herauszugehen, zu schreien und jetzt eine Schuldzuweisung abzugeben. Ich bin bei dir, wenn du sagst, Siegfried, die kleinen Regionen, überhaupt keine Frage. Heute aber so leichtfertig eine Schuldzuweisung zu machen und vor allem die Frau Landeshauptmann als Zielscheibe zu nehmen, ist das Letzte und Mieseste – und das sage ich ganz deutlich bei aller Ernstheit dieses Problems, was man machen kann. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Ich darf heute – auch für das Protokoll – das letzte Mal, so hoffe ich – über die Aflenzer Bürgeralm eine Chronologie aufzählen. (Abg. Stöhrmann: „Das wird uns nicht überzeugen!“) Du kennst dich nicht aus. Geh hinaus schreien, du alter Schreihals. Verehrte Damen und Herren! Der erste Antrag ist am 10. Juni 1997 erfolgt, auch damals noch mit Siegi Schrittwieser als ganz gewöhnlichen Abgeordneten. Geschäftsführer, entschuldige bitte. Wir haben am 12. Dezember 1997 den Beschlussantrag hier eingereicht. Dieser ist auch beschlossen worden. Jetzt kommt's: Im Jänner 1998 hat die Frau Landeshauptmann die Regierungsmitglieder ersucht, ihr die Projekte für die Zukunft aufzulisten. Bei Frau Landeshauptmann steht drinnen: Offene Projekte, Punkt eins Kindergartenmilliarde, Punkt zwei Aflenzer Bürgeralm (Ressel). Bei Landesrat Ressel ist in dieser Spalte null, kein Ansatz, keine Auflistung. Siegfried, du weißt das genau und das hat dir wehgetan. Dann sind natürlich diese Geplänkel gekommen, das wissen wir auch, und zwar Jänner 1999: Die Therme ist für die SPÖ Projekt Nummer eins im Bezirk – Siegfried Schrittwieser. (Abg. Schrittwieser: „Und die Bürgeralm!“) Die Therme. Ich habe alles mit, weil ich gewusst habe, dass du heute wieder mit diesen Schmäh's kommst. Entschuldige, Siegfried, wir können schon ein bisschen gröber miteinander reden. Ressel: „Ich sehe Chancen, dass Aflenz zu machen ist. Um

22 Uhr hatte ich gestern noch ein Gespräch mit Landesrat Ressel und dabei sagte er, dass die Aflenzer Bürgeralm seiner Ansicht nach zu machen wäre. Dies erzählte gestern Siegfried Schrittwieser, Landtagsabgeordneter der SPÖ. Wenn das Geld kommt, darf man keine Zeit verlieren!“ – April 1998. (Abg. Schrittwieser: „Ich bin kein Käufer, weißt eh!“) Jetzt kommt's: 200 Millionen Budget für Bürgeralm im Frühjahr – Siegfried Schrittwieser. „Erfolg im Kampf um die Bürgeralm.“ So geht es weiter und ich habe hinten auch noch etwas: „Das Christkind soll Aflenz neue Liftanlagen und Therme bringen.“ – Siegfried Schrittwieser. Wir haben alle geglaubt, das passiert so. Ich sage, dass wir damals alle guter Hoffnung waren – beide, und das sage ich auch. Nur, du hast dich ein wenig zu weit hinausgelehnt. Weiter geht's: Am 23. Dezember 1998 an einen Haushalt in Aflenz, und das war auch eine gute Sache: Abgeordneter Schrittwieser: „Zum Schigebiet selbst ist zu sagen, dass es derzeit keinen Experten gibt, der den alleinigen Ausbau der Bürgeralm befürwortet. Vielmehr sind die Fachleute der Meinung, dass eine wirtschaftliche Führung sehr schwierig wird, wenn man ausschließlich das Liftprojekt realisiert.“ – SPÖ-Meinung im Flugblatt „Aflenz“. Die SPÖ Aflenz geht mit den Ansichten Schrittwiesers diesbezüglich nicht mit. Du hast dich dort selbst ganz schön distanziert. Es geht weiter: Als wir hier im Landtag beziehungsweise vorher in der Regierung für den Präbichl noch 61 Millionen Schilling nachgeschossen haben, hat Wirtschaftslandesrat Dipl.-Ing. Herbert Paierl versucht einen Antrag einzubringen, einen Zusatzantrag zum Stück 5 der Rechtsabteilung 10, einmal die 61 Millionen und einmal den Um- und Ausbau des Schigebietes Aflenzer Bürgeralm. Es wird der Antrag gestellt: „Der im Zusatzantrag dargestellte Bericht über die Ausbauprojekte der Schigebiete Planneralm und Aflenzer Bürgeralm wird im Zusammenhang mit den weiteren Investitionskostenzuschüssen zur Kenntnis genommen.“ Jetzt kommts: „Landesrat Paierl hatte die Absicht, diesen Zusatzantrag einzubringen. Er wurde jedoch vom zuständigen Regierungsmitglied nicht zur Abstimmung gebracht“ – das war Ing. Ressel. So schaut die Situation wirklich aus. Jetzt müssen wir einmal Klartext sprechen und nicht nur herumschreien, wer welche Schuld hat. Dann war im Jahr 1997 – auf das habe ich vergessen – bei der Budgetdebatte am 18. November Folgendes: Finanzlandesrat Ressel: „Wenn wir die Frage Riesneralm und Aflenzer Bürgeralm und Stoderzinken geklärt haben, dann müssen wir davon ausgehen, dass der Schibereich ausgereizt ist!“ Das hat er auch versprochen und hier oben ist er gesessen. Das Aller-beste war dann die Vorlage 657/47, und ich muss das zitieren, denn alles andere entspricht scheinbar nicht den Wahrheiten. Hier gab es eine Auflistung von den Beamten oder den zuständigen Holdingbediensteten oder wie auch immer: „Dazu vertritt der Finanzlandesrat die Ansicht, dass eine Gondelbahn als alleiniger Zubringer als nicht sinnvoll und wirtschaftlich rentabel erachtet wird. Das Gleiche gilt für den Ausbau und die Beschneidung der Talabfahrt. Es wäre daher zu prüfen, ob es sinnvoll wäre, nur im oberen Bereich der Aflenzer Bürgeralm Investitionen vorzunehmen!“ Weiters gibt es noch einen Vergleich zu den Nächtigungsziffern: Präbichl, Mürzsteg, Niederalpl und auch Aflenz. „Aflenz steht in keiner Relation zum begehrten Gesellschafterzuschuss von zumindest 130 Millionen Schilling!“ Bitte, bleibe da und höre dir das an, Siegfried, weil das hast du offenbar alles vergessen. Das war die Geschichte. Am 19. Dezember 2000 ist wieder der alte Hut – ein neuer Antrag von der SPÖ – gekommen. Zu diesem Zeitpunkt habt ihr ganz genau gewusst, dass die Rechtsabteilung 10 bereits diesen italienischen Hauptantrag an Brüssel übersetzt hat, wo genau betreffend Notifizierung drinnen steht, wettbewerbsschädigend und dergleichen. Ihr habt das einfach ignoriert und kommt jetzt daher und tut so, als ob nichts gewesen wäre. Das ist diese schleißige Art. Ich bitte um Entschuldigung, Herr Präsident, wenn ich im Hohen Haus diesen Ausdruck verwende. Dann warst du natürlich ganz verzweifelt und hast an Sportlandesrat Dr. Hirschmann einen Brief geschrieben, in dem Folgendes stand: „Ein großes Anliegen ist es mir weiters, dass diese Angelegenheit, die Bürgeralm, von jeglichem Politikum herausgehalten und es über Parteigrenzen hinweg positiv vorangetrieben wird!“ Wenn ihr hier sagt, dass das über alle Parteigrenzen hinweggehalten wird, dann sage ich „gute Nacht“, weil auf solche Freunde kann ich verzichten. Werte Damen und Herren! Die Frau Landeshauptmann hat sehr wohl gesagt, wenn wir die Mehrheit bekommen und den Finanzreferenten stellen werden, und die Notifizierung stattfindet, dann wird die Aflenzer Bürgeralm gebaut. (Abg. Schrittwieser: „Stimmt nicht!“) Rede nicht so etwas. Bis 1999 habt ihr es verabsäumt das zu tun. Ihr habt den Finanzreferenten gehabt, ihr habt den Holdingreferenten gehabt und ihr habt auch die Mehrheit gehabt. Wir wissen, wie das gelaufen ist. Letztlich hat dich dein Freund dort oben im Stich gelassen, Siegfried. Die Schuld trifft dich am allerwenigsten. Ich sage das hier, brauche dir aber keinen Zucker streuen. So ist es einfach. Dort oben ist er gesessen, der dieses Projekt verhindert hat. Heute herzugehen und zu sagen, die Frau Landeshauptmann ist schuld und die Frau Landeshauptmann hat ihr Versprechen nicht gehalten, das ist zu billig. Im Jahre 1997 hätte er das schon machen können, auch 1998 und 1999. Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann hat am 6. Dezember des vorigen Jahres diesen Bericht an das Bundeskanzleramt vorgelegt. Herr Ministerialrat Graf hat sehr wohl gesagt: „Unter diesen Umständen können wir das nicht riskieren!“ Alles andere, wie du sagst, könnten wir budgetieren, ist nur reine schleißige Polemik. Und ich bitte dich, Siegfried, dass du mit diesen Dingen endlich aufräumst und hier bei der Wahrheit bleibst. Du sagst, unsere Politik ist eine Art, die nicht zu tragen ist. Es ist eine ganz miese Politik, die du hier ins Rennen bringst. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum Zweiten, verehrte Damen und Herren. Jetzt kommen wir zum anderen Projekt, zu dieser Brunnalm. Ich möchte vorher noch etwas sagen. Diesen Unselbstständigen Entschließungsantrag, Siegfried, den kennen wir. (Abg. Schrittwieser: „Warst du schon einmal auf der Brunnalm?“) Darf ich dir was sagen? Horch, du kannst ein Fernrohr nehmen, wenn du hinter mir nachfährst! Entschuldige, aber Spaß muss sein. (Abg. Schrittwieser: „Ich staub dich so ein, dass du nichts mehr siehst!“) Siegfried, deinem Antrag können wir nicht zustimmen, denn eines ist klar. Der Landesrat Hirschmann hat auch bei anderen Projekten, die im Mürzstal damals beim Turmwirt von Ressel und euerm Landeshauptmannstellvertreter in die Luft gesetzt wurden, gesagt, es ist eine Pflanzerei. Da habt ihr euch aufgeregt. (Abg. Stöhrmann: „Glaubst du, wenn du den Antrag stellst, dass er verwirklicht wird?“) Du kennst dich nicht aus, du bist zu wenig lang da! (Abg. Stöhrmann: „Ich kenne mich schon aus!“) Dieser Antrag, Siegfried, das ist eine Pflanzerei, muss ich dir sagen und eine scheinheilige Sache, jetzt, wo du genau

weiß, wie diese Sache läuft und gelaufen ist, dass du jetzt hergehst und sagst, so, und das sollen wir machen. Ich sage ganz was anderes: Niemand anderer als der Ressel hat dich im Stich gelassen, die Frau Landeshauptmann, der nach dem 15. Oktober die Hände letztendlich gebunden waren, auch dem Sportlandesrat, hat sich sehr wohl sofort überlegt, was können wir dort machen? Und wenn du sagst, jetzt wird wieder eine Studie erstellt und, und, und. Das spielt keine Rolle, das wissen wir schon. Aber das ist dort notwendig, denn von eurer Seite ist dort nie etwas gekommen. Das muss ich auch sagen. Und eines möchte ich hier ganz deutlich sagen: Es gilt in der Veitsch so, Bernd, und es gilt auch in Aflenz so. Wenn jemand glaubt, mit dem Projekt Schilift sind alle Probleme in der Ortschaft oder auch in der Region dort gelöst, der irrt. Ich sage das ganz offen. (Abg. Stöhrmann: „Dann hast du den Entschließungsantrag nicht gelesen!“) Das gehört dazu, das ist ein Teil des Gesamtprojektes, aber grundsätzlich mit diesem allein ist sicherlich nicht gedient. Lassen Sie sich das sagen. (Abg. Stöhrmann: „Er weiß nicht wovon er redet und möchte mitreden!“) Und jetzt, weil du noch nicht so lange da bist, du Schreihals, jetzt sage ich dir einmal was. Das ist die Brunnalm. (Abg. Stöhrmann: „Da geht es nicht um den Bau des Schiliftes, sondern es geht um die Erstellung eines Konzeptes!“) Das wird gemacht, wird gemacht. Da seid ihr viel zu spät mit euerm Antrag. Wie immer, ihr seid immer hintennach, leider Gottes. (Abg. Stöhrmann: „Du musst lesen um was es geht!“) Jetzt pass auf, ich habe gesagt, du warst nicht da, Herr Bürgermeister und Abgeordneter. Ich darf dir den Wortlaut der Vorlage für die Brunnalm zitieren, wortwörtlich: „Dazu wird Folgendes berichtet: Zu den Ausführungen der Abgeordneten im Antrag, dass die Investitionen und die Untersuchung von Ausbaumöglichkeiten nur mit finanzieller Unterstützung der Gemeinde und des Landes durchgeführt werden können, ist festzustellen – das war der Ressel, der das geschrieben hat –, dass finanzielle Unterstützungen für Investitionen den EU-Wettbewerbsvorschriften unterliegen.“ Und jetzt kommt es: „Aus budgetärer Sicht wird auch bei einer nach dem EU-Wettbewerbsrecht theoretisch möglichen Förderung eine tatsächliche Förderung dieses Projektes auf Grund der Budgetlage des Landes wenn überhaupt nur in sehr eingeschränktem Ausmaß möglich sein.“ Ressel – Vorlage.

Kurzzeitgedächtnis, habt ihr euch nicht gemerkt, schauts nach, da steht es drinnen und das legt ihr euch unter den Kopfpolster, um heraußen nicht immer so einen Stumpfsinn zusammenzureden. (Abg. Stöhrmann: „Aber es wurde nicht ausgeschlossen, da war es wenigstens eingeschränkt möglich, aber jetzt ist gar nichts mehr möglich!“)

Werte Damen und Herren, ich meine daher, dass wir auch diesem Antrag von der Brunnalm überhaupt nicht zustimmen können. (Landesrat Dörflinger: „Jetzt könnt ihr alles anders machen!“) So wie du es in deiner Gemeinde machst! Du hast die Mehrheit, wir haben sie ja gar nicht. Siehst du, jetzt habe ich dich wieder getroffen! (Beifall bei der ÖVP.)

Und weißt du, was mich eigentlich wundert? Das sage ich heute erstmalig. Ich habe lange zugehört. Mich wundert es nur, dass einige – das sage ich jetzt auch ernst – integre Persönlichkeiten in euren Reihen – was weiß ich – eineinhalb oder zwei Monaten immer wieder diesen Blödsinn rausschreien, 3,5 Milliarden im Jahr müssen wir nach Wien und alle Wochen oder Tage 10 Millionen abliefern. Das ist ja letztklassig! Was müssen sich denn die Leute draußen denken, verehrte Damen und Herren? (Abg. Stöhrmann: „Josef, die Wahrheit muss man sagen, auch wenn sie weh tut!“) Das ist ja fast – ich sage das ein bisschen provokant – eine Schande für dieses Haus, wenn ich so etwas sage. Wie verkauft ihr eigentlich die Leute draußen? Ihr glaubt, die denken so? Aber verantworten müsst ihr das ja selber und in diesem Sinne werden wir auch wegen dieser Scheinheiligkeit dem zweiten Antrag betreffend Brunnalm nicht zustimmen. Wir werden dort – die Frau Landeshauptmann gemeinsam mit dem Herrn Landesrat Hirschmann – ein tolles Konzept erarbeiten. Wir werden uns bemühen, dieser Region zu helfen. Und nicht – Siegfried – junktimieren und das anderen auszuschließen. Und ich bin überzeugt – und jetzt komme ich wieder zum Punkt –, gemeinsam, wenn wir alle anständig angreifen, bin ich überzeugt, dass wir gemeinsam auch für diese Region in absehbarer Zeit, an der Spitze mit der Frau Landeshauptmann, ein hervorragendes Projekt auf die Beine bringen, um diese Region auch dementsprechend auszubauen, um dort auch wirtschaftliche Impulse in der Zukunft zu gestalten. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 17.14 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Klubobmann, Herrn Abgeordneten Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (17.14 Uhr): Bin ich froh, dass das da nicht entschieden wird und dass du da nicht mitredest! (Abg. Dr. Lopatka: „Jetzt muss der Dörflinger auch noch raus gehen, wenn du redest!“)

So, meine Damen und Herren, ich habe wirklich versucht am Beginn meiner Wortmeldung festzustellen, dass viele Regionen Hilfe bekommen haben, dass sich viele dadurch entwickelt haben und habe auch am Beginn gesagt, jawohl, der Ressel, der war nicht einer, der mit der Fahne vorneweg gegangen ist und für dieses Projekt eingetreten ist. (Landesrat Dr. Hirschmann: „Das kann man wirklich nicht sagen!“) Aber das unterscheidet uns, Freunde. Der Ressel hat gesagt, er tritt für dieses Projekt nicht ein. Wir haben dafür gekämpft und haben es nicht durchsetzen können. Wir haben auch damals keine Mehrheit gehabt. Aber Schwarz-Blau hat jetzt eine Mehrheit, die kann das machen.

Und jetzt sage ich dir etwas, lieber Kollege Straßberger. Das ist eine Sache, wo wir uns jetzt unterscheiden. Der Ressel hat sich nicht vor der Wahl hingestellt wie die Frau Landeshauptmann und der Landesrat Hirschmann und Paierl und hat gesagt, wenn wir in diese Lage versetzt werden, dass wir diese Funktionen bekommen in der Landesregierung, dann machen wir das. Ihr habt ganz klar gelogen, weil ihr die Wahl gewinnen habt wollen. Und nachher macht ihr ganz was anderes. Das ist das Böse dabei. (Beifall bei der SPÖ.)

Und jetzt frage ich mich – (Abg. Tasch: „Der Ressel hat von Haus aus gewusst, dass ihr die Wahl verliert!“) Ich bin dir sehr dankbar, lieber Kollege Straßberger, die ganzen Packerln, die hätte ich auch mitnehmen können. Du hast den Kampf um die Bürgeralm von mir hier dargelegt. Ich bin froh darüber, den führe ich auch schon seit zehn Jahren. Du warst hin und wieder dabei, jetzt bist wieder nicht dabei. Das unterscheidet uns auch. Ich bleibe dabei, dass das wichtig ist. Aber festzustellen ist in diesem hohen Haus, dass ihr vor der Wahl die Unwahrheit gesagt habt, die Wahl ist geschlagen und hintennach dreht ihr 's um. Und das habt ihr zu verantworten. Ihr lasst hier eine Region im Stich. Und wenn ihr jetzt sagt, Freunde, meine Damen und Herren, wir sind gegen diesen Entschließungsantrag, weil uns eure Formulierungen nicht passen, Freunde, das habt ihr noch jedes Mal gesagt, wenn ihr über uns drüberfahren wollt. Aber tut das! Ihr fahrt nicht über die SPÖ drüber, sondern über die Region und die Leute, die dort leben, die große Existenzsorgen haben. Aber das ist euch ja Wurscht seit dem Oktober vorigen Jahres. (Beifall bei der SPÖ. – 17.17 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann.

Landesrat Dr. Hirschmann (17.17 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lieber Siegi, ich bin beeindruckt. Ich bin von deiner Darstellung hingerissen. Wenn dir dieses schauspielerische Talent im innerparteilichen Kampf nicht hilft, dann frage ich mich, was hilft noch? Das ist sozusagen eine Wahlveranstaltung. Mein lieber Freund Günter sitzt auch dort unten. Er hat dir applaudiert und das ist gefährlich. Man muss aufpassen, was daraus noch werden kann. Frau Kollegin Graf hat in einer beeindruckenden Rede so blendend dargestellt, weil sie ins Herz getroffen hat, meine lieben Freunde. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Sie hat das Privileg, nicht nur eine hübsche, sondern eine junge Abgeordnete zu sein und sie hat dich erst heute entlarvt. Wir kennen dich ja schon, lieber Siegi. Das ist nicht das Problem. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Lieber Siegi, in alter Freundschaft: Ich schätze dich persönlich sehr und eine solche Vorstellung, wie du sie heute gegeben hast, gehört dazu, weil sie zu spätnachmittäglicher Stunde aus der Siesta erweckt und sozusagen Stimmung in das Haus bringt. Mit der Realität hat das aber wirklich nichts zu tun, was du hier dargestellt hast, lieber Siegi. Ich möchte aber etwas vorweg sagen (Abg. Schrittwieser: „Sag nicht so oft lieber Siegi, sonst schadet mir das!“): Ich sage auch lieber Günter, und das gleicht sich dann aus. Über Frau Silhavy kann ich nichts sagen, weil ich kenne sie nicht. So weit, so gut. (Abg. Gennaro: „Alle zwei sind schon weiter, als du je kommen wirst!“) Das steht fest. Ich habe es dem Siegi auch schon gesagt. Seit er sich solche Hemden kauft, wie er heute eines trägt, kann ich nicht mehr mithalten. Das ist für mich gar keine Frage. Lieber Siegi, ich bleibe dabei: Wir werden auch im Jahre 2005 mit Frau Landeshauptmann einen Wahlkampf in beherzter, sportlicher Manier führen. Wir werden in Aflenz auftreten und sagen können: „Seht her, das haben wir geschafft in diesen fünf Jahren!“ (Landesrat Dörflinger: „Habt ihr das niedergeschrieben?“) Darauf könnt ihr euch verlassen, liebe Freunde. Wenn wir es mit euch gemeinsam machen, will es uns recht sein. Eines möchte ich festhalten, weil das heute ein paar-mal angesprochen wurde: Bei aller Wertschätzung, ich lasse über den Kollegen Ressel nichts kommen. Ich war mit ihm in Amerika. Was er mir dort alles erzählt hat, das will ich hier nicht erzählen, weil es würde den Rahmen und die Atmosphäre sprengen. (Landesrat Dörflinger: „Das hast du uns ja schon erzählt!“ – Abg. Gross: „Kannst du dich nicht erinnern?“) Nein, nicht einmal die Überschriften habe ich in dem Zusammenhang erzählt. Nochmals: Über den Kollegen Ressel lassen wir nichts kommen – das steht einmal fest. (Abg. Kröpfl: „Außer?“) Nein, nicht außer. Aber es steht fest, was Siegi heute gesagt hat: Der Ressel wollte dieses Projekt nicht. Dass dich Frau Kollegin Graf heute als Schwächling entlarvt hat (Abg. Schrittwieser: „Mit dem kann ich leben!“), indem sie gesagt hat, du hast dich innerparteilich nicht durchgesetzt, war von ihr sicher keine Anspielung auf die Geschichte, die ich vorhin angesprochen habe. Meine verehrten Damen und Herren, es ist aber so. Das zur Sache. Zum Zweiten, lieber Siegi: Hinten sitzen zwei sehr kompetente Männer der Rechtsabteilung 10. Ich möchte ihre Namen aber nicht nennen, weil ich sie in die politische Debatte nicht einflechten will. (Abg. Gennaro: „Wir waren alle dagegen, das wissen wir!“) Nein. Peter Kolar war ja Bürochef. (Abg. Gennaro: „Wie heißt der zweite, den ersten hast du ja schon genannt?“) Entschuldigung. Den Namen sollte ich nicht nennen. Aber nachdem er gesagt hat, die waren immer dagegen, muss ich seinen Namen nennen. Peter Kolar war doch bei Schachner Bürochef, oder? (Abg. Schrittwieser: „Aber nicht in der 10-er!“) Du hast aber gesagt, die waren immer dagegen. Lassen wir das aber beiseite.

Zur sachlichen Geschichte: Die Herren dort hinten wissen um die Geschichte ganz genau Bescheid. Wir wissen auch, wie was wann stattgefunden hat. Ich danke Sepp Straßberger, dass er hier so akribisch, präzise, kompetent, beeindruckend – einfach groß-artig – die ganze Sache dargestellt hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Lieber Siegi, du warst ja unlängst als Demonstrant verkleidet bei Frau Landeshauptmann. Sie hat dich aber gleich erkannt. (Beifall bei der ÖVP.)

Siegi, wenn du dort bei dieser Besprechung sagst, um zum Ernst der Sache zu kommen, wir sollen eine Förderung beschließen ohne Notifizierungsverfahren (Abg. Schrittwieser: „Gibt ja noch andere Möglichkeiten!“), dann haben wir am nächsten Tag aus der Steiermark von vielen, die die Frau Kollegin Graf und Sepp Straßberger angesprochen haben, die auch ihr angesprochen habt, den dutzenden Privaten, die ihr eigenes Geld hineinstecken unter schwierigsten Bedingungen, eine Klage hängen. Das steht fest, meine verehrten Damen und Herren. Daran können wir sie nicht hindern und das müssen wir auch, wie Sie das richtigerweise angesprochen haben, berücksichtigen. Wir sind für das ganze Land verantwortlich. (Abg. Schrittwieser: „Das habt ihr am 15. Oktober nicht gewusst?“) Nein, das haben wir damals nicht gewusst, lieber Siegi. (Abg. Schrittwieser: „Sicher habt ihr es gewusst!“) Es haben sich die Spielregeln eben geändert. Das wollte ich ansprechen im Zusammen-

hang mit den kompetenten Herren der Rechtsabteilung 10. Natürlich haben sich die Spielregeln innerhalb der letzten fünf Jahre geändert. Das ist ja der Punkt und auf dem wollen wir gar nicht herumreiten. Wenn es mit dem Ressel gegangen wäre, wäre es noch gegangen. Jetzt gelten andere Spielregeln. Zu Ihrem Antrag, meine verehrten Damen und Herren: Wenn meine Fraktion heute nicht zustimmt, und das habe ich ihr aus einem Grund empfohlen, weil wir die Leute im wahrsten Sinne des Wortes nicht papierln wollen. Wir werden aber ein Konzept für beide Regionen erstellen. Es wird, und da können Sie uns beim Wort nehmen, für beide Regionen im Rahmen des rechtlich Möglichen jede Unterstützung zum Ausbau des Tourismus dort geben. Damit das ganz klar ist, jede Unterstützung. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Stöhrmann: „Lieber Herr Landesrat, jetzt ist aber keine Wahl vor der Tür!“ – Abg. Tasch: „Das ist der Unterschied zwischen uns und euch!“) Gerade deswegen. Danke, Kurti. Das ist der große Unterschied zwischen uns. Ich habe dir, lieber Bernd, gesagt, wir werden hoffentlich mit dir im Chor dann das Lied in fünf Jahren singen dürfen, was wir dann hoffentlich gemeinsam zustande gebracht haben werden. Meine verehrten Damen und Herren, ich möchte noch etwas dazusagen: Es gibt viele andere Regionen auch, vom Salztiegl bis zur Tauplitz und Grebenzen, um einen anderen Teil des Landes herzunehmen, die sich an die neuen Spielregeln halten und sagen, okay, wir haben kapiert und wir machen das. Wir sind mit diesen auch in einer guten Kooperation. Als Tourismusreferent des Landes haben wir für alle Regionen etwas zu tun. Wir haben für alle, vor allem für die vielen kleinen Privaten, auch etwas zu tun. (Abg. Schrittwieser: „Lieber Gerhard, die Kleinen bleiben jetzt über, das ist die Wahrheit. Man muss eine Lösung finden, damit niemand übrigbleibt!“) Es bleibt von den Kleinen ganz sicher niemand übrig. Das ist ein weiterer Punkt, Siegi, und das darf ich jetzt ganz offen sagen: Es hat im Vorjahr die Causa Hannes Androsch gegeben – ich schätze ihn sehr. Dann ist Kollege Ressel gekommen und hat gesagt, nachdem wir die Anteile des Landes an der DAG dem Herrn Androsch praktisch geschenkt haben, wir sollen wieder 40 Millionen Schilling, weil das ist nach der so genannten Privatisierung der zweite Schritt, zahlen, damit wir die Aufstiegshilfe finanzieren können. Dann bin ich zum Kollegen Ressel gegangen, weil du immer die Kleinen in den Mund nimmst und das stoßt mir wirklich jetzt auf, und habe Folgendes gesagt: „Herr Kollege Ressel, jetzt hätte ich gerne 40 Millionen Schilling für die Kleinen, bevor wir es dem Herrn Androsch geben!“ Es war nicht möglich, meine verehrten Damen und Herren, die 40 Millionen Schilling für die Kleinen zu bekommen. Seit wir das Ressort haben, haben wir wenigstens 16 von den 40 Millionen Schilling aufgetrieben. Die restlichen 24 Millionen Schilling werden wir auch noch auftreiben, nämlich für die Kleinen, lieber Siegi. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte abschließend zu diesem Punkt Folgendes sagen, meine verehrten Damen und Herren: Frau Landeshauptmann kannst du beim Wort nehmen und wir alle. Wenn sie jemandem eine Hilfe verspricht, dann wird die auch kommen und die wird auch – wie schon gesagt – in Aflenz kommen – wir arbeiten an einem ganzheitlichen Tourismuskonzept – und die wird bei dem zweiten Projekt, das angesprochen wurde, kommen. Ganz ruhig, ohne jede Hektik sage ich nochmals, da muss man cool sein. Wie schon Frau Abgeordnete Graf gesagt hat, ihr werdet wieder eure Zeitungen ausgeschickt haben und die Papierln werden herumschwirren. Die Leute wissen aber ganz gut, auf wen sie sich in diesem Lande – wenn es darauf ankommt – verlassen können. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Und ein Allerletztes, meine verehrten Damen und Herren, ich bitte euch, ihr müsst eines korrigieren, die Zahl ist falsch. Wir müssen nicht 3,5 Milliarden nach Wien zahlen, sondern die Österreicherinnen und Österreicher müssen 2000 Milliarden Schilling Schulden bezahlen, die die Herren Kreisky, Vranitzky und Klima zu verantworten haben. Und das ist das Problem. (Abg. Schrittwieser: „Schüssel, Rieger et cetera hast du vergessen!“) Wir zahlen heuer für die Wahlsiege des Herrn Kreisky im Jahre 1975, dann kommt noch 1979, dann kommt 1983 und das habt ihr uns eingebrockt und wir werden das zurückzahlen und diesem Land eine neue Zukunft geben. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 17.28 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Damit komme ich zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 85/1, das ist der Tagesordnungspunkt 17, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Zustimmung zum Antrag.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend den Ausbau der Schi-region Aflenz ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin – (Abg. Gennaro: „Wo ist die Frau Kollegin Graf?“ – Abg. Dr. Lopatka: „Wir sind freie Abgeordnete!“) Ich wiederhole meine Formulierung, ich bitte um Aufmerksamkeit:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 86/1, Tagesordnungspunkt 18, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Sicherung der Schi-region Brunnalm-Hohe Veitsch, Tagesordnungspunkt 18, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt

19. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 296/1, der Abgeordneten Mag. Dr. Rauch, Wicher, Kröpfl, Mag. Zitz und Lafer, betreffend Erhaltung des Hauses Lind.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Dr. Wolf Rauch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Dr. Rauch (17.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Herren Landesräte! Hohes Haus!

Ich bringe den einstimmigen Beschluss des Ausschusses für Infrastruktur betreffend Erhaltung des Hauses Lind zur Kenntnis.

Das Haus Lind in der Rosenberggasse 18 in Graz, ein Werk des Architekten Eichholzer, wurde im Jahre 1936 erbaut und ist seitdem weitgehend unverändert erhalten geblieben. Für das Haus Lind, das derzeit zum Verkauf steht, wird das Bundesdenkmalamt die Unterschutzstellung aussprechen. Das betreffende Objekt stellt ein zeitgeschichtliches und architektonisches Monument dar. Im Rahmen des Hauses der Architektur Graz hat sich ein Komitee zur Erhaltung des Hauses Lind gebildet. Für die Zukunft soll eine mögliche Nutzung des Landes Steiermark in Erwägung gezogen werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens sich dafür einzusetzen, das Haus Lind als kulturell wertvolles Objekt zu erhalten, zweitens zu prüfen, ob das Objekt durch die in Gründung befindliche Landesimmobiliengesellschaft erworben und weitervermietet werden kann und drittens ob eine Nutzung durch das Land Steiermark im Zusammenhang mit der Entstehungszeit, dem Architekten oder der Moderne in Graz möglich ist. Ich bitte um Annahme des Antrages. (17.32 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Berichterstatter. Der Berichterstatter hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Rauch das Wort.

Abg. Mag. Dr. Rauch (17.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Herren Landesräte! Hohes Haus!

Warum setzt sich der Steiermärkische Landtag für die Erhaltung des Hauses Lind ein und wie ist es dazu gekommen?

Vor allem geht es hier um den Architekten Herbert Eichholzer und sein Andenken. Herbert Eichholzer wurde 1903 in Graz geboren und gehört zu den wichtigsten österreichischen Architekten der Zwischenkriegszeit. Herbert Eichholzer ging in Graz in die Schule, absolvierte anschließend die Technische Hochschule und errang bereits als Student einen Preis für die Fassadengestaltung des Grazer Wasserwerkes. Nach dem Studium ging Eichholzer 1929 nach Paris, wo er bei Le Corbusier, einem der Pioniere der modernen Architektur tätig war. Diese Begegnung war für Eichholzer prägend. Eichholzer wurde zu einem der wichtigsten Vertreter des Internationalen Stils und der architektonischen Moderne in der Steiermark.

Ab 1931 hatte Eichholzer ein Atelier in Graz und entwarf unter anderem Wohnungen in Judenburg, die Operngarage in Graz, Häuser am Ulrichsweg, eine Reihe von Ein- und Mehrfamilienhäusern. (Präsident: „Ich ersuche um mehr Aufmerksamkeit!“) Danke vielmals! Eichholzer war sowohl Mitglied der Sezession Graz, der Vertreterin des Internationalen Stils, als auch des Steiermärkischen Werkbundes, der stärker der traditionellen Formensprache verpflichtet war. 1935 erhielt Eichholzer den Staatspreis der Grazer Sezession. 1938 ging Eichholzer als deklariertes Sozialist in die Emigration, zuerst nach Paris, dann nach Ankara zu Clemens Holzmeister. Er wirkte am Bau des türkischen Parlaments und der Ministerien mit. 1940 reiste Eichholzer mit dem Auftrag, kommunistische Widerstandsgruppen in der Steiermark zu koordinieren, nach Österreich zurück. Er wurde 1941 verhaftet, wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und 1943 hingerichtet.

Herbert Eichholzer war 1998 eine eigene Ausstellung in Graz gewidmet. Sein Werk wird auch in der gerade laufenden Ausstellung „Moderne in dunkler Zeit“ in der Neuen Galerie gewürdigt. Eine Ausstellung, die ich jedem nur herzlichst empfehlen kann.

1936 plante Eichholzer gemeinsam mit Viktor Badl am Fuß des Rosenbergs, Rosenberggasse 18 Reihenhäuser und ein frei stehendes Wohnhaus, eben das „Haus Lind“. Es ist eines der wenigen noch fast unverändert erhaltenen Häuser von Herbert Eichholzer und ein besonders typisches und kompromissloses Beispiel der Architektur der Moderne in der Steiermark. Dieses Haus steht nun zum Verkauf. Der Architekt Johannes Fiedler hat gemeinsam mit dem Haus der Architektur im Februar dieses Jahres eine Initiative zur Erhaltung des „Hauses Lind“ gestartet, der sich bisher mehr als 188 Personen angeschlossen haben. Es wurde ein Käufer gesucht, der die Erhaltung und Renovierung des Objektes im ursprünglichen Zustand ermöglicht und eine dem Gebäude angemessene Nutzung. Das ist das Ziel des vorliegenden Antrages:

Erstens: Das Haus Lind als kulturell wertvolles Objekt zu erhalten. Dieses Ziel ist durch die Initiative von Architekt Fiedler und des Hauses der Architektur weit gehend erreicht worden. Auch die Berichterstattung in den Medien auch über den vorliegenden Antrag hat dazu beigetragen. Ein herzlicher Dank an die Medienvertreter.

Zweitens: Zu prüfen, ob das Objekt durch die Landesimmobiliengesellschaft erworben werden kann. Diese Forderung ist möglicherweise schon überholt, da ein Verkauf angeblich knapp bevorsteht. Der Käufer plant angeblich die originalgetreue Restaurierung und anschließende Vermietung – was auch der Absicht dieses Antrages entspricht.

Sollte der Kauf nicht zustande kommen, bleibt die Anregung aufrecht zu prüfen, ob das Objekt durch das Land erworben werden kann oder ob das Land auf andere Weise die Erhaltung und Restaurierung unterstützen kann.

Drittens: Bei der Nutzung gibt es bereits mehrere Interessenten, unter anderem den Sonderforschungsbereich „Moderne“ der Universität Graz, das Eichholzer-Archiv des zeitgeschichtlichen Vereins CLIO oder möglicherweise die geplante Architekturstiftung. Es wäre wünschenswert, wenn das Objekt (bei welcher Nutzung auch immer) zumindest im Jahre 2003 auch der interessierten Öffentlichkeit zugänglich wäre. Deswegen wird die Landesregierung gebeten, auch Nutzungsmöglichkeiten durch das Land Steiermark zu prüfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die große künstlerische Bedeutung, die Graz heute hat, wurzelt in ihrer Geschichte. Eine wichtige Epoche, ohne die die heutige international beachtete Architekturszene in der Steiermark nicht möglich gewesen wäre, ist die Moderne in der Zwischenkriegszeit. Wir sollten auf die Zeugnisse dieser Zeit stolz sein und sie erhalten. Nicht zuletzt, weil gerade Persönlichkeiten wie Herbert Eichholzer zeigen, dass diese Zeit vielschichtiger und widerspruchsvoller war, als uns das heute manchmal erscheint. Vielen Dank! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 17.39 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (17.39 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Herren Landesräte, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Herr Kollege Gennaro von der SPÖ hat gerade gefragt, was erzählt uns Frau Zitz? Herr Kollege, das ist eine Initiative, die eine sehr gute Verbindung zwischen Kunst, Politik und Zeitgeschichte ist. Das ist ein Element, worüber ich mich sehr gefreut habe, dass eine gute Kooperation mit der ÖVP, konkret mit Herrn Kollegen Rauch, möglich gewesen ist und Sie waren zusammen mit Frau Prof. Wilhelm, mit Günter Koberg und mit Johannes Fiedler auch einer der Initiatoren zum Erhalt dieses Hauses von einem kommunistischen Widerstandskämpfer, der 1943 in Wien wegen Vorbereitung des Hochverrates hingerichtet worden ist. Ich möchte nur kurz dazusagen, Herbert Eichholzer ist einer jener steirischen Persönlichkeiten, die sehr lange Zeit komplett verdrängt und ignoriert worden sind, auch weil er bei der kommunistischen Partei gewesen ist. Ich glaube, von der Haltung her, wie er Architektur verstanden hat und wie er sich persönlich in dieser Zeit verhalten und agiert hat, ist er eine Person, die in einer sehr mutigen Weise in dieser Zeit aufgetreten ist. Er war übrigens auch österreichischer Staatspreisträger und hat einen internationalistischen modernen und sehr an den Bedürfnissen von Personen orientierten Architekturstil in einer Zeit in Österreich und in der Steiermark praktiziert, der sehr völkisch traditionalistisch vorherrschend war. Ich möchte noch ein Element einbringen: Es gibt einen Bezug zwischen Herbert Eichholzer als Künstler, Widerstandskämpfer und Architekten und der Landesnervenklinik Sigmund Freud, nämlich insofern, als Eichholzer zusammen mit anderen Leuten, die im Dritten Reich im Widerstand waren und in den vierziger Jahren darauf hingewiesen haben, dass im so genannten Feldhof Patientenermordungen durchgeführt wurden. Es ist konkret darum gegangen, dass man Kinder verhungern hat lassen oder mit Spritzen ermordet hat, Kinder, die als behindert oder als psychisch krank eingeschätzt worden sind. Er hat auch darauf hingewiesen, dass Personen aus der Steiermark, aus Schwanberg beziehungsweise Kainbach, nach Hartheim übermittelt und dort ermordet worden sind. Ich würde es deswegen für sehr wichtig halten, auch in Nachbearbeitung der Tagung „Medizin und Nationalsozialismus in der Steiermark“, endlich herzugehen und im Areal der Landesnervenklinik Sigmund Freud ein Opfer für die Personen, die in dieser Zeit ermordet worden sind, die so genannten Euthanasieopfer, zu bauen. Abschließend noch etwas: Ich finde es sehr interessant, dass es jetzt in der Neuen Galerie in Graz eine Ausstellung gibt „Moderne in dunkler Zeit“ – Herr Kollege Rauch hat sie auch schon angesprochen. Das ist eine österreichweit einzigartige Ausstellung, die von Günter Eisenhut initiiert worden ist, der jahrelang sehr qualifiziert eigentlich ehrenamtlich geforscht hat, bis er dann in den letzten Jahren dafür über die Nationalbank auch zumindest teilweise seine Aktivitäten finanziell remuneriert bekommen hat und der zusammen mit Günther Holler-Schuster und mit Peter Weibel eine Ausstellung in der Steiermark initiiert, die österreichweit einzigartig ist. Es wäre sehr wünschenswert, wenn man von der Bundesseite her diese Initiative aufnehmen würde und in anderen Bundesländern eine ähnliche kulturhistorische, sehr zeitgemäße und aus meiner Sicht auch sehr kreative und auf eine bestimmte Art sogar optimistische Bearbeitung vom Austrofaschismus und vom Nationalsozialismus angehen würde. Ich glaube, dass diese Zusammenschau einerseits das Bemühen ist, das Haus Lind als ein architektonisches künstlerisches Produkt von Herbert Eichholzer zu erhalten, und andererseits auch andere Formen zu der Gedenkkultur in der Steiermark, ob das jetzt ein Gedenken für die Euthanasieopfer in der Landesnervenklinik Sigmund Freud ist oder ein Gedenken für die über 120 Personen, die in der NS-Zeit am Feliferhof hingerichtet worden sind, nämlich im Sinne des Vorschlages von Jochen Gertz. Das wären sehr konkrete Möglichkeiten, in der Steiermark eine zeitgemäße, lebendige und einfach dringend notwendige Gedenkkultur zu initiieren. In diesem Sinn habe ich es sehr positiv empfunden, dass der Landtag tatsächlich zu diesem Thema „Haus Lind“ einen Vier-Parteien-Antrag zustande gebracht hat und ich hoffe, das ist jetzt ein Schritt, auch das Nutzungskonzept, das Herr Kollege Rauch vorgestellt hat, möglichst rasch umzusetzen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall. – 17.44 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Ich komme damit zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

20. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 308/1, betreffend die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2001 (dritter Bericht für das Rechnungsjahr 2001).

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (17.45 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Herren Landesräte, geschätzte Damen und Herren, hohes Haus!

Ich bringe den Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2001 (dritter Bericht für das Rechnungsjahr 2001). In diesem Sinne wird nunmehr berichtet, dass vom 12. März 2001 bis 26. März 2001 auf Grund des zurzeit geltenden Budgetprovisoriums dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 27,104.275,15 Schilling durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden. Die genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind in der beiliegenden Aufstellung übersichtlich angeführt. Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Ordentlicher Haushalt: erstens vorläufige Ausgabenersparungen 10,650.500 Schilling; zweitens Bindung von Ausgabenersparungen 30.000 Schilling, ergibt in Summe 10,680.500 Schilling.

Außerordentlicher Haushalt: erstens Bindung von Ausgabenersparungen 366.000 Schilling; zweitens Rücklagenentnahme 16 Millionen Schilling, ergibt in Summe 16,366.000 Schilling.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 2. April 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der dritte Bericht für das Rechnungsjahr 2001 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 27,104.275,15 Schilling wird gemäß Paragraf 32 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich bitte um Annahme. (17.47 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Mir liegt derzeit keine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Ich gelange damit zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 312/1, betreffend den Verkauf der Grundstücke Nr. 501, 502, 503 und 514/3 der EZ. 584, KG. 63101 Innere Stadt (Pfauegarten) sowie Teilflächen des Grundstückes Nr. 504 und Grundstück Nr. 514/2 der EZ. 567, KG. 63101 Innere Stadt im Ausmaß von zirka 10.418 Quadratmeter um den Betrag von 36,5 Millionen Schilling an die Steiermärkische Bank und Sparkassen AG. und den Abschluss einer Vereinbarung mit der Stadt Graz.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Benedikt Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (17.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich bringe den Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 312/1, betreffend den Verkauf der Grundstücke Nr. 501, 502, 503, 514/3 der EZ. 584, KG. 63101 Innere Stadt, bekannt unter Pfauegarten, sowie Teilflächen des Grundstückes Nr. 504 und Grundstück Nr. 514/2 der EZ. 567, KG. 63101 Innere Stadt im Ausmaß von zirka 10.418 Quadratmeter um den Betrag von 36,5 Millionen Schilling an die Steiermärkische Bank und Sparkassen AG. und den Abschluss einer Vereinbarung mit der Stadt Graz in Zusammenhang mit der Grundstückstransaktion gemäß Punkt eins.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 24. April 2001 über die oben genannte Regierungsvorlage die Beratung durchgeführt und nachstehenden Beschluss gefasst:

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf der Grundstücke Nr. 501, 502, 503, 514/3 der Liegenschaft EZ. 584, KG. 63101 Innere Stadt, Grundstück Nr. 514/1 der EZ. 509, KG. 63101 Innere Stadt sowie Grundstück Nr. 514/2, Teilflächen des Grundstückes Nr. 504 der EZ. 567, KG. 63101 Innere Stadt im Ausmaß von zirka 10.418 Quadratmeter laut beigeschlossenem Lageplan an die Steiermärkische Bank und Sparkassen AG. oder eine von dieser namhaft gemachten Gesellschaft zu einem Kaufpreis von 36,5 Millionen und der Verpflichtung der Kaufpreinsnachbesserung nach Maßgabe der dargestellten Punktation und der Abschluss der Vereinbarung mit der Stadt Graz im Sinne der dargestellten Punktation werden genehmigt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (17.51 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (17.51 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Herr Berichterstatter hat sehr wenig zum Inhalt dieser Vorlage gesagt, daher einige grundsätzliche Anmerkungen noch.

Eine vom Land Steiermark in Auftrag gegebene Verkehrswertschätzung durch einen Sachverständigen hat für das Grundstück „Pfauegarten“ einen Verkehrswert von 68,905.200 Schilling ergeben. Dabei ist von einer Bebauungsdichte von 2,5 ausgegangen worden, was ja auch der gültige Flächenwidmungsplan der Stadt Graz vorsieht. Von der Stadt Graz wurde ebenfalls ein Sachverständigengutachten eingeholt, bei dem bei einer Bebauungsdichte von 2,5 so wie es im Plan steht ein Wert von 85 Millionen Schilling unter Miteinbeziehung einer weiteren Fläche von 1400 Quadratmeter, die aber für das Projekt nicht relevant ist, errechnet wurde. Bestätigt wurde also damit das Sachverständigengutachten, das das Land Steiermark eingeholt hat. Die Steiermärkische Bank und Sparkassen AG. hat dem Land Steiermark ein Angebot über den Erwerb dieses Grundstücks gelegt, wie der Herr Berichterstatter ja gesagt hat, es soll auf Basis einer zu erwartenden Bebauungsdichte von 0,5 um sage und schreibe 36,5 Millionen Schilling veräußert werden.

Hiezu tritt folgende Verbesserungsvereinbarung – auch darauf hat der Berichterstatter kurz Bezug genommen:

Gelingt es im Zuge konkreter Baubewilligungsverfahren ein Projekt genehmigt zu erhalten, mit welchem ein höherer Dichtewert laut Bebauungsdichteverordnung erreicht werden kann, dann, und nur dann ist für den Bereich von 0,5 bis 1,0 für je 0,1 Dichte eine Nachzahlung in der pauschalierten Höhe von einer Million Schilling zu leisten. Das wären somit bei 1,0 Bebauungsdichte rund 5 Millionen Schilling mehr. Sollte sich eine Bebauungsdichte von über 1,0 ergeben, kämen noch pro Quadratmeter Nettonutzfläche 4000 Schilling dazu. Nach Meinung einer realistischen Einschätzung ist bei einer vernünftigen Projektentwicklung eine Bebauungsdichte von 1,0 bis 1,5 und eine Bruttogeschoßfläche von 9000 Quadratmeter und mehr möglich, womit ein Kaufpreis von weit über 50 Millionen Schilling erreicht werden kann. Welcher Kaufpreis tatsächlich sich ergeben wird, hängt letztendlich vom Projekt, von den Ergebnissen des Widmungsplanes und der Baugenehmigungsverfahren und vom Stadtplanungsamt der Stadt Graz ab.

Meine Damen und Herren! Herr Landesrat Paieryl hat oftmals über die Medien und auch hier im Landtag gesagt, dass es den Pfauegarten für die Stadt um nicht weniger als 50 Millionen Schilling gibt oder eben geben wird. Ob tatsächlich 50 Millionen Schilling erzielt werden können, hängt von den oben angeführten beziehungsweise bereits ausgeführten Kriterien und Verhandlungen ab.

Als Grazer Abgeordnete bin ich für jegliche Förderung, die Graz erhalten kann. Aber wir sind gegen ein Verschern von Landesgut bei solchen Sachverständigengutachten unter seinem Wert und darum werden wir dieser Vorlage nicht zustimmen. (Beifall bei der SPÖ. – 17.54 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (17.55 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Herren Landesräte, die anwesend sind. Die von der SPÖ sind wieder einmal nicht da, vom Vorsitzenden rede ich gar nicht. (Abg. Schrittwieser: „Sie sind bei den Menschen!“)

Frau Abgeordnete, Sie haben das ja vollkommen richtig zitiert. Sie kennen anscheinend dieses Gutachten und deswegen wundert es mich, was Ihnen hier unklar ist. Es ist jetzt bei einer Bebauungsdichte von 0,5 ein Preis von 36,5 Millionen zu erzielen. Dieser Preis erhöht sich bei einer Bebauungsdichte von 1,0 auf 41,5 Millionen, bei einer Bebauungsdichte von 1,5 auf 55,9 Millionen und bei einer Bebauungsdichte von 2,5 auf 84,745 Millionen Schilling. Sie haben ausgelassen – wobei Ihnen diese Studie sicherlich auch vorliegt – dass der vom Land Steiermark beauftragte Sachverständige ausgehend von einer Bebauungsdichte von 2,5 einen Verkehrswert von 69 Millionen Schilling ermittelt hat und hier aber vertraglich festgehalten ist, dass bei einer Bebauungsdichte – und das ist realistisch – von 2,5 84,7 Millionen erreicht werden, dann verstehe ich nicht, wieso Sie von Verschern reden. Davon kann keine Rede sein, fügt sich aber nahtlos in den Budgetlandtag ein, es wird alles schlecht und mies gemacht, obwohl Sie die Gutachten auch selber vorliegen haben. Also würde ich Sie bitten, wenigstens die vorliegenden Gutachten richtig zu zitieren. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.57 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (17.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe vor etwas mehr als 30 Jahren meine „politische Karriere“ bei einer Bürgerinitiative begonnen, und zwar als Bewohner des Bezirkes Jakomini neben dem Augarten. Dort sollte eine Hochgarage eines dort beheimateten Autohauses mit acht Etagen errichtet werden. Ich habe dort unmittelbar in der Nachbarschaft gewohnt und bin dann Sprecher der Bürgerinitiative geworden. Ich habe damals öffentlich im Namen der Bürgerinitiative folgende Frage gestellt. Ich habe gefragt, ob mir das jemand erklären kann, was das für einen Sinn haben soll, eine Garage dort im Wohnbezirk, gleichzeitig Nachbarschaft der Park und die Schulen, hinzubauen, wenn dann die Leute mit ihren Autos alle dorthin fahren, die Anrainer, die Bewohner der Straßen zu dem Ergebnis kommen, dass ihre Lebensqualität eigentlich sinkt, wegziehen, hinausziehen außerhalb von Graz, ihrerseits mit dem Auto hineinfahren und dann ihrerseits die Bewohner entlang der Einfallstraßen nach Graz dazu

bringen, wieder ihren Wohnort zu verlegen und so weiter und so fort. (Abg. Mag. Drexler: „Das kann andersherum auch laufen!“) Das ist richtig – Herr Kollege Drexler liefert mir das Stichwort. Das kann andersherum auch laufen. Es hat in Graz Versuche gegeben, ich erinnere an Erich Edegger, das andersherum zu machen. Aber was waren das für Zeiten, Herr Kollege Drexler? Was waren das für Zeiten? Heute kehren wir wieder dazu zurück, Garagen zu bauen. Ich sage Ihnen noch etwas: Ich muss Ihnen nicht erklären, dass es Garagenplätze in Graz gibt, wenn man sie findet, noch immer gefunden hat. Das wissen Sie wahrscheinlich sogar besser als ich. Was Sie wahrscheinlich schon auch wissen, aber erfolgreich verdrängen, ist das, dass alle Untersuchungen auch in Graz beweisen, dass die Umweltqualität, was den Lärm als auch die Abgase anbelangt, in den Einfallsstraßen ein Niveau erreicht hat, das es eigentlich nicht verantwortbar macht, dort die Menschen leben zu lassen und erst recht nicht verantwortbar macht, noch mehr Verkehr anzuziehen. Das heißt, ich halte es für eine äußerst verengte Perspektive, wobei ich durchaus Verständnis für die Sorgen der Wirtschaft im I. Bezirk habe, denn ich habe diese ihre Sorgen immer unterstützt im Gegensatz zu den Vertretern aller anderen Parteien, die sich – (Heiterkeit bei der ÖVP.) lachen Sie nicht und lassen Sie mich den Satz fertig sagen, überschlagen haben bei den Bemühungen, Flächen für Einkaufszentren in und am Rande von Graz auszuweisen. Das ist nicht gelungen. Ich sage Ihnen noch einmal: Sie müssen, wenn Sie Garagenplätze bauen, die Verantwortung auch dafür übernehmen, was das entlang aller betroffenen Straßenzüge bedeutet. Graz besteht nicht nur aus dem I. Bezirk. Da gibt es auch außerhalb des I. Bezirkes einige Betroffene – ich sage Ihnen das. Das Mindeste, was man von den Verantwortlichen hier in Graz verlangen darf ist, dass sie irgendeine Gesamtschau haben, wie sie dieses Verkehrsproblem lösen wollen. Nur zu schreien nach einer neuen Garage ist eindeutig zu wenig. Ich muss Ihnen das in diesen Tagen nicht extra auf die Nase binden. Es ist gerade die ÖVP, die sich in den letzten Tagen und Wochen – Herr Kollege Bittmann, Sie wissen, wen ich meine – hervorgetan hat, indem sie einmal mehr erklärt hat, die Straßenbahnlinien in Graz auszubauen. Jetzt lese ich heute in der Zeitung von einem Verkehrslandesrat in Graz in Ruhe – in Reserve. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Den wir beide sehr schätzen!“) Ich bitte um Entschuldigung, von einem Verkehrstadtrat, den Herr Landesrat Paierl und ich sehr schätzen, der allerdings ein Weltunikum darstellt, ein absolutes Unikum. Er ist nämlich Verkehrstadtrat und ist es trotzdem nicht. Er wäre es nur gerne. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Er wird es werden!“) Er wird es werden. Das ist ein Wunsch an das Christkind. Entscheiden wird das, lieber Herr Landesrat Paierl, wie wir beide in der Volksschule gelernt haben, der Wähler – immer noch, Gott sei Dank. Das heißt, es handelt sich um eine Hoffnung der ÖVP, dass er irgendwann einmal Verkehrstadtrat wird. Hoffen darf man. Was jetzt passiert ist, ist das, dass jemand ein Ressort versetzt, dass wir drei Stadträte haben, die sich gegenseitig die Verantwortung zuschieben für das, was in der Stadt alles nicht geschieht. Das kommt mir halt ein bisschen, geschätzter Herr Finanzlandesrat Paierl, teuer vor. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Es werden ihn viele grüne Wählerinnen und Wähler wählen!“) Das ist für mich keine Einsparungsmaßnahme, dass ich einen ÖVP-Hoffungsverkehrstadtrat und Kandidaten jetzt schon Jahre vor der nächsten Wahl bei vollen Bezügen ins Rennen schicke. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 18.03 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (18.04 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ganz kurz: Frau Gross, ich habe wieder die Ehre, Sie persönlich anzusprechen und ich muss Sie auf ein paar Dinge hinweisen. (Abg. Gross: „Schon wieder ich, Herr Landesrat!“) Wenn Sie sich die Gutachten anschauen und der noch im Auditorium sitzende Peter Kolar, der diesen Akt und diesen Fall vorbildlich aufbereitet, geführt und verhandelt hat, könnte Ihnen sagen, auch wenn Sie mir nicht glauben, aber reden Sie mit ihm, er zeigt Ihnen das, dann kann man feststellen, dass beide Gutachter, sowohl der von uns bestellte als auch der von der Stadt bestellte, zum selben Ergebnis gekommen sind. Richtig ist dabei und Sie haben es zitiert und Benni Bittmann hat Sie darauf aufmerksam gemacht, dass der Wert des Grundstückes der beiden Gutachten natürlich abhängig ist von der Verbauungsmöglichkeit, von der Verbauungsdichte und die ist von bis, wie wir wissen, im Höchstmaß bis maximal 2,5 Bebauungsdichte. Es ist so, dass das Land jetzt bei dem Verhandlungsergebnis, und ich bin sehr dankbar, denn ich habe selber nicht zu sehr eingegriffen, die Möglichkeit hat, vom Käufer nicht die 68,9 Millionen, sondern die 84,7 Millionen zu erreichen. Das heißt, wir haben hier sogar die Möglichkeit einer höheren Ausnutzungsdichte. Der neben Ihnen, von mir aus gesehen rechts, sitzende Heinz Grabner ist ein Experte und Kollege, der Ihnen das auch im Detail erklären kann. Aber das ist natürlich das Kriterium. Da hat der Käufer gar nichts davon, sondern das geht nur zugunsten des Verkäufers oder der Verkäuferin Land. Warum man hier trotzdem noch dagegen ist, kann ich nicht verstehen. Ich zermartere mir den Kopf, warum Sie hier dagegen sind. Jetzt kommt noch eines und das kann ich Ihnen politisch nicht ersparen: Das eine scheint ein Irrtum zu sein, okay. Aber das könnten Ihre eigenen Leute aufklären. Das Zweite, was mich politisch schon stört: Wir haben es gemeinsam am zweiten Budgettag erlebt und jetzt müsste eigentlich Ihr Klubobmann Siegi Schrittwieser, der heute schon ein paarmal zitiert wurde, sehr aufpassen, auch der Kollege Gennaro, dass hier betroffene und besorgte Funktionäre aus der Baugewerkschaft aufgetreten sind und gesagt haben, aufpassen, wir haben hier ein hohes Maß an Arbeitslosigkeit. Wir haben dann schnell mit ihnen diskutiert. Ich danke den hier glaubhaft auftretenden Funktionären, aus welcher politischen Himmelsrichtung sie immer kommen, das ist mir völlig Wurscht. Sie waren sehr besorgt darüber, dass etwa bei der Geschichte, wo es um 500 Millionen Schilling Hochbauvolumen in Graz geht, ein politisches Hickhack auftritt und man plötzlich aus irgendwelchen taktischen Überlegungen – sachlich völlig unbegründet, wirklich – fragen Sie Ihre eigenen Leute – dagegen ist. Es waren einige Fraktionen vertreten, selbst die Frau Klubobfrau der Grünen ist dabei gewesen, die sich, so hatte ich jedenfalls den Eindruck, auch nicht ganz wohl gefühlt hat, weil das ist unverständlich. Bei einer solchen Geschichte, wenn

man den Betroffenen gegenüber sitzt, nein zu sagen ist mir völlig unverständlich. Selbstverständlich hat so ein Projekt natürlich mit der Frage des Bauauftrages und mit den Arbeitsplätzen zu tun, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Wissen Sie, dann da hier dieses grausliche Szenario vom Verscherbeln und so weiter, es wird ermöglicht. Schauen Sie sich das bitte jetzt an. Die meisten von Ihnen gehen vorbei, das ist eine Gstätten. Und Peter, wirklich, dein persönliches Engagement und wir kennen uns so lange und ich schätze dich außerordentlich, alles in Ordnung, nur, ich habe das damals schon gesagt, auch am Freitag vorletzter Woche bei der Budgetdebatte, da geht es ja auch um die Konzeption, diesen ruhenden Verkehr, der im Moment noch auf dem Freiheitsplatz, Karmeliterplatz und auch im Pfauengarten, da ist alles verstellt, unter die Erde zu kriegen und dort Urbanität zu schaffen. Dass da die Grünen dagegen sind, also auch da bitte ein eigenes „K. o.“. Ich verstehe es nicht. Mein grünes Herz in dieser Frage ist beleidigt. (Abg. Hagenauer: „Örtliche Garage!“) Außerbringen wirst das nicht, denn du kannst natürlich so viel Verkehrsbehinderung, für die ich zum Teil in Altstadtbereichen bin, kannst du dort nicht vornehmen. Du brauchst natürlich eine Parkraumbewirtschaftung und noch dazu, das ist immer eine alte Forderung, dass das, was kosten soll aus grüner Sicht, wird dort geschehen. Auch dieses Argument verstehe ich nicht, warum man jetzt hier blockiert oder dagegen ist. Gott sei Dank, man kann es dank der Überzeugung auf der freiheitlichen Seite – in der Stadt ist das im Übrigen mit den Stimmen aller – bei den Grünen weiß ich nicht – aber die SPÖ ist in der Stadt mit fliegenden Fahnen bei dem Projekt, weil es natürlich auch ein wichtiges Projekt der Stadt Graz ist, auch im Zusammenhang mit 2003. Weil es nicht Wurscht ist, wie in dieser 1 a, in dieser Superlage dort vorgegangen wird. Also, meine Damen und Herren, ich würde Sie schon bitten, auch vor dem Hintergrund gewisser parteitaktischer Geschichten da hier redlich zu sein und zum Schluss vorbeugend für die nächsten Diskussionen hier, für den nächsten Dialog, den ich ja gerne bereit bin zu führen, stundenlang von mir aus, wir werden dasselbe Thema bei der Landesimmobiliengesellschaft haben. Man kann nicht auf der einen Seite gegen alles sein, aus irgendwelchen parteitaktischen Überlegungen vom Verscherbeln reden und gleichzeitig aber sich betroffen zeigen, wenn da oder dort Projekte für die Bauwirtschaft, für die Arbeitsplätze im Bau nicht gehen. Also bitte, ein bisschen mehr Redlichkeit auf diesem Sektor. Ich danke jenen, die dieses Projekt unterstützen, für Ihre Unterstützung. Danke! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 18.10 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt dazu nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 18.10 Uhr.)